Ausgabe I|2019

pnd | online

www.planung-neu-denken.de

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Inhaltsverzeichnis

Editorial I|2019

Umschau

Michael Lobeck & Claus-C. Wiegand: Online-Handel, Stadtentwicklung und Datenschutz. Stationen eines Einkaufs

Gregor Arnold: Zwischen symbolischer und physisch-materieller Aneignung ungenutzter Raumpotentiale: Wie Initiativen und städtische Kollektive Leerstand durch digitales Kartieren, social media-Plattformen und bürgerinitiierte Stadtentwicklung sichtbar und wieder nutzbar machen

Annaliesa Hilger: Niederschwellige Reduktion von Wohnungsleerstand oder: transformativer Forschungsprozess trifft altindustrielle Strukturen. Ein Bericht aus der Praxis

Christian Lamker & Viola Schulze Dieckhoff: Mit oder gegen den Strom? Postwachstumsplanung in der Fishbowl

Frank Othengrafen, Meike Levin-Keitel, Dominique Charlotte Breier: Stadtplanung als interdisziplinäre Disziplin. Eine Bestandsaufnahme des Alltags von Planerinnen und Planern in deutschen Mittelstädten

Christian Diller: »Kulturlandschaft«: ein Planungsbegriff zur diskursiven Modernisierung von Regionen. Stand der raumordnerischen Diskussion und das Fallbeispiel Wetterau

Christian Diller & Sarah Oberding: Experimentelle Designs in der Raumplanungsforschung: Stand der Forschung und ein Beispiel zum Thema Planungsmethoden

Klaus Selle: Vertrauensfrage! Veränderungen in der Gesellschaft stellen Prämissen der Beteiligungspraxis in Frage

Klaus Selle: Intransparent und Inhaltsleer? Was aus partizipativen Mindeststandards in der Praxis werden kann.

Lesetipps

Rezension „Ein Länderportrait“ – mehr als nur ein Reiseführer von Claus-C. Wiegandt

Rezension „Wie wirkt Planung?“ von Gisela Schmitt

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Editorial I|2019

In eigener Sache

Das Titelbild sagt mehr als viele Worte: 2006 erschien die erste Ausgabe des Internet-Magazins »Planung neu denken« (pnd|online) – das war der Anfang. Ein Experiment mit ungewissem Ausgang, von dessen Verlauf wir selbst überrascht waren. Immerhin dauert es nun schon 13 Jahre (so viele Bilder finden sich auf dem aktuellen Titelbild) und 34 Ausgaben an.

Aber jetzt ist das Ende einer ersten Etappe erreicht: Wir, als bisherige »Kernredaktion«, verabschieden uns. Nicht ohne in viele Richtungen Danke zu sagen. Der gilt zunächst den Mitgliedern der erweiterten Redaktion, die die Arbeit auf der ganzen Strecke oder über längere Etappen hin begleitet haben: Uwe Altrock, Rainer Danielzyk, Johann Jessen, Stefan Siedentop und Claus-Christian Wiegandt haben nicht nur immer wieder Impulse für die Weiterentwicklung des Internet-Magazins gegeben und Autorinnen und Autoren zur Mitwirkung gewonnen, sondern durch die Betreuung von Schwerpunktausgaben und mit eigenen Beiträgen die Plattform auch inhaltlich geprägt. Der Dank gilt auch dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) und netzwerk e.V., die die Arbeit an pnd|online finanziell unterstützten. Und selbstverständlich ist allen zu danken, die Texte, Bilder und andere Inhalte für das Magazin beisteuerten. So entstanden mal thematisch fokussierte und inhaltlich dichte, mal von der »Umschau« dominierte vielfältig-bunte Ausgaben. Es war und ist wohl gerade diese Mischung, die die Lust am Neu-Denken aufrecht erhielt …

Womit wir zum neuerlichen »Anfang« kommen: Nun besteht die Aussicht, dass das Neu-Denken weiter gehen kann und wird. Der Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen wird auch nach der Neubesetzung Herausgeber von pnd|online bleiben. Das freut uns sehr! Agnes Förster führt mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Magazin weiter – und hat auch schon ein erstes Schwerpunktthema vor Augen, das sich auf eine im Dezember geplante Veranstaltung zum Thema »Große Quartiere« bezieht.

Wir wünschen ihr und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern viel Spaß am »Weiter-neu-Denken« und viel Erfolg mit der Arbeit an pnd|online!

Sarah Ginski, Marion Klemme, Klaus Selle

ISSN 1868 - 5196

Zur Ausgabe I|2019

Die Umschau in pnd|online ist traditionell geprägt durch ein breites Themenspektrum verschiedener Trends und Debatten in der räumlichen Entwicklung, die sowohl aus der Praxis wie aus der Wissenschaft beleuchtet werden. So auch in dieser Ausgabe.

Umschau

Los geht es mit einem offenbar unaufhaltsamen Phänomen, dass vor allem das räumliche Gefüge der Innenstädte maßgeblich verändern könnte: Die Entwicklung des Online-Handels. **Michael Lobeck & Claus-C. Wiegandt** beschreiben in 12 Szenen das Verhältnis von Handel, Stadtentwicklung und Datenschutz.

Welchen Einfluss neue Technologien wie digitales Kartieren oder social-media-Plattformen für die Aneignung von Raum in den Händen engagierter Initiativen und städtischer Kollektive entfalten können, beschreibt **Gregor Arnold** im nachfolgenden Beitrag.

Um eine Aneignung etwas anderer Art geht es im Text von **Annaliesa Hilger**. Um Wohnungsleerstände zu reduzieren, wurde in einem Reallabor das Haushüten erprobt. Dahinter verbirgt sich eine gemeinnützige, neutrale Vermittlung und Beratung zwischen Eigentümern von Immobilien und potenziellen Mietern, die leerstehende renovierungs-oder ggf. sogar sanierungsbedürftige Objekte zu günstigen Mietbedingungen bewohnen und ausbauen.

Es folgt ein Blick aus der Forschung in die Praxis der Stadtplanungsexperten, genauer: in den Alltag von 614 Planerinnen und Planer deutscher Mittelstädte. **Frank Othengrafen, Meike Levin-Keitel und Dominique Charlotte Breier** untersuchen, welche inhaltlichen Schwerpunkte stadtplanerische Tätigkeiten in der Praxis haben. Durch diese Bestandsaufnahme wird der interdisziplinäre Ansatz der Stadtplanung deutlich.

Wie sich Postwachstumsprozesse, in denen der Druck auf die Fläche dennoch steigt, und Planung miteinander vereinbaren lassen, diskutierten **Christian Lamker & Viola Schulze Dieckhoff** in einer Fishbowl-Diskussionsrunde und lassen in ihrem Beitrag weitere Planungswissenschaftler wie Susan Grotefels, Samuel Mössner, Christian Schulz und Irene Wiese-von Ofen zu Wort kommen.

Christian Diller richtet den Blick im nachfolgenden Beitrag noch einmal weiter auf ganze Regionen. Anhand des Beispiels Wetterau verdeutlicht er, wie der Begriff der »Kulturlandschaft« zur diskursiven Modernisierung von Regionen beitragen kann.

Danach blicken wir in die räumliche Forschung und die darin zum Einsatz kommenden Methoden. **Christian Diller und Sarah Oberding** beschreiben das experimentelle Design an der Schnittstelle zwischen Feld- und Laborexperiment.

Am Schluss der Umschau: Zwei Beiträge von **Klaus Selle**, die beide der Aufforderung folgen, Gewohntes gelegentlich neu zu denken. In diesem Fall geht es um Öffentlichkeitsbeteiligung in Prozessen der Stadtentwicklung. Zunächst wird geprüft, inwiefern vermeintliche Mindeststandards des Beteiligens in der Praxis eingehalten werden. Im zweiten Beitrag wird auf Veränderungen in Gesellschaft und Politik hingewiesen, die geeignet sind, Prämissen des Beteiligens in Frage zu stellen. Dabei geht es auf vielfache Weise um Verlust – etwa den der Bürgernähe, der Tatsachenwahrheit, der Argumentationsfähigkeit, vor allem aber des Vertrauens in das Handeln von Politik und Verwaltung. Insbesondere damit ist eine wesentliche Grundlage für das reibungsfreie Funktionieren »vielfältiger« Demokratie gefährdet.

Lesetipps

Die Lesetipps starten mit einem Blick von **Claus-C. Wiegandt** in die Reiseliteratur, bevor **Gisela Schmitt** in ihrer Rezension Fragen zur Wirkung strategischer Planung nachgeht.

Zum Abschluss dieser Ausgabe gibt es noch einen Veranstaltungshinweis:

SAVE THE DATE
+++ **Pt.Konferenz 2019:**
Große Quartiere: Stadt wieder im großen Maßstab planen +++

02.-03.12.2019
an der RWTH Aachen University

Die internationale Konferenz richtet den Blick auf wissenschaftliche Konzepte und Praxiserfahrungen, um Stadt wieder im großen Maßstab zu planen. Zahlreiche Städte in Deutschland erhalten Zulauf. Beständig wachsende Städte erfahren einen regelrechten Wachstumsdruck, einst stagnierende oder schrumpfende Städte verzeichnen eine Trendumkehr. Eine Vielzahl großer und mittlerer Städte in Deutschland entwickeln aktuell neue Stadtteile an ihren Rändern in der Dimension von 60 bis 600 Hektar. Damit sollen mittel- und langfristig Flächen für neuen Wohnraum bereitgestellt werden. Die Konferenz nimmt die Prozesse und Konzepte des Planens im großen Maßstab in den Blick und reflektiert Spannungslinien wie Lernprozesse. Zu diesem Erfahrungsaustausch laden wir Wissenschaftler und Praktiker verschiedener Städte Mitteleuropas ein.

- Montag, 2. Dezember 2019
  15-19 Uhr: Erfahrungsaustausch ausgewählter Städte
- Dienstag, 3. Dezember
  10-18:30 Uhr: Internationale Konferenz

Rückfragen und Voranmeldung: konferenz@pt.rwth-aachen.de, +49 241 / 80-98 300

Ausgabe I|2019

Umschau

pnd | online

www.planung-neu-denken.de

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Online-Handel, Stadtentwicklung und Datenschutz.

Stationen eines Einkaufs

Michael Lobeck und Prof. Dr. Claus C. Wiegandt,
Geographisches Institut der Universität Bonn, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalforschung.

Dieser Beitrag erschien in Sybille Bauriedl / Anke Strüver (Hg.) (2018): Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten. S. 321-332

Szene 1: Laura und Sophia haben eine Einladung zum 30. Geburtstag von Julian erhalten. Julian lässt darin den Wunsch für ein Geschenk offen. Die beiden Freundinnen beraten sich deshalb kurz. Jede meint, etwas Einzigartiges für den eigenwilligen Julian zu finden: Laura will es in der Innenstadt versuchen, wo sie seit dem Auszug von Zuhause als Single wohnt und arbeitet, Sophia im Internet. Als Mutter von sechs Monate alten Zwillingen verbringt sie viel Zeit mit ihren Kindern und nutzt das Netz für Information, Unterhaltung und Einkauf.

Smart Cities sind seit Ende der 2000er Jahre ein schillernder Begriff in der Stadtentwicklungsdebatte. Darunter wird in der Regel der systematische Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in den unterschiedlichsten Lebensbereichen einer Stadt zusammengefasst, um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürgern sowie die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft zu erhöhen. In diesem Beitrag wollen wir uns auf den Bereich des Online-Handels konzentrieren.

Der Umsatz im Online-Handel ist nach Angaben des Handelsverbands Deutschland von 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 48,7 Milliarden Euro im Jahr 2017 rasant gewachsen (s. Abb. 1). Dieses Wachstum war in den vergangenen Jahren mit einer Verlagerung der Kaufkraft vom stationären Einzelhandel zum Online-Handel verbunden. Der reine Online-Handel hat inzwischen einen Marktanteil von etwa zehn Prozent des Umsatzes im Einzelhandel erreicht. Eine weitere Zunahme auf etwa 15 Prozent im Jahr 2025 wird prognostiziert (GfK 2015). Wir wollen in unserem Beitrag zeigen, welche Konsequenzen das Einkaufen im Internet zum einen auf die Zentren der Städte und zum anderen auf den Datenschutz und die Datensicherheit der Bürgerinnen und Bürger haben.

Szene 2, im Warenhaus in der Innenstadt: Laura geht nach ihrer Arbeit in der Innenstadt bummeln. Sie will einen Kaffee trinken und das Geschenk für Julian suchen. Beim Schlendern durch die Fußgängerzone fällt ihr auf, dass das traditionelle Hutgeschäft an der Ecke nicht mehr da ist. Im Schaufenster bedanken sich die Inhaber für die Treue der Kunden in den letzten Jahren mit einem Schild. Das Hutgeschäft bringt Laura auf

ISSN 1868 - 5196

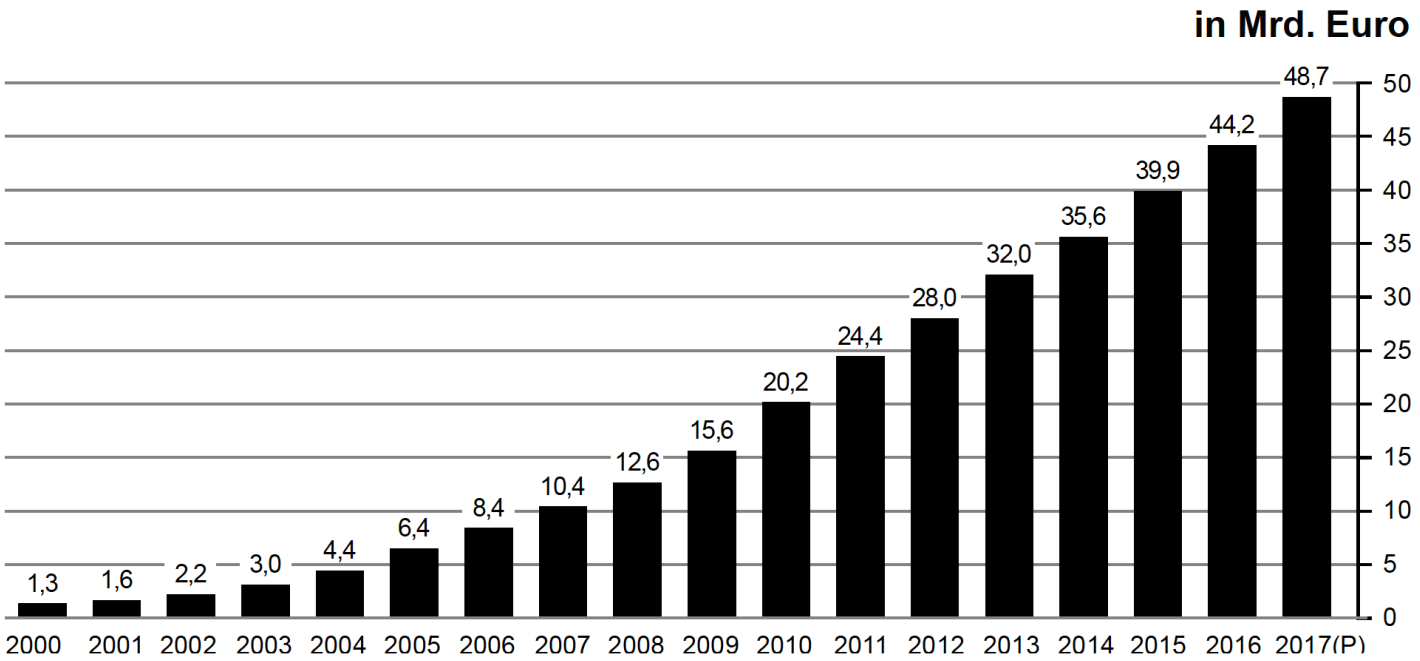


Abb. 1: Entwicklung des Umsatzes im Online-Handel in Deutschland 2000 bis 2017 (Daten und Graphik in Anlehnung an HDE 2017: 3)

die Idee, dass eine Kappe das ideale Geschenk für Julian sein könnte. Sie steuert deshalb das klassische Warenhaus der Innenstadt an, weil es dort ja Kappen geben muss und sie von einer neuen Kaffeebar mit den aktuellsten Modezeitschriften beim letzten Treffen mit ihrer Freundin Maike gehört hat. Sie betritt das Warenhaus und ist von der schönen Hintergrundmusik ganz angetan. Schnell kann sie sich an den Rolltreppen orientieren. Für eine Kappe muss sie in die Sportabteilung in den dritten Stock, wo sie früher noch die Musik-CDs kaufen konnte. Eigentlich wollte sie für ihre Freundin Maike noch eine CD mit den großen Hits der Stones kaufen – sie muss feststellen, dass es im Warenhaus jetzt keine CDs mehr gibt.

Die Anteile der Online-Ausgaben am Gesamtmarkt und ihre zeitliche Entwicklung unterscheiden sich nach den einzelnen Produktgruppen deutlich (vgl. Abb. 2). Bei Computern und Zubehör beträgt ihr Anteil inzwischen rund 50 Prozent. Hier wurden die Waren schon sehr früh online vertrieben und verkauft. Sättigungsgrenzen sind inzwischen erreicht. Dies gilt auch für Produkte aus den Bereichen Musik, Filme und Bücher, in denen die Erzeugnisse zudem noch digitalisierbar sind und damit eine Lieferung in physischer Form entfallen kann. Bei Kleidung und Schuhen sowie anderen Bereichen ist allerdings noch ein weiteres Wachstum des Online-Handels zu erwarten. Bei allen Schwierigkeiten, Prognosen in einem solch dynamischen Bereich zu stellen, wird für das Segment Lebensmittel und Drogerie sogar eine Verdopplung vorhergesagt, nachdem der Online-Anteil hier zurzeit noch sehr gering ist (GfK 2015).

Die Verschiebungen vom Einkauf im stationären Einzelhandel hin zum Einkauf im Internet bleiben nicht ohne Auswirkungen auf den Besatz des städtischen Einzelhandels. Neben den Innenstädten und der »Grünen Wiese« hat sich der Online-Handel als virtueller Standort herausgebildet (Reink 2016: 3). Zudem haben Geschäftsaufgaben zu teilweise erheblichen Leerständen in den Innenstädten und Stadtteilzentren geführt, die sicherlich nicht allein auf die Umsatzverschiebungen zwischen Online- und Offline-Einkäufen zurückzuführen sind. Der Wettbewerb zwischen den Shopping-Centern und den Einzelhandelsbetrieben in den Fußgängerzonen, der Trend vom inhabergeführten Einzelhandel hin zu den Filialen der größeren Handelsunternehmen sind zwei weitere Faktoren, die zur Aufgabe einzelner Betriebe beitragen. Dennoch gilt, dass der Online-Handel das Gesicht der Innenstädte mit zum Teil sinkenden Frequenzen bei den Besucherinnen und Besuchern in den vergangenen Jahren verändert hat. Dies zeigt sich vor allem in den weniger attraktiven Klein- und Mittelstädten sowie den Stadtteilzentren der Großstädte (Difu/BBE 2017: 8 f., 59 ff.). Die Möglichkeit, verschiedene Aktivitäten in den Großstädten zu koppeln, stärkt die Innenstädte dieser Zentren gegenüber dem Online-Handel. Eine schlichte Präsentation der Waren im

herkömmlichen Sinne wird aber auch in den Großstädten zukünftig nicht ausreichend sein. Nur Innenstädte mit spezifischen Einkaufsatmosphären, die Inspirationen und besondere Erlebnisse für Kundinnen und Kunden bieten, können langfristig im Wettbewerb mit dem Online-Handel bestehen.

Beim Einkaufsverhalten zeigen eigene empirische Untersuchungen in sechs nordrhein-westfälischen Großstadtregionen mit rund 2.900 Befragten (Wiegandt et al. 2018), dass räumliche Determinanten eine relativ geringe Erklärungskraft für die Frage haben, ob Kundinnen oder Kunden online oder offline einkaufen. Die Entfernungen von den Wohnorten zur Innenstadt sind hier für das Einkaufsverhalten weniger ausschlaggebend als die Lebensstile oder sozioökonomischen Determinanten. Die Vorteile des Online-Einkaufs erweisen sich in Großstadtregionen so weitgehend unabhängig von den Wohnstandorten der Käuferinnen und Käufer. Zudem kommt Online-Einkäufen auch in Stadtregionen mit besonders attraktiven Innenstädten eine große Bedeutung zu. Gleichwohl wird Attraktivität der Innenstädte von Offline-Orientierten etwas positiver eingestuft als von Online-Orientierten (Wiegandt et al. 2018). Individuelle Ausgangssituationen erschweren es, Gesetzmäßigkeiten bei den räumlichen Auswirkungen festzustellen.

Szene 3, bei Sophia zu Hause: Sophia surft während des Mittagsschlafs der beiden Töchter im Internet. Auf Facebook hatte sie letztens eine Anzeige von Zalando gesehen mit Schals, Mützen und Handschuhen. Der Stil passte eigentlich ganz gut zu Julian. Nicht zu hip, aber auch nicht zu langweilig. Sie geht auf zalando.de und sucht zunächst nach Schals. 1.740 Artikel werden ihr angezeigt. Etwas viel zum durchklicken. Also filtern: Die Marke ist ihr egal, auch die 16 Farbtöne helfen ihr nicht bei der Auswahl. Den Preis schränkt sie auf »bis 51 Euro« ein – noch immer 1.188 Artikel. Bei »Material« wählt sie verschiedene Naturstoffe aus – noch 374 Artikel. Jetzt scrollt sie durch die Angebote, klickt den einen oder anderen Schal an, aber wird nicht so recht fündig. Auf der letzten Seite, als Sie schon fast keine Lust mehr hat, findet Sie unten auf der Seite unter »Das könnte Dir auch gefallen« eine Baseball Cap. Da ruft ihre Tochter nach ihr. Sie setzt ein Lesezeichen auf die Seite und klappt den Laptop zu.

Kommerzielle soziale Netzwerke wie Facebook, Google+, Twitter, Instagram u. a. finanzieren ihre für Nutzerinnen und Nutzer anscheinend kostenlosen Angebote und ihre Gewinne aus der Auswertung von Nutzerdaten und den Verkauf daraus gewonnener Informationen an Werbetreibende (LMK o. J.). Um die sozialen Netzwerke zu nutzen, ist

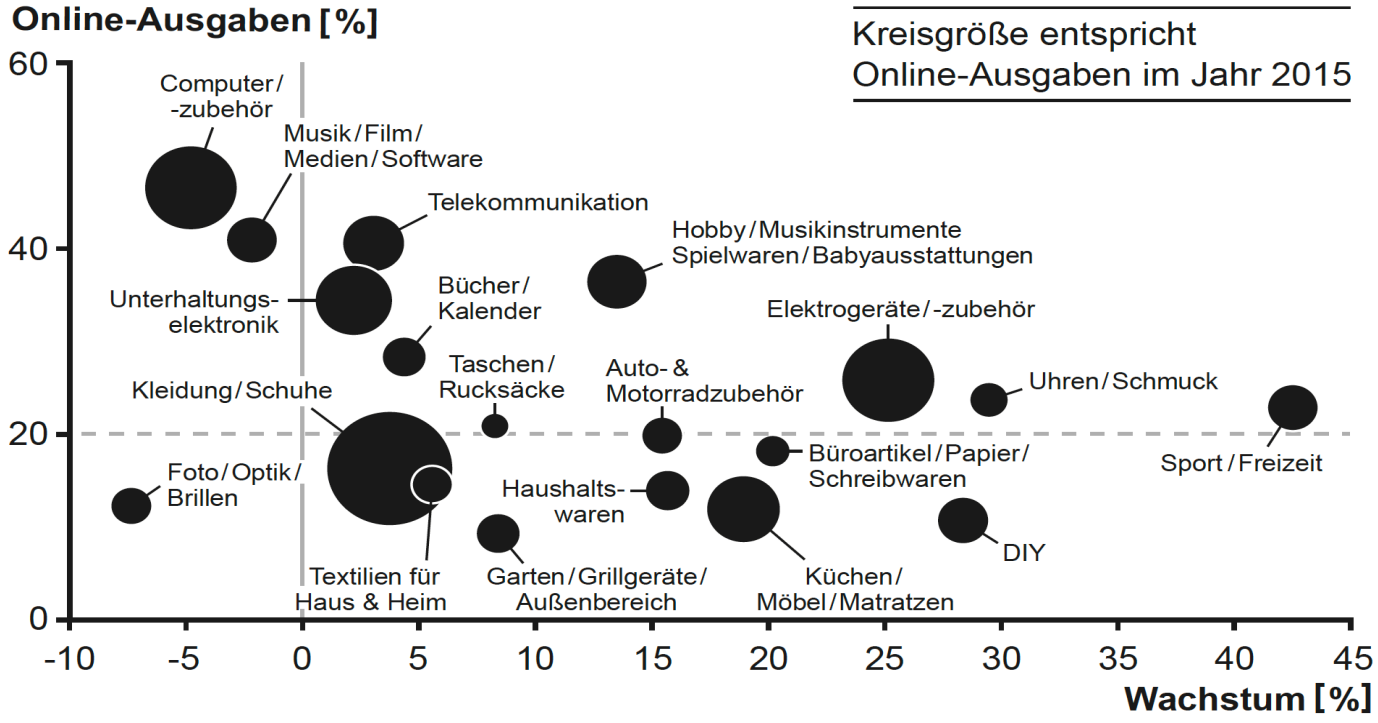


Abb. 2: Entwicklung der Online-Ausgaben (2014–2015) und Anteil der Online-Ausgaben im Gesamtmarkt (2015) für unterschiedliche Produktgruppen (Daten und Graphik in Anlehnung an HDE 2016: 9)

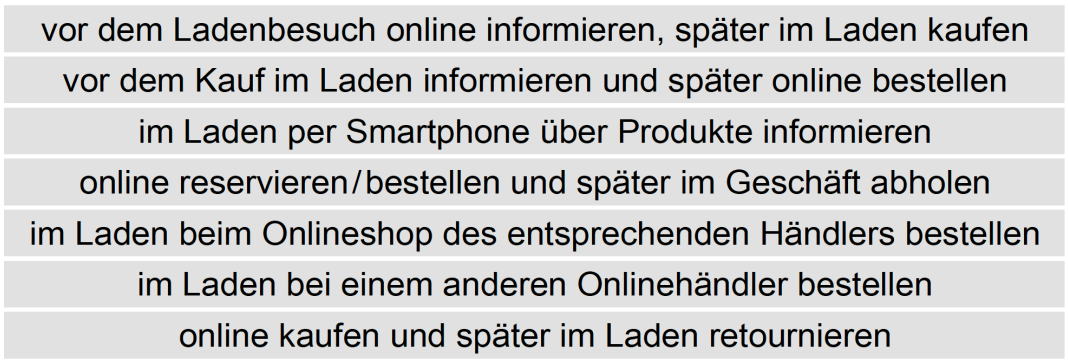


Abb. 3: Hybride Formen des Einkaufs (in Anlehnung an KPMG 2016: 8)

dort eine Anmeldung erforderlich. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verlangen oft die Angabe von Klarnamen, Adressen und Telefonnummern. Diese Daten, die zur Abwicklung des Angebots nicht zwingend erforderlich sind, sind für das Geschäftsmodell der Auswertung von Nutzerdaten und deren Verkauf an Werbetreibende jedoch unentbehrlich. Die Werbetreibenden gehen davon aus, dass die eingekauften Informationen wertvoll sind. Der Henry Ford zugeschriebene Satz »Ich weiß genau, dass die Hälfte jedes Dollars, den ich für Werbung ausgebe, rausgeworfenes Geld ist. Ich weiß nur nicht welche Hälfte!« gilt im Internet nicht mehr. Das Tracking der Nutzerinnen und Nutzer ermöglicht es den Betreibern der sozialen Netzwerke besser als dem stationären Handel herauszufinden, wer nach der Betrachtung welcher Werbung welche Produkte kauft, um ausgehend von diesen Daten neue, immer zielgruppenspezifischere Werbung zu betreiben.

Nutzerinnen und Nutzer können sich gegen das Tracking nur mit hohem Aufwand wehren. Selbst wenn sie keine sozialen Netzwerke nutzen und im Internet unterwegs sind, ohne bei einem Dienst angemeldet zu sein, kann ihr Browser über Cookies (kleine Textdateien, die auf dem Rechner abgelegt werden) oder das so genannte Finger-Printing (eine Identifizierung des Browsers über Version, installierte Add-Ons, Einstellungen) recht genau identifiziert werden (Sokolov 2018; Wiseman 2018).

Die auf diese Weise erhobenen Daten reichen von Informationen über aufgerufene Seiten, die Verweildauer auf den Seiten, angeklickte Elemente, zuvor aufgerufene Seiten, eingegebene Suchworte, das installierte Betriebssystem, den installierten Browser, installierte Browser-Erweiterungen bis hin zur technischen Adresse, mit der das genutzte Endgerät (Laptop, Tablet, Smartphone) bei seinem Provider registriert ist und gegebenenfalls Standortdaten, falls die Weitergabe dieser Daten nicht unterbunden ist. Die technischen Möglichkeiten, einzelne Nutzer und Nutzerinnen zu identifizieren, steigen dabei ständig (Sokolov 2018).

Szene 4, im Warenhaus: Laura findet die Kappen im dritten Stock des Warenhauses. Verschiedene Marken der bekannten Sportartikelhersteller sind hier in großer Auswahl vertreten. Eine Kappe hat eine besonders schöne Farbe, fühlt sich aber gar nicht gut an. Ein Verkäufer hat Laura beobachtet und fragt, ob er ihr helfen kann. Oft findet Laura eine solche Ansprache nervig, aber jetzt ist sie dafür dankbar. Der Verkäufer empfiehlt ihr, in die Herrenabteilung zu gehen. Dort gibt es Kappen aus ganz weicher Wolle.

Konsumenten kaufen heute sowohl online als auch offline im klassischen stationären Einzelhandel. Die schon erwähnte eigene empirische Untersuchung ergab, dass im Herbst 2016 nur noch 30 Prozent der Kunden reine Ladenkäufer sind (Wiegandt et al. 2018). Der Anteil der reinen Online-Käufer ist mit 3,7 Prozent allerdings noch recht überschaubar. Rund zwei Drittel aller Konsumenten sind demnach hybride Einkäuferinnen und Einkäufer, die beide Möglichkeiten des Einkaufs nutzen. Bei den einzelnen Produktgruppen gibt es deutliche Unterschiede. So werden Elektroartikel von rund einem Drittel der Befragten nur noch im Netz erworben, was sich mit den Ergebnissen des HDE Online-Monitor deckt (HDE 2017). Abbildung 3 zeigt, dass es verschiedene Formen der Hybridität beim Einkaufsverhalten gibt.

Der Einzelhandel ist gefordert, sich auf diese neuen Formen des Einkaufsverhaltens einzustellen. Zum einen geschieht dies in der Verbesserung des klassischen Angebots. Attraktive Geschäfte sind das beste Mittel gegen den Wettbewerb im Netz (KPMG 2016: 25). Flagship Stores und Showrooms können durch ansprechende Gestaltung der Ladenflächen bei den Kunden für Inspiration sor-

gen. Ladenflächen werden verkleinert, weil sie nur noch der Warenpräsentation dienen, während die Bestellungen über einen Echtzeitzugriff aufs Lager abgewickelt werden. Die Renovierungszyklen der Geschäfte verkürzen sich, Service und Beratung gewinnen an Bedeutung. Darüber hinaus bietet es sich für stationäre Händler an, auf Entertainment und Events zu setzen, um das Einkaufserlebnis in den Vordergrund zu rücken. Die Verbindung von gastronomischen Angeboten und Verkaufsflächen ist immer häufiger zu beobachten. Zum anderen nutzen stationäre Einzelhändler selbst zunehmend ergänzende Strategien im Online-Handel, um den so genannten Pure Playern im Online-Handel zu begegnen. Hierbei entwickeln die Warenhäuser Multi-Channel-Strategien, um das klassische Einkaufen um ein digitales Einkaufserlebnis zu ergänzen und hybride Einkäufe zu fördern (Franz/Gersch 2016).

Szene 5, bei Sophia zu Hause: Am Nachmittag, als ihr Mann mit dem Kinderwagen unterwegs ist, holt Sophia ihren Laptop wieder hervor und setzt sich aufs Sofa. Zunächst schaut sie jedoch mit ihrem Smartphone nach Nachrichten und Aktienkursen, um dann noch schnell auf Facebook zu sehen, was Freunde und Freundinnen gepostet haben. Wenn sie sich auch zurzeit nicht oft verabredet, will sie doch mitbekommen, was die anderen so treiben. Nach einer Weile fällt ihr auf, dass sie schon mehrere Anzeigen für Schals von Zalando angezeigt bekommen hat. Das erinnert sie an das Geschenk für Julian. Sie klappt den Laptop auf und ruft die markierte Seite wieder auf.

Das Tracking von Nutzerinnen und Nutzern funktioniert auch geräteübergreifend, wenn die Verbindung zwischen verschiedenen Geräten und Nutzern festgestellt worden ist. Die gleichzeitige Anmeldung in einer Social-Media-App auf dem Handy und auf dem Desktop-Rechner ist die einfachste Form einer solchen Identifizierung. Aber auch ohne eine direkte Mitteilung an den kommerziellen Betreiber der sozialen Netzwerke kann über die Auswertung der Aktivitäten eine Zuordnung erfolgen.

Die Identifikation von Smartphones wird für eCommerce-Anbieter, die Kundentracking betreiben, immer wichtiger, da ein immer größer werdender Anteil des Umsatzes direkt über mobile Endgeräte abgewickelt wird (Heinemann 2017: 136 f.). Durch die Möglichkeit, den Kunden über ein Smartphone zu orten, kann der Einzelhändel ihn mit lokalbezogenen Informationen versorgen (Stern 2018; Dachwitz 2018).

Szene 6, im Warenhaus: Laura findet die Herrenabteilung auf der ersten Etage des Warenhauses. Dort entdeckt sie die empfohlene Mütze. Sie ist flauschig weich, nur die weinrote Farbe passt noch nicht ganz. Sie fragt den Verkäufer um Rat, der gleich zum Tablet greift und ihr erklärt, dass in der Filiale der benachbarten Großstadt noch eine Mütze in einer Bernsteinfarbe vorrätig sei. Ob er sie ordern soll? Nein, weinrot passt dann auch gut zu Julian. Sie will genau diese Mütze kaufen, die sie gleich in der Hand hat.

Nicht nur der stationäre Einzelhandel reagiert auf die Herausforderungen durch den Online-Handel. Die Organisationen im Stadtmarketing und Einzelhandelsverbände erproben derzeit in einzelnen Städten lokale Online-Plattformen ganz unterschiedlicher Art (Difu/BBE 2017: 80) und wollen auf diese Weise eine Alternative zu den großen Anbietern im Online-Handel schaffen. Gezielt sollen die Kunden einer einzelnen Region angesprochen werden. So ist es einigen Regionen möglich, Produkte aus dem regionalen Einzelhandel online auf einer lokalen Plattform zu kaufen und damit den örtlichen Einzelhandel mit dem Online-Handel zu verbinden und ihn dadurch zu stützen (Beckmann/Hangebruch 2016). Noch am gleichen Tag soll bei einer Bestellung die Lieferung an den Kunden erfolgen. Solche kleineren Angebote haben aber einen schweren Stand, sich gegenüber den großen reinen Online-Händlern zu behaupten (Heinemann 2017: 33).

Szene 7, bei Sophia zu Hause: Die Baseballkappe, die sie am Morgen gesehen hatte, gefällt ihr zwar nicht, aber unter »Ähnliche Produkte« gibt es Angebote, die schon eher zu Julian passen. Ein paar hundert Klicks später in »Ähnliche Produkten«, »Entdecke mehr« und »Das könnte Dir auch gefallen« hat sie schließlich Erfolg. Super. Sie muss direkt an Julian denken. Das passt genau. Fünf Sterne von 45 Kundinnen und Kunden. In dem Moment kommt ihr Mann zurück. Sie trinken erst einmal einen Kaffee und Sophia zeigt ihm die Kappe im Netz, die sie Julian schenken will. Die Kappe findet er gut, sie ist nur ein bisschen teurer geworden.

Populäre Webseiten erhalten oft mehrere hunderttausend Besuche am Tag (Hootsuite 2018: 19). Dies vereinfacht es den Betreibern, Tests zur Wirksamkeit der Seitengestaltung im laufenden Betrieb durchzuführen. Mithil-

fe psychologischer Erkenntnisse werden die Seiten so gestaltet, dass es den Nutzern leicht gemacht wird, dort ohne ein Nachdenken zu verweilen und zu kaufen (populärer Ratgeber: Krug 2014). Klickanreize wie »Ähnliche Produkte«, »Entdecke mehr« oder »Das könnte Dir auch gefallen« verleiten dazu, einen einmal gewählten Shop nicht zu verlassen.

Bewertungen anderer Käuferinnen und Käufer zu Produkten in Online-Shops werden von Nutzerinnen und Nutzern geschätzt. Längst ist das Verfassen von Produktbewertungen zu einem eigenen Markt geworden. Spezialisierte Agenturen verfassen unter Pseudonymen positiv klingende Bewertungen, die als Werbung nicht gekennzeichnet werden und von den Nutzerinnen und Nutzern nur schwer zu identifizieren sind (Bundesregierung 2017).

Szene 8, im Warenhaus: Laura ist inzwischen an der Kasse im Erdgeschoss. Sie zahlt bar, weil sie Kreditkarten hasst. Die Abrechnung kommt immer erst zum Monatsende – und dann ist sie skeptisch, was mit ihren Daten passiert. Sie liest in der überregionalen Tageszeitung immer wieder vom Datenmissbrauch. Und ihre Freundin Maike hatte bei ihrer Kreditkartenabrechnung jüngst eine Abbuchung für einen Flug von Toronto nach Bogotá. Es stellte sich zwar als Fehlbuchung heraus, doch so etwas sollte ihr nicht passieren. Sie lässt die Mütze als Geschenk einpacken. Das findet sie praktisch, weil sie sich nicht um Geschenkpapier kümmern muss. An der Kasse wird sie gefragt, ob sie eine Kundenkarte möchte. Dann bekommt sie zukünftig per E-Mail Angebote zugeschickt. Da sie keine Lust auf noch weitere Mails hat, entscheidet sie sich dafür, die Angebote zukünftig mit der klassischen Post zu erhalten. Das geht auch. Jetzt ist das Geschenk eingepackt. Zeit für den Kaffee in der neuen Bar, wo sie Maike treffen will.

Ob Kreditkarten online oder offline benutzt werden, das Kaufverhalten wird von den Finanzunternehmen ausgewertet und kann in Verbindung mit weiteren Daten und bloßen statistischen Annahmen zur Kategorisierung von Nutzerinnen und Nutzern führen, die diese weder nachvollziehen noch beeinflussen können. Morgenroth (2017) beschreibt das Beispiel von Paaren, die per Kreditkarte eine Paartherapie buchten und daraufhin die Kreditlinie gekürzt bekamen. Beziehungsprobleme korrelieren statistisch mit zukünftigen finanziellen Belastungen. Das Sammeln von Daten generell ist nicht auf Online-Interaktionen beschränkt. Kundenkarten einzelner Händler oder übergreifende Rabattkartensysteme funktionieren ebenso als Datensammelmaschinen wie Online-Shops (Maier 2015).

*Szene 9, bei Sophia zu Hause: die Farbe? Vielleicht besser blau? Oh, ausverkauft. Na dann doch die andere. Größe? One Size. Das wird schon gehen. Standardlieferung: zwei bis vier Werktage. Das reicht nicht. Morgen ist schon der Geburtstag. Express Lieferung verfügbar. OK. »Ja, ich stimme den AGB, den Datenschutzbestimmungen von Zalando sowie einer Bonitätsprüfung zu.« Muss ich ja wohl, denkt sie. Zahlen – am liebsten per Rechnung. Lastschrift, Paypal und Kreditkarte will sie nicht. Vorkasse dauert zu lange. Sie gibt ihr Geburtsdatum ein (»*Pflichtfeld«). Jetzt »Weiter« anklicken. »Bestellung im nächsten Schritt überprüfen und abschicken«. Oh nein. »Express-Lieferung kann leider nicht angeboten werden.« Das hatte sie doch schon mal. Sie geht zurück zur Zahlungsart und wechselt auf Paypal. Dann wieder »Weiter«. Aha. Jetzt geht es. »Express-Lieferung 5,90 Euro«. Dann müsste die Kappe morgen da sein.*

Bei der Nutzung von Online-(Handels-)Angeboten haben die Nutzer in der Regel nicht die Wahl, die Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Datenschutzforderungen der Verkäufer nur teilweise oder gar nicht zu akzeptieren. Entweder sie akzeptieren die Bedingungen und geben die vom Betreiber gewünschten Daten an oder sie können die Ware nicht kaufen. Häufig werden die Bedingungen ungelesen akzeptiert (FAZ/dpa 2014). Im stationären Einzelhandel werden durch einen Kauf ebenfalls Verträge und AGBs akzeptiert, die zum Kaufzeitpunkt dem Kunden oft nicht präsent sind. Allerdings ist hier im Gegensatz zum Online-Handel ein anonymer Kauf von Waren in der Regel möglich.

Entgegen den Bestimmungen des deutschen Bundesdatenschutzgesetzes und der Europäischen Datenschutzgrundverordnung fordern und speichern zahlreiche Online-Anbieter von Kunden mehr Daten als für die Verarbeitung des jeweiligen Auftrags erforderlich ist. Mit der Zeit entstehen so Bestellhistorien, die auch aufgrund der vorhandenen zusätzlichen Personendaten leicht mit anderen zukaufbaren personenbezogenen Daten verknüpft werden können. Auf diese Weise unterstützen einige Akteure des Online-Handels den Aufbau von Datenbanken mit vielfältigen Informationen über Personen, die zu zielgerichtetem Marketing (vom Handel aber auch von anderen Akteuren) genutzt werden können.

Szene 10, auf dem Weg zum Geburtstag: Jetzt wird es Zeit. Laura muss zum Geburtstag. Sie radelt an einem Stau vorbei, der sich durch die vielen Lieferwagen in der zweiten Reihe gebildet hat. Ein Lieferwagen steht sogar auf dem Radweg.

Das Wachstum im Online-Handel ist mit einem erhöhten Paketaufkommen und neuen Lieferverkehren verbunden. Der Kurier-, Express- und Paket-Markt (KEP) weist in den vergangenen Jahren jährliche Umsatzsteigerungen zwischen zwei und sieben Prozent auf. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf den Logistikimmobilienmarkt (Veres-Homm et al. 2015). Am Rande der großen Städte, aber auch an Standorten jenseits der großen Zentren sind in Deutschland in der Nähe von Autobahnkreuzen neue Logistikstrukturen entstanden. Zum einen haben die reinen Online-Händler wie Amazon oder Zalando große Auslieferungszentren aufgebaut und organisieren von dort ihre Lagerung und Bestellabwicklung. Zum anderen sind es aber auch Logistikunternehmen wie DHL, die ihre Kapazitäten an solchen Standorten erweitern. Etwas mehr als ein Drittel der Lagerflächen wird von reinen E-Commerce-Händlern genutzt.

In Folge des Online-Handels beliefern die Logistikzentren die jeweiligen Endkunden statt die Filialen des Einzelhandels. Dadurch entsteht in den Logistikzentren eine höhere Anzahl an zu bearbeitenden Aufträgen (Veres-Homm et al. 2015: 114 f.). Die damit verbundene Kleinteiligkeit bei der Bestellabwicklung führt zu einem höheren Flächenbedarf bei den Logistikzentren. Zunehmender Lieferverkehr verstärkt zudem die vielfachen negativen Wirkungen des Stadtverkehrs wie zunehmende Verkehrsstaus, Emissionen, Lärm, Unfälle etc. und wirkt sich negativ auf die Lebensqualität in den Städten aus.

Szene 11, bei Sophia zu Hause und auf dem Weg zum Geburtstag: Der Paketbote kommt um die Mittagszeit. Das Klingeln weckt ihre Töchter. Schnell unterschreiben und er läuft zurück zu seinem Elektro-Scooter. Sophia zeigt ihren Töchtern das Paket. Es ist nur kurz interessant. Sie legt es zur Seite und spielt mit den Kindern. Am Nachmittag packt sie das Paket aus, sucht ein Geschenkpapier aus und packt es wieder ein. Sie fährt mit dem Wagen zu Julian. Ihr Smartphone hat ihr den Weg über die Südbrücke vorgeschlagen anstatt sich durch den Stau in der Stadt zu quälen.

Eine Reaktion auf zunehmenden Logistikverkehr in den Städten und die damit verbundene Luftverschmutzung ist die Einführung von Elektro-Lieferfahrzeugen für die so genannte »letzte Meile« – die Lieferung von Paketen zu den Endkunden an die Haustür. Darüber hinaus werden in Innenstädten Elektrolieferräder oder die Einrichtung von Hubs als Sammelstellen von Paketen am Rande der Städte diskutiert, von denen aus koordiniert und optimiert nur ein Lieferdienst die Auslieferung der letzten Meile übernimmt.

Szene 12, bei Julian: Laura erreicht Julians Wohnung und trifft Sophia vor der Tür. Beide gehen hoch und gratulieren. Julian packt aus. Exakt die gleichen Mützen. Eine soll umgetauscht werden. Was ist leichter, schneller, ressourcenschonender, …?

Literatur

Beckmann, Ralf M./Hangebruch, Nina (2016): Lokale Online-Marktplätze: ein Ansatz zur Vernetzung von Fußgängerzone und Internet. In: vhw 1/2016, S. 7–12.

Bundesregierung (2017): Gefälschte Bewertungen erkennen. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/10/2017-10-06-verbraucherschutzfake-bewertungen-erkennen.html vom März 2018.

Dachwitz, Ingo (2018): Endlich auch offline verfügbar: Gläserne Kunden. https://netzpolitik.org/2018/endlich-auch-off line-verfuegbar-glaeserne-kunden/ vom 31.03.2018.

Difu/BBE, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH/BBE Handelsberatung/elaboratum (2017): Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren, BBSR-Online-Publikation 8/2017, Berlin, München. www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSR Online/2017/bbsr-online-08-2017-dl.pdf vom 31.03.2018.

FAZ/dpa, Frankfurter Allgemeine Zeitung/deutsche presse agentur (2014): Zu lang und kompliziert: Das Kleingedruckte wird im Netz kaum gelesen. www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/geld-ausgeben/nachrichten/agbs-beim-online-einkauf-von-verbrauchern-kaum-gelesen-13263561.html vom 31.03.2018.

Franz, Martin/Gersch, Inka (Hg.) (2016): Online-Handel ist Wandel. Schriftenreihe des Arbeitskreises Geographische Handelsforschung in der Deutschen Gesellschaft für Geographie Bd. 24, Mannheim: Verlag MetaGIS Fachbuch.

GfK – GeoMarketing GmbH (2015): Ecommerce. Wachstum ohne Grenzen? Online-Anteile der Sortimente – heute und morgen. www.gfk-geomarketing.de/fileadmin/gfkgeomarketing/de/beratung/20150723_GfK-eCommerce-Studie_fin.pdf vom 20.05.2018.

HDE, Handelsverband Deutschland (2016): HDE-Online-Monitor 2016: Daten, Fakten und Zahlen zum E-Commerce. https://www.einzelhandel.de/onlinemonitor vom 31.03.2018.

HDE, Handelsverband Deutschland (2017): HDE-Online-Monitor 2017: Daten, Fakten und Zahlen zum E-Commerce. https://www.einzelhandel.de/onlinemonitor vom 31.03.2018.

Heinemann, Gerrit (20179): Der neue Online-Handel. Geschäftsmodell und Kanalexzellenz im Digital Commerce, Wiesbaden: Springer Gabler.

Hootsuite (2018): Digital 2018 in Deutschland. https://hootsuite-online-revenue.s3.amazonaws.com/Digital_in_2018_Local_country_report/DIGITAL_IN_2018_006_GERMANY_v1.02.pdf vom 31.03.2018.

KPMG (2016): Trends im Handel 2025. Erfolgreich in Zeiten von Omni-Business, ohne Ort. http://einzelhandel.de/images/presse/Studie_Trends_Handel_2025.pdf vom 31.03.2018.

Krug, Steve (2014): Don't Make Me Think! Web & Mobile Usability – Das intuitive Web. Frechen: mitp Verlag.

LMK Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (ohne Jahr): Datenschutz auf Facebook: Wem gehören meine Daten? https://www.klicksafe.de/themen/rechtsfragen-im-netz/irights/datenschutz-auf-facebook-wem-gehoeren-meine-daten/ vom 31.03.2018.

Maier, Hanna (2015): 15 Jahre Payback. Tausche Privatsphäre gegen Häkel-Set. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/jahre-payback-tausche-privatsphaere-gegen-haekel-set-1.2332506 vom 31.03.2018.

Morgenroth, Markus (2017): Digital gebrandmarkt. Wie Konsumentendaten gesammelt, gehandelt und genutzt werden. In: c't. Magazin für Computertechnik 1/2017, S. 64–71.

Reink, Michael (2016): Stadtentwicklung. ›E-Commerce‹ und seine Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. In: vhw 1/2016, S. 2–6.

Sokolov, Daniel AJ (2018): WWW: Tracking-Methoden werden brutaler, Browser-Hersteller schauen weg. https://www.heise.de/newsticker/meldung/WWW- Tracking-Methoden-werden-brutaler-Browser-Hersteller-schauenweg-3711 8112.html?seite=all vom 31.03.2018.

Stern, Joanna (2018): Facebook Really Is Spying on You, Just Not Through Your Phone's Mic. https://www.wsj.com/articles/facebook-really-is-spying-on-youjust-not-through-your-phones-mic-1520448644 vom 31.03.2018.

Veres-Homm, Uwe/Kübler, Annemarie/Weber, Natalie/Cäsar, Estella (2015): Logistikimmobilien – Markt und Standorte 2015, Stuttgart: Fraunhofer Verlag.

Wiegandt, Claus-C./Baumgart, Sabine/Hangebruch, Nina/Holtermann, Linus/Krajewski, Christian/Mensing, Matthias/Neiberger, Cordula/Osterhage, Frank/Texier-Ast, Verena/Zehner, Klaus/Zucknik, Björn (2018): Determinanten des Online-Einkaufs – eine empirische Studie in sechs nordrheinwestfälischen Stadtregionen. In: Raumforschung und Raumordnung

Wiseman, Raymond (2018): Spionage mit Werbekampagnen: Hilflos ausgeliefert. www.faz.net/aktuell/technikmotor/digital/spionage-mit-werbekampagnen-hilflos-ausgeliefert-15397746.html vom 31.03.2018.

pnd | online
www.planung-neu-denken.de
ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Zwischen symbolischer und physisch-materieller Aneignung ungenutzter Raumpotentiale: Wie Initiativen und städtische Kollektive Leerstand durch digitales Kartieren, *social media*-Plattformen und bürgerinitiierte Stadtentwicklung sichtbar und wieder nutzbar machen

Gregor Arnold arbeitete in Frankfurt in der Stadtplanung. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der JGU Mainz und promovierte über den strategischen Umgang mit Leerstand in Großstädten. Forschungsschwerpunkte sind Medien-, Sozial- und Kulturgeographie, Stadtplanung, kritische Kartographie sowie Migration und global communities.

Abstract

In wachsenden Städten engagieren sich zivilgesellschaftliche Akteure um Leerstände und letzte Raumressourcen zu aktivieren und wieder zu beleben. Hierzu nutzen sie sowohl digitale kollektive Kartierungs- und *social media*-Plattformen um sich Leerstand symbolisch anzueignen, öffentlich sichtbar zu machen und in einen gesellschaftspolitischen Diskurs zu tragen. Gleichzeitig sind diese Initiativen und Kollektive nicht nur ›online‹ aktiv, sondern sie eignen sich die kartierten, leer stehenden Raumpotentiale ›offline‹ an. Mittels ihrer gezielten online-offline-Handlungen tragen sie zu positiven Entwicklungen städtischer Räume bei.

Einleitung

Der Artikel[1] diskutiert die Nutzung Sozialer Medien und webbasierter Plattformen und deren Potentiale für die Stadtentwicklung sowie Folgen im städtischen Raum. Wohingegen der reguläre Prozess der Bürgerbeteiligung – sei es bei Versammlungen oder im Netz – meist eindimensional von der Kommune ausgeht, thematisiert der Artikel die von den Bürgern selbst entwickelten Plattformen digitaler Beteiligungen und deren Strategien im Umgang mit Stadtraum. Bürgerinnen und Bürger setzen sich tagtäglich mit städtischen Räumen auseinander, sie stellen diese ständig neu her und eigen sie sich mittels unterschiedlicher Praktiken und Methoden an. Von zentraler Bedeutung ist, dass leer stehende »Räume« in ihrer physischen Materialität und/oder in ihrer Bedeutung (...) angeeignet werden« (Belina 2013: 79, Herv. i. Orig.). Demnach existiert eine Unterscheidung in der Art und Weise der Aneignung, also wie sich Akteure mit Leerständen auseinandersetzen und sie sich diese ›zu eigen machen‹. Unter *symbolischer Aneignung* ist das Herstellen von Wissen

1 Der Artikel bespricht ausgewählte Aspekte der Promotionsarbeit des Autors: Arnold, G. (2019): Handlungszentrierte Perspektiven auf Leerstand in wachsenden Städten und Metropolregionen Deutschlands: Strategien – Konflikte – Empfehlungen. Mainz. [im Erscheinen]

ISSN 1868 - 5196

über Leerstände, ihre Markierung und Visualisierung, Prozesse der Bedeutungszuschreibungen, neue Symbolgehalte, Relevanzen oder Deutungshoheiten im gesellschaftlichen Diskurs gemeint. Oftmals beziehen sich symbolische Aneignungen auf Umdeutungen neutral erscheinender Raumstrukturen durch eine medieninduzierte Bekanntheit und einer damit verbundenen Durchsetzung politischer Forderungen. Solche »Geographien symbolischer Aneignung beruhen auf sinnhaften Interpretationen räumlicher Handlungskontexte, die je nach Handlungszusammenhang spezifiziert und differenziert werden«, bestätigt Werlen (1997: 401). Er (ebd., Herv. i. Orig.) empfiehlt, dass es in sozialgeographischen Studien »um deren Rekonstruktion in *kommunikativer Absicht* [geht]. Ihre kommunikative Bedeutung steht im Vordergrund. Das symbolische Geographie-Machen kann ebenso wenig Selbstzweck sein, wie es andere symbolische Repräsentationen sind. Für welche lebenspraktischen Zusammenhänge sie in welcher Form relevant oder gar zentral sind, haben die entsprechenden empirischen Forschungen aufzudecken und abzuklären«. Für Werlen (ebd.) sind »symbolische Aneignungen (...) als Herstellung einer signifikativen Relation zwischen der Welt der Bedeutungen und der Objektwelt zu verstehen«. Während symbolische Aneignung die Übertragung von Bedeutungen auf materielle Kontexte handelnder Akteure meint, thematisieren *physisch-materielle Aneignungsprozesse* raumkonstituierende Handlungen wie das Nutzen leer stehender Immobilien. Durch die direkte Auseinandersetzung und Umgang mit konkreten, physisch-materiellen Raumstrukturen vor Ort werden wiederum Neuinterpretationen und neue Bedeutungsproduktionen städtischer Räume ausgelöst, beispielsweise produzieren Zwischennutzungen selbstgemachte symbolische Codes und neue Symbolgehalte. Demnach besitzen beide Aneignungsformen Verknüpfungen und Interdependenzen.

Der Artikel fokussiert erstens auf Handlungen und Bedeutungsproduktionen im digitalen Netz und Sozialen Medien sowie zweitens auf jene physisch-materiellen Aneignungspraktiken im urbanen Raum. Am Beispiel der digitalen Kartierungsplattform *Leerstandsmelder* wird erörtert, wie sich Initiativen und städtische Kollektive durch die neuen Möglichkeiten des Web 2.0 Stadtentwicklungsthemen ›online‹ aneignen und durch gezielte Strategien im urbanen Raum ›offline‹ Einfluss auf die Stadtentwicklung ausüben. Wie verändert dieses online-offline-Wechselgefüge die Aneignung, Nutzung und Interpretation von Stadtraum?

Soziale Medien, Web 2.0 und digitales Kartieren als Instrumente einer bürgerinitiierten Stadtentwicklung

Reckwitz (2017: 225) bezeichnet das Internet als »spätmoderne Schlüsseltechnologie«. Er meint damit die Informations- und Kommunikationstechnologien (ICTs), die mobilen und digitalen Lebenswelten (APPs) und die ubiquitär produzierten und verfügbaren sowie jederzeit austauschbaren Daten (Bilder, Texte, Audio- und Filmaufnahmen, etc.) in *social media*-Kanälen (Facebook, Twitter, YouTube). Diese seit den 1990er Jahren zunehmend auch für die Öffentlichkeit zugänglichen Technologien besitzen interessante Möglichkeiten für den Einsatz in Bürgerbeteiligungsverfahren, weshalb sie in Geographie, Kartographie und Stadtplanung eine ideenreiche Diskussion ausgelöst haben (vgl. beispielsweise Willinger 2015; Höffken & Streich 2015; Höffken & Kloss 2011; Luise & Höffken 2012; Höffken & Haller 2010). Auch Rauterberg (2013: 9) diskutiert die Effekte der Digitalmoderne und spricht ihr einen enormen Einfluss auf »das Verlangen nach Stadt« zu. Für ihn bildet sich eine dialektische Beeinflussung zwischen dem Internet und dem Anspruch Stadt selbst zu machen heraus. Die zunehmende Verschränkung, Durchdringung und gegenseitige Dynamisierung digitaler Techniken und Sozialer Medien mit städtischem Leben identifiziert Petrin (2017) als »digitale Dauerteilhabe« und folgert: »Ständig werden wir aufgefordert, Dinge selber zu übernehmen, unseren Beitrag zu leisten, etwas zu kommentieren oder zu bewerten. Wir leben mit dem ständigen Versprechen, alles selber gestalten zu können« (ebd. 2012: 64). Neben den neuen Technologien können das Fehlen staatlicher Organisation, Misstrauen gegenüber der lokalen Politik und Verwaltung und die Überzeugung selbst tätig zu werden als zusätzliche Auslöser für bürgerinitiierte Eigeninitiative angeführt werden. Albers und Höffken (2015: 3) nennen dies »Selbstermächtigung, Selbstwirksamkeit und der Wille, etwas zu bewegen« und nach Kreiml und Voigt (2011: Klappentext) können hierbei Soziale Medien mit ihren Kommunikations-, Produktions-, Vernetzungs- und Lokalisierungseigenschaften helfen: »Das Web 2.0 eröffnet vielfältige Möglichkeiten, gesellschaftspolitische An-

liegen zu thematisieren. Mit seinen offenen, partizipativen und vernetzenden Strukturen bietet es sich geradezu für den zivilgesellschaftlichen Einsatz an«. Dieses Gefühl der Selbstermächtigung, welches die grenzenlosen Möglichkeiten der digitalen Welt vermitteln, beeinflusst den Anspruch und die Forderung nach Partizipation an Stadtentwicklung und an politischen Entscheidungen stadtplanerischer Themen mitzuwirken. Mittlerweile gilt es als unumstritten, dass ihr Einsatz aufgrund niederschwelliger Zugangsbarrieren und gleichberechtigter Nutzung zu erhöhter Bürgerbeteiligung und zu zivilgesellschaftlichem Engagement führen und dass das Netz zu mehr Eigeninitiative anregen kann. Die vielfältigen Formen der ePartizipation und digitalen Mitsprache der Bürger an Planungsprozessen haben weitreichende Effekte auf städtische Räume.

Die neuen Technologien können auch als Interventionspotentiale dienen, sie können je nach Einsatz ebenso alternative Sichtweisen auf städtische Räume kommunizieren. Für Aktivisten bietet das Web 2.0 revolutionäres Potential, es kann als subversives Stadtentwicklungsinstrument genutzt werden (vgl. Streich 2014). Demnach ist auch von einer verstärkten Einflussnahme sozial urbaner Bewegungen bzw. politisch aktiver Gruppierungen in der Herstellung und Gestaltung städtischer Räume durch digitale Medien zu lesen. Vuolteenaho, Leurs und Sumiala (2015: 15) sind sich sicher, »that the rapid development of digital technology has not only benefitted the already economically ruling or culturally hegemonic groups, but also the less powerful«. Webbasierte Medien bieten ein vielfältiges und weitreichendes Interventionspotential und können als »neue Macht der Bürger« (Walter et al. 2013) interpretiert werden. Durch Bottom-up-Ansätze im Web 2.0 »erfolgt eine Demokratisierung von Kommunikationsmitteln, Publikationswegen und Organisationsformen, und eine Machtverschiebung zu Gunsten des einzelnen Menschen findet statt«, bestätigen auch Höffken und Kloss (2001: 190; vgl. auch Silva 2013; OY 2001: 85ff., 2003). Neben diesen Machtverschiebungen durch die Nutzung Sozialer Medien und Web 2.0 werden verstärkt auch die Potentiale und Effekte der geographischen Informationssysteme (GIS) diskutiert.[2] Die Plattformen mit Geoinformationen funktionieren durch *crowdsourcing* und kollektives Kartieren, also durch das Bereitstellen freiwilliger Daten mit Raumbezug, sogenannte *volunteered geographic information* (VGI) oder *public participartory GIS* (ppGIS) (vgl. Elwood 2009; Ramasubramanian 2010; Silva 2013). Elwood und Leszczynski (2013: 544) weisen bezüglich solch digitaler Datenallmenden geolokalisierter Medien auf die progressiven Einflüsse durch interaktive, vernetzte, offene und selbstbestimmte Strukturen hin: »New spatial media (...) represent new opportunities for activist, civic, grassroots (...) and other groups to leverage web-based geographic information technologies in their efforts to effect social change«. Dabei nutzen »digitalen Urbanisten« (Höffken & Kloss 2011) die kollektiv produzierten Geodaten um beispielsweise Gegenöffentlichkeit herzustellen, um alternative Sichtweisen durch Karten zu kommunizieren, um allgemein andere Meinungen schnell verbreiten zu können oder um sich selbst effektiv zu organisieren. Für die vorliegende Thematik fassen Hudson-Smith et al. (2009: 118f., Herv. i. Orig.) diese Entwicklungen und Möglichkeiten der ePartizipation durch digitale Karten folgendermaßen zusammen: »These changes are to such deep extent that we stand on the edge of a new geography based on a digitally connected world at whose core lies citizen-created data organized at an increasingly fine geographic scale. (...) This re-emergence of the importance of geography within Web 2.0 technologies is becoming known as ›NeoGeography‹. Whereby people use Web 2.0 techniques to create and overlay their own locational and related data on and into systems that mirror the[ir] real world«.

Abschließend zu den theoretischen Ausführungen stellt sich dennoch die Frage, wie digitale Technologien Bürgerbeteiligung fördern und digitale Akteure städtische Räume entwickeln? Wie hilft der Einsatz von Web 2.0 Bürgern städtische Räume selbst zu gestalten bzw. Leerstände zu öffnen? Entsprechend fragt auch Glasze (2009: 188) nach Zusammenhängen zwischen den digitalen

2 Dabei werden neue Terminologien bzw. sogenannte »potentially temporary buzzwords« (Tulloch 2008: 164) zu georeferenzierten Datensystemen wie web mapping, volunteered geographic information, ubiquitous cartography, wiki-mapping oder auch spatial media, geospatial web oder geoweb, locative media, spatial crowdsourcing, geocollaboration, map hacking oder allgemeiner neogeography eingeführt.

Medien und Stadträumen bzw. danach, wie die »Angebote des Geoweb und die neuen georeferenzierten Dienste genutzt werden? Inwiefern verändern diese die Nutzung und Aneignung von [Stadt]Raum?«. Der vorliegende Artikel stellt die online-offline Beziehungen

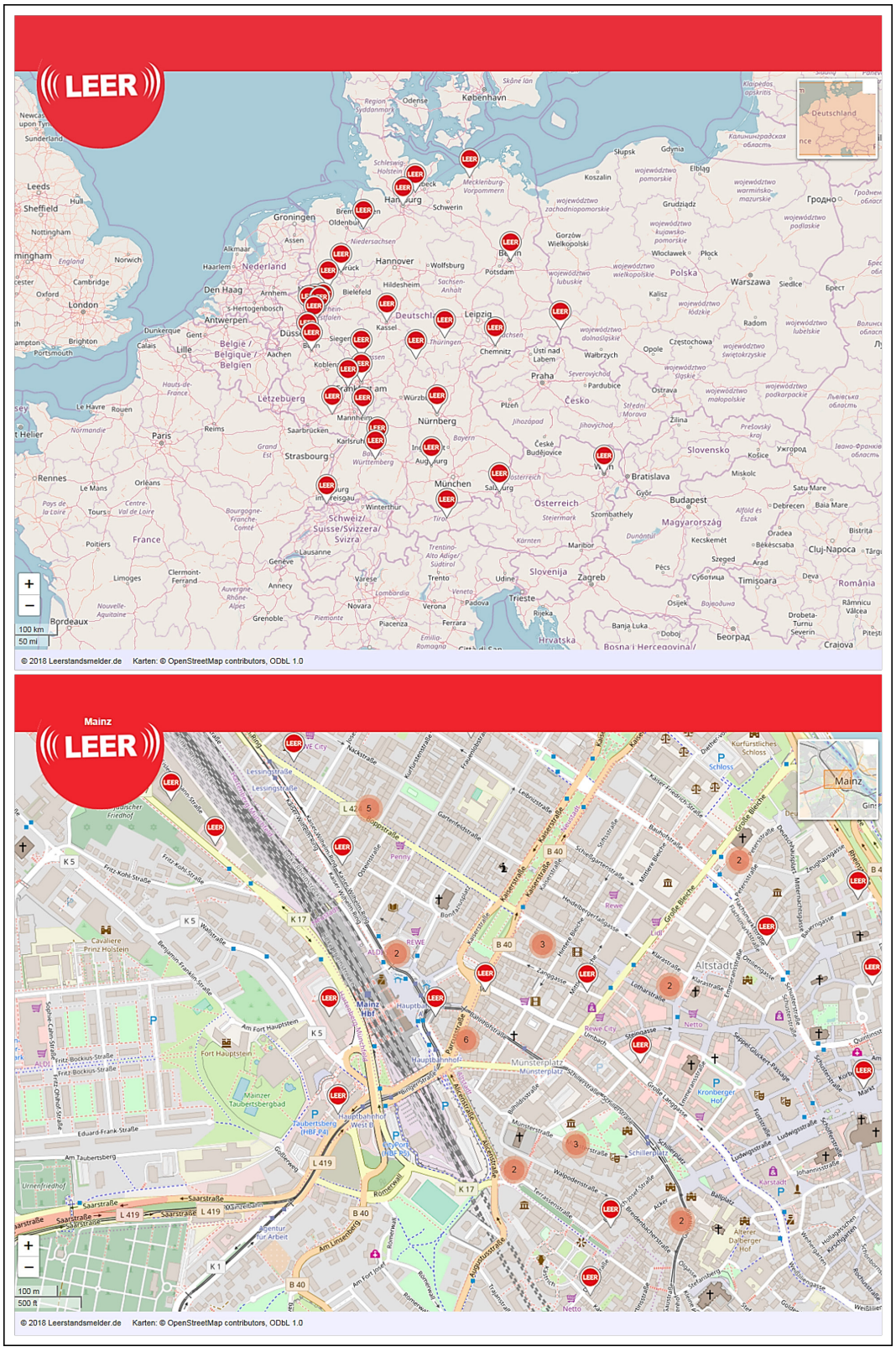


Abb. 1: Start- und Detailseite der kollektiven Kartierungsplattform Leerstandsmelder Quelle: eigene Zusammenstellung nach www.leerstandsmelder.de

und deren Wirkungsgefüge ins Zentrum der Analyse.

Initiativen und städtische Kollektive von Leerstandsmelder und ihr Einfluss auf Stadtentwicklungsprozesse durch die digitale Aneignung, Sichtbar- und physisch-materielle Nutzbarmachung von Leerstand

In Bezug zu Themen wie Leerstand, brachgefallene Flächen und Freiräume gibt es deutschlandweit ein vielfältiges Netzwerk und digitales Angebot zur Meinungsbildung und zum Mitmachen. Neben den hier untersuchten Akteuren des Netzwerks und Internetplattform *Leerstandsmelder* (vgl. Abb. 1 sowie Koch 2011; Grabowski 2012; Ziehl 2013; Osswald 2015; Höffken et al. 2015; Arnold & Kashlan 2016) können auch anderswo Freiräume und leerstehende Gebäude gemeldet werden. *openBerlin* möchte zum Stadt selber machen auffordern und anleiten, dort kann jeder seine Ideen zur (Um)Nutzung von Leerständen kundtun. Die Plattform sieht sich selbst als »ein Werkzeug für partizipative Stadtentwicklung, der Selbstverwaltung, der räumlichen Transformation und Ideenproduktion« (openBerlin e.V. 2018a). Wie dies funktioniert ist auf ihrer Homepage (ebd.: 2018b) zu lesen:

»*Hier sammeln wir gemeinsam die städtischen Freiräume in Berlin.*

Du bist schon oft an diesem Haus in deiner Straße vorbei gegangen und hast dich immer gefragt warum das eigentlich leer steht? Du bist es leid, dass an vielen Stellen in der Stadt neu gebaut wird obwohl es so viele leerstehende Immobilien in der Stadt gibt? Du möchtest mithelfen, sinnvolle Nutzungen für ungenutzte Gebäude in der Nachbarschaft zu finden?

Hilf jetzt der Community diesen Ort sichtbar zu machen und trage ihn auf openBerlin *ein! Klicke auf der Startseite den Button ›melde Freiräume‹ und schon geht's los*«.

Ähnliche Anleitungen und Absichten eigeninitiierter Projekte und Homepages existieren in Städten wie Stuttgart (PL_EN_TY EMP_TY), Kaiserslautern (*Raumpiraten // Kaiserslauterns Freiraumschätze erobern!*), Frankfurt (*basis // Produktions- und Ausstellungsplattform*), Würzburg (*LeerRaumPioniere*) oder Bonn (*BonnBunt // Initiative für Freiraum*). In Mainz engagiert sich der Verein *Schnittstelle5 // Raum für Stadtentwicklung und urbane Projekte* für einen konstruktiven Umgang mit Leerstand und vermittelt zwischen Eigentümern und raumsuchenden Nutzern. Alle untersuchten Initiativen thematisieren ungenutzte Raumpotentiale und bündeln Informationen wie baurechtliche und andere gesetzliche Anordnungen sowie Handlungsempfehlungen zur Nutzbarmachung auf ihren Homepages und in *social media*-Kanälen (vgl. Abb. 2).

Die folgenden Interviewzitate zeigen, wie die Initiativen ihre Standpunkte und Sichtweisen online publik machen bzw. wie sie digital Prozesse in ›ihrer Stadt‹ anstoßen und andere dazu ermutigen selbst aktiv zu werden. Ihrer Meinung nach sind die partizipativen Funktionen des Web 2.0 gut, *damit auch andere Leute, die was bewegen wollen, nun etwas tun können. Der Leerstandsmelder ist ein Tool für Leute, die was bewegen wollen, (...) und die gehören nicht alle zur gleichen Gruppe, sie vermischen sich. Das besondere bei den Gruppen, die den Leerstandsmelder betreiben, ist, dass die sich explizit für andere einsetzen, aber die Nutzer sind ja viele, die gehen in einander über und man kennt sich und macht das ja auch gemeinsam.*

Höffken und Kloss (2011: 192) sind der Meinung, dass solche »Akteursgruppen (...) für sich jeweils eigenständig und unabhängig [agieren, sie] sind aber, unterstützt durch Web und Mobilfunk, gut vernetzt. Bei Bedarf bilden sie Verbünde, die zusammen für ein Ziel eintreten«. Genauso funktioniert auch *Leerstandsmelder, er dient als ein Baustein zur Öffentlichkeitsarbeit und Inszenierung von Leerstand. Die Leerstandsthematik bedarf in Zeiten erhöhten städtischen Raumdrucks einer größeren Aufmerksamkeit und die ist über solche Medien heutzutage einfach herzustellen. Nicht nur Bewohner einer Stadt werden durch den Leerstandsmelder auf das Vorhandensein von freistehenden Wohnungen aufmerksamer, der Leerstandsmelder vernetzt ja auch die Menschen und Gruppen.*

Die Initiativen thematisieren auf ihren eigenen Blogs Leerstände und sind für Lösungsansätze durch Nutzungsvorschläge aus der Zivilgesellschaft offen. Darüber hinaus nutzen sie gezielt weitere digitale Kanäle und Plattformen der Sozialen Medien und des Web 2.0 um Kommunikation über städtische Prozesse zu betreiben und besonders um deren Diskurse selbst gestalten und beeinflussen zu können. Die erwähnten Initiativen und städtischen Kollektive sind vertraut oder gar Administratoren von *Leerstandsmelder*. Die Plattform dient ihnen um Leerstände karto-

graphisch zu verorten oder um neue Informationen und weitere Hinweise über leerstehende Immobilien zu erhalten. Folglich »stellen [sie] zum einen eine (...) unabhängige Netz-Öffentlichkeit dar, indem sie im Rahmen eigener Angebote – Newsgroups, Mailinglisten und Web-Seiten – ihre inhaltlichen Anliegen in den virtuellen Raum tragen und zum anderen innerhalb des Prozesses der Implementierung einer neuen Technologie gleichzeitig Nutznießer und Akteure dieser Implementierung sind« (OY 2002: 72). Ähnlich schildert

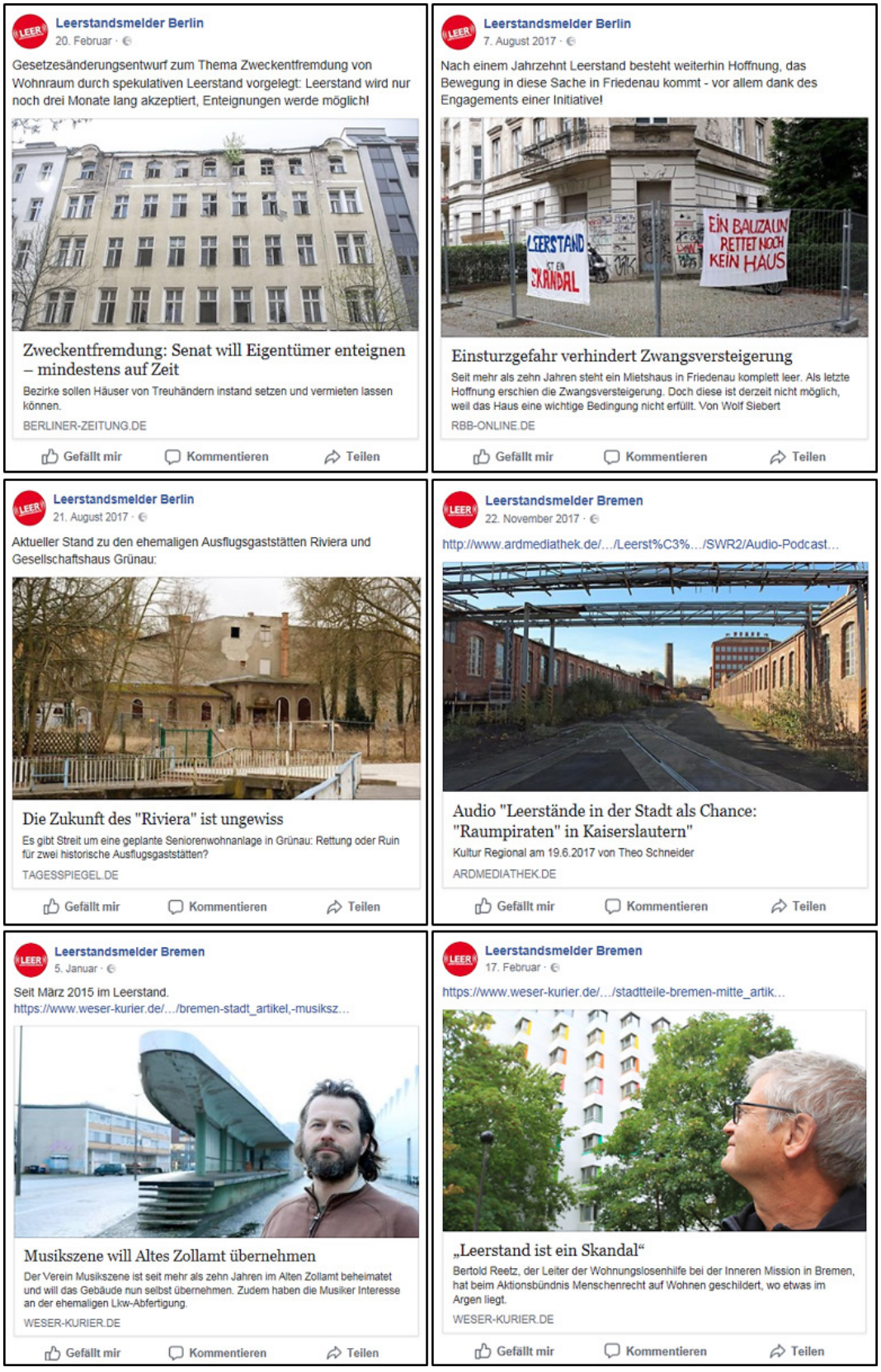


Abb. 2: Posts lokaler *Leerstandsmelder*-Initiativen in einem *social media*-Kanal
Quelle: eigene Zusammenstellung nach www.facebook.de

dies ein aktives Mitglied einer Initiative und Nutzer von *Leerstandsmelder*:

Wenn du durch die Stadt gehst, da siehst du auf den ersten Blick den leerstehenden Wohnraum nicht. Dann kam das Tool Leerstandsmelder, der war dann in der Zeitung, im Radio und im Fernseher kamen Berichte und jetzt haben wir 310 Einträge und davon sind es tatsächlich 90 Häuser oder Wohnungen. Das hätte ich selbst auch nie gedacht, aber die liegen überall in der Stadt verteilt, auch im Zentrum. Ich ging jeden Morgen seit 10 Jahren an einem Haus vorbei, das komplett leer steht – ich selbst habe es nicht bemerkt, bis es jemand eingetragen hat. Die Motivation ist Leerstand sichtbar zu machen und außerdem bekomme ich nur positives Feedback, von Mietern und unpolitischen Menschen, die finden das gut.

Bürger bloggen über städtische Prozesse und Phänomene, sie werden zum »urban prosumer« (Höffken & Streich 2015) indem sie Web 2.0-Dienste nutzen und kollektiv geolokalisierte Daten über Leerstände generieren. Sie produzieren geteiltes Wissen um die städtischen Missstände zu visualisieren. Die Eigenschaften der Internetplattform erleichtern das Ansprechen, schnelle Verbreiten und Verorten von Informationen ungenutzter Raumpotentiale. Auf diese Weise stellen die Akteure Transparenz, Informations- und »mediale Waffengleichheit« (Höffken & Kloss 2011: 189) her: *Deshalb haben wir immer wieder mal Leerstände in Listen aufgenommen, damit wir wissen, was möglicherweise kostengünstig genutzt werden kann. Damit wollten wir uns einen Überblick schaffen, denn es gibt ja niemanden, der sich dafür verantwortlich fühlt. Es ist problematisch, dass sonst keiner weiß, ja selbst die Stadt nicht wirklich, wo was leer steht, wo die Leerstände verteilt sind und viel wichtiger, wieviel eigentlich leer steht!*

Solch selbstinitiiertes digitales Engagement in der Stadtentwicklung zeigt den bürgerschaftlichen Willen und Entschluss an lokalen Gestaltungsprozessen teilnehmen und kommunale Entscheidungen vor Ort beeinflussen zu wollen. Diese Perspektive bekräftigen auch Klemme, Wiegandt und Wiesemann (2017: 7): »An der Entwicklung von Stadt und Quartier wirken Bürger aber nicht nur in Beteiligungsverfahren mit, die von der kommunalen Politik und Verwaltung ausgehen. Hingegen ergreifen sie vielerorts selbst Initiative und entwickeln eigene Vorstellungen und Projekte zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Das Spektrum der bürgerschaftlichen Aktivitäten ist dabei breit und bunt«. Die empirischen Untersuchungen zeigen zusätzlich, dass die Initiativen und städtischen Kollektive weit über das Internet hinaus aktiv sind. Ihre symbolischen Aneignungen durch digitales Markieren und Melden von Leerstand erzeugen zwar neue Inhalte und sie sind in der Lage ein Umkodieren existierender Raumstrukturen einzuleiten, dennoch machen das digitale Zusammentragen und Diskutieren von Informationen in Sozialen Medien sowie das Verorten von Leerständen auf *Leerstandsmelder* die existierenden Leerstände nicht nutzbar. Hierzu benötigt es Aktivitäten, die ›außerhalb digitaler Räume‹ stattfinden. Allerdings sind sich die Interviewpartner einig, dass der *Leerstandsmelder* aufgrund seiner digitalen Strukturen Wirkungen im städtischen Raum hinterlässt. Besonders in Städten mit Raumdruck kann er *politischen Druck aufbauen und eine politische Diskussion in Gang setzten, denn wenn eine Stadt sagt: »Leerstand, das haben wir nicht« und dann auf einer Karte rote Punkte aufpoppen, dann bringt das einiges in Bewegung. Es geht darum den Leerstandsmelder als Instrument zu nutzen und ihn auch politisch [vor Ort] einzusetzen. Dann können auch Forderungen nach Freiraum, nach günstigen Räumen für alternative Nutzungsideen und für Wohnraum eingefordert werden. Natürlich kann der Leerstandsmelder alleine und für sich genommen wenig bewegen, aber in einem größeren Zusammenhang und Kontext kann er was bewegen.*

Folglich geht es den Akteuren um die stadträumlichen Effekte durch Karten, sie sind machtvolle Instrumente um soziale und räumliche Aspekte gesellschaftlichen Zusammenlebens in Städten zu verbildlichen (vgl. Bittner & Michel 2014: 64f). Karten können symbolhafte Bedeutungen transportieren und transformieren, dabei kommt es auf den strategischen Einsatz der digitalen Leerstandsmarkierungen an und wie sie zu welchem Zeitpunkt instrumentalisiert werden: *Mich fragen immer alle, was man mit dem Leerstandsmelder machen kann und sie haben recht, denn mit dem Tool gibst du ja keine Handlungsanweisungen, es sei denn du setzt es politisch und zum richtigen Zeitpunkt ein, dann bewirkst du ordentlich was. Wir haben hier den ganzen [politischen] Laden aufgemischt. Der Leerstandsmelder ging genau vor der Kommunalwahl online und dadurch musste sich jede Partei zu dem Thema Leerstand positionieren. Auch die Stadt und der Mieterbund haben unmittelbar auf den Leerstandsmelder reagiert, beide haben eine Plakatkampagne gegen Leerstand gemacht und überall*

in der Stadt aufgehängt. Der Leerstandsmelder hat in meinen Augen viel bewirkt, denn Leerstand war vorher kein Thema und jetzt kommt die Zweckentfremdung und dafür ist der Leerstandsmelder mitverantwortlich, auf jeden Fall.

Ähnlich merkt ein weiterer Nutzer von Leerstandsmelder das Interventionspotential und machtvolle Moment der digitalen Karten an: *Natürlich kann der Leerstandsmelder, also nur die Karte, wenig bezwecken, prinzipiell ist er ein Kartierungswerkzeug. Aber durch die Visualisierung und Skandalisierung kann der Leerstandsmelder bewirken, dass der Druck auf Besitzer erhöht wird und wohnungspolitische Maßnahmen eher ermöglicht werden. Die Art, wie er genutzt wird, ist abhängig von den unterschiedlichen Situationen und städtischen Kontexten, in denen sich die Menschen befinden. Er kann also schon Bezüge herstellen und was auf die Beine stellen, wenn er angemessen und zweckdienlich genutzt wird, also wenn sein Inhalt politisch und zum richtigen Zeitpunkt aktiviert wird. In einer boomenden Stadt, die in den letzten Jahren zehntausende Zuzüge hatte, wo Wohnraum knapp ist, Mieten steigen und Leute verdrängt werden, genau dann wird der Leerstandsmelder zu einem wichtigen Werkzeug.*

Die digitalen Karten sind ohne strategischen, zielgerichteten Einsatz nutzlos, dann sind sie lediglich »Artefakte« und als »solche sind sie [Karten] einfach nur bedrucktes Papier oder Pixel auf dem Monitor« (Belina 2013: 152). Demnach findet die Einflussnahme auf Stadtentwicklung nicht isoliert und alleine im digitalen Netz statt, nicht nur dort wird diskutiert und gestritten. Die Formen der ePartizipation und digitalen Meinungsbildung färben vielmehr auf gesellschaftliche Überzeugungen und damit auf das Handeln der Menschen ab. Deshalb können Karten auch als »Resultat strategischer Überlegungen« (ebd.: 154) eingesetzt werden, besonders »weil Karten Produkte ihrer Macher_innen sind, sind sie weder jemals »neutral« noch sind sie immer und notwendig Ideologie. Gut gemacht und interpretiert können sie in progressiver Politik und sozialen Bewegungen sinnvoll eingesetzt werden« (ebd.: 155, Herv. i. Orig.). Die digitalen Leerstandssymbole dienen um Interessen in Politik und Stadtplanung durchzusetzen. Das kollektive digitale Kartieren verfolgt das Ziel Leerstand mit Symbolgehalten zu füllen und vor Ort zu öffnen und nutzbar zu machen. Web 2.0 Kartierungsplattformen spiegeln in gewisser Weise städtische Räume, sie sind »the medium which ›represents‹ urban phenomena by turning it into an image« (McQuire 2008: vii, Herv. i. Orig.). Gleichzeitig folgen den digitalen Kartierungen wiederum Taten und Reaktionen in Stadt, Gesellschaft und Politik, anderweitig würde der Wille etwas zu ändern in der digitalen Welt verhaftet und damit ungehört bleiben. Die symbolischen Aneignungen und Forderungen im digitalen Raum werden durch konkrete Handlungen im städtischen Raum aufgegriffen. Die produzierten Texte, Bilder und kartographischen Inhalte werden bei öffentlichen Diskussionsrunden mit Vertretern aus der kommunalen Politik strategisch eingesetzt. Die Initiativen untermauern die Symbole mit Argumenten und eignen sich auf diese Weise Deutungshoheiten an: *Jaaaaa, der Leerstandsmelder ist eine politische Plattform, er ist in dem Moment politisch, wenn man mehr als nur diese Markierungen liefert. Diese müssen natürlich entsprechend unterfüttert werden, man muss zu den Markierungen was sagen, Infos geben und [vor Ort] konkret handeln. Wir haben mit der Plattform kartiert und dann muss man zusätzlich auch Infoveranstaltungen machen, in der Zeitung Interviews geben, denn alleine, nur für sich, kann man die Symbole anklicken und es sieht hübsch aus. Aber durch die Visualisierungen sehen es die Leute und ärgern sich über den Leerstand und dazu muss man dann auch die passende Politik machen und die Plattform unterstützen.*

Das dialektische Wirkungsgefüge zwischen online-Aktivitäten und Handlungen im Stadtraum wird durch die folgenden drei Interviewausschnitte verdichtet. Die Mitglieder der Initiativen und Nutzer von *Leerstandsmelder* greifen die kartierten ungenutzte Räume durch direktes Auftreten an Ort und Stelle auf: *Wir haben mit solchen Spaziergängen schon 2006 angefangen, da sind wir durch die Stadt gelaufen und haben Leerstände kritisch hinterfragt, also wir sind den Leuten richtig auf die Füße getreten. Außerdem hatten wir immer die Presse dabei und haben alle Leerstände öffentlich gemacht. (…) Wenn man was ändern will, muss man in seiner Stadt auch Aktionen starten (…) und den Leuten klar machen, warum die Stadt so ist, wie sie ist. Auch der Leerstandsmelder macht hier einiges aus, daraufhin kommt dann die Presse, das nimmt richtig Einfluss und dann läuft alles an. (…) Außerdem ist eine Homepage wichtig, so eine Art Blog auf dem man immer draufstellt, was man gerade macht und wo man aktiv ist. Den Blog muss man halt ständig updaten und dort muss man die Leerstände benennen, die es gibt. Das alles darf man nicht unterschätzen, das*

lesen viele Leute und schafft Aufmerksamkeit. Gleichzeitig muss man in den Medien richtig ›action‹ machen, denn das Thema Leerstände und kritische Spaziergänge durch die Stadt finden viele interessant.

In einer Guerilla-Aktion markierten wir die diversen ungenutzten Wohn- und Wirtschaftsräume. Mit Luftballons und Nummern, also von 1-24 sind wir von Leerstand zu Leerstand gefahren. Von der Aktion haben wir auch ein Video ins Netz gestellt (vgl. Daim 2012). Durch die roten Luftballons wurden nicht nur die lokalen Anwohner über den Missstand aufmerksam gemacht, sondern diese Irritationen fanden eine weitreichende Medienpräsenz (vgl. Fries 2013), *wodurch die Diskussion über die leer stehenden Ressourcen insgesamt neu entfacht wurde. Außerdem hielten wir vor den verschlossenen Türen vereinzelt kulturelle Events ab, auch um medienwirksam und symbolisch auf den ungenutzten Raum bei gleichzeitiger Raumnot der kulturellen Szene und Kulturschaffenden, die quasi auf der Straße sitzen, aufmerksam zu machen. (…) Die symbolische Aneignung diente gleichzeitig als Protest gegen die Ohnmacht der städtischen Verwaltung und Politik, die nichts gegen diese Leerstände unternehmen. Auch sollte die Aktion die Eigentümer anklagen und bewegen. (…) Außerdem, eigentlich war die Aktion durchgeführt worden, weil die Onlineplattform Leerstandsmelder freigeschaltet wurde, also als Hinweis, dass es nun eine Meldeplattform für Leerstände gibt, die jeder nutzen kann.*

Es geht uns nicht um den Fernsehbericht oder einen weiteren Presseartikel, sondern um die stadtpolitischen Effekte, die durch unsere Aktionen und symbolischen Aneignungen erreicht werden. Die Medien sind nur Mittel zum Zweck! Wichtig ist, dass Leerstand thematisiert wird, weil dadurch was bewegt wird und Dinge ins Rollen kommen.

Mit der medialen Inszenierung und der damit einhergehenden symbolischen Aneignung folgen die Akteure ihrer zentralen Zielsetzung: das Nutzbarmachen der Leerstände. Wie oben erläutert haben die Initiativen sich gegründet, um temporäre Nutzungen wie Ausstellungen, Lesungen, Kunstperformances, Theatervorstellungen oder Filmvorführungen in Leerständen zu ermöglichen. Sie vermitteln leere Ladenlokale und ungenutzte Büroräume an raumsuchende Zwischennutzer und streben damit die Öffnung und Nutzung leer stehender Raumpotentiale für soziales Miteinander, Kunst, Kultur und zur Herstellung urbaner Vielfalt an. Hierbei sind ihnen die symbolischen Aneignungsformen von Leerstand im Web 2.0 zweckdienlich. Dieser Meinung ist auch Georgiou (2013: 4): »social actors are makers of meanings of the city and of the media [because] the very many struggles for symbolic and material resources in the city increasingly unravel at the meeting of the media and the city: when protesters use social media to gain local and global presence«. Die Absichten und Forderungen der Leerstandsakteure werden nach Georgiou (ebd.: 142) allein durch Aktivitäten im Stadtraum zu wenig ge- bzw. erhört, »the visibility offered by the physical space of the city is no longer enough«. Ihrer Argumentation folgernd erreichen die Akteure mit Hilfe digitaler Medien eine deutlich höhere Sichtbarkeit. Durch bürgerinitiierte digitale Prozesse werden die Forderungen nach der Nutzung von Leerstand breiter bzw. ›weiter‹ kommuniziert, wobei ihre Handlungen sowohl im digitalen Netz als auch ›auf der Straße‹ Effekte provozieren: »The urban street is revived and extended to the global mediated street. It is in the continuity of the physical and mediated urban street that presence, as a strategy, as a tactic and as the inevitable politics of the other in the city, makes sense. The politics of presence depends on the merging of the grounded physicality of protests and conflict as much as on the sustainability of protest through its mediated representations« (ebd.).

Die eingangs diskutierten Aspekte der symbolischen Aneignungen durch kollektives Kartieren von Leerständen stehen mit den Effekten, Handlungen und physisch-materiellen Aneignungsformen im Stadtraum in engem Austausch. Das digitale Netz verspricht seinen Nutzern städtische Räume selbst gestalten zu können. Dieser Gestaltungswille spiegelt sich in der digitalen Teilhabe, Partizipation und Bedeutungsproduktion und in der konkreten Öffnung und Nutzung leer stehender Raumpotentiale wider: »Die damit hergestellten Beziehungen [zwischen der Welt der Bedeutungen und der Objektwelt] können offensichtlich sogar dazu führen, daß die Grenzen zwischen den beiden vollkommen verschwimmen« (Werlen 1997: 401). Die gesellschaftlichen Belange und Interessen werden ›nicht einfach nur‹ im Netz diskutiert, sie wirken auch auf den städtischen Raum zurück: *social media*, Blogs, Web 2.0 und das kollektive Kartieren räumlicher Phänomene können demnach nicht losgelöst und isoliert von städtischen Entwicklungen und Aktionen im Stadtraum betrachtet werden. Den dargelegten Ergebnissen nach finden die

online-offline-Handlungen dialektisch statt, sie beziehen sich aufeinander, beeinflussen sich wechselseitig und verstärken sich gegenseitig. Die digitalen und physischen Lebenswelten können zwar analytisch getrennt und isoliert diskutiert werden, doch im Alltag der Akteure sind die jeweiligen Handlungen und Zielsetzungen miteinander verknüpft. Durch ihr Handeln im digitalen Netz als auch durch Interventionen im Stadtraum generieren sie Aufmerksamkeit und schaffen ein wachsendes Bewusstsein für ihre Anliegen. Das Internet überzeugt Bürger zum Mitmachen und die Idee der Nutzung von Leerständen wird digital auch in andere Städte getragen und dort konkret umgesetzt. Den Leerstandsakteuren gelingt es durch ihre Strategien der Sichtbarmachung, Öffnung und Nutzung von Leerstand, also durch die symbolische wie physisch-materielle Aneignung von ungenutzten Raumpotentialen ihre Anliegen in der Stadtentwicklung zu platzieren. Am Beispiel des *Leerstandsmelder* zeigt sich, dass die partizipativen Strukturen des Web 2.0 weitreichende Spuren in Stadtpolitik hinterlassen und neue Entwicklungsprozesse im städtischen Raum freisetzen können. Durch digitale Visualisierungs-, Kommunikations- und Kartierungstechniken haben Bürger Leerstand nicht nur benannt und in einen gesellschaftspolitischen Diskurs getragen, sondern sie stoßen dadurch vielfältige und konstruktive Umgangsweisen mit ungenutzten Räumen in Städten an.

Ausblick

Die dargelegte Einflussnahme urbaner Kollektive durch digitale Medien auf städtische Räume haben einige Kommunen erkannt, sie beginnen die Vorteile in positiver Weise zu nutzen. In Gießen hat die Wirtschaftsförderung der Stadt die Administration für die digitale Leerstandskarte übernommen. Um neue Nutzungen zu ermöglichen pflegt sie sowohl den Inhalt der Plattform als auch Kontakte zu Eigentümern leer stehender Immobilien. In der Stadt Meinigen betreibt das City Management den *Leerstandsmelder* und in München hat sich eine weitere kommunale Kartierungsplattform gegründet: *Leerstand089*, der Leerstandsmelder für München (vgl. Kreller 2015; Backes 2015). Der Erfolg webbasierter Beteiligungsstrukturen wird durch das Angebot kommerzieller Plattformen wie das *Kommunale Immobilienportal* (KIP) bestätigt: »Lassen Sie Ihre Bürger aktiv bei der Identifizierung von Immobilien-Leerständen und Innenentwicklungspotentialen mithelfen. (...) Die Bürger können damit unkompliziert in fünf einfachen Schritten Leerstände direkt an die Kommunalverwaltung melden«, sodass die digitalen Kartographen Stadtentwicklungsprozesse anstoßen können, heißt es auf der Homepage (vgl. KIP 2018 sowie Sammet & Peick 2017). Alle Beispiele stehen für eine aktuelle gesellschaftliche Diskussion um Leerstand in Städten sowie für einen zukunftsweisenden Ansatz der ePartizipation und digitalen Mitbestimmung in Stadtentwicklungsprozessen.

Resümierend hat sich die Idee des Sichtbarmachens leer stehender Raumpotentiale weiterentwickelt und ist von kommunalen Akteuren und marktaktiven Unternehmen aufgegriffen und professionalisiert worden. Gemeinsam mit Entscheidern und privaten Eigentümern werden Kooperationen etabliert und Leerstände reaktiviert. Dementsprechend sind Kommunen gut beraten, wenn sie auf die vielfältigen online-Partizipationsmöglichkeiten und digitalen Trends in der Stadtentwicklung eingehen und mit den Betreibern, aktiven Nutzern und Immobilieneigentümern stabile Vereinbarungen aufbauen bzw. gemeinsame Ziele im Umgang mit städtischen Ressourcen formulieren. Kommunen müssen den Willen und Mut aufbringen die diskutierten Entwicklungen zu fördern und deren Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse zu übertragen.

Literatur

ALBERS, H.-H. und S. HÖFFKEN (2015): Digital vernetzt. Die nutzergenerierte Stadt. In: PLAERIN 2015, Heft 3: 3-4. (= Digital vernetzt. Die nutzergenerierte Stadt)

ARNOLD, G. (2019): Handlungszentrierte Perspektiven auf Leerstand in wachsenden Städten und Metropolregionen Deutschlands: Strategien – Konflikte – Empfehlungen. Mainz. [im Erscheinen]

ARNOLD, G. (2019): Crowdsourcing, bottom-up web 2.0 and critical web mapping of inner-city vacancies. The power of digital maps and urban movements on city development. In: Lukinbeal, C., L. Sharp, A. Escher und E. Sommerlad (Hrsg.): Media's Mapping Impulse. Stuttgart: o. S. [im Erscheinen]

ARNOLD, G. und B. KASHLAN (2016): Steht das leer? Partizipatives crowdsourcing als Basis für ein offenes Leerstandsmanagement von allen. In: Polis – Magazin für Urban Development 1/2016: 32-34. (= Shelter for all)

BACKES, T. (2015): Wohnungsnot in München – Bürger sollen Leerstand melden. In: Süddeutsche Zeitung vom 09.07.2015. Online: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/wohnungsnot-in-muenchen-buerger-sollen-leerstand-melden-1.2558583 (04.07.2018)

BELINA, B. (2013): Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus. Münster. (= Einstiege 20, Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie)

BITTNER, C. und B. MICHEL (2014): Kritische Kartographien der Stadt. In: BELINA, B., M. NAUMANN und A. STRÜVER (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: 64-70.

DAIM (2012): bonnbunt – Leerstand 2012. Online: https://vimeo.com/54813284 (04.07.2018)

ELWOOD, S. (2009): Geographic Information Science: new geovisualization technologies – emerging questions and linkages with GIScience research. In: Progress in Human Geography 33 (2): 256-263. Online: http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0309132508094076 (04.07.2018)

ELWOOD, S. und A. LESZCZYNSKI (2013): New spatial media, new knowledge politics. In: Transactions of the Institute of British Geographers 38 (4): 544-549. Online: https://onlinelibrary.wiley.com/toc/14755661/2013/38/4 (04.07.2018)

FRIES, A. (2013): Leerstände in Bonn. »Bonnbunt« fordert Platz für Kreativität. In: General-Anzeiger Bonn vom 06.01.2013. Online: http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Bonnbunt-fordert-Platz-f%C3%BCr-Kreativit%C3%A4t-article941169.html (27.11.2017)

GEORGIOU, M. (2013): Media and the city. Cosmopolitanism and difference. Cambridge.

GLASZE, G. (2009): Kritische Kartographie. In: Geographische Zeitschrift, Band 97, Heft 4: 181-191.

GRABOWSKI, S. (2012): Der Leerstandsmelder. Eine Stadtentwicklungs-Initiative aus dem Gängeviertel. In: Gängeviertel e.V. (Hrsg.): Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel. Hamburg und Berlin: 185-190.

HÖFFKEN, S. et al. (2015): Kollaboratives Leerstandsmanagement. Analyse kollaborativer Leerstandserfassung am Beispiel der Community-Plattform Leerstandsmelder Kaiserslautern. In: gis.SCIENCE – Die Zeitschrift für Geoinformatik 1/2015: 30-39.

HÖFFKEN, S. und B. STREICH (2015): Blogging the City – die neue Rolle der Bürger als »Urban Prosumer«. In: BUHMANN, E., S. M. ERVIN und M. PIETSCH (Hrsg.): Peer Reviewed Proceedings of Digital Landscape Architecture 2015. Berlin und Offenbach: 374-384. Online: https://gispoint.de/fileadmin/user_upload/paper_gis_open/DLA_2015/537555041.pdf (04.07.2018)

HÖFFKEN, S. und C. HALLER (2010): New Communication Tools and eParticipation: Social Media in Urban Planning. In: SCHENK, M., V. V. POPOVICH und P. ZEILE (Hrsg.) REAL CORP 2010. Cities for Everyone: Liveable, Healthy, Prosperous. Proceedings of 15th International Conference on Urban Planing, Regional Development and Information Society. Vienna, Austria. Schwechat: 493-507. Online: http://geomultimedia.at/archive/CORP2010_109.pdf (04.07.2018)

HÖFFKEN, S. und C. KLOSS (2001): Digitale Urbanisten oder: Wie das Internet Stadtplanung und urbane Kultur verändert. In: Zeitschrift Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4/2011: 189-192 (= Neue Dialogkultur: Wir sprechen uns im Web 2.0) Online: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publikationen/verbandszeitschrift/2000_2014/PDF_Dokumente/2011/FWS_4_2011/FWS_4_11_Hoeffken_Kloss.pdf (04.07.2018)

HUDSON-SMITH, A. et al. (2009): NeoGeography and Web 2.0: concepts, tools and applications. In: Journal of Location Based Services 3 (2): 118-145. Online: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17489720902950366?scroll=top&needAccess=true (04.07.2018)

KIP – Kommunales Immobilienportal (2018): Innenentwicklung – Leerstandsmelder. Online: https://www.kip.net/innenentwicklung#leerstandsmelder (04.07.2018)

KLEMME, M., C.-C. WIEGANDT und L. WIESEMANN (2017): Partizipation online – gemeinsam Stadt Entwickeln. In: Informationen zur Raumentwicklung IzR 6/2017: 4-11. (= Online-Partizipation in der Stadtentwicklung)

KOCH, C. (2011): Sozialverträgliche Stadterneuerung durch kreatives Engagement am Beispiel des Gängeviertels in Hamburg. Münster. Online: http://das-gaengeviertel.info/fileadmin/media/texte/Diplomarbeit_CharlotteKoch.pdf (04.07.2018)

KREIML, T. und H. C. VOIGT (2011): Soziale Bewegungen und Social Media: Handbuch für den Einsatz von Web 2.0. Wien.

KRELLER, A. (2015): Leerstandsmelder und Leerstand089: Die Fahnder. In: brandeins Wirtschaftsmagazin10/2015. Schwerpunkt: Immobilien: 116-119. Online: https://www.brandeins.de/archiv/2015/immobilien/leerstandsmelder-und-leerstand089-die-fahnder/ (04.07.2018)

LUISE, F. und S. HÖFFKEN (2012): Stadt zum Mitmachen. Die Gestaltung urbaner Räume mittels Social Media und Bottom-Up-Beteiligung. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2012. Online: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_flade_hoeffken_120710.pdf (04.07.2018)

MCQUIRE, S. (2008): The media city: Media, architecture, and urban space. London.

openBerlin e.V. (2018a): openBerlin e.V. Online: http://www.openberlin.org/ (04.07.2018)

openBerlin e.V. (2018b): Hilfe. Online: http://www.openberlin.org/hilfe (04.07.2018)

OßWALD, S. (2015): Kollektiv gegen Leere. Leerstandsmelder.de schafft Transparenz auf Basis lokalen Wissens. In: PLANERIN 2015, Heft 3: 13-15. (= Digital vernetzt. Die nutzergenerierte Stadt)

OY, G. (2001): Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Münster. (= Kritische Theorie und Kulturforschung, Band 4)

OY, G. (2002): Die Nutzung neuer Medien durch internationale Protestnetzwerke. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (NSB), Jg. 15, Heft 1: 68-79. Online: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/archiv/FJNSB_2002_1.pdf (04.07.2018)

OY, G. (2003): Vom Kampfbegriff Gegenöffentlichkeit zur elektronischen Demokratie. Kritische Publizistik, Gegenöffentlichkeit und die Nutzung Neuer Medien durch soziale Bewegungen. In: PERIPHERIE, Jg. 23., Nr. 92: 507-523. Online: https://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/viewFile/27257/23804 (04.07.2018)

PETRIN, J. (2012): Das große Online-Missverständnis. In: Internationale Bauausstellung IBA Hamburg GmbH (Hrsg.): Metropole: Zivilgesellschaft, Band 6. Berlin: 60-71.

PETRIN, J. (2017): Vom Desktop-Modus zur Dauerteilhabe. In: IzR - Informationen zur Raumentwicklung 6/2017: 134-143. (= Online-Partizipation in der Stadtentwicklung)

RAMASUBRAMANIAN, L. (2010): Geographic Information Science and Public Participation. Heidelberg, Dordrecht, London und New York. (= Advances in Geographic Information Science)

RAUTERBERG, H. (2013): Wir sind die Stadt. Urbanes Leben in der Digitalmoderne. Berlin.

RECKWITZ, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin.

SAMMET, M. und S. PEICK (2017): Digitale Kooperation. Neue Ansätze der Partizipation in Kommunen. In: Polis – Magazin für Urban Development 4/2017: 14-18. (= Reality – Mehr Schein als Sein. Der Einfluss des Digitalen auf das Urbane) Online: https://media.wunschgrundstueck.de/img/kip/news/polis042017_KIP_Interview.pdf (04.07.2018)

SILVA, C. N. (Hrsg.) (2013): Citizen E-Participation in Urban Governance: Crowdsourcing and Collaborative Creativity. Lissabon.

STREICH, B. (2014): Subversive Stadtplanung. Wiesbaden.

TULLOCH, D. L. (2008): Is VGI participation? From vernal pools to video games. In: GeoJournal 72 (3-4): 161-171. Online: https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs10708-008-9185-1.pdf (04.07.2018)

VUOLTEENAHO, J., K. LEURS und J. SUMIALA (2015): Digital Urbanisms: Exploring the spectacular, ordinary and contested facets oft he media city. In: Observatorio (OBS*) Journal, Media City: Spectacular and Contested Spaces: 1-21. Online: http://obs.obercom.pt/index.php/obs/article/view/970 (04.07.2018)

WALTER, F. et al. (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg.

WERLEN, B. (1997): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen 2. Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart. (= Erdkundliches Wissen, Band 119)

WILLINGER, S. (2015): Informeller Urbanismus im digitalen Zeitalter – Über Potentiale und Grenzen. In: PLANERIN 2015, Heft 3: 28-30. (= Digital vernetzt. Die nutzergenerierte Stadt)

ZIEHL, M. (2013): Leerstandsmelder.de – Open (Re-) Source for Open Cities. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 95: 58-64.

pnd | online
www.planung-neu-denken.de
ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Niederschwellige Reduktion von Wohnungsleerstand

oder: transformativer Forschungsprozess trifft altindustrielle Strukturen – Ein Bericht aus der Praxis

Annaliesa Hilger, MA, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographie und Sachunterricht der Bergischen Universität Wuppertal
Sie begleitete und initiierte im Projekt »Wohlstands-Transformation Wuppertal« lokale Transformationsprozesse. Annaliesa Hilger promoviert zu »Mustern transformativer und transdisziplinärer Forschung«.

Abstract

Der Beitrag berichtet von *Haushüten*, einem Konzept zur niederschwelligen Reduktion von Wohnungsleerstand, entwickelt im Rahmen eines Reallabors. *Haushüten* versteht sich als gemeinnützige, neutrale Vermittlung und Beratung zwischen Eigentümerinnen und Eigentümern von Immobilien und potenziellen Mieterinnen und Mietern, wobei eine Herausforderung die teilweise multiple Problemlage der Eigentümer(innen) darstellt. Eine Stärke sind hingegen die vielfältigen Möglichkeiten der Mobilisierung von Eigentümer(inne)n, wie beispielsweise über informelle, nachbarschaftliche Netzwerke.

1 Einleitung

Leerstand prägt das Gesicht eines Quartiers. Überproportional hoher und langanhaltender Leerstand strahlt negativ auf die Umgebung aus und hemmt die Entwicklung des Umfelds. Daher ist Leerstand häufig ein Thema der Quartiersentwicklung, wobei die diskutierten Maßnahmen unterschiedlich niederschwellig und voraussetzungsreich sind. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit einer dieser Maßnahmen, mit dem Projekt *Haushüten* in den Wuppertaler Quartieren Oberbarmen und Wichlinghausen, entwickelt anhand eines Reallabors.

Reallabore sind ein Format transformativer Forschung, welches sich durch eine starke Orientierung an gesellschaftlichen Akteuren und Problemen auszeichnet. Charakteristisch für dieses Format ist eine aktiv gestaltende und zugleich untersuchende Forschung (siehe u.a. Schäpke/Stelzer et al. 2018; Wanner/Hilger et al. 2018; Wagner/Grunwald 2015; Schneidewind 2014). Das *Reallabor Oberbarmen und Wichlinghausen/Haushüten* war Teil des von 2015 bis 2018 durch das BMBF geförderte Forschungsprojekt *Wohlstands-Transformation Wuppertal* am *Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit* (TransZent) der *Bergischen Universität Wuppertal* (siehe auch Haake/Hilger et al. 2018; Hilger/Rose et al. 2018; Behrens/Keil 2018; Rose/Schleicher et al. 2017).

ISSN 1868 - 5196

Ziel dieses Reallabors war es, den Wohnungsleerstand auf eine niederschwellige Art und Weise zu reduzieren, um zum Werterhalt oder einer Wertsteigerung von leerstehenden Wohnungen oder Häusern beizutragen. Zusätzlich wurde von dem Vorhaben erwartet, durch den Zuzug von engagierten Mieter(inne)n eine weitere positive Entwicklung der Quartiere in Gang zu bringen. Wohnungsleerstand innerhalb eines innovativen (Forschungs-)Formates wie ›Reallabor‹ zu behandeln ist insofern spannend, als dass dieses Problem – im Kontrast zu vielen anderen Fokussen von Reallaboren – enorm mit den bestehenden Strukturen und Akteuren zusammenhängt.

Bedingt durch den wesentlichen Einfluss gesellschaftlicher Akteure im Reallabor-Prozess und ihren transformativen Anspruch sind Reallabore aus Sicht der Forschung weit mehr als ein spezifisches Methodendesign. Folglich wirkte sich der Zugang als Reallabor letztendlich grundlegend auf den Charakter von *Haushüten* aus. Dies spiegelt die Struktur des vorliegenden Beitrags wider: im Sinne eines Berichtes aus der Praxis wird das Projekt *Haushüten* dargestellt, angereichert durch im Reallabor erstellte wissenschaftliche Analysen. Ergänzend folgt eine Reflexion zum Vorgehen im Rahmen eines Reallabors.

2 Wohnungsleerstand im Wuppertaler Osten

Die Quartiere Oberbarmen-Schwarzbach, Wichlinghausen-Süd und Wichlinghausen-Nord im Wuppertaler Stadtbezirk Oberbarmen (kurz: Oberbarmen und Wichlinghausen) werden als unattraktiv und problembelastet wahrgenommen, was u. a. durch eine dichte Bebauung mit wenig Grünflächen und eine hohe Verkehrsbelastung verursacht wird (Stadt Wuppertal 2014: 12). Ökonomische und soziale Herausforderungen zeigen sich in einem überproportional hohen Anteil an Arbeitslosen oder/und SGB II-Empfänger(inne)n, wobei kleinräumige Unterschiede zwischen den statistischen Quartieren bestehen (siehe Tabelle 1). Auch sind die Quartiere sehr divers und von vielen Ethnien geprägt. Die Gebiete sind seit 2008 Teil des Städtebauförderungsprogramms *Soziale Stadt*, die zweite Förderperiode läuft bis 2020 (Diakonie Wuppertal 2016).

Das Ortsbild ist geprägt durch typisch bergische Fachwerkhäuser, Gründerzeitbauten und Bauten der Nachkriegszeit; ein Teil des Wohnungsbestandes ist erneuerungs- und sanierungsbedürftig. In dem Gebiet herrscht struktureller Leerstand von einzelnen Geschosswohnungen, Wohnhäusern und Gewerberäumen. Ende 2017 lag die Quote des Wohnungsleerstands der Quartiere bei 7,25 %, während hingegen der gesamtstädtischen Wert bei 5,6 % liegt (Stadt Wuppertal 12/2017). Obwohl der Wohnungsleerstand seit 2015 deutlich zurückgegangen ist, liegt dieser Wert immer noch über den marktüblichen Schwankungen. Kennzeichnend für das Gebiet ist ferner eine kleinteilige Eigentumsstruktur und eine nur teilweise professionell betriebene Bewirtschaftung der Objekte, was häufig dazu führt, dass Eigentümer(innen) – teilweise bedingt durch eigene Erfahrungen oder Erzählungen – Vermietungen an ›schwierige‹ Mieter(innen) befürchten (siehe auch Kapitel 4 und Hilger 2018). Diese spezifische Problemlage hemmt Motivation und Möglichkeiten von Eigentümer(inne)n, dem durch Leerstand drohenden Verfall von Gebäuden aktiv entgegenzuwirken.

Ein solcher, häufig als problematisch bewerteter Zustand, nährt Befürchtungen einer weiteren negativen städtebaulichen Entwicklung des Umfelds, beispielsweise bekannt als *Trading-Down-Effekt* (Braun/Heising et al. 2014: 6). Wenngleich eine negative Abwärtsspirale sich auf nur eine von zahlreichen Annahmen über Dynamiken von Quartieren stützt (siehe auch Schnur 2014 und Kapitel 4), begründen sich hierin Aktivitäten zur Leerstandsreduktion. Viele dieser Bemühungen beziehen sich auf den Nicht-Wohnbereich, wie beispielsweise Zwischennutzungen (zur Übersicht siehe Schlegelmilch 2008). Ein gu-

Tabelle 1: Sozioökonomische Daten zu den drei statistischen Quartieren (Stadt Wuppertal 12.2017)

	EW	EW/km²	Durchschnittsalter	Anteil Arbeitslose	Anteil SGB II	Anzahl Gebäude	Leerstandsquote
Oberbarmen-Schwarzbach	15.707	9881,6	39,1	10,5 %	32,1 %	1533	6,5 %
Wichlinghausen–Süd	10.132	13067,1	39,4	9,7 %	30,6 %	1050	8,1 %
Wichlinghausen-Nord	6.429	7062,9	41,3	8,2 %	24,0 %	737	7,2 %
Gesamtstadt	360.434	2140,5	43,6	6,6 %	17,6 %	64.383	5,6 %

Mobilisierung von Eigentümer(inne)n
- Identifizierung von leerstehenden Objekten
- Kontaktaufnahme zu Eigentümer(inne)n

Bestandsaufnahme
- Besichtigung des Objektes, bei Bedarf zusätzlich durch Architekt(inn)en
- Beratung zu Möglichkeiten einer Vermietung
- Erstellung eines individuellen Vermietungskonzeptes

Information zu Investitionen (bei Bedarf)
- Beratung zu notwendigen bzw. mögliche Maßnahmen (Sanierungsfahrplan)
- Beratung zu Fördermöglichkeiten und Finanzierung

Vermittlung von Mieter(inne)n
- Bewerbung der *Haushüten*-Objekte
- Koordination, Begleitung und Moderation von Wohnungsbesichtigungen

Mietvereinbarung
- Protokoll mit Absprachen der Parteien
- Hinweise zu rechtliche Möglichkeiten und Grenzen der Vertragsausgestaltung
- Vermittlung von Kontakten zur rechtlichen Beratung

Begleitung der Haushüten-Vermietung (bei Bedarf)
- Ansprechpartner(innen) in etwaigen Problemfällen
- Einladung zum *Haushüten*-Gremium

Textbox 1: Die sechs Schritte zu einer *Haushüten*-Vermietung. Federführend in der Umsetzung war das Büro für Quartierentwicklung, begleitet vom *Haushüten*-Gremium, externen Fachleuten und dem TransZent (eigene Darstellung).

tes Beispiel für den Wohnbereich ist hingegen der Leipziger Verein *HausHalten e. V.*, welcher mit verschiedenen Nutzungsmodellen zwei Dutzend leerstehende Objekte vor dem Verfall bewahrte (Wendt 2014; HausHalten e. V. 2009). Ähnlich ist auch das niederländische Modell *Kluszhuizen (Bastelhäuser)*, welches jedoch einen Wechsel der Eigentumsverhältnisse vorsieht (Spars/Busch et al. 2015).

Diese Ansätze lassen sich nur bedingt auf die Quartiere Oberbarmen und Wichlinghausen übertragen, da der Gebäudezustand hier weniger desolat ist als bei den teilweise über Jahrzehnte leerstehenden Leipziger Objekten und zugleich durch die kleinteilige Eigentumsstruktur selten gesamte Häuser, sondern vielmehr einzelne Etagenwohnungen von Leerstand betroffen sind.

3 Konzept zur niederschwelligen Reduktion von Leerstand

Kooperation von Praxis und Wissenschaft

Entscheidende Akteure des Reallabors *Oberbarmen und Wichlinghausen/Haushüten* waren die Wuppertaler Quartierentwicklungs GmbH (Büro für Quartierentwicklung) und das TransZent. Das Büro für Quartierentwicklung berät Eigentümer(innen), Grundstücksbesitzer(innen) sowie Investierende, insbesondere innerhalb von Maßnahmen der Städtebauförderung. Bedingt durch die Vorgaben der Förderlinie des Forschungsprojektes gab es keine Finanzierung für das *Haushüten*-Engagement des Büros. Ein weiterer Akteur war die eigens gegründete Steuerungsgruppe aus engagierten Bürger(inne)n, projektrelevanten Institutionen und Stadtteilakteuren (das sog. *Haushüten*-Gremium). Außerdem hat die Landesinitiative StadtBauKultur NRW e. V. das Projekt im Jahr 2017 sowohl konzeptionell als auch finanziell unterstützt.

Gemeinnützige Vermittlung und Beratung

Kerngedanke von *Haushüten* ist, dass Mieter(innen) leerstehende renovierungs- oder ggf. sogar sanierungsbedürftige Objekte zu günstigen Mietbedingungen bewohnen und ausbauen. Konkret wird ein Mietvertrag mit einer niedrigen Kaltmiete abgeschlossen und bei Bedarf um eine Modernisierungsvereinbarung ergänzt, die Umfang und Rahmenbedingungen der Renovierungsarbeiten festhält. Um dies zu erreichen, identifiziert *Haushüten* leerstehende Objekte und ihre Eigentümer(innen), berät diese und vermittelt interessierte Mieter(innen). Außerdem wird zur Klärung mietrechtlicher Fragen bei Bedarf der Kontakt zu einer (kostenlosen)

rechtlichen Beratung hergestellt. Die detaillierten Schritte hin zu einer *Haushüten*-Vermietung sind in Textbox 1 aufgelistet; weitere Informationen finden sich ferner auf der Website www.haushueten-wuppertal.de.

Haushüten umfasst weder Gewerbeflächen wie beispielsweise Ladenlokale noch nichtrenovierungsbedürftige Objekte; ebenso werden keine Mietverhältnisse vermittelt, bei denen der Verkauf des Objektes ansteht. Folglich steht *Haushüten* nicht in Konkurrenz zu Makler(innen)tätigkeiten, da *Haushüten* keine neu renovierten Objekte vermittelt, nicht profitorientiert agiert sowie geringere Dienstleistungen anbietet. Zudem handelt es sich prinzipiell um Vermittlungen von Objekten im Niedrigpreissektor, welcher von Makler(inne)n gewöhnlich nicht bedient wird. *Haushüten* vermittelt ferner keine Zwischennutzungen; auch unterscheidet sich *Haushüten* mit dem Fokus einer gemeinnützigen Vermittlung und Beratung klar von einem Sanierungsträger oder einer zwischengeschalteten Treuhand.

Mobilisierung von Eigentümer(inne)n

Die eingangs skizzierte Problemlage des strukturellen Wohnungsleerstands zeigte sich auch in einer langwierigen und schwierigen Kontaktaufnahme zu den Eigentümer(inne)n. Im Verlauf von *Haushüten* erwies sich eine Kombination verschiedener Wege der Mobilisierung von Eigentümer(inne)n als erfolgsversprechend:

1) Offizieller Weg: Die Stadtverwaltung sandte ein Schreiben mit Hinweis auf *Haushüten* an ca. 20 Eigentümer(innen) mit Objekten mit einem Stromverbrauch von unter 200 kWh pro Jahr. Einige wenige Eigentümer(innen) nahmen daraufhin den Kontakt zu *Haushüten* auf.

2) Informeller Weg: Das *Haushüten*-Gremium sprach Eigentümer(innen) von leerstehenden Objekten an, wobei sich hier neben den bestehenden nachbarschaftlichen Kontakten insbesondere das damit zusammenhängende Vertrauen als sehr Erfolg versprechend erwies.

3) Präsenz im Quartier: Die bestehenden Kontakte des Büros für Quartierentwicklung waren ebenso wie Werbung von *Haushüten*-Akteure auf Nachbarschaftsmärkten, Stadtteilkonferenzen und Stammtischen zielführend.

Aus anderen Gebieten ist bekannt, dass eine Online-Kartierung der Leerstände über leerstandsmelder.de unterstützend wirken kann (siehe u. a. Arnold 2015). *Haushüten* verzichtete bewusst auf diesen Weg, da von vielen Bewohner(inne)n die bisherigen Eintragungen auf der Homepage als Anprangerung wahrgenommen wurden.

Auch wenn nicht alle Vor-Ort-Termine mit Eigentümer(inne)n zu *Haushüten*-Vermietungen führten, trugen die *Haushüten*-Aktivitäten in ihrer Gesamtheit zu einem umfangreichen Bild der Struktur und Problemlage lokaler Leerstände bei.

Miet- und steuerrechtliche Einflüsse

Im Verlauf von *Haushüten* konnten einige wesentliche rechtliche Herausforderungen identifiziert werden, die in Gesprächen mit ähnlichen Initiativen sowie Fachleuten zu Steuerrecht und der Immobilienbranche erfolgreich geklärt wurden. Im Ergebnis wurde bewusst auf ein eigens zu entwickelndes rechtliches Konstrukt verzichtet, um flexibler auf die Eigenheiten der leerstehenden Objekte sowie der Motivation der beteiligten Akteure eingehen zu können. Daher war es wichtig, die gemeinnützige Vermittlung und Beratung in den Fokus von *Haushüten* zu stellen. Dennoch sollen nachstehend häufig auftretende Fragen und potentielle Fallstricke kursorisch ausgeführt werden.

Es ist geschickt, die Kaltmiete nicht geringer als um ein Drittel der ortsüblichen Vergleichsmiete anzusetzen, da bei einer zu geringen Miete das Finanzamt keine Einkünfteerzielungsabsicht feststellt (§ 21 (2) EStG) und somit nur ein Teil der mit dem Objekt verbundenen Kosten steuerlich geltend gemacht werden können. Die Höhe der Kaltmiete bei *Haushüten* orientiert sich an den im Mietspiegel beschriebenen Zu- und Abschlägen vom ortsüblichen Mietpreis in Abhängigkeit von der Beschaffenheit des Objektes. Ggf. wird die so kalkulierte Kaltmiete zusätzlich um ein (weiteres) Drittel reduziert. Somit begründet sich die reduzierte Kaltmiete ausschließlich mit dem Zustand des Objektes und nicht in der Realisierung von Renovierungen, womit kein tauschähnlicher Umsatz ähnlich eines Arbeitsverhältnisses vorliegt. Außerdem finden die Ausbauarbeiten ausschließlich in den gemieteten Räumen statt, womit die mietende Partei nicht weisungsgebunden ist. *Haushüten* umfasst somit keine allgemeinen Hausmeister(innen)tätigkeiten.

Die Vereinbarungen können innerhalb des Mietvertrages geregelt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, in einer Modernisierungsvereinbarung festzuhalten, welche Leistungen in welcher Qualität vonseiten der Mieter(innen) oder durch den/die Eigentümer(in) erfolgen und wie bei einem vorzeitigen Umzug mit der erfolgten Wertsteigerung umgegangen wird. Außerdem wird auf die verschiedenen Möglichkeiten des Mietrechtes zurückgegriffen, um die mietende Partei vor unverhältnismäßiger Mieterhöhung nach erfolgtem Ausbau zu schützen.

4 Akzent auf kooperationswillige Eigentümer(innen)

Erschwerte Bedingungen für Vermietungen

Im Verlauf des Reallabors hat eine Fachgruppe mit Expertise aus Wohnungswirtschaft, Stadtverwaltung sowie Vertretung von Mieter(inne)n und Eigentümer(inne)n eine Konstellationsanalyse zu den Ursachen des Wohnungsleerstands erstellt (siehe auch Hilger 2018). Dieser Analyse folgend wirken die drei Cluster *Erwerbsmotivation der Eigentümer(innen), Zustand des Wohnraums* sowie *Infrastruktur und Quartier* (siehe Kapitel 2) auf das Leerstandsrisiko.

Hinsichtlich des *Zustands des Wohnraumes* zeigt sich, dass Leerstand insbesondere diejenigen Objekte betrifft, welche auf dem Wohnungsmarkt keine Selbstläufer sind, da sie über unattraktiv wahrgenommene Merkmale wie einen fehlenden Balkon, ein höheres Stockwerk oder die Lage an einer vielbefahrenen Straße verfügen. Hinderlich wirken auch Besonderheiten wie eine ungewöhnliche Aufteilung der Räume oder ein seit langem nicht modernisiertes Bad.

Im Kontext der *Erwerbsmotivation* fällt auf, dass häufig diejenigen Objekte leer stehen, bei denen die Motivation zum Erwerb der Immobilie nicht immer die professionelle Bewirtschaftung war, sondern der Besitz beispielsweise durch Erbschaften oder Schenkungen zustande kam. Tendenziell sind diese Privateigentümer(innen) überfordert und befürchten eine Vermietung an ›schwierige‹ Mieter(innen), welche eine verwahrloste Wohnung hinterlassen und keine Miete zahlen. Bedingt durch dieses ambivalente Verhältnis zu Vermietungen und geringer finanzieller Mittel investieren diese lokal ansässigen Eigentümer(innen) wenig in den Bestand, wenngleich sie dennoch prinzipiell an einer Vermietung interessiert sind. Anders hingegen der Leerstand im Besitz von unbekannten und schwer bis gar nicht erreichbaren Eigentümer(inne)n, die kein Interesse an einer Vermietung haben. Auch zeigen die Erfahrungen von *Haushüten*, dass eine Vermietung dann ähnlich unwahrscheinlich ist, wenn bei den Eigentümer(inne)n weitere Problemlagen wie ungeklärte Erbschaftsverhältnisse oder persönliche Lebensumstände wie zunehmendes Alter und ein schlechter gesundheitlicher Zustand (weniger häufig finanzielle Schwierigkeiten) hinzukommen. Ergänzen lässt sich das Bild mit Einzelfällen bei denen Objekte nicht im Besitz von Privateigentümer(inne)n sind, sondern im Besitz von international tätigen Immobilienunternehmen oder nicht gewinnorientiert wirtschaftenden Institutionen.

Quartier im Fokus des Konzeptes

Vom konzeptionellen Ansatz wirkt *Haushüten* auf die Problemkonstellation rund um die Erwerbsmotivation insofern ein, als dass insbesondere weniger professionell agierende Privateigentümer(innen) bei der Vermietung ihrer Objekte unterstützt werden. Die Herausforderung hinsichtlich des Zustands des Wohnraumes wird dadurch adressiert, dass die reduzierte Kaltmiete die geringe Qualität des ehemals leerstehenden Wohnraumes ausgleicht und die Vermietung oftmals mit einer Wertsteigerung des Objektes einhergeht.

Jenseits dieses Fokus auf Leerstand adressiert das *Haushüten*-Konzept verschiedene Prozesse im Quartier, welche – variierend entsprechend der jeweiligen lokalen Begebenheiten –Veränderungen des Quartiers bewirken (Schnur 2013; Grossmann/Haase et al. 2014). Dabei handelt es sich um:

- die Wohnstandortentscheidungen der Haushalte und somit die Sozialstruktur (Nachfrage),
- die Akteure und Mechanismen des Immobilienmarktes (Angebot) sowie
- stadtentwicklungspolitische Aktivitäten von meistens kommunalen Akteuren.

Das *Haushüten*-Konzept wirkt sowohl auf die Wohnstandortentscheidungen als auch die Aktivitäten des Immobilienmarktes, womit vom Ansatz her auch eine Veränderung der Quartiere bewirkt werden kann. Außerdem knüpft der Ansatz an mögliche positive Effekte von Zwischennutzungen (Schlegelmilch 2008: 1) sowie den von Buttenberg/Overmeyer et al. (2014) herausgestellten förderlichen

Effekten von Raumpionieren auf das Quartier an.

Kooperation als Basisannahme

Das konzeptionelle Veränderungspotential von *Haushüten* steht im enormen Kontrast zu der weiter oben erläuterten schwierigen Bedingungen der Leerstandsreduktion. Bei genauerer Betrachtung adressiert *Haushüten* nur den Teil des Wohnungsleerstands der teilweise überforderten Privateigentümer(innen). Für diese stellt *Haushüten* eine geeignete Hilfestellung dar. Jedoch kann *Haushüten* auch diesen Eigentümer(inne)n nur begrenzt die Angst vor ›schwierigen‹ Mieter(inne)n (oder Mietnomaden) nehmen, da *Haushüten* insbesondere für diejenigen Mieter(innen) attraktiv ist, welche über geringe finanzielle Mittel verfügen sowie Renovierungen und kleinere Sanierungsarbeiten selber übernehmen können und wollen; außerdem ist *Haushüten* keine zwischengeschaltete Treuhand, welche die Risiken einer Vermietung abfedert und für einzelne Vermietungen verantwortlich ist.

Hier wird die Schwäche des niederschwelligen Ansatzes dahingehend sichtbar, als dass *Haushüten* den Wohnungsleerstand der weniger kooperationswilligen (oder -fähigen) Eigentümer(innen) nicht beeinflussen kann. Dies spiegeln auch die bisherigen Entwicklungen im Projekt wider: drei Pilotobjekte sind nach jeweils mehr als fünf Jahren Leerstand vermietet, das Büro für Quartierentwicklung ist mit gut einem Dutzend Eigentümer(inne)n im Gespräch und es liegen umfangreiche Informationen zu relevanten Leerständen vor.

In der Summe ist *Haushüten* für den Leerstand der kooperativen Eigentümer(innen) ein erfolgsversprechendes Konzept; um darüber hinaus gegen den Leerstand angehen zu können, sind umfangreichere Maßnahmen erforderlich, wie beispielsweise die u. a. in Hamburg und München angewandte Zweckentfremdungssatzung oder ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie beispielsweise in Hamm (u. a. Wüstenberg 2017; Csery o. J.).

5 Reallabor: Teamwork von Praxis und Forschung

Der Diskurs um *Reallabore* geht u. a. auf die baden-württembergische Fachgruppe *Wissenschaft für Nachhaltigkeit* zurück (MWK 2013). Beiträge zur Konkretisierung des Formates Reallabor kommen insbesondere von den seit Ende 2014 etablierten baden-württembergischen Reallaboren und ihrer Begleitforschung (u. a. Wagner/Schäpke et al. 2016; Schäpke/Stelzer et al. 2018), aber auch aus dem Kontext der Wuppertaler Reallabore. An dem hier entwickelten idealtypischen Ablaufschema mit den Phasen Co-Design, Co-Produktion und Co-Evaluation (siehe Wanner/Hilger et al. 2018 und Abbildung 1) orientierte sich auch der Ablauf des Reallabors *Oberbarmen und Wichlinghausen/Haushüten* (siehe Textbox 2).

Reallabore beziehen sich oft auf Städte oder deren geografische Subsysteme, wobei eine Eingrenzung häufig mit Verweis auf das Konstrukt des Quartiers erfolgt (Schneidewind 2014: 4). Dennoch liegt – im Kontrast zu vielen Prozessen der Quartierentwicklung – der Fokus von Reallaboren nicht auf einer umfassenden Beteiligung einer *breiten Öffentlichkeit*; vielmehr wird häufig die Förderung von *sozial-ökologischen Nischen* angestrebt.

Co-Design
- Systemanalyse der Quartiere
- Erstellung einer Konstellationsanalyse mit einer Fachgruppe
- Recherche guter Beispiele
- Partizipative Formate: zwei öffentliche Stadtteilversammlungen mit ca. 30 Teilnehmenden, Etablierung einer Steuerungsgruppe mit 8 regelmäßigen Mitglieder(inne)n

Co-Produktion
- Pilotvermietungen
- Fachgruppe zu rechtlichen Fragen
- (Reflexive) Anpassung des Konzeptes (u. a. mit der Steuerungsgruppe)
- Strategische Zusammenarbeit mit lokalen Multiplikator(inn)en

Co-Evaluation
- Gemeinsame Evaluation mit der Steuerungsgruppe (Methode: Storywall)
- Reflexion mit dem Wissenschafts-Praxis-Tandem (Methode: Most Significant Change)

Textbox 2: Zeitlicher Verlauf des Reallabors, strukturiert nach den drei idealtypischen Phasen eines Reallabors (eigene Darstellung).

Wesentlich für die Phase des *Co-Designs* war die Einbeziehung von Bewohner(inne)n und professionellen Akteuren der Quartiere, um anhand der Resonanz vor Ort ein lokal sinnvolles Konzept entwickeln zu können. Herausfordernd war, dass bedingt durch dieses offene, partizipative Vorgehen auch die Erwartung erzeugt wurde, dass der Leerstand signifikant reduziert wird. Zugleich förderte die Kooperation lokaler Akteure mit einer Forschungseinrichtung, die als neutral und anerkannt wahrgenommen wurde, die Vernetzung von engagierten Bewohner(inne)n und Multiplikator(inn)en quer zu den bestehenden Netzwerken. Dies zeigt sich vor allem in der Gründung der Steuerungsgruppe. Prägend für den weiteren Prozess war ebenfalls die Erstellung einer Konstellationsanalyse zu den Ursachen des Wohnungsleerstands (siehe Kapitel 2 und 4), da die Analyse des Problems aus verschiedenen Perspektiven eine weitere Fokussierung auf nicht professionell agierende Privateigentümer(innen) bewirkte.

Die Phase der *Co-Produktion* diente der Ausarbeitung und reflexiven Anpassung des Konzeptes. Wesentlich hierfür waren die Erfahrungen mit den ersten Pilotobjekten sowie dessen Reflexion, wofür insbesondere die über 20 Treffen der Steuerungsgruppe eine geeignete Arena darstellten. In dieser Phase traten wesentliche miet- und steuerrechtliche Herausforderungen auf (siehe auch Kapitel 3), die durch die Hilfe von engagierten Fachleuten geklärt werden konnten. Die Mobilisierung von Eigentümer(inne)n war sehr aufwändig, weshalb sich insbesondere hier das Fehlen von zusätzlichen Ressourcen für das Büro für Quartierentwicklung bemerkbar machte. Wesentlich für den Projekterfolg waren hingegen die erweiterten Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu Eigentümer(inne)n durch die (privaten und informellen) nachbarschaftlichen Netzwerke der Steuerungsgruppe sowie ihr kontinuierliche Bemühen und die wiederholte Ansprache.

In der *Co-Evaluation* bestand die Möglichkeit, sowohl den Projekterfolg als solchen als auch potentiell unterschiedliche Wahrnehmungen der Akteure gemeinsam zu reflektieren, wovon die weitere Arbeit von *Haushüten* profitieren kann.

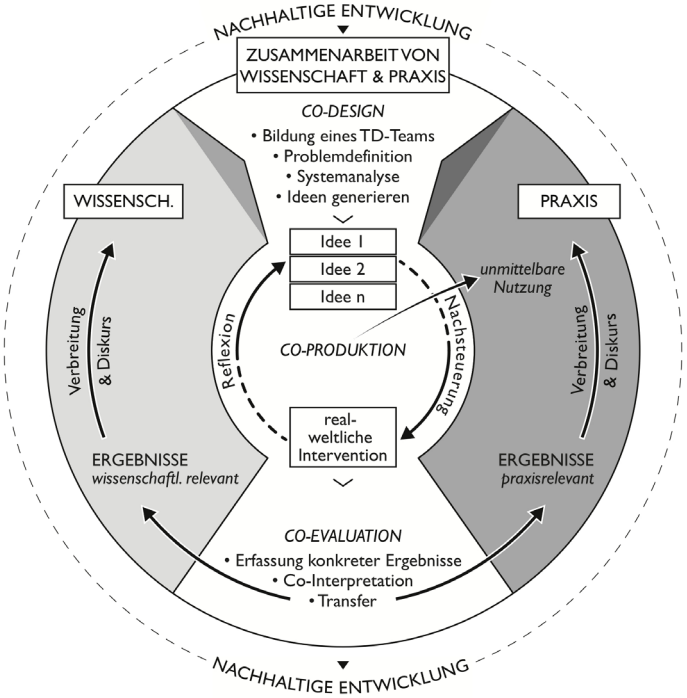


Abbildung 1: Zyklisches Konzept für die Reallabore in Wuppertal (Wanner/Hilger et al. 2018.; Übersetzung nach Rose/Wanner et al. 2018)

6 Fazit und Ausblick

Reduktion von Wohnungsleerstand ähnelt einem öffentlichen Gut: alle Bewohner(innen) profitieren von einem Quartier mit wenig Leerstand – unabhängig einer Gegenleistung. Damit die Praxis angesichts dieser Ausgangssituation einen Beitrag leisten kann, bedarf es einer entsprechenden Ausstattung mit Ressourcen. Denn das Beispiel *Haushüten* zeigt, dass auch eine schwierige und zähe Mobilisierung der Eigentümer(innen) erfolgreich angegangen werden kann, wenn verschiedene Akteure intensiv zusammenarbeiten.

Die Ursachen von Wohnungsleerstand sind jedoch mannigfaltig, daher bedarf es verschiedener Maßnahmen zur Behebung. Hier kann die Forschung einen Beitrag leisten und die vielfältigen Maßnahmen zur Reduktion von Wohnungsleerstand – von nachbarschaftlichen Netzwerken bis hin zu ordnungsrechtlichen Eingriffen – recherchieren und hinsichtlich ihrer Umsetzungs- und Erfolgswahrscheinlichkeit evaluieren.

Auch zeigt sich, dass der Zugang als Reallabor das Konzept wesentlich beeinflusste, was sich beispielsweise an der zentralen Rolle der Steuerungsgruppe über die Co-Design Phase hinaus zeigt. Schwierig ist die Bearbeitung von Wohnungsleerstand als Reallabor insofern, als dass dies eher weiche, niederschwellige Maßnahmen der Leerstandreduktion ermöglicht. Zugleich offenbaren die weitreichenden Möglichkeiten der Steuerungsgruppe in der Mobilisierung von Eigentümer(inne)n sowie das den *Haushüten*-Akteuren entgegengebrachte Vertrauen die Potentiale eines Reallabors.

Anmerkung

Zum Gelingen des Reallabors haben viele Akteure mit ihrem umfangreichen und nicht selten ehrenamtlichen Engagement beigetragen. Ihnen gilt besonderen Dank für ihren langen Atem sowie ihr motiviertes und motivierendes Engagement.

Das Forschungsprojekt *Wohlstands-Transformation Wuppertal* wurde unter dem Förderkennzeichen 01UT1412A vom BMBF im Rahmen des Förderschwerpunktes *Sozialökologische Forschung* in der Fördermaßnahme *Nachhaltiges Wirtschaften* gefördert.

7 Literaturverzeichnis

Arnold, Gregor (2015): Online-offline strategies of urban movements against vacancies. The crowdsourcing platform Leerstandsmelder.de as a collective and critical mapping tool. In: Observatorio (OBS*) Journal.

Behrens, Maria/Keil, Andreas (2018): »Wuppertal – städtische Transformation auf der Maßstabsebene des Quartiers«. In: Drilling, Matthias/Niermann, Oliver/Schnur, Olaf (Hg.): Ökonomie im Quartier: Springer.

Braun, Reiner/Heising, Petra/Schwede, Philipp (2014): Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands. Datengrundlagen, Erfassungsmethoden und Abschätzungen. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.). Bonn.

Buttenberg, Lisa/Overmeyer, Klaus/Spars, Guido (2014): Raumunternehmen. Wie Nutzer selbst Räume entwickeln. Universität Wuppertal. Berlin: Jovis-Verlag.

Csery, Lajos (o. J.): Zweckentfremdung - Leerstand von Wohnungen. Portal München Betriebs-GmbHH & Co. KG (Hg.). URL: https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Wohnungsamt/Zweckentfremdung/Leerstand.html [Stand: 05. November 2018].

Diakonie Wuppertal (2016): Quartierbüro Soziale Stadt. Oberbarmen I Wichlinghausen. Ausblick. Wuppertal. URL: http://vierzwozwo.de/ausblick/ [Stand: 31. August 2018].

Grossmann, Katrin/Haase, Annegret/Arndt, Thomas/Cortese, Caterina/Rink, Dieter/Rumpel, Petr/Slach, Ondrej/Ticha, Iva/Violante, Alberto (2014): »Sozialräumliche Segregationsmuster in schrumpfenden Städten«. In: Berger, Peter A. et al. (Hg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden: Springer.

Haake, Hans/Hilger, Annaliesa/Maibaum, Katrin/Mathiaszyk, Laura/Rose, Michael/Schleicher, Katharina/Spiker, Olivia/Stena, Ulrike de/Wanner, Matthias (2018): Wohlstands-Transformation Wuppertal. Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (TransZent) (Hg.). Wuppertal.

HausHalten e. V. (2009): Die Nutzerfibel. Gebrauchsanleitung für Wächterhäuser. Leipzig.

Hilger, Annaliesa (2018): Einflüsse auf den Wohnungsleerstand. Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (TransZent) (Hg.). Wuppertal.

Hilger, Annaliesa/Rose, Michael/Wanner, Matthias (2018): Changing Faces – Factors Influencing the Roles of Researchers in Real-World Laboratories (27). In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, H. 2, S. 138–145.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK) (2013): Wissenschaft für Nachhaltigkeit. Herausforderungen und Chancen für das baden-württembergische Wissenschaftssystem. MWK (Hg.). Stuttgart.

Rose, Michael/Schleicher, Katharina/Maibaum, Katrin (2017): Transforming Well-Being in Wuppertal. Conditions and Constraints (9). In: Sustainability, H. 12, S. 2375.

Rose, Michael/Wanner, Matthias/Hilger, Annaliesa (2018): Das Reallabor als Forschungsprozess und -infrastruktur für nachhaltige Entwicklung. Konzepte, Herausforderungen und Empfehlungen. NaWiKo Synthese Working Paper No. 1. Nachhaltiges Wirtschaften (Hg.). Wuppertal, Berlin.

Schäpke, Niko/Stelzer, Franziska/Caniglia, Guido/Bergmann, Matthias/Wanner, Matthias/Singer-Brodowski, Mandy/Loorbach, Derk/Olsson, Per/Baedeker, Carolin/Lang, Daniel J. (2018): Jointly Experimenting for Transformation? Shaping Real-World Laboratories by Comparing Them (27). In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, H. 1, S. 85–96.

Schlegelmilch, Frank (2008): Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Deutschland. Berlin, Bonn: BMVBS; BBR (57).

Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore - ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. In: pnd online, H. 3, S. 1–7.

Schnur, Olaf (2013): Resiliente Quartiersentwicklung? Eine Annährung über das Panarchie-Modell adaptiver Zyklen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3, S. 337–350.

Schnur, Olaf (2014): »Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven«. In: Schnur, Olaf (Hg.): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: Springer, S. 21–56.

Spars, Guido/Busch, Roland/Kämmerer, Christine (2015): Gründerzeit. Sanierung und Neunutzung von Problemimmobilien durch urbane Pioniere. Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 (Hg.). Gelsenkirchen.

Stadt Wuppertal (2014): Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept. Soziale Stadt Oberbarmen/Wichlinghausen. Fortschreibung 2015-2021. Wuppertal.

Stadt Wuppertal (2017): Daten Quartier. Wuppertal.
Wagner, Felix/Grunwald, Armin (2015): Reallabore als Forschungs- und Transformationsinstrument. Die Quadratur des hermeneutischen Zirkels (24). In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, H. 1, S. 26–31.
Wagner, Felix/Schäpke, Niko/Stelzer, Franziska/Bergmann, Matthias/Lang, Daniel J. (2016): BaWü-labs on Their Way. Progress of Real-world Laboratories in Baden-Württemberg (25). In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, H. 3, S. 220–221.
Wanner, Matthias/Hilger, Annaliesa/Westerkowski, Janina/Rose, Michael/Schäpke, Niko/Stelzer, Franziska (2018): Towards a Cyclical Concept of Real-World Laboratories. A Transdisciplinary Research Practice for Sustainability Transitions. In: disP - The Planning Review.
Wendt, Matthias (2014): »Was folgt auf die Zwischennutzung? Modelle der Verstetigung temporärer Raumaneignungen in Leipzig«. In: Schnur, Olaf/Drilling, Matthias/Niermann, Oliver (Hg.): Zwischen Lebenswelt und Renditeobjekt. Quartiere als Wohn- und Investitionsorte. Wiesbaden: Springer, S. 145–157.
Wüstenberg, Daniel (2017): Wohnungsmangel. Wohnungen jahrelang leerstehen lassen - Hamburg enteignet Vermieter. In: Stern. URL: https://www.stern.de/wirtschaft/immobilien/hamburg--behoerde-enteignet-vermieter-von-sechs-wohnungen-7437404.html [Stand 12.03.2019].

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Mit oder gegen den Strom?

Postwachstumsplanung in der Fishbowl

Abstract

Postwachstum und Planung wurden lange nur punktuell zusammen gedacht. In den letzten Jahren finden sich zunehmende Verknüpfungen aus Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft in die räumliche Planung. Begrenzte Ressourcen, nicht vermehrbarer Boden, Nachhaltigkeitsziele und ein neuer »Druck auf die Fläche« fordern kritisches Nachdenken heraus. Im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion suchen Planungswissenschaftlerinnen und Planungswissenschaftler nach konstruktiven Potenzialen für eine Postwachstumsplanung.

Dr. Christian Lamker (oben) ist Raumplaner und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund sowie 2017/18 als Lehrbeauftragter an der RWTH Aachen tätig.

Viola Schulze Dieckhoff (unten) ist Raumplanerin und arbeitet aktuell am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der TU Dortmund.

Einleitung

»*By inventing new concepts or vocabularies in response to a changing world, or creatively redefining the meanings given to existing concepts or vocabularies, human beings can literally reshape not just their* experience *of reality but, more fundamentally,* the reality *they experience, expanding the horizons of what can be thought, said, seen, and even felt.*« (Alexander 2017: 5)

Räumliche Planung steht zunehmend unter dem Druck, gleichzeitig kurzfristig auf Entwicklungsdynamiken zu reagieren und langfristig über Alternativen nachzudenken und Entwicklungen aktiv zu beeinflussen. Der »Druck auf die Fläche« (Titel der 20. Konferenz für Planerinnen und Planer in NRW im Oktober 2017) steigt und wirft Fragen auf, die bis zu den Grundlagen nachhaltiger Raumentwicklung, der Gewährleistung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse, der Sozialpflichtigkeit von Boden- und Immobilieneigentum sowie gerechter Bodenpolitik gehen. Planung ist weit mehr als ein Prozess zur Verteilung von Rechten (und Pflichten) zur Nutzung von Boden an eine sich verändernde Bevölkerung oder Wirtschaft. Planung ist reich an Möglichkeiten, offen und inklusiv über räumliche und gesellschaftliche Zukünfte zu diskutieren. Planung ist mit ihren Instrumenten einflussreich und folgenreich. Ein gutes Leben für Alle zu denken bietet das Potenzial, alternative Geschichten über den

ISSN 1868 - 5196

Erfolg zu entwickeln und kontinuierlich zu lernen.

Das Aufgreifen von Postwachstumsdiskussionen – wie sie in der Ökonomie, aber auch in anderen Disziplinen – geführt werden, ist ein neuer Baustein aktueller Planungsdiskussionen. Einflüsse aus der Soziologie (z. B. Rosa/Henning 2018), den Politikwissenschaften (z. B. Adler/Schachtschneider 2017), der Ökonomie (z. B. Paech 2012; Piketty 2016; Jackson 2017) und der Psychologie (z. B. Welzer 2011) finden erste Resonanz in der Planungswissenschaft und fordern mitunter zum radikalen Umdenken von Wirtschafts- und Lebensstilmodellen sowie planerischen Denk- und Handlungsweisen auf (z. B. ARL 2018; Lamker/Schulze Dieckhoff 2017; Schulz 2018). Postwachstum hat das Potenzial, zu einem neuen »Paradigma in Wirtschaft, Gesellschaft und Planung« (ARL 2017: 4) zu werden. Neu ist damit die Übertragung auf Planung selbst und auf die in komplexen Prozessen handelnden Planerinnen und Planer. Mit dem Boden als nicht vermehrbarer Ressource treffen hier hohe Ansprüche auf die Realitäten vielfältiger Räume und Akteure, die Ziele nachhaltiger und sozial gerechter Stadtentwicklung und den Zwang zu eindeutigen Festlegungen in der hoheitlichen Planung (vgl. auch ARL 2017: 30 f.; difu/vhw 2017; Dosch et al. 2017).

In diesem Spannungsfeld haben sich rund 80 Personen aus der deutschen Planungswissenschaft und Planungspraxis am 06. Februar 2018 auf der Dortmunder Konferenz für Raum- und Planungsforschung (Titel: »Die Große Transformation – Herausforderung und Chance für die Raumplanung«) zu einem Experiment zusammengefunden. Im Format einer Fishbowl-Diskussion ging es darum, gemeinsam einen selbstkritischen Blick auf Planung zu werfen, die Potenziale einer *Postwachstumsplanung* zu reflektieren. Mit einer Einführung und Moderation von Christian Lamker und Viola Schulze Dieckhoff (beide TU Dortmund) wurde die Diskussion an vier eingeladene Teilnehmer und anschließend das gesamte Publikum weitergegeben. Die Fishbowl setzt eine Reihe aus Workshops und Diskussionen – unter anderem im Kontext der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – zur Postwachstumsplanung im Sommer und Herbst 2017 fort. Eingeladen nach Dortmund waren Susan Grotefels und Samuel Mössner (beide Münster), Christian Schulz (Luxemburg) und Irene Wiese-von Ofen (Essen).

Dieser Beitrag führt entlang von drei Fragen zu fehlenden kritischen Diskussionen in der Stadt- und Raumplanung zur Ressource Boden sowie zu Grenzen der Transformation. Dabei greift er Diskussionsthemen auf, bindet sie zusammen und denkt weiter. Anschließend erhalten die vier eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst Raum für ihre individuelle Perspektive. Den Abschluss bilden zusammenfassende Thesen einer Postwachstumsplanung, die für die weitere kritische Diskussion inspirieren sollen.

Welche kritischen Diskussionen fehlen derzeit in einer wachstumsorientierten Stadt- und Raumplanung?

Ausgangspunkt war die Frage, **warum** wir grundsätzlich und **warum** gerade jetzt neu auf Stadt- und Raumplanung blicken. Wie sehr basieren die derzeitigen planungswissenschaftlichen und planungspraktischen Denk- und Handlungsweisen auf Wachstum? Wo benötigt eine einseitige Diskussion Veränderungen (vgl. Rydin 2013; ARL 2017)? Dabei zeigte sich: der Begriff Postwachstumsplanung entfaltet kritisches Diskussionspotenzial, aber auch viele Definitionsfragen. Postwachstum und Planung können als komplette Gegensätze verstanden werden, als Wiederaufkochen alter Debatten der 1970er- und 1980er-Jahre oder als Neuauflage einer Schrumpfungsdiskussion.

Auf der einen Seite öffnet Postwachstumsplanung neue Perspektiven auf Planungsrecht und Rechtssicherheit. Die Flut von Gesetzesnovellen muss hinterfragt werden auf ihre substanziellen Ziele, nicht aufgelöste Widersprüche (z. B. §13b BauGB vs. Innenentwicklung und Flächeninanspruchnahme) und die praktisch erreichten Veränderungen. Mit Gesetzesnovellen lassen sich die gesellschaftlichen und räumlichen Probleme nicht grundsätzlich lösen. Es braucht eine darüberhinausgehende kritische Diskussion über das, was tatsächlich erreicht werden könnte und über echte Alternativen dazu, wie der Weg dorthin aussehen kann. Postwachstumsplanung muss sich mit dieser Forderung der inhärenten Gefahr stellen, als eine theorielastige elitäre Diskussion zu enden. Gleichzeitig zeigen sich gerade in dieser Diskussion eine enge Anknüpfung an lokale Initiativen – beispielsweise in Form von Raumunternehmen, nachbarschaftlichen Projekten und entstehenden gemeinschaftlichen Organisationsformen – und die Aufforderung zum positivverändernden Handeln.

Verfügbare Instrumente stehen einerseits oft in Konflikten mit der geforderten Rechtssicherheit. Prognosen zu Bevölkerung, Wirtschaft und sozialen Veränderungen sind als Solitär bereits heute eine unsichere Grundlage für Raumordnung mit Instrumenten wie dem Zentrale-Orte-Konzept sowie die Bauleitplanung mit konkreten Flächenausweisungen. Komplizierter wird die Debatte zur Definition des Gemeinwohls und des verwendeten Wohlstandsverständnisses. Erweiterte Ansätze zur Eingrenzung oder Messung von Gemeinwohl und Wohlstand (z. B. sozialökologische Indizes, Glücksindizes) ergänzen eine Ebene der Abwägung, die zunächst abschreckt. Jedoch vor dem Hintergrund der grundlegendenden Ziele auch für formelle Planung im Sinne von §§ 1f. ROG und §1 BauGB nötiger denn je ist.

Viele der kritischen Diskussionen wurden auch in der Vergangenheit schon geführt. Die handelnden Personen sind heute andere und die Rahmenbedingungen des Handelns haben sich verändert. Der negative Impetus bleibt, aufgrund der quantitativen Grenzen des Wachstums umzudenken (Meadows et al. 2009). Wichtiger ist aber der positive Impetus der Schaffung einer positiven gemeinsamen Zukunft und der Aktivierung vorhandener Potenziale – deren Weg verständliche Bewertungskriterien braucht, aber sich nicht einer blinden Quantifizierung unterwerfen darf (vgl. auch Mau 2017). Die Auseinandersetzung mit der Planungsgeschichte sowie dem Selbstverständnis und Alltag von Planern ist wichtig, um Anknüpfungen statt Abgrenzungen zu finden.

Welchen Boden braucht das Glück?

Im Kern von Planung steht weiterhin die Aushandlung und Lösung unterschiedlicher Nutzungsinteressen im Raum und an den Raum. Die Ressource Boden steht im Mittelpunkt vieler Konflikte, da ihre Natur nur eindeutige Lösungen zulässt, die immer mit gefühlten Gewinnern und Verlierern behaftet sind. Dabei unterliegt die Bodenpolitik oft unhinterfragten Grundsätzen – z. B. in Bezug auf Eigentumsformen an Boden und Möglichkeiten ökonomischer Transaktionen. Planung hat damit immer einen engen Bezug zum Eigentum, aber: **Was** genau fördern und **was** verhindern wir tatsächlich?

Müssen wir immer mehr Boden ›verbrauchen‹, um glücklich sein zu können? Welche anderen Ansprüche (Qualität, Ort) an die Bodennutzung und welche Bodenwerte (ökologisch, sozial etc.) sollten stärker fokussiert werden? Einerseits zeigen sich viele Planerinnen und Planer überzeugt, dass wir aufgrund des partiellen Zuwachses der Bevölkerungszahl neue Gebäude und Baugebiete benötigen. Wenn es in den planerischen Außenbereich (z. B. mit §13b BauGB) geht, nähren sich aber Zweifel. Die Frage, *wie viel Wohnraum* für ein gutes Leben einer heterogenen Gesellschaft benötigt wird, erlaubt keine einfachen Antworten. Die Frage, *wie viel Boden* dieser Wohnraum braucht, eröffnet einen Irrgarten. Es hängt von der Lebens- und Familiensituation ab, der räumlichen Lage, den Möglichkeiten für die eigene Mobilität oder weiteren individuellen Faktoren. Deutlich wurde damit: mehr Flächenverbrauch ist nicht alternativlos. Unser Umgang mit Eigentum ist nicht alternativlos.

Die Frage danach, *welchen Wohnraum* wir brauchen ist nicht einfach – weder heute, noch für zukünftige Generationen. Machen Bodeneigentum mit eigenem Einfamilienhaus heute und dauerhaft glücklich oder zwingen sie viele in nicht mehr auflösbare räumliche, soziale und finanzielle Abhängigkeiten? Auf der einen Seite wird eine immer dynamischere, vernetzte, globale und urbane Gesellschaft diskutiert – auf der anderen Seite stehen etablierte Ziele der Förderung räumlicher Strukturen für institutionalisierte Familien (z. B. Baukindergeld) dazu im Widerspruch. Gesetzesnovellen werden auch hier verstanden als Reparieren von großen Problemen, aber oft nicht als positive Veränderung in die Zukunft.

Konflikte um Boden als nicht vermehrbare Ressource bleiben ein Kernanliegen für die meisten Planerinnen und Planer, welches derzeit eine neue Aktualität erfährt (Wachstumsdruck, 30 ha-Ziel). Bodenpolitik kann auf eine Vielzahl von – teilweise wenig bekannten oder genutzten – Instrumenten zurückgreifen, um neue Wege zu gehen und viel aus internationalen Vergleichen lernen (z. B. Dosch et al. 2017; Gerber et al. 2018). Im Sinne der in Dortmund geführten Diskussion sollte der Fokus stärker gelegt werden auf die Eigentumsrechte an Boden, gemeinschaftliche Organisationsformen und die Sozialpflichtigkeit von Eigentum nach Art. 14 Grundgesetz (vgl. auch ARL 2017: 30; difu/vhw 2017; Stiftung trias 2017). Damit zusammen hängen auch aktuelle Auswirkungen durch einen Wandel in der Bodennutzung und gesellschaftlichen Anforderungen an die Bereitstellung von Wohnraum und den Wohnungsbau. Boden bedeutet eine hohe Verantwortung für han-

delnde Personen – aber angesichts seiner Knappheit auch eine klare Aufforderung zum transformativen Handeln (vgl. difu/vhw 2017: 1 ff.).

Welche räumlichen, institutionellen und mentalen Grenzen hindern uns daran, Planung für eine lebenswerte und nachhaltige Postwachstumsgesellschaft neu zu denken?

Das Publikum wurde im dritten Block durch zwei freie Stühle einbezogen. Die Stühle konnten von jedem Interessierten besetzt werden, der dann für eine begrenzte Zeit Teil der Diskussion war. Die Person durfte Fragen in die Runde stellen, aber auch selbst Fragen der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantworten – bis sich eine andere Person aus dem Publikum beteiligen und einen Stuhl einnehmen wollte.

Wenn wir über Boden und Eigentum diskutieren, geht es an grundlegende Fragen der Stadt- und Raumplanung. Positive Entwicklungen und Glück können nicht (mehr) durch die Verfügbarmachung von Boden begründet werden. **Wie** kann sich Planung selbst vor diesem Hintergrund verändern? Was können Planerinnen und Planer heute tun? Postwachstumsplanung wird in Verbindung gebracht mit individueller Identifikation innerhalb von Gemeinschaften und mit ihren Räumen, mit dem Ermöglichen menschlicher Wünsche und mit der Entfaltung eigener Potenziale. Hier zeigen sich zwar Überschneidungen mit dem aktuellen Trend zu Heimat – sichtbar in den Heimatministerien in Bayern, NRW und der Bundesregierung –, Postwachstumsplanung darf aber auch als starke Kritik an statischen Definitionen von Heimat und konservativen Vorstellungen der Konservierung ländlicher Idylle verstanden werden. Es geht gerade nicht darum, Veränderung aufzuhalten, sondern Veränderung aktiv und positiv zu denken und zu gestalten. Nicht zu handeln ist damit nicht das Bekenntnis zur Erhaltung des Status Quo, sondern die Abgabe des Anspruchs zur Beeinflussung der Entwicklung und der eigenen Umwelt.

Deshalb braucht es aus Sicht der Diskussion Verantwortung und Haltung aller Beteiligten, die Orientierung an nicht-monetären Zielen, ein breites Wohlstandsverständnis, inspirierende Narrative und eine klare Antwort auf die Frage »Wem gehört die Stadt (und ihr Boden)?«. Planerinnen und Planer – in Wissenschaft und Praxis – müssen sich damit der Herausforderung stellen, dass sie selbst zwar Probleme identifizieren und Lösungen vorschlagen und umsetzen können. Die positive Gestaltung des Wandels kann sich aber nur in einem gemeinsamen, transparenten und inklusiven Prozess entfalten, in dem sich alle Beteiligten immer wieder selbst kritisch hinterfragen.

»*Die Evolutionstheorie geht mithin davon aus – und findet sich damit nicht weit weg von der Realität –, daß Planungen nicht bestimmen können, in welchen Zustand das System infolge der Planung gerät. Insofern ist Planung, wenn sie vorkommt, ein Moment von Evolution, denn schon die Beobachtung der Modelle und der guten Absichten der Planer bringt das System auf einen nicht vorgesehenen Kurs. Die Evolutionstheorie würde dazu sagen: welche Strukturen sich daraus ergeben, stellt sich durch Evolution heraus.*« (Luhmann 1997: 430)

Postwachstumsplanung darf nicht verwechselt werden mit einer Planung in schrumpfenden Städten und Regionen. Wenn quantitative Schrumpfung an sich das Problem ist (und damit einfaches Wachstum bereits eine Lösung wäre), bewegen wir uns weiterhin innerhalb einer Wachstumslogik. . Postwachstumsplanung ist nicht ein Zustand, in dem es kein Wachstum nach bisherigen Kriterien geben darf. Vielmehr wird eine Perspektive in den Vordergrund gestellt, die sich an neuen Kriterien orientiert, neue Räume schafft und Mut – von Planerinnen und Planern, Politikerinnen und Politikern und allen Menschen – erfordert. Es geht um den fortwährenden Prozess, kritisch auf die Vergangenheit und Gegenwart zu schauen, um daraus gemeinsam und mit allen individuellen Handlungen eine positive Zukunft zu denken, zu inspirieren und, zu erschaffen. Postwachstumsplanung provoziert zu Reflexion und begrüßt öffentliche – auch konflikthafte – Aushandlungsprozesse. Statt einer großen Geschichte guter Planung bilden sich dann viele kleine positive Geschichten heraus, die sich kontinuierlich auf den Kurs der gesamträumlichen Entwicklung auswirken.

Postwachstum auf Planung treffen zu lassen löst Diskussionen und unerwartete Assoziationen aus. Die Qualität des guten Lebens zeigt sich in individuellen Beziehungen in ihren konkreten Erfahrungs- und Handlungssphären (Rosa 2016; Rosa/Henning 2018). Postwachstumsansätze zeigen einerseits neue Wege einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ohne alternativlose Wachstumsorientierung auf (Adler/Schachtschneider 2017), setzen aber andererseits auch intensive Hoffnungen auf vielfältige Akteure und verteilte

Aktionen, dezentrale Strukturen, Experimente und ›Raumunternehmen‹ (Buttenberg et al. 2014). Planungsbezogene Wissenschaft möchte zunehmend sowohl Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme auf der Makroebene wie Lebensstile auf der Mikroebene in den Fokus nehmen (ARL 2017: 31).

»*Planer sind progressive und aktive Gestalter zukünftiger Raumentwicklungen in einem offenen Gestaltungsumfeld, das im demokratischen Aushandlungsprozess erkundet wird und gerecht bearbeitet wird.*« (Lamker 2016: 57f.)

Eine schwer realisierbare Idealvorstellung oder Vision, in der sich der Planungsbegriff ausweitet. Zukünftige Raumentwicklungen sind nicht nur im Interesse vieler Menschen, sondern auch Teil ihrer *Handlungen* – womit sie in gewisser Weise Planende werden. In der planungs- und handlungsbezogenen Zusammenführung stärkt sich daher der Fokus auf kleinräumige Netzwerke, auf Ermöglichen, Entfalten und Inspirieren sowie auf den Rahmen zur Identifikation mit neuen gemeinsamen Narrativen und zum positiven Engagement für die Zukunft – aber auch auf den für Engagement notwendigen Boden (difu/vhw 2017; Dosch et al. 2017).

Wissen, Macht und Möglichkeiten in einer Postwachstumsplanung sind dezentral, flexibel und kleinteilig – das gilt innerhalb der Fishbowl ebenso wie darüber hinaus. Durch die gesamte Diskussion zogen sich Konfliktlinien, insbesondere entlang eines Generationenunterschieds in der Planungswissenschaft. Ist heute über Postwachstumsplanung zu diskutieren Geschichtsvergessenheit oder gar ›Vatermord‹? Sicher ist, dass viele Fragen an etwas anknüpfen, was Planerinnen und Planer über Jahrzehnte beschäftigt hat und was eher in den letzten 10-20 Jahren in den Hintergrund gerückt ist: Gemeinwohl, Wohlstand in allen Dimensionen und positive räumliche Entwicklung für alle Menschen. Die Fishbowl-Diskussion endete mit einem klaren Aufruf an die eigene Verantwortung der Anwesenden, sich selbst kritisch zu hinterfragen und im eigenen Handeln positive Veränderungen zu verankern.

Statements

Der Austausch war angelegt, kritische Diskussionen und konstruktiven Dissens zu provozieren. Die lebhafte Diskussion hat gezeigt, dass es einen großen Bedarf danach gibt, alternative Interpretationen, unterschiedliche Denkweisen und divergierende Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Deshalb bekommen an dieser Stelle die vier eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst die Gelegenheit, ein individuelles Statement zu ihrer Perspektive auf Postwachstumsplanung zu geben und ihren Eindruck der Diskussion zusammenzufassen. Dabei haben wir dazu aufgefordert, die Diskussion zu reflektieren, auf unsere vorab gestellten Fragen einzugehen sowie bei Bedarf den Bezug zu weiteren Ideen herzustellen, die im Nachgang entstanden sind.

Prof. Dr. Susan Grotefels

... ist seit 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin und seit 1996 Geschäftsführerin des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster. Lehrbeauftragte der Universität Münster, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und der Westfälischen Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Münster, Mitglied und Vizepräsidentin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, u.a. auch Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der ARL, Förderndes Mitglied der Landesgruppe NRW der Deutschen Akademie für Raumforschung und Landesplanung (DASL). Forschungsschwerpunkte Bau- und Raumordnungsrecht.

Die Fishbowl-Diskussion war für mich als Juristin eine neue Erfahrung. Ich habe die Runde als lebhaft und erkenntnisbringend wahrgenommen. Das Leitbild der Innenentwicklung sollte zugunsten des Flächen- und Bodenschutzes von Politikerinnen und Politiker, Planer*innen und Planer und dem Gesetzgeber konsequent weiterverfolgt werden. Im Vierten Bodenschutzbericht 2017 der Bundesregierung wird die Bedeutung und die Stärkung des Bodenschutzes u. a. für den Klimaschutz oder auch die Trinkwasserversorgung erneut besonders betont (Deutscher Bundestag 2017: 4). Der Bodenschutzbericht (S. 14) verweist auf den Umweltbericht vom Oktober 2015, wonach der Bodenschutz ein wichtiges umweltpolitisches Handlungsfeld ist, und auf das Integrierte Umweltprogramm 2030, wonach die Böden besser zu schützen sind und vor weiteren Versiegelungen und Belastungen bewahrt werden müssen. Boden und Fläche werden als knappe Güter und endliche Ressourcen angesehen, mit denen

der Mensch sparsam und verantwortungsvoll umgehen muss (difu/vhw 2017: 1).

Problemen aufgrund des erheblich gestiegenen Wohnraumbedarfs sollte nicht mit Kurzschlussreaktionen, wie z. B. der Einführung eines kontraproduktiven und schwer auslegbaren § 13b BauGB über ein zeitlich begrenztes beschleunigtes Verfahren für Bebauungspläne im Außenbereich oder der geplanten Aufgabe eines ohnehin schon schwachen 5 ha-Grundsatzes im Landesentwicklungsplan NRW, begegnet werden. In Postwachstumszeiten sind stattdessen Kreativität und der mutige Einsatz bereits vorhandener sowohl formeller als auch informeller Planungsinstrumente im Sinne des Gemeinwohls gefragt. Sinnvoller erscheinen auch ein Flächenmonitoring und eine Evaluierung dahingehend, wie viele Innenbereichsflächen ungenutzt vorgehalten werden. Der Neubedarf an Flächenausweisungen sollte auf Bevölkerungsprognosen gestützt sein, die mit der Raumordnung und den Nachbargemeinden abzustimmen sind (difu/Institut Raum&Energie 2018; Grotefels 2018; Krautzberger 2016: 806).

Prof. Dr. Samuel Mössner

... leitet die Arbeitsgruppe »Orts-, Regional- und Landesentwicklung / Raumplanung« am Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität. Zuvor vertrat er eine Professur am Department für Geographie der LMU München und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie der Universität Freiburg tätig. Er forscht und publiziert zu städtischen Nachhaltigkeitspolitiken, Governance und sozialer Stadt- und Quartiersentwicklung. Samuel Mössner ist Mitglied im Arbeitskreis Postwachstumsökonomien der ARL, des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltigkeit (ZIN) an der Universität Münster und Mitglied des Editorial Boards von Local Environment – The International Journal of Justice and Sustainability.

Die notwendige und längst überfällige Debatte richtet den Blick nicht nur auf Möglichkeiten alternativen Wirtschaftens, faire Produktion oder nachhaltige Konsummuster. Im Zentrum stehen essentielle Fragen um Gesellschaft, Leben und Denken. Im Planungskontext konzentrieren sich die Fragen auf die Ressource Boden, Wohnen und Wohnformen sowie Mobilität und die Steuerung individueller Entfaltungsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit einer Postwachstumsplanung müssen bestehende Instrumente, Prozesse, Grundsätze und vor allem die Ziele der Planung umfassend und radikal auf den Prüfstand.

Die Fundamente des heute zur Verfügung stehenden planerischen Instrumentariums reichen zurück in Zeiten, in denen Ressourcen vorhanden, Flächen verfügbar, Wachstum unhinterfragt, Versiegelung nachrangig und individuelle Mobilität erstrebenswert schienen. Wenig später galt zusätzlich staatliches Handeln als unvollkommen, Privatisierungen als logische und folgerichtige Ergänzung, selektive Partizipation als hilfreiches Instrument. In den wenigen Momenten, in denen sich ausgeschlossene gesellschaftliche Stimmen in perfiden Beteiligungsmustern Gehör verschafften, galt es aus Planungsperspektive, die Konflikte zu lösen und die Planung zurück in das ruhige, konsensuale Fahrwasser zu überführen.

Nehmen wir den gesellschaftlichen Auftrag einer Postwachstumsplanung ernst, dürfen wir dieser Idee von Planung nicht mehr bedingungslos folgen. Es müssen Lehren aus der Kommodifizierung des Nachhaltigkeitsbegriffs und anderer leerer Signifikanten in der (städtischen) Planung (Stichwort Digitalisierung) gezogen werden. Der immer noch vorherrschende Glauben an gutes kapitalistisches Wachstum muss demaskiert werden. In Planungsprozessen müssen die sichtbaren Widersprüchlichkeiten zwischen aktuellen nachhaltigen Planungen und weiter betriebenem Ressourcenverbrauch, Flächenversiegelung sowie sozialer Verdrängung aufgezeigt werden.

Für eine Postwachstumsplanung müssen wir damit beginnen, das Baugesetzbuch und andere Kodifizierungen planerischen Handelns neu zu lesen und kritisch auf ihre Wachstumsorientierung hin zu reformulieren. Postwachstumsplanung ist die Auseinandersetzung mit den Zielen und Grundsätzen unserer Planung, die in einer breiten Gesellschaft politisch diskutiert werden müssen. In diesem politischen Austausch muss jede Stimme Gehör finden und sprechen können. Die Möglichkeiten einer Postwachstumsplanung darf als offener, transparenter und politischer Diskurs nicht nur von einer akademisch geprägten Mittelschicht geführt werden. Postwachstumsplanung muss erstritten werden, was insbesondere während der angeregten Diskussion durch das Format der Fish

Bowl auch deutlich wurde. Eine offene Postwachstumsplanung trägt bestehende Konflikte in der Gesellschaft aus. Diese Konflikte sind richtig und notwendig, um einen breiten sozialen Diskurs überhaupt erst zu ermöglichen. Und damit stellt Postwachstumsplanung für mich die Abkehr von der bisherigen Praxis kommunikativer und konsensualer Planung dar.

Prof. Dr. Christian Schulz

... ist Wirtschaftsgeograph und beschäftigt sich an der Universität Luxemburg mit Fragen der regionalen Wirtschaftsentwicklung, Nachhaltigkeitsinnovationen und alternativen Wirtschaftsformen. Seit 2017 leitet er den Arbeitskreis Postwachstumsökonomien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Er ist Mitglied im Green Economy Research Network, einem Zusammenschluss von Raumwissenschaftlern*innen aus Norwegen, Schweden, Japan, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Luxemburg. Gemeinsam mit Julia Affolderbach (Hull) und Rob Krueger (Worcester, Massachusetts) arbeitet er zur Zeit an dem Buch The Geographies of Alternative Economies: Beyond Greening? (Routledge, Ecological Economics Series).

Die aktuelle Bodendebatte ist aus guten Gründen auf den Wohnungsbau konzentriert. Ich teile die Diagnose, dass eine Neubewertung des Verhältnisses von Eigentums- und Nutzungsrechten überfällig ist, um die Auswüchse der Finanzialisierung des Wohnungsmarkts zu unterbinden. Gleichzeitig sollte aber auch die Frage diskutiert werden, ob und wie über eine veränderte Bodenpolitik auch postwachstumsorientierte Aktivitäten im gewerblichen Bereich gefördert bzw. ermöglicht werden können. Damit meine ich weit mehr als die in vielen Kommunen schon praktizierte, allerdings eher punktuelle Überlassung von (Brach-)Flächen für Projekte der solidarischen Landwirtschaft, Co-Working Spaces oder soziale Wohnprojekte. Vielmehr geht es um eine grundsätzliche Debatte über Wohlstandsschaffung und damit die Frage, was wir unter »Wirtschaften« verstehen. Kommunale Wirtschaftsförderung und Flächenpolitik bekommt einen anderen Radius, wenn auch nicht-monetarisierte Aktivitäten der Solidarwirtschaft, der Nachbarschaftshilfe, der Kinderbetreuung, der familiären Pflege, des Ehrenamts usw. in die Betrachtung einbezogen werden. Und diese Diskussion ist untrennbar mit der Frage verbunden, wie wir Wohlstand und Entwicklung messen, d. h. welche Indikatoren herangezogen werden, um individuelles Wohlergehen und sozio-ökonomische Stabilität zu bewerten. Sind neue gewerbliche Arbeitsplätze, die nicht selten erheblich aus öffentlichen Haushalten mitfinanziert werden, wirklich die alleinige »Währung«?

Neue Formen der Verknüpfung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, die Debatte um neue (Lebens-)Arbeitszeitmodelle, Gemeinwohlorientierung und gesellschaftliche Teilhabe sind nur einige Facetten eines vielschichtigen Ansatzes, der – auch wenn er mit dem Begriff Postwachstum nur unbefriedigend gefasst sein mag – allzu dringend einer stärkeren Auseinandersetzung in den Planungswissenschaften und der Planungspraxis bedarf. Dabei geht es um weit mehr als das analytische Verstehen empirischer Phänomene und Prozesse oder die planerische Ermöglichung neuer Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsformen. Vielmehr geht es um das Infragestellen etablierter Leitbilder, die in unseren Disziplinen – allzu häufig unreflektiert – in einem ökonomischen Wachstumsparadigma und materiellen Wohlstandsverständnis verhaftet sind. Boden ist dabei nur eine – aber eine zentrale – Ressource, deren Über- bzw. Fehlnutzung bisherige Ansätze ökologisch oder sozial orientierter Politiken und Planungsstrategien nicht entscheidend verhindern konnten.

Dr. Irene Wiese-von Ofen

... studierte Architektur an der RWTH Aachen und schloss daran die Städtebauliche Nachausbildung an. Sie war Beigeordnete für Planung, Bau und Boden der Stadt Essen, ist Inhaberin des Beratungsbüros für Architektur, Stadtplanung und Stadterneuerung, Mitglied des Vorstandes von EUROPAN, Ehrenpräsidentin des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Past President International Federation for Housing and Planning, Jury-Mitglied von Expertengruppen und bei nationalen wie internationalen Wettbewerben, ehemaliger Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Mitglied der ARL sowie in der LAG NRW in mehrere Arbeitskreise berufen.

Geht es um den Begriff *Postwachstumsplanung*, so ist zuerst ist ein Nachdenken über den Begriff *Post-Wachstum* erforderlich. »Post« heißt danach und bezieht sich auf einen Zustand davor, sonst gäbe es kein Danach. Er ist also nicht aus sich heraus definiert, sondern nur im Gegensatz zu Vor-Vergangenem und impliziert damit nicht per se ein gemeinsames, tragfähiges Ziel wie etwa »Gemeinwohl« oder eine Vorstellung »positive(r) räumliche(r) Entwicklung für alle Menschen«. In den Planungswissenschaften bedarf es jedoch der Notwendigkeit, gewollte Ziele zu beschreiben. Welches Gesellschaftsbild aber liegt solchen Zielen zugrunde? Und sind die Forderungen, diese zu erfüllen, Kategorien räumlicher Planung? Das Zusammenführen der unterschiedlichen raumbezogenen Planungsdisziplinen, um integratives Handeln zu erreichen, das in steigendem Maße sich als notwendig erweist, ist nur bei der Verständigung über ein gemeinsames »Bild« möglich: wie schaffen wir es, unterschiedliche Leitbilder zu gemeinsamen Zielvorgaben zu verschmelzen?

Offensichtlich ist die *transformative Stadt* ein solches gemeinsames Leitbild von Post-Wachstums-Zielvorgaben. Mit der Forderung nach (Großer) Transformation als Zielsetzung scheint das (erhoffte?) gemeinsame Bild der Umwandlung zu einer veränderten – glücklichen – Stadt eo ipso erreichbar, allein schon durch den Vorgang einer Transformation. Städte sind aber immer schon »umgewandelt« worden, durch Zuzug und Wegzug, durch sich ständig wandelnde, sich anpassende Entscheidungen Einzelner, durch Kriege, Zerstörungen, Wiederaufbau, durch Aufkommen anderer Stile, mit neuen Herrschern, anderen Wahlgewinnern, veränderten Verfassungen und Ortsrechten.

Diese dynamische Perspektive auf Städte ist eng verbunden mit der (neuen) Rolle von Planung: Die klassische Stadtplanungsaufgabe sei die Flächenentwicklung (siehe Einführung Lamker/Schulze Dieckhoff). Das ist meines Erachtens zu einseitig aus dem Blickwinkel der Ökonomisierung abgeleitet, denn:

- Städte sind dreidimensional, sie sind gebaute Umwelt: das bedeutet Materialität, Erfahrung von Proportionen und Funktionen.
- Städte sind Hort des Zusammenlebens: das bedeutet die Notwendigkeit und die Macht der sozialen Dimension.
- Städte sind Stätten der Produktion, der Ausbildung, der Freizeit, des Forschens und der Kunst.
- Städte haben immaterielle Bedeutung der Ästhetik, der Schönheit und der Identität.

Städte sind seit jeher der Inbegriff von Wandlung und Komplexität. Ihnen mit Planung zu helfen bedeutet Prioritätensetzung und Abwägung konfligierender Interessen. Städte sind in der Regel auf »Flächen« gebaut und ihre geographische und topographische Disposition ist zwar ein entscheidender Faktor in ihrem Entstehen, Wachstum und Vergehen. Fläche ist insoweit die Voraussetzung für alles, was in der Stadt und auf dem Lande »entwickelt« wird. Aber genau diese begrenzte Voraussetzung zwingt zur Prioritätensetzung. Was auf der Fläche entsteht, ist ein unendlich komplexer Prozess mehrdimensionalen Denkens und Erschaffens, das nicht nur »Flächen- Entwicklung« ist. Boden war und ist trotz allen Wandels unvermehrbar und immobil. Städte boten immer –und werden weiter bieten – die Chancen zur Entfaltung oder Zerstörung individueller Potenziale der Menschen. Sie bilden die Basis gemeinsamen Verantwortens. Denn nicht der Staat allein trägt die Verantwortung, sondern Jedermann – die »Planungshoheit der Gemeinde« ist Ausdruck des Bewusstseins gemeinsamer Gestaltungskraft der Gemeinschaft.

Diesen Potenzialen Räume, Wege und Formen zu geben, Grenzen zu setzen und Freiheiten zu wahren, ist die Aufgabe von Planung. Ihr vornehmstes Gebot ist die Abwägung. Sie basiert auf Kenntnis, Maßstäben, Beurteilung, Transparenz und der Gewichtung von Argumenten, die wiederum von ökologischen, ökonomischen, kulturellen sowie künstlerischen und sozialen Gesichtspunkten und Zielen geprägt sind. Argumente der Abwägung sind gefordert, sie gemäß der Gesetzgebung »die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen« (§1 Abs. 7 BauGB).

Die Rollen von administrativen und der zu Entscheidungen berufenen und gewählten Gremien entsprechend bei aller kritischen Auseinandersetzung mit eben diesen Rollen und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten zu unterstützen, treten oft in den Hintergrund. Demgegenüber steht die große Verführung, Prozesse um ihrer selbst willen für das Wichtigste zu halten, wenn sie denn ausreichend breitgefächert und kommunikativ sind, statt die notwendigen Ergebnisse, auf die sie zielen, für das Primat zu halten. Die Erforderlichkeit von und die Verantwortung für Entscheidungen macht einsam und an-

greifbar. Es ist aber die Voraussetzung für ein Gelingen jeglicher Planung.

Ausblick: Thesen einer Postwachstumsplanung

Von Beginn bis zum Ende war die Diskussion ein Experiment mit offenem Ausgang. Es hat sich gezeigt, dass es einen hohen Bedarf an grundlegender und kritischer Auseinandersetzung mit räumlicher Planung gibt, die über das Thema Boden weit hinausreicht. Die Abgrenzung zu noch grundlegenderen Fragen (Gesellschafts- und Wirtschaftsformen, Demokratie, Eigentum) und die Suche nach eigenen Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten ist herausfordernd. Wer sollte und wer kann damit anfangen? Wir alle! Statt eines Versuchs, in wenigen Sätzen die komplexe Diskussion zusammenzufassen, blicken wir in eine mögliche Zukunft. Aus den vorhergehenden Diskussionen zu einer Postwachstumsplanung haben sich bereits Thesen herauskristallisiert, die sich auch in der Diskussion auf der Dortmunder Konferenz wiedergefunden haben:

1. Postwachstumsplanung braucht neue Erfolgskriterien als Handlungsgrundlage!
2. Postwachstumsplanung bedeutet inklusive demokratische Entscheidungen!
3. Postwachstumsplanung stößt große Transformationen durch kleinteilige Veränderungen an!
4. Postwachstumsplanung braucht experimentelles und künstlerisches Handeln!
5. Postwachstumsplanung kann und darf scheitern!
6. Postwachstumsplaner*innen sind wir alle!

Diese sechs Thesen konturieren das Feld, in dem sich Postwachstumsplanung bewegt. Sie ist inhaltlich breit aufgestellt und setzt das Planen und Handeln selbst in den Vordergrund und fordert Verantwortung von Planenden ein. Sie fordert nach einer klaren Auseinandersetzung mit den Handlungsgrundlagen von Planung und den Kriterien, nach denen Erfolg gemessen wird – ökonomische Kriterien können Teil davon sein, erfolgreiche Planung braucht aber eine breitere Grundlage (These 1). Der Weg muss demokratisch sein, aber darüber hinaus auch den Ansprüchen an inklusive Entscheidungen gerecht werden. Ein Verweis auf politische Gremien reicht nicht, unhinterfragte Beteiligungsverfahren sind aber ebenso nicht intendiert. Es braucht eine Verbindung zwischen dem Individuellen zum Gemeinsamen in jeder Entscheidung (These 2). Hierin steckt eine weitere Feststellung: viele große Transformationen sind das Resultat kleinteiliger Veränderungen. Ein großer Kurswechsel ist manchmal nur eine kleine Veränderung an einem Steuerrad. Postwachstumsplanung ermutigt dazu, auch kleine Schritte zu gehen und damit den Anstoß für große Veränderungen zu geben (These 3).

Handeln wird zunehmend experimentell, nicht nur mit dem methodischen Fokus auf Reallabore oder performative Planungsansätze. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass jede Planung im Grunde immer experimentell ist und einen offenen Ausgang hat. Zugleich besitzt künstlerisches Handeln große Potenziale in der Aktivierung unterschiedlichster Menschen und im Umgang mit bestehenden Situationen (These 4). Damit einher geht, dass Postwachstumsplanung nicht immer nach etablierten Kriterien erfolgreich sein kann. Experimente können scheitern und dürfen das auch. Ein frühzeitiges Auseinandersetzen mit Scheitern muss dazu gehören, um produktive Kräfte und Lernprozesse aus Fehlern freizusetzen (These 5). Zuletzt kann es keine Postwachstumsplanung geben, die an eine Behörde oder eine Organisation abgegeben wird. Postwachstumsplanerinnen und –planer sind immer wir alle – mit unterschiedlichen Möglichkeiten, Grenzen und Aufgaben, aber mit gemeinsamen Zielen und Rollen (These 6). Postwachstumsplanung bewegt sich damit im Spannungsfeld zwischen grundlegenden Fragen der Umgestaltung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und den unmittelbaren Potenzialen innerhalb des eigenen Systems der Planung. Aus der Wandlungsfähigkeit der Vergangenheit sollte Hoffnung für die Zukunft geschöpft und verantwortungsvoll genutzt werden.

Wir danken sehr herzlichen allen Anwesenden und freuen uns auf die Fortsetzung der Diskussion auf weiteren Veranstaltungen und online unter www.postwachstumsplanung.de.

Literatur

Adler, Frank & Schachtschneider, Ulrich (Hrsg.) (2017). Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München: oekom.

Alexander, Samuel (2017). Art against Empire: Toward an Aesthetics of Degrowth: Simplicity Institute Publishing.

ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2017). Forschungskonzept 2017-2022. Hannover.

ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2018). Postwachstumsökonomien: Unsere Motivation. https://www.arl-net.de/de/projekte/postwachstumsökonomien. Zugegriffen: 31. März 2018.

Buttenberg, Lisa; Overmeyer, Klaus & Spars, Guido (2014). Raumunternehmen: Wie Nutzer selbst Räume entwickeln. Berlin: Jovis.

Deutscher Bundestag (2017). Vierter Bodenschutzbericht der Bundesregierung: Beschluss des Bundeskabinetts vom 27. September 2017. Unterrichtung durch die Bundesregierung (Drucksache des Deutschen Bundestags 18/13666). Berlin.

difu, Deutsches Institut für Urbanistik & vhw, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (2017). Bodenpolitische Agenda 2020-2030: Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen. Berlin.

difu, Deutsches Institut für Urbanistik & Institut Raum & Energie (2018). Aktionsplan Flächensparen: Aktion Fläche – Portal für kommunales Flächensparen. Umweltbundesamt. https://aktion-flaeche.de/aktionsplan-flaechensparen. Zugegriffen: 18. Juni 2018.

Dosch, Fabian; Ahlers, Hubertus; Becker, Lutz; Försterling, Thorsten; Möhlendick, Barbara; Schulten, Gaby et al. (2017). Stadträume mit menschlichem Maß – Boden, Mobilität, Grün. Bergische Klimagespräche (Bergischer Impuls 2). Wuppertal.

Gerber, Jean-David; Hartmann, Thomas & Hengstermann, Andreas (2018). Instruments of land policy: Dealing with scarcity of land. New York: Routledge.

Grotefels, Susan (2018, im Druck). Bebauungspläne nach §13b BauGB. Umwelt- und Planungsrecht.

Jackson, Tim (2017). Wohlstand ohne Wachstum – das Update: Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom verlag.

Krautzberger, Maria (2016). Böden in Not: nationale und internationale Herausforderungen und Ansätze zum Bodenschutz. Deutsches Verwaltungsblatt, 131(13): 801–807. doi: 10.1515/dvbl-2016-1303.

Lamker, Christian W. & Schulze Dieckhoff, Viola (2017, Dezember 19). Postwachstum trifft auf Stadt- und Raumplanung. Blog Postwachstum. http://www.postwachstum.de/postwachstum-trifft-auf-stadt-und-raumplanung-20171219.

Lamker, Christian W. (2016). Unsicherheit und Komplexität in Planungsprozessen: Planungstheoretische Perspektiven auf Regionalplanung und Klimaanpassung. Lemgo: Rohn.

Luhmann, Niklas (1997). Die Gesellschaft der Gesellschaft 1. Frankfurt am Main: suhrkamp.

Mau, Steffen (2017). Das metrische Wir: Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: suhrkamp.

Meadows, Donnella H.; Randers, Jørgen; Meadows, Dennis L.; Held, Andreas & Ḥasan (2009). Grenzen des Wachstums, das 30-Jahre-Update: Signal zum Kurswechsel. Stuttgart: Hirzel.

Paech, Niko (2012). Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München, München: oekom verlag.

Piketty, Thomas (2016). Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.

Rosa, Hartmut & Henning, Christoph (Hrsg.) (2018). The good life beyond growth: New perspectives. London, New York: Routledge.

Rosa, Hartmut (2016). Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: suhrkamp.

Rydin, Yvonne (2013). Future of planning: Beyond growth dependence. Bristol: Policy Press.

Schulz, Christian (2018). Postwachstum in den Raumwissenschaften. ARL Nachrichten, 47(4/2017): 11–14.

Stiftung trias (2017). Schwerter Erklärung: Eigentum verpflichtet – mehr Boden für das Gemeinwohl. Netzwerk Immovielien. Schwerte.

Welzer, Harald (2011). Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Stadtplanung als interdisziplinäre Disziplin.

Eine Bestandsaufnahme des Alltags von Planerinnen und Planern in deutschen Mittelstädten

Frank Othengrafen ist derzeit Juniorprofessor für Landesplanung und Raumforschung an der Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung.

Meike Levin-Keitel arbeitet derzeit als Postdoc an der Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung.

Dominique Charlotte Breier ist an unterschiedlichen Forschungsprojekten an der Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung, als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die alltägliche Praxis von Stadtplanerinnen und -planern in Mittelstädten zu reflektieren, um den »Kern« von Stadtplanung zu identifizieren. Dabei zeigen die empirischen Ergebnisse einer Online-Umfrage unter Planerinnen und Planern in Mittelstädten, dass die inhaltlichen Schwerpunkte stadtplanerischer Tätigkeiten in der Bauleitplanung, der Wohnungsversorgung und der integrierten Stadtentwicklung liegen. Darüber hinaus kristallisiert sich die Gemeinwohlorientierung der in Mittelstädten beschäftigten Planerinnen und Planer – in einer Vielzahl von Handlungsfeldern, der Ausdifferenzierung der Aufgaben und trotz einer Einschränkung (finanzieller) kommunaler Handlungsspielräume – nach wie vor als zentraler »Kern« von Stadtplanung heraus. Der Berufsalltag wird des Weiteren auch immer stärker durch interdisziplinäre Arbeitsweisen bestimmt. Allerdings ist die ausgeprägte Interdisziplinarität gleichzeitig auch die größte Schwäche von Stadtplanung, da die Vielzahl an Ansätzen, Wissensformen und Methoden dazu führt, dass Stadtplanung ein Alleinstellungsmerkmal fehlt.

Einleitung

Die Diskussionen um die Ausweisung neuer Wohnbauflächen in Metropolen, der Diskurs über gleichwertige Lebensverhältnisse in eher ländlich geprägten Regionen, die Debatten über die Energiewende und die damit verbundenen Trassenplanungen, aber auch die zunehmenden zivilgesellschaftlichen Proteste gegen (städtebauliche) Großprojekte zeigen beispielhaft, dass Stadtplanerinnen und -planer mit vielfältigen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern konfrontiert sind (z.B. Böckenbrink et al. 2013; Kitchen 2007; Krüger 2013; Meier 2008): Sie müssen gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und räumliche Prozesse bzw. Rahmenbedingungen analysieren; sie sollen im Umgang mit Fakten und Werten (was soll geschützt werden, was soll entwickelt werden?) geübt sein, sie sollen Herausforderungen und Probleme erkennen und definieren sowie geeignete Lösungsstrategien (rechtsverbindliche Bebauungspläne, Stadtentwicklungskonzepte etc.) entwickeln und versuchen, diese zu verwirklichen. Darüber hinaus sollen sie die Fähigkeit besitzen,

ISSN 1868 - 5196

anderen und teilweise widersprüchlichen (politischen) Argumenten zuzuhören, mit Akteuren und Initiativen zu verhandeln, Politikerinnen und Politiker zu beraten und die Öffentlichkeit zu informieren (u.a. Forester 1999, 1; Kitchen 2007; Krumholz/Forester 1990, 226ff.; Mäding 2011).

In ihrem Alltag sind Planerinnen und Planer dabei oftmals gefordert, Entscheidungen zu treffen, die nicht immer Ergebnis transparenter, sach-rationaler und wertfreier Entscheidungen sind. Gerade in Abwägungsprozessen spielen persönliche Wertvorstellungen und Erfahrungen, institutionelle Vorgaben und Leitbilder sowie sozio-ökonomische und sozio-demographische Rahmenbedingungen eine große Rolle – z.B. bei der Frage, welche gemeinnützigen Güter durch Planung gesichert und unterhalten werden sollen und welche nicht (s.a. Bickenbach/Hendler 1994; Krumholz/Forester 1990; Othengrafen 2014). In den Planungswissenschaften und der Planungstheorie setzt sich die Erkenntnis, dass Planerinnen und Planer in Abwägungsprozessen ständig mit Wertefragen konfrontiert sind (z.B.: Was ist »gut« und »schlecht«, »besser« oder »schlechter« in Bezug auf bestimmte Orte?) jedoch erst langsam durch (u.a. Campbell 2012; Fürst 2016; Thomas 2012). So wird zunehmend gefordert, sich nicht mit universellen Planungsroutinen und -aktivitäten zu beschäftigen, sondern sich stärker auf Planerinnen und Planer zu konzentrieren und zu untersuchen, wie diese unter gegebenen (ortsbezogenen und situationsspezifischen) Rahmenbedingungen und Sachzwängen sowie persönlichen Werdegängen und kulturellen Werten und Normen ihre Entscheidungen und Abwägungen treffen (u.a. Campbell 2002 und 2012; Healey 2009; Hoch 1994; Othengrafen/Reimer 2013; Vigar 2012).

Bislang gibt es nur wenige empirisch-basierte Untersuchungen des planerischen Alltags, die gleichzeitig in planungstheoretische Reflexionen münden (für erste Ansätze dazu siehe u.a.: Clifford/Tewdr-Jones 2013; Forester 1999; Healey 1992, Klemme/Selle 2008; Schön 1982 und 1983). Das führt dazu, dass es unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, was Stadt- und Regionalplanung als Berufsfeld kennzeichnet, was die Aufgaben bzw. Tätigkeiten von Planerinnen und Planern in den unterschiedlichen Planungsphasen sind und was den »Kern« planerischer Entscheidungen ausmacht (u.a. Baum 1983; Campbell 2002; Davoudi/Pendlebury 2010; Klemme/Selle 2008; Pinson 2004; Schmitt 2010). Das liegt zum einen daran, dass die »Wurzeln« von Planung im Städtebau, der Architektur, im Ingenieurwesen, aber auch in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu finden sind. Dementsprechend wird der Planungsbegriff sehr unterschiedlich interpretiert, so dass es keinen einheitlichen Planungsbegriff gibt und das Selbstverständnis innerhalb der Disziplin, aber auch zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis, auseinander geht. Darüber hinaus ist Stadt- und Regionalplanung als eher anwendungsorientierte und damit »untergeordnete« Disziplin (Forester 1993; Glazer 1974, 374ff.) zu betrachten. Damit ist sie u.a. dadurch gekennzeichnet, dass das disziplinäre Wissen – im Vergleich zu anderen Disziplinen wie Jura, Medizin oder Physik – nicht ausschließlich auf einen eindeutig abgrenzbaren theoretischen Kern zurückzuführen ist, sondern im Zusammenspiel mit der Praxis und damit auch mit »Laien« entsteht.

Ziel des vorliegenden Artikels ist es deshalb, die alltägliche Praxis von Stadtplanerinnen und -planern in Mittelstädten zu reflektieren, um den »Kern« von Stadtplanung zu identifizieren:[1] Wie sieht der Alltag von Planerinnen und Planern aus? Welche Aufgaben und Tätigkeiten nehmen sie im Alltag wahr? Was sind die zentralen Handlungsfelder? Welche Rollen und Funktionen nehmen sie im Planungsalltag ein? Wie kommen sie in der Praxis zu Entscheidungen und wie legitimieren sie diese (moralisch bzw. ethisch)? Für die Untersuchung scheinen uns Mittelstädte besonders geeignet, da sie mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern – neben Kleinstädten – typisch für das deutsche Siedlungssystem und die Strukturierung des Raumes sind (Baumgart 2011, 9; Schmidt 2010, 29). Gleichzeitig ist zu vermuten, dass das Aufgabenspektrum von Planerinnen und Planern, die in den Verwaltungen von Mittelstädten tätig sind, weniger spezialisiert ist als das der in Großstädten tätigen Planerinnen und Planer. Damit kann in unseren Augen insbesondere die empirische Analyse der Planungspraxis in Mittelstädten zu einer (kritischen) Reflexion und Differenzierung des disziplinären Selbstverständnisses von Planung beitragen.

1 Unter Stadtplanung bzw. stadtplanerischen Bereichen verstehen wir alle Verwaltungsbereiche, die mit der räumlichen Planung verbunden sind. Dazu zählen wir beispielsweise Stadtplanung, Stadtentwicklung oder Stadterneuerung. Der Begriff »Stadtplanung« dient in der Befragung als Sammelbegriff für diese Bereiche.

Um den Alltag von Planerinnen und Planern flächendeckend zu untersuchen, haben wir eine schriftliche Online-Befragung unter Planerinnen und Planern in den öffentlichen Verwaltungen deutscher Mittelstädte (20.000-100.000 Einwohner) durchgeführt. Die Befragung wurde per E-Mail an alle Stadtplanungsämter der Mittelstädte geschickt. Im Idealfall, d.h. wenn uns die Daten bekannt waren, haben wir den Fragebogen persönlich an die dort tätigen Planerinnen und Planer adressiert; in anderen Fällen haben wir den Fragebogen an die angegebene institutionelle (Sammel-)Mail-Adresse geschickt, mit der Bitte, die Umfrage auch an andere Kolleginnen und Kollegen innerhalb der jeweiligen Planungsämter weiterzuleiten.

An der Umfrage haben insgesamt 614 Stadtplanerinnen und –planer in deutschen Mittelstädten teilgenommen. Abb. 1 zeigt die räumliche Verteilung der Dienstorte der Befragten. Besonders stark vertreten sind Städte in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Brandenburg (v.a. um Berlin herum). Generell wird deutlich, dass wir mit der Umfrage einen repräsentativen Querschnitt deutscher Mittelstädte erfassen konnten, lediglich Bayern und Rheinland-Pfalz scheinen unterrepräsentiert.[2] Es sind jedoch alle Flächenbundesländer sowie Regionen mit unterschiedlichen soziodemografischen und sozioökonomischen Entwicklungen repräsentiert.

Mithilfe der Umfrage lassen sich erste Aufschlüsse über die Praxis der Stadtplanung gewinnen, deren Ergebnisse wir im Folgenden vorstellen. In einem ersten Schritt porträtieren wir dafür die Planerinnen und Planer in den Mittelstädten (Kap. 2). Anschließend stellen wir die Handlungsfelder und Tätigkeiten von Planerinnen und Planern (Kap. 3) und ihr Selbstverständnis (Kap. 4) vor. In einem letzten Schritt konzentrieren wir uns auf die Entscheidungsspielräume von Planerinnen und Planern (Kap. 5) bevor wir Schlussfolgerungen hinsichtlich des »Kerns« von Stadtplanung ableiten (Kap. 6).

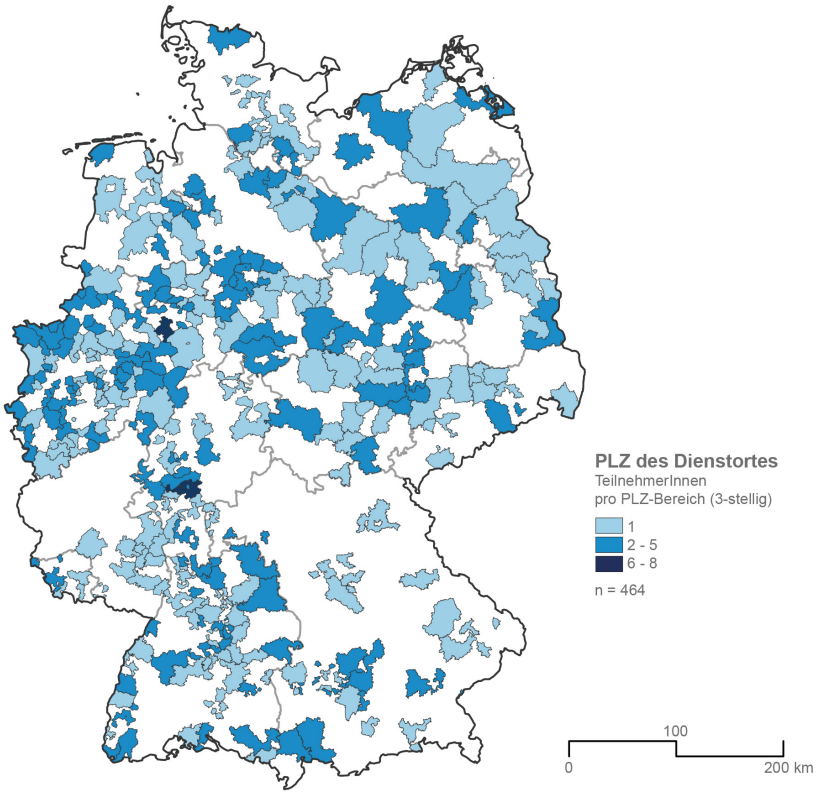


Abb.1: Dienstorte der befragten Stadtplanerinnen und Stadtplaner nach Postleitzahlen

Portrait der Planerinnen und -planer in deutschen Mittelstädten

Von den Befragten sind 56,3% Männer, 43,3% sind Frauen (vgl. Abb. 2). Besonders hervorzuheben ist dieses Verhältnis in Bezug auf andere Erhebungen, beispielsweise der Befragungen von Absolventinnen und Absolventen von Planungsstudiengängen – so zeigt beispielsweise die Absolventinnen- und Absolventenbefragung im Studiengang Raumplanung der TU Dortmund im Jahr 2011, dass 56 % der Absolventen weiblich und 44% männlich sind (TU Dortmund 2011). Eine Erklärung für die Umkehrung des Geschlechterverhältnisses ist der Altersdurchschnitt der Absolventenbefragung der TU Dortmund, der sich unter dem Durchschnitt der hier zugrunde liegenden Umfrage befindet. Die befragten Planerinnen und Planer in den Mittelstädten sind mehrheitlich älter als 45 Jahre (vgl. Abb. 3), die größte Gruppe stellen die 46- bis 55-Jährigen dar. Bei der Betrachtung des Alters kann allgemein festgestellt werden, dass dieses normal verteilt ist.[3] Das Alter der Planerinnen und Planer spiegelt sich zudem in ihrer Berufserfahrung wieder, die explizit für den Bereich der Stadtplanung angefragt wurde. Hier dominieren die Gruppen, die zwischen 11 und 20 Jahren sowie zwischen

2 Allerdings ist auch festzustellen, dass die Mittelstädte pro Bundesland per se ungleich verteilt sind. So gibt es in Nordrhein-Westfalen statistisch gesehen die meisten Mittelstädte, gefolgt von Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bayern und Hessen (BBSR 2017).

3 (n=462, Kolmogorov-Smirnov Z=108)

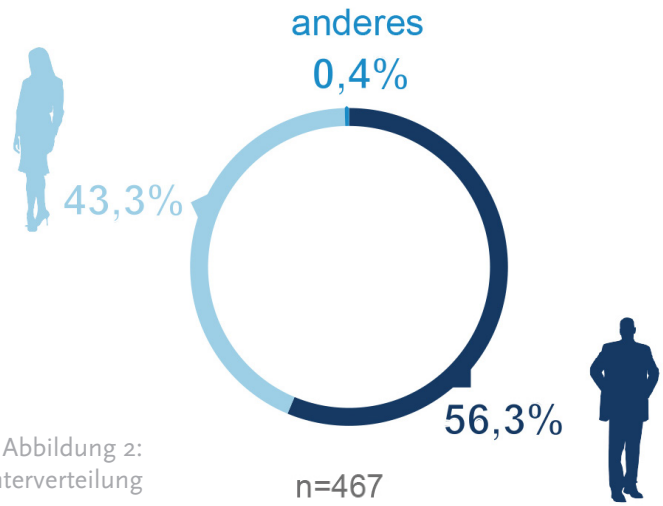


Abbildung 2: Geschlechterverteilung

Abbildung 3: Altersverteilung

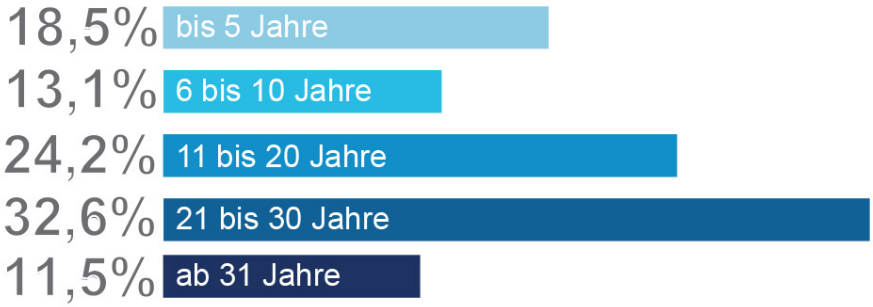


Abbildung 4: Berufserfahrung

Abbildung 5: Studienabschluss (Mehrfachantworten möglich)

21 und 30 Jahren Berufserfahrung aufweisen (vgl. Abb. 4).

Insgesamt hat über die Hälfte der Befragten einen stadt-, bzw. raumplanerischen Abschluss (55,5%), gefolgt von Architektur und Städtebau mit 27,8%. Geografie haben 10 % der Befragten studiert, weitere Studiengänge wie Landschafts- und Umweltplanung oder Bauingenieurwesen sind mit jeweils 4,4% deutlich seltener vertreten. Die kleinste Gruppe stellen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler mit 0,6% der Befragten dar (vgl. Abb. 5).

Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter stellen mit ca. 45% die größte Gruppe unter den Befragten dar. 31% der befragten Personen sind als Fachbereichs- oder Amtsleiterinnen und -leiter tätig; knapp 24% der Befragten geben an, dass sie als Gruppen-, Sachbereichs- oder Projektleiterinnen und -leiter arbeiten (vgl. Abb. 6). Es ist zu vermuten, dass die Befragung aufgrund der gewählten Methode prozentual mehr Personen aus der Fachbereichs-, Amts- oder Geschäftsleitung erreicht hat und dass daher die Verteilung nicht ganz das reale Verhältnis abbildet. Zudem ist davon auszugehen, dass die Ebene der Gruppen-, Sachbereichs- und Projektleitung in Mittelstädten aufgrund der Größe der Stadtplanungsämter eher seltener vertreten ist.[4]

Ein Blick auf die Geschlechterverteilung in den jeweiligen Positionen verrät, dass Männer insbesondere in den leitenden Positionen und Frauen mehrheitlich auf Ebene der Sach- und Projektbearbeitung tätig sind (vgl. Abb. 7).[5] Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen

4 Im Durchschnitt arbeiten in Mittelstädten 7,2 Personen in stadtplanerischen Bereichen. Dabei werden primäre Verwaltungskräfte (Sekretariate u.a.) nicht mitgerechnet. Aufgrund der teilweise stark voneinander abweichenden Angaben der Befragten – die Ergebnisse schwanken zwischen einer bzw. einem Beschäftigten und 60 Personen, die in der jeweiligen Stadt beschäftigt sind - eignet sich in diesem Fall insbesondere der Median zur Beschreibung der zentralen Tendenz. Dieser beschreibt den mittleren Wert, sodass die eine Hälfte der Angaben darunter und die andere Hälfte darüber liegt. Der Median liegt bei 6 Beschäftigten.

5 Der Einfluss des Geschlechts und der beruflichen Position der Befragten auf verschiedene Tätigkeiten kann bspw. in Form eines Pfadmodells abgebildet werden. Das Geschlecht hat bspw. keinen direkten Einfluss auf die Tätigkeit »Ich bereite politische Entscheidungen

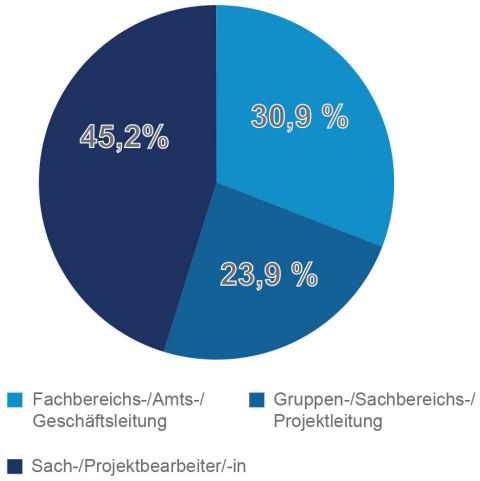


Abbildung 6: Berufliche Position der Befragten

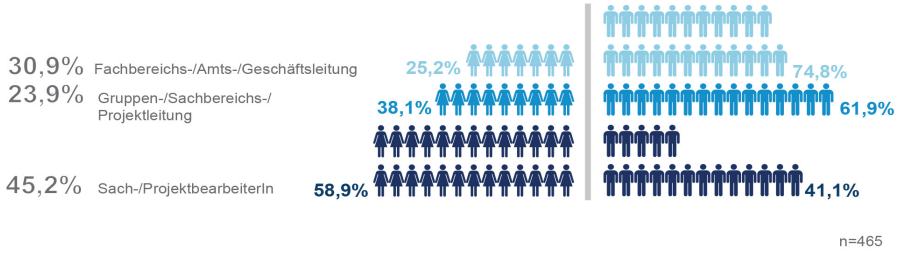


Abbildung 7: Berufliche Position der Befragten in Relation zum Geschlecht

anderer Studien oder Absolventenbefragungen (Böckenbrink et al. 2013, 13).

Handlungsfelder und Tätigkeiten von Planerinnen und Planern

Stadtplanerinnen und Stadtplaner sind mit vielfältigen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern konfrontiert – dies zeigt sich v.a. bei jüngeren Absolventenbefragungen verschiedener Planungsfakultäten bzw. -studiengänge. Die unterschiedlichen Aufgaben und Tätigkeitsfelder erfordern unterschiedliche Wissensformen und Qualifikationen; dazu zählt planerisches Fachwissen in den Bereichen Bauleitplanung und Stadtentwicklung, Städtebau und Stadterneuerung, aber auch spezifisches Wissen in den Bereichen Immobilienwirtschaft und Projektentwicklung. Gleichzeitig kommt den Aufgabenbereichen Management und Verwaltung sowie Beteiligung und Moderation eine zentrale Rolle zu (Böckenbrink et al. 2013; Bornemann et al. 2017; Greiwe et al. 2009; Krüger 2013; Meier 2008).

Bauleitplanung, Wohnen und integrierte Stadtentwicklung als häufigste Handlungsfelder

Stadtplanung ist ein Berufsfeld mit diversen thematischen Handlungsfeldern, was sich auch im Alltag der Planerinnen und Planer in Mittelstädten widerspiegelt. Auf Grundlage vorher ausgewählter Handlungsfelder haben die Planerinnen und Planer angegeben, wie häufig sie in dem jeweiligen Handlungsfeld tätig sind (vgl. Abb. 8).[6] Mit überwiegender Mehrheit arbeiten Planerinnen und Planer »sehr oft« oder »oft« in der Bauleitplanung (92 % Zustimmung), gefolgt von den Bereichen »Wohnen« (83 % Zustimmung) und »integrierte Stadtentwicklung« (70 % Zustimmung). Eher selten oder nie sind Planerinnen und Planer hingegen in den Bereichen »Klimawandel«, »Denkmalschutz«, »Wirtschaftsförderung« oder »soziale Stadtentwicklung« tätig (s.a. Bornemann et al. 2017, 103-105).

Die Nennung von »Bauleitplanung«, »Wohnen« und »integrierter Stadtentwicklung« als zentrale Arbeitsbereiche oder Handlungsfelder lässt sich zum einen durch aktuelle Herausforderungen erklären, die Stadtplanerinnen und Stadtplaner derzeit zu bewältigen haben (u.a. die Bereitstellung preiswerten Wohnraums, die Rechtssicherheit von Bebauungsplänen etc.). Zum anderen spielt hier aber auch die normative Ausrichtung von Stadtplanung als Disziplin eine große Rolle (Schmitt 2010, 36). In diesem Verständnis soll Stadtplanung als überwiegend staatliche bzw. kommunale Aufgabe dazu beitragen, wohlfahrtsstaatliche Zielsetzungen umzusetzen (s.a. Evans 1993; Low 1991, 26; Vigar 2012, 362). Dieses Verständ-

vor«, beeinflusst jedoch maßgeblich die berufliche Position und diese wiederum die genannte Tätigkeit. Es kann folglich von einer sog. Pfadabhängigkeit (RMSEA:0,70; NIF: ,948) gesprochen werden.

6 Zur Verdeutlichung sind die Antworten »sehr oft« und »oft« sowie »selten« und »nie« in den jeweiligen Prozentangaben jeweils zusammengefasst.

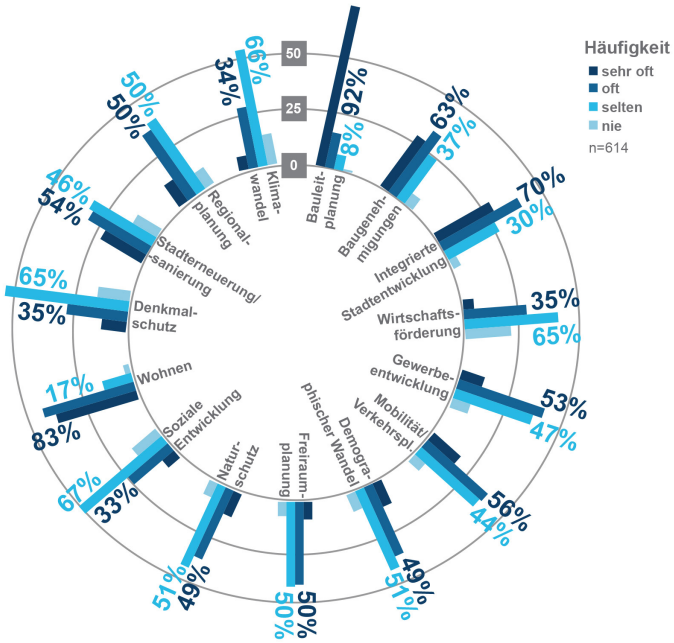


Abbildung 8: Häufigkeit der Ausübung ausgewählter Handlungsfelder

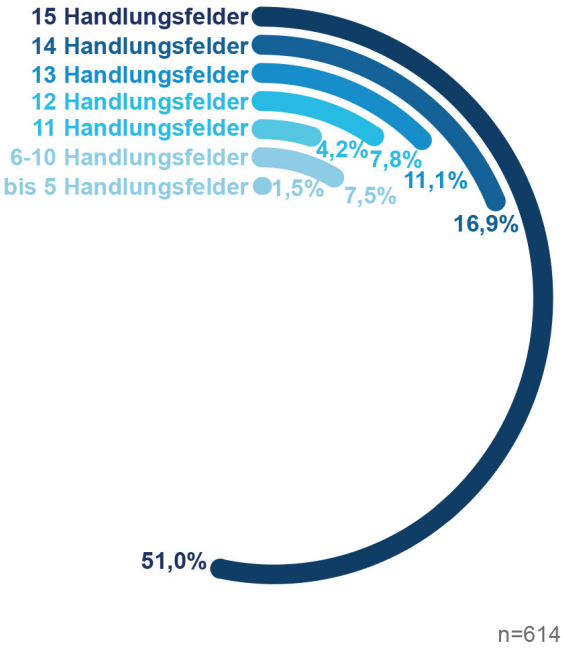


Abbildung 9: Anzahl der Handlungsfelder

nis von Planung als Hüterin des Allgemeinwohls ist mit den entsprechenden Kernaufgaben verbunden, die auch weitestgehend im BauGB festgelegt und geregelt sind.

Darüber hinaus wird deutlich, dass über 90% der Befragten in mehr als 11 Handlungsfeldern und 50% in allen 15 der im Fragebogen vorgegebenen Handlungsfelder tätig sind (vgl. Abb. 9).[7] Das lässt die Annahme zu, dass Planerinnen und Planer insbesondere in Mittelstädten »Generalistin-nen und Generalisten« sind, die in vielen verschiedenen Handlungsfeldern tätig sind und diese miteinander vereinen können. Durchschnittlich üben Planerinnen und Planer 13,5 Handlungsfelder pro Person aus. Das liegt deutlich über den Ergebnissen anderer Umfragen – in der Absolventenbefragung der TU Dortmund haben die befragten Planerinnen und Planer bspw. angeben, durchschnittlich 3,2 Tätigkeitsfeldern nachzugehen (Böckenbrink et al. 2013, 12). Der Unterschied kann aber dadurch erklärt werden, dass die Absolventenbefragung der TU Dortmund nicht nur Planerinnen und Planer aus der öffentlichen Verwaltung umfasst, sondern auch Planerinnen und Planer in privaten Büros, die i.d.R. eine höhere Spezialisierung aufweisen und damit in weniger Handlungsfeldern tätig sind. Des Weiteren werden in der Absolventenbefragung Planerinnen und Planer ein bis zwei Jahre nach ihrem Abschluss befragt; es ist jedoch zu vermuten, dass die Anzahl der Handlungsfelder mit zunehmender Berufserfahrung ansteigt.

Unterschiedliche Tätigkeiten in Abhängigkeit von der beruflichen Stellung

Unabhängig davon, in welchen thematischen Handlungsfeldern Planerinnen und Planer tätig sind, stellt sich die Frage, was sie eigentlich tun – also welchen konkreten Tätigkeiten sie nachgehen. Moderieren sie beispielsweise Sitzungen, verhandeln sie mit Investoren oder entwerfen sie Pläne (s.a. Healey 1992; Kitchen 2007)? Die Befragten erhielten in diesem Kontext verschiedene auf Tätigkeiten bezogene Aussagen und sollten angeben, wie häufig sie diesen in ihrem beruflichen Alltag nachgehen. Die monovariate Auswertung hinsichtlich der Tätigkeiten aller Befragten ergibt ein sehr facettenreiches Tätigkeitsfeld: Von der Koordination und Abstimmung raumrelevanter Inhalte mit verschiedenen Dezernaten (80,8 % gaben »sehr oft« und »oft« an) über die Beantwortung von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern (78,6 % % gaben »sehr oft« und »oft« an) bis hin zur Erstellung rechtsverbindlicher Pläne (69,8 % % gaben »sehr oft« und »oft« an) werden zahlreiche unterschiedliche Tätigkeiten genannt.

7 Die Antwortmöglichkeiten »sehr oft«, »oft« und »selten« wurden hier zusammengefügt, um abzubilden, ob die Befragten in dem jeweiligen Handlungsfeld tätig sind.

Schließt man die berufliche Position der Planerinnen und Planer mit in die Betrachtung ein, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Während Sach- und Projektbearbeiterinnen und -bearbeiter häufiger angeben, »sehr oft« auf Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu antworten (39,7 %), wird diese Tätigkeit in der Amtsleitung weniger häufig mit »sehr oft« beantwortet (27,4 %). Dahingegen wird der Transfer in die politische Arena, die ja durchaus ebenfalls auf Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern basieren kann, in überwiegender Mehrheit von der Amtsleitung ausgeübt (67,1 % »sehr oft«) und deutlich seltener von Sach- und Projektbearbeitern.

Zusammenfassend haben es Stadtplanerinnen und Stadtplaner in deutschen Mittelstädten mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Handlungsfeldern, mit unterschiedlichen Adressaten und vielen unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu tun. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den Hierarchieebenen, so übernehmen Befragte in Leitungspositionen tendenziell eher koordinierende, beratende und vermittelnde Tätigkeiten während Sach- und Projektbearbeiterinnen und -bearbeiter häufiger mit inhaltlichen und technischen Aufgaben der Planung beschäftigt sind.

Selbstverständnis von Planerinnen und Planern

Was macht also die Arbeit eines Stadtplaners, einer Stadtplanerin aus? Wie sehen sie sich selbst und was eint sie? Wir haben die Planerinnen und Planer gebeten, mit Hilfe von drei Stichwörtern die Gemeinsamkeiten von Planerinnen und Planern anzugeben. Die Word Cloud bildet die einzelnen Nennungen ab. Je größer der einzelne Begriff dargestellt ist, desto häufiger wurde er genannt. (vgl. Abb. 10). Wiederholt genannte Begriffe umfassen »nachhaltig«, »sozial«, »zukunftsorientiert« oder »gemeinwohlorientiert«. Die damit verbundenen Werte tauchen auch explizit im BauGB auf. Daneben werden auch inhaltliche Aspekte und persönliche Eigenschaften genannt, wie zum Beispiel »kommunikativ«, »politisch« oder »interdisziplinär«, denen ebenfalls Wertorientierungen zugrunde liegen.

Planerinnen und Planer im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger?

Für wen planen die Planerinnen und Planer? Stehen Bürgerinnen und Bürger im Fokus, die Politik oder alle Zielgruppen? Anhand verschiedener Aussagen zum Rollenbild der Planung haben wir Planerinnen und Planer gefragt, wie sie Stadtplanung verstehen. Dabei wird deutlich, dass sie ihren Beruf mit großer Mehrheit als Dienstleistung für Bürgerinnen und Bürger verstehen (vgl. Abb. 11).[8] Die Mehrheit der Befragten sieht Planung auch als Dienstleister für die Politik und die Wirtschaft, jedoch deutlich seltener als für Bürgerinnen und Bürger.

Dies scheint insofern überraschend, als dass die Angaben zu den alltäglichen Aufgaben und Tätigkeiten hiervon abweicht. Die adressatenbezogene Auswertung macht deutlich, dass auf die Politik und Verwaltung bezogene Tätigkeiten am häufigsten vorkommen, und zwar unabhängig von der beruflichen Position (vgl. Abb. 12 und 13). Innerhalb der Verwaltung ist es vor allem die Koordination von Abstimmungen mit anderen Abteilungen und Dezernaten, die im Fokus steht. In Bezug auf die Politik ist es die Vorbereitung von Entscheidungen. Weitere zentrale Ad-

8 Die Prozentwerte beziehen sich auf die zusammengefassten Antworten »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.

Abbildung 10: Gemeinsame Wertorientierungen von Planerinnen und Planern

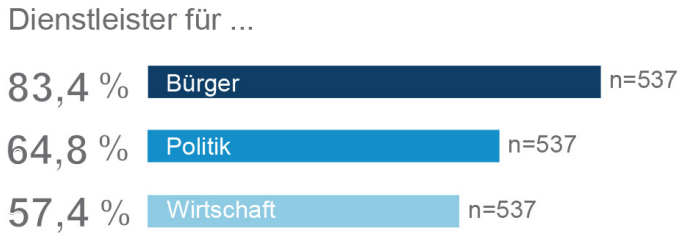


Abbildung 11: Stadtplanung als Dienstleister

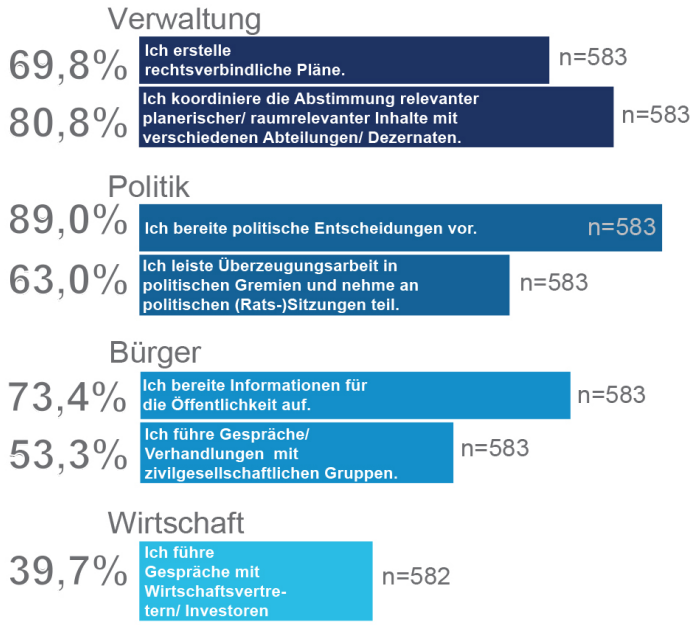


Abbildung 12: Adressatenbezogene Tätigkeiten

ressaten sind Bürgerinnen und Bürger, für die beispielsweise Informationen aufbereitet werden. Politik und Verwaltung sind im Vergleich zu Bürgerinnen und Bürgern häufiger Adressaten der Planung, wobei zu vermuten ist, dass Planerinnen und Planer bspw. die Belange von Bürgerinnen und Bürgern in Politik und Verwaltung einbringen. Auch wenn sich die Planung als Dienstleister der Wirtschaft versteht, sind deutlich weniger Planerinnen und Planer in ihrem Alltag mit dieser Adressatengruppe beschäftigt.

Der Einfluss von Planerinnen und Planern in Entscheidungsfindungsprozessen

Darüber hinaus interessiert uns die Frage, wer zu welcher Zeit die Möglichkeiten hat, über die Entwicklung städtischer (Teil-)Räume zu entscheiden. Eng verbunden ist damit die Frage, welchen Einfluss Stadtplanerinnen und Stadtplaner bei Entscheidungen im Planungsprozess haben und wie sie ihre Entscheidungen treffen. Untergliedert in drei Prozessphasen (Zielsetzung, Entscheidungsfindung und Umsetzung) haben wir Planerinnen und Planer gefragt, welche Akteursgruppe ihrer Meinung nach welchen Einfluss auf Entscheidungen hat. Abb. 14 zeigt anhand

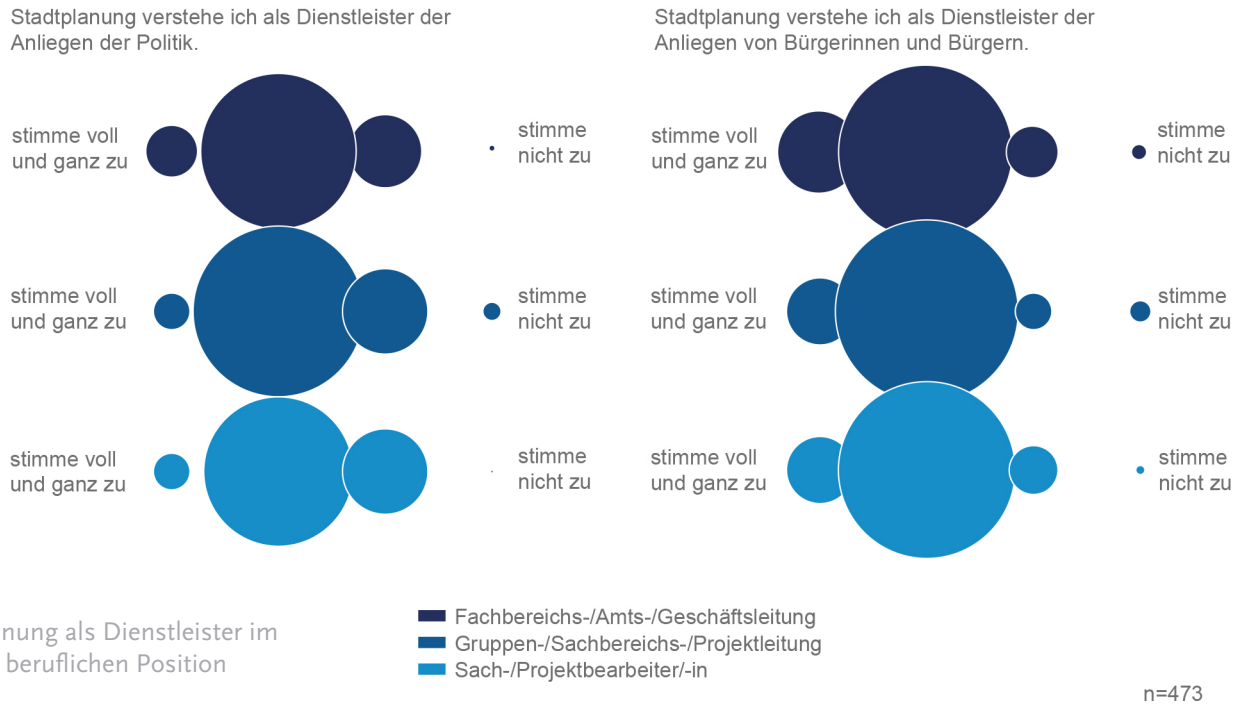


Abbildung 13: Planung als Dienstleister im Vergleich mit der beruflichen Position

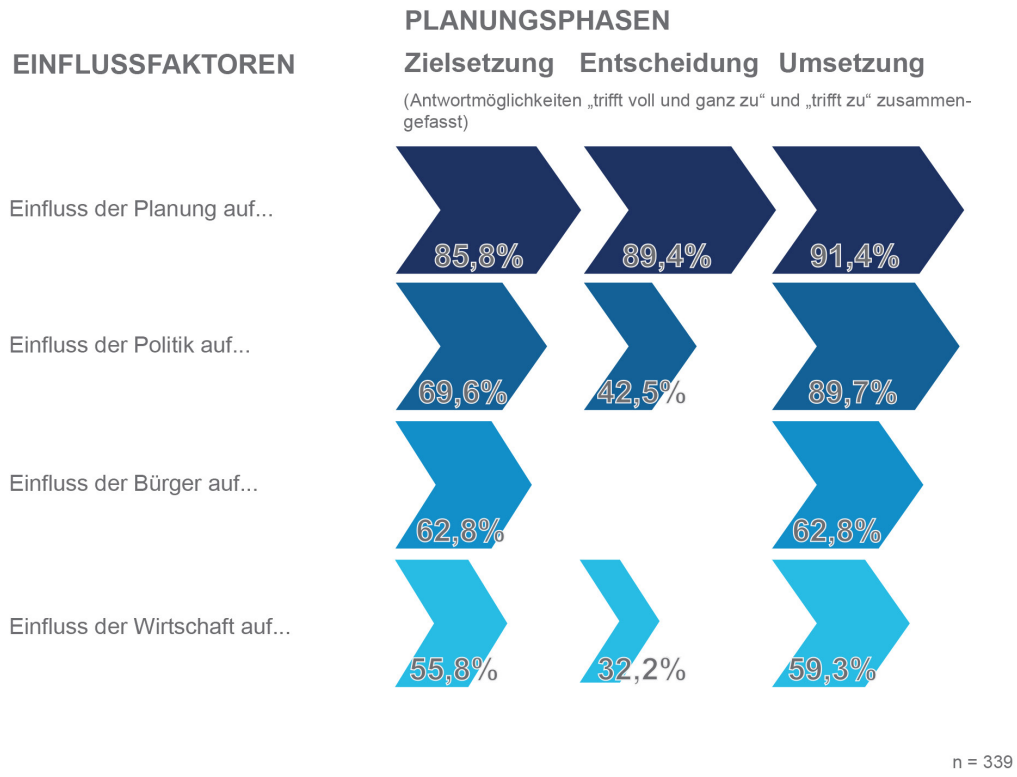


Abbildung 14: Einfluss einzelner Akteursgruppen in den unterschiedlichen Planungsphasen am Beispiel des Handlungsfelds »Bauleitplanung«

des Handlungsfelds Bauleitplanung[9] den Einfluss der jeweiligen Akteurs gruppe auf die jeweilige Phase.[10] Die Planerinnen und Planer geben an, dass ihr Einfluss in allen Planungsphasen generell größer ist als der Einfluss anderer Akteure, wie z.B. der Politik (an zweiter Stelle). Darüber hinaus geben die Befragten an, dass Bürgerinnen und Bürger zu jeweils 62,8% Einfluss auf die Zielsetzung und Umsetzung haben. Den geringsten Einfluss hat in allen drei Phasen laut Ansicht der Planenden die Wirtschaft.

Die hier zum Ausdruck kommende »kommunale Interpretationshoheit« in Planungsprozessen wird auch in anderen Studien betont (z.B. Klemme/Selle 2008, 35) und stellt einen zentralen Machtfaktor für Stadtplanung dar, der vor allem in planerischen Aushandlungsprozessen mit privatwirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren (Levin-Keitel et al. 2016) oder in planerischen Entscheidungsprozessen (Sayer 2004) eine zentrale Rolle spielt. Dies wird z.B. daran deutlich, dass Planerinnen und Planer während des Planungsprozesses – bewusst oder unbewusst – Handlungsspielräume anderer Akteure eingrenzen, politische Entscheidungen vorbereiten und auch konzeptionelle Entwürfe gestalten können (Reuter 1989, 72-78). Dies zeigt sich anscheinend besonders deutlich im Bereich der Bauleitplanung, so dass die Planerinnen und Planer – zumindest in ihrem Selbstverständnis – hier angeben, einen sehr großen Einfluss auf die räumliche Entwicklung zu haben.

Umso spannender ist dann die Frage nach ihren Entscheidungsspielräumen im Alltag (vgl. Abb. 15). Interessanterweise empfinden Planerinnen und Planer ihre Handlungsspielräume tendenziell als eher klein, da sie von politischen Entscheidungen abhängig sind. Dies spiegelt sich auch in vergleichbaren internationalen Studien wider (z.B. Gunn/Vigar 2012, 544), die für Planerinnen und Planer in England schlussfolgern, dass der Handlungsspielraum durch verschiedene Reformen und Anpassungen kontinuierlich eingeschränkt wurde. Auch wenn Planerinnen und Planer kaum institutionelle Entscheidungszwänge sehen, kann hier grundsätzlich festgestellt werden, dass die Einschätzung zu den Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen

9 Die Auswahl fiel auf das Handlungsfeld Bauleitplanung, da dies mit n=339 mit deutlichem Abstand am häufigsten ausgewählt wurde. Die Unterschiede der einzelnen Handlungsfelder in Bezug auf den Einfluss sind vereinzelt festzustellen. Die meisten Handlungsfelder können jedoch nicht untersucht werden, da die Fallzahlen zu niedrig sind und es sich daher möglicherweise um eine zufällige Verteilung handelt.

10 Die Prozentwerte in der Abbildung fassen die Antwortmöglichkeiten «trifft voll und ganz zu« und »trifft eher zu« der jeweiligen Aussagen zusammen.

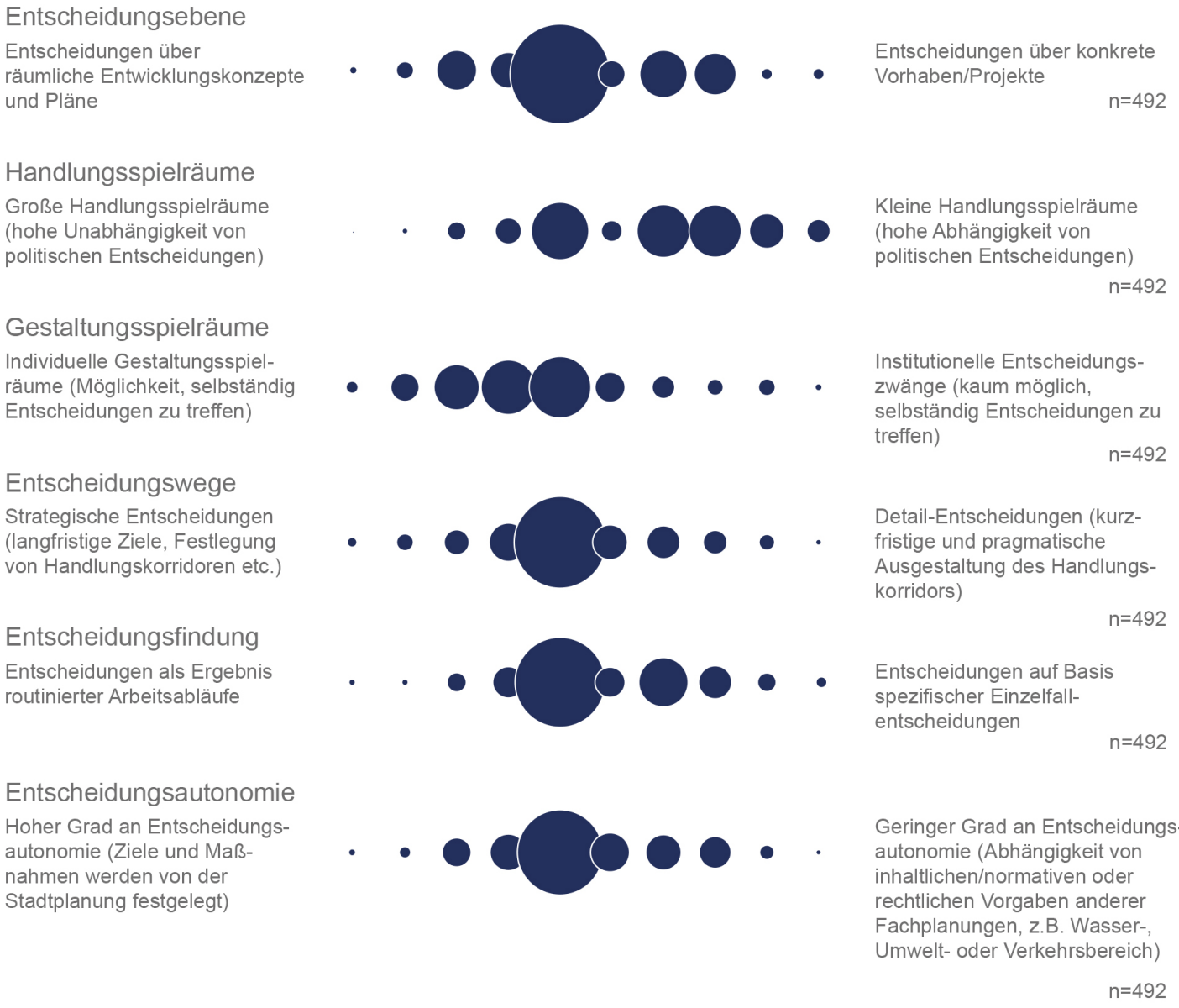


Abbildung 15: Entscheidungsspielräume von Planerinnen und Planern

u.a. davon abhängig ist, ob es sich um eher selbständige oder weisungsgebundene Arbeiten handelt (s.a. Bornemann et al. 2017, 124). Dazu passt auch, dass die Entscheidungsautonomie tendenziell geringer eingeschätzt wird, z.B. durch die Berücksichtigung rechtlicher Vorgaben. Prinzipiell basiert die Entscheidungsfindung von Planerinnen und Planern eher auf Einzelfallentscheidungen und ist weniger Ergebnis routinierter Arbeitsabläufe. Zusammenfassend gibt es klare individuelle Gestaltungsspielräume, die – ähnlich wie die Rollenverständnisse – situationsabhängig ausgestaltet werden. Gleichzeitig wird an Hand der Ergebnisse aber auch deutlich, dass viele Befragte zu keiner der jeweils zwei Pole tendieren und Schlussfolgerungen hinsichtlich der Gestaltungsspielräume damit lediglich angedeutet werden können.

Schlussfolgerungen aus der empirischen Erforschung des Planungsalltags

Was kennzeichnet Stadtplanung? Was macht einen Stadtplaner, eine Stadtplanerin aus? Und wie kann man den Kern dieses Berufsfeldes und damit einhergehend der Grundlage der Planungswissenschaften, charakterisieren? Die empirische Analyse des Alltags von Stadtplanerinnen und Stadtplaner in deutschen Mittelstädten hat vieles gezeigt, offensichtliches bestätigt, manches wiederlegt und lädt weiter zum Diskutieren und Reflektieren ein. Auf Basis der Ergebnisse der vorliegenden Umfrage lässt sich bereits einiges über Stadtplanung festhalten.

Die Gruppe der Planerinnen und Planer können als sehr homogen bezeichnet werden: Sie haben ihr Wissen in ähnlichen

Studiengängen erworben, generell sind es Menschen mit langjähriger Berufserfahrung, in der Entscheidungsebene finden sich eher Planer als Planerinnen. Deutlich wird dabei, dass die Diversifizierung der Gesellschaft von Planerinnen und Planern nicht unbedingt repräsentiert wird (z.B. durch deutliche unterrepräsentierte Menschen mit Migrationshintergrund). Darüber hinaus deutet der hohe Anteil sehr erfahrener Planerinnen und Planer einen baldigen Generationswechsel an; bereits heute ist in vielen Mittelstädten bereits ein (akuter) Bedarf nach jungen Planerinnen und Planern erkennbar.

Anhand der Abfrage der Handlungsfelder wird die große Bandbreite an zu bearbeitenden Themen in der Stadt deutlich, alle mit unterschiedlichen Raumbezügen. Das Berufsfeld der Stadtplanung macht die räumliche Integration dieser unterschiedlichen Belange aus. Eine Wissenschaft, die sich mit Stadtplanung auseinandersetzt, muss folglich interdisziplinär ausgestaltet sein, um diese große Bandbreite an Handlungsfeldern und –logiken abzubilden. Spannend an den facettenreichen Tätigkeitsfeldern erscheint nicht unbedingt deren paralleles Auftreten, sondern vielmehr die Unterschiede innerhalb der beruflichen Positionen. Während aus Sicht der Praxis einleuchtend erscheint, dass sich Tätigkeiten nach Hierarchie-Ebene unterscheiden, spielen diese Aspekte in der planungstheoretischen Reflexion der Praxis kaum eine Rolle. Die Unterscheidung von Tätigkeiten und Handlungen nach beruflicher Position wird in den Planungswissenschaften kaum thematisiert, was insbesondere in der empirischen Planungsforschung, in der Ergebnisse z.B. auf Interviews mit einzelnen Planerinnen und Planer beruhen, besondere Beachtung erfahren müsste.

Die Fokussierung der Stadtplanung auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger scheint wenig verwunderlich, da es sich bei Stadtplanung um eine öffentliche Aufgabe handelt, die etabliert wurde, um wohlfahrtsstaatliche Zielsetzungen zu verwirklichen (Gunn/Vigar 2012; Schmitt 2010) und die auch entsprechend Einzug in die Gesetzgebung (siehe BauGB und ROG) gefunden haben. Doch entgegen einiger planungstheoretischer Ansätze wie der Advokatenplanung sehen die Befragten keine besondere Dringlichkeit, die Bedürfnisse unterrepräsentierter Gruppen in den Planungsprozess einzubringen. Vielmehr geht es in der Gemeinwohlorientierung um die räumliche Verteilung dieses Gemeinwohls.

Schlussendlich hängt vieles davon ab, welchen Einfluss die Stadtplanung auf Entscheidungen generell hat. Hier ergibt sich in der Umfrage ein differenziertes Bild, von der allgemeinen Aussage relativ viel Einfluss zu haben (zumindest mehr als andere Beteiligte), bis hin zu der Aussage, wenig Gestaltungsspielraum dabei zu haben. Dies spiegelt ganz gut das Dilemma der Stadtplanung wider, eben doch nicht alleine zu steuern und strategisch zu planen, sondern sich heute als eine Akteurin unter vielen zu definieren, als Impulsgeberin und Bewahrerin des Status Quo, als Institution mit eigener (Fach-)Expertise und integrierende und abwägende Instanz, als sektorüberschreitende Verwaltungseinheit in einer in Sektoren aufgeteilten Verwaltungsorganisation. Vor diesem Hintergrund ist es vielleicht ist es kennzeichnend, als Stadtplanung mit einem Kompass zu vergleichen, der trotz »widriger Bedingungen« versucht, das Ziel, einer nachhaltigen, räumlich ausgewogenen Entwicklung von Städten und Regionen zu erreichen.

Literaturverzeichnis

Baum, H. S. (1983): Politics and ambivalence in planner's practice. Journal of Planning Education and Research, 3, 13-22.

Baumgart, S. (2011): Aktuelle Herausforderungen für Mittelstädte - Eine Einführung. In: Baumgart, S.; Overhageböck, N.; Rüdi-ger, A. (Hg.): Eigenart als Chance? Strategische Positionierungen von Mittelstädten. LIT-Verlag, Münster, 7-18.Bickenbach/Hendler 1994

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2017): Stadt- und Gemeindetyp, www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1086478/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Downloads/downloadsReferenz2.html (letzter Zugriff am 05.04.2018)

Böckenbrink, A.; Greiwe, U. und Weller, M. (2013): AbsolventInnenbefragung 2011, Materialien »Studium und Projektarbeit« Nr. 10, Studien- und Projektzen-

trum, Institut für Raumplanung, Fakultät Raumplanung, Technische Universität Dortmund, Dortmund.

Bornemann, L.; Gerloff, S.; Konieczek-Woger, M.; Köppel, J.; Schmütz, I.; Timm, M. und Wilke, H. (2017): »Stadtplanung heute – Stadtplanung morgen. Eine Berufsfeldanalyse, Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin, Nr. 81, Berlin.

Campbell, H. (2002): Planning: an idea of value. Town Planning Review, 73, 271-288.

Campbell, H. (2012): Planning ethics' and rediscovering the idea of planning. Planning Theory, 11, 379-399.

Clifford, B.; Tewdr-Jones, M. (2013): The collaborating planner? Practitioners in the neoliberal age. Bristol, Policy Press.

Davoudi, S. und Pendlebury, J. (2010): Centenary paper: The evolution of planning as an academic discipline: Town Planning Review, 81, 613-645.

Evans, B. (1993): Why we no longer need a town planning profession, Planning Practice and Research, 8, 9-16.

Forester, J. (1993): Practice stories: The priority of practical judgement. In: Fischer, F. und Forester, J. (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. Duke University Press, 187-209.

Forester, J. (1999): The Deliberative Practitioner. Encouraging participatory planning processes, Massachusetts Institute of Technology.

Fürst, D. (2016): Denkfallen bei planerischen Abwägungs- und Bewertungsverfahren – Erkenntnisse aus den Kognitionswissenschaften. In: Othengrafen, F.; Schmidt-Lauber, B.; Hannemann, C.; Pohlan, J. und Roost, F. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2015/2016. Schwerpunkt: Planbarkeiten. Verlag Barbara Budrich, Leverkusen.

Glazer , N. (1974): Schools of the Minor Professions. Minerva, 12, 346-364.

Greiwe, U. und Kreutzer, V. (2009): Berufliche Tätigkeitsbereiche von Planenden - AbsolventInnen-Befragung. In: PlanerIn 4/2009, 14-16.

Gunn, S. und Vigar, G. (2012): Reform processes and professional discretionary space in English planning practice, 1997-2010. Town Planning Review, 83, 5, 533-552

Healey, P. (1992): A Planner's Day: Knowledge and action in communicative practice, Journal of the American Planning Association, 58, 9-20.

Healey, P. (2009): The pragmatic tradition in planning thought. Journal of Planning Education and Research, 28(3), 277–292. doi:10.1177/0739456X08325175.

Hoch, C. (1994): What Planners Do: Power, Politics and Persuasion. Planners Press, American Planning Association, Chicago and Washington.

Kitchen, T. (2007): Skills for Planning Practice, Palgrave Macmillan, Houndsmills, Basingstoke.

Klemme, M. und Selle, K. (2008): Alltag der Stadtplanung. Der kommunale Beitrag zur Entwicklung der Siedlungsflächen. Ein aufgaben- und akteursbezogener Forschungsansatz. PT_Materialien 15, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung RWTH Aachen_Fakultät für Architektur.

Krüger, T. (2013): Hamburger StadtplanerInnen im Beruf - Ergebnisse der AbsolventInnenbefragung 2011. RaumPlanung, 169, 63-66.

Low, N. (1991): Planning Politics and the State, London: Unwin Hyman.

Krumholz, N. und Forester, J. (1990): Making Equity Planning Work. Temple University Press.

Levin-Keitel, M.; Lelong, B. und Thaler, T. (2016): Zur Darstellung von Macht in der räumlichen Planung – Potenziale und Grenzen der Methode der systemischen Aufstellung, Raumforschung und Raumplanung, 75, 31-44.

Mäding, H. (2011): Raumplanung als öffentliche Aufgabe. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hg.): Grundriß der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, 1-20.

Meier, T. (2008): Berufsbilder der Stadt- und Regionalplanung: Absolventenstudie 2.0. Erstellt im Rahmen einer Schwerpunktarbeit und betreut von Herrn Prof. Dr. Henckel (ISR) und Frau Prof. Dr. Baur (IfS), IRS, TU Berlin, Berlin.

Othengrafen, F. (2014): The concept of planning culture: Analysing how planners construct practical judgements in a culturised context. International Journal of E-Planning Research.

Othengrafen, F. und Reimer, M. (2013): The embeddedness of planning in cultural contexts: theoretical foundations for the analysis of dynamic planning cultures. In: Environment and Planning A, 45, 1269-1284.

Pinson, D. (2004): Urban planning: An 'undisciplined' discipline? Futures, 36, 503-513.

Reuter, W. (1989): Die Macht der Planer und Architekten, Kohlhammer, Stuttgart.

Sayer, A. (2004): Seeking the geographies of power, Economy and society, 33, 255-270.

Schmitt, G. (2010): StadtplanerInnen zwischen den Stühlen. Beobachtungen eines Berufsfeldes und Folgerungen für die Ausbildung. In: Altrock, U. et al. (Hg.): Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung. Planungsrundschau, Nr. 20, 327-346.

Schön, D. A. (1982) Some of what a planner knows. A case study of knowing-in-practice, Journal of the American Planning Association, 48, 351-364.

Schön, D. A. (1983): The Reflective Practitioner: How professionals think in action. Cambridge, Massachusetts, Basic Books.

Thomas, H. (2012): Values and the planning school, Planning Theory, 11, 400-417.

TU Dortmund (2011): Ergebnisse der Absolventenbefragung des Prüfungsjahrgangs 2008/2009 im WS 2010/2011, Fächergruppe Raumplanung (ohne Lehramt), Dortmund.

Vigar, G. (2012): Planning and professionalism: Knowledge, judgment and expertise in English planning. Planning Theory, 11, 361- 378.

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

»Kulturlandschaft«: ein Planungsbegriff zur diskursiven Modernisierung von Regionen.

Stand der raumordnerischen Diskussion und das Fallbeispiel Wetterau

Dr. Christian Diller ist Professor für Raumplanung und Stadtgeographie am Institut für Geographie der Justus- Liebig-Universität Gießen.

Zusammenfassung

In dem Beitrag geht es um die Potenziale des Begriffs der Kulturlandschaften für die diskursive Modernisierung von Regionen, vor allem unter raumordnerischen Aspekten. Dazu wird zunächst die in der Raumordnung geführte Debatte über den Begriff der Kulturlandschaften, die Handlungsfelder und Möglichkeiten raumordnerischer Festsetzungen rekapituliert. Daran schließt sich ein kurzer bundesweiter Überblick zum aktuellen Stand über die Aussagen in den Landesentwicklungsplänen an. Am Beispiel der Wetterau, einer Kulturlandschaft am Rande eines Ballungsraumes, wird die Frage nach den möglichen und faktischen Handlungsfeldern der Kulturlandschaftsdebatte und den raumordnerischen wie regionalentwicklungspolitischen Möglichkeiten konkretisiert. Es wird deutlich: die Potenziale des Begriffs und der Instrumente für Kulturlandschaften zur diskursiven Modernisierung von Regionen sind noch nicht ausgeschöpft.

1. Stand der Diskussion zum Begriff der Kulturlandschaften in der Raumordnung

1.1 Impulse der Bundesraumordnung und der Forschung

Ein Höhepunkt der wissenschaftlichen und praktischen Debatten um den Begriff der Kulturlandschaften in der überörtlichen Raumplanung war bereits im Zusammenhang mit der Novelle des Raumordnungsgesetzes von 1998 erreicht worden. Einen weiteren wichtigen Kulminationspunkt stellten dann für die Raumordnungspraxis die zu Beginn des letzten Jahrzehnts vorgestellten Leitbilder der Bundesraumordnung dar (Sinz 2006). In etwa parallel dazu wurde eine Reihe wissenschaftlicher Beiträge im Kontext der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und der Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erarbeitet (ARL 2006; BBSR/BBR 2008). In den darauf folgenden Jahren wurde einerseits die wissenschaftliche Debatte weiter akademisiert, indem der Begriff Kulturlandschaften für innovative Forschungsarbeiten genutzt wurde:

ISSN 1868 - 5196

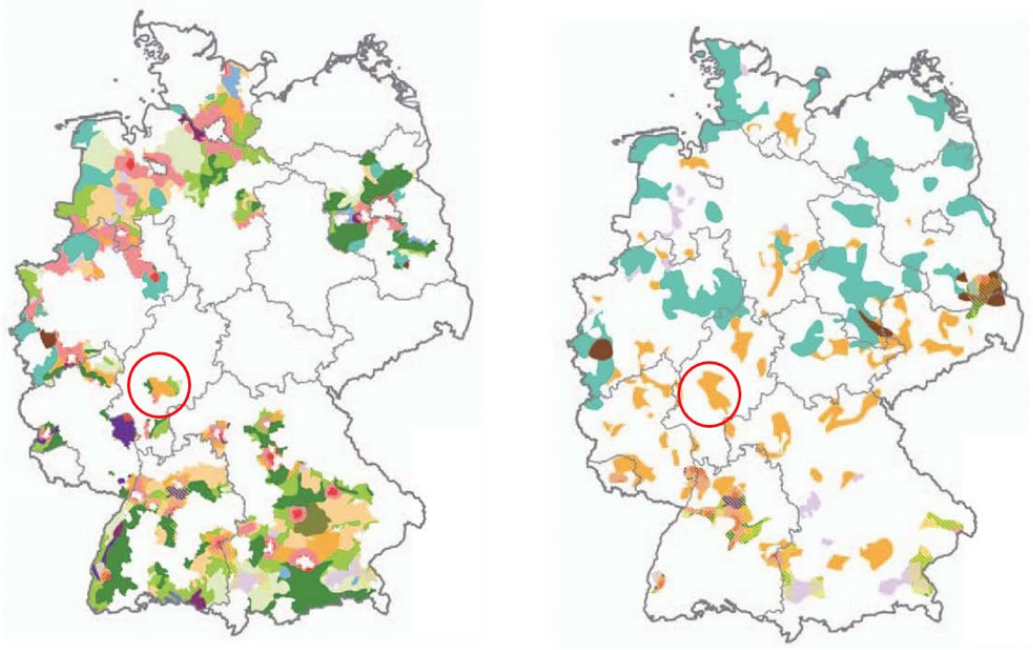


Abb. 1: Kulturlandschaftstypisierung des BBSR: Landschaften mit starken Wachstumsprozessen und die darin vorkommenden Landschaftstypen (links); Technogen geprägte Landschaften (rechts), rot markiert: die Wetterau (vgl. Kap. 2)
Quelle: BMVI/BBSR 2016: 64; 11

etwa durch sozialwissenschaftliche Rekonstruktionen gesellschaftlich-politischer Konstruktionen von Kulturlandschaften (Gailing 2014; Gailing et al. 2008). Auf der anderen Seite wurde der Begriff der Kulturlandschaften aber auch in der Praxis bei der Neuaufstellung von Landesentwicklungs- und Regionalplänen thematisiert (vgl. 1.4).

Ein formaler Vergleich der neuen (2016) Leitbilder der Bundesraumordnung mit den zehn Jahre zuvor verabschiedeten deutet darauf hin, dass das Thema zumindest auf der Ebene der Bundesraumordnung zum Teil »abgearbeitet« erscheint: In den Leitbildern von 2006 (Staats 2006) war der Begriff immerhin in der Überschrift des Leitbildes enthalten: »Leitbild 3: Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten« und prägte damit das am stärksten an der klassischen raumplanerischen Aufgabe der Koordination von Flächennutzungsansprüchen orientierte Leitbild. In den aktuellen Leitbildern taucht der Begriff der Kulturlandschaft dagegen in keiner Überschrift mehr auf, sondern nur noch in einem der sechs Unterpunkte des Leitbildes »Raumnutzungen steuern und nachhaltig entwickeln«. Dort heißt es:

»3.3 Kulturlandschaften gestalten: Die vielfältigen Kulturlandschaften mit ihren prägenden Merkmalen und Kultur- und Naturdenkmälern sollen behutsam weiterentwickelt werden. Ziel ist es, ein Gleichgewicht zwischen dem Erhalt regionaler Werte und neuen Nutzungs- und Gestaltungsanforderungen zu finden. Nutzungen im Außenbereich, wie erneuerbare Energien, Rohstoffabbau, Netzausbau, Deponien sowie sonstige technische Anlagen, sollen verträglich in die Kulturlandschaften integriert werden.« (MKRO 2016: 15).

Bemerkenswert ist dabei, dass die Kulturlandschaft zwar einerseits als etwas zu Entwickelndes und nicht als in erster Linie zu Bewahrendes bezeichnet wird, zugleich bildet sie aber den Gegenpol vor allem zur dynamischen und Konflikte kreierenden Windenergienutzung.

Gleichwohl ist die Bundesraumordnung hier weiter aktiv: Insbesondere wurden die bislang eher singulären Initiativen (z. B. BBSR 2009) und eine Vorstudie in Richtung eines ambitionierten, mehrere Regionen umfassenden bundesweiten Modellvorhabens erweitert, das bis 2019 abgeschlossen sein soll (BBSR 2017). Ein Ergebnis der Vorstudie war die in Abbildung 1 dargestellte bundesweite Typisierung von Kulturlandschaften, die das Spannungsverhältnis traditioneller und moderner Elemente der Kulturlandschaft thematisiert (BMVI/BBSR 2016).

1.2 Definitionen und zentrale Aspekte der Debatte um Kulturlandschaft

Es gibt kaum unpräzisere Begriffe als den der Kulturlandschaft, denn eigentlich ist zumindest in Mitteleuropa alles Kulturlandschaft (Küster 2008: 13). Auch deshalb bietet sich der Begriff der Kulturlandschaft wie kaum ein anderer als Projektionsfläche für Diskurse im Spannungsfeld von Bewahren und Modernisieren und zum Verhältnis Mensch-Natur an. Der Charakter einer Kulturlandschaft ergibt

sich aus dem Wechselverhältnis von Natur und den darin handelnden Menschen. Der Begriff eröffnet dabei ästhetische, historische, naturräumliche, regionalwirtschaftliche, sozialräumliche und politische Perspektiven (Schneider 2012: 6ff).

Das Landschaftsverständnis der Mehrzahl der Bürger orientiert sich nach wie vor überwiegend an Naturlandschaften und an einer bäuerlich geprägten Kulturlandschaft (HMWEVL 2017: 14). Noch immer ist mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands landwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft und der agrarstrukturelle Wandel stellen damit einen entscheidenden Faktor für die Entwicklung des Gemeinschaftsgutes Kulturlandschaft dar (Korff/Stadelbauer 2013; Apolinarksi et al. 2006: 86f). Daneben sind die Bereiche Forstwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz, Siedlung, Energie und Wasserwirtschaft im Hinblick auf zukünftige Transformationsprozesse von besonderer Bedeutung (BMVI/BBSR 2016: 4; Dahm 2013). Und auch der zukünftige Klimawandel beeinflusst maßgeblich Kulturlandschaften (Overbeck 2013).

Kulturlandschaft wird von den meisten Menschen meistens nicht kontemplativ genossen, sondern im Alltag, im Vorbei- oder Durchfahren auf dem Weg zur und von der Arbeit oder im Stau stehend eher flüchtig konsumiert (Wille 2008: 34f). Konsumierte Kulturlandschaften sind jedoch nicht einfach da, sondern werden auch immer im gesellschaftlichen Diskurs konstruiert. Eine allgemein objektive Bewertung von Kulturlandschaft gibt es jedoch nicht, sondern es müssen regionale Sichtweisen eingehen, was im jeweiligen Kontext als Teil der Kulturlandschaft angesehen werden kann (BMVI/BBSR 2016: 17). Aus diesen Diskursen können auch Institutionen und Governanceformen entstehen, z. B. durch die Vernetzung von Landschaftsschutzbehörden, Kulturlandschaftsvereinen und Regionalmanagementeinheiten (Gailing 2014).

Insofern ist der Blick auf die raumordnerischen Diskurse zu dem Begriff interessant: In früheren Debatten wurde der Begriff oft auf die historisch gewachsene Kulturlandschaft eingeengt. Die ROG Novelle 1998 nahm den Begriff der gewachsenen Kulturlandschaft auf, innerhalb dessen geschichtliche, kulturelle und regionale Zusammenhänge zu bewahren sind (Wille 2008: 37). Damit wurde die soziökonomische räumliche Perspektive der heutigen Lebenswelten ausgeblendet (Schneider 2012: 8). An diesem Verständnis waren auch die ersten Formulierungen zum Kulturlandschaftsschutz im ROG 1998 ausgerichtet, die dann aber in der raumordnerischen Debatte kritisiert wurden: Zum einen aufgrund des eher strukturkonservierenden Charakters des Begriffs »historischer Kulturlandschaften«, zum andern wegen Unschärfe des Begriffs der »gewachsenen Kulturlandschaften«. Mehr noch als bei der Naturlandschaft besteht bei der Kulturlandschaft eine große Spannbreite dahingehend, was als solche empfunden wird. Die Debatte führte letztlich zu einer stärkeren Akzentuierung der entwicklungsorientierten Interpretation von Kulturlandschaft (Kühn/Danielzyk 2006), was zunächst in den Leitbildern der Bundesraumordnung zum Ausdruck kam. Durch die ROG-Novelle von 2008 wurde dann die explizite Aufgabe der Raumordnung nämlich die Wahrung der historischen Kulturlandschaft durch eine eher entwicklungsorientierte Akzentuierung ersetzt (Huck 2012: 113). Nicht der Wandel der Kulturlandschaft wird als das Problem angesehen, sondern eine Gestaltung einer räumlichen Entwicklung, die kulturlandschaftlichen Leitbildvorstellungen gerecht wird (BMVI/BBSR 2016: 2).

Gleichwohl ist noch immer ein Großteil des Verständnisses von Kulturlandschaft denkmalpflegerisch orientiert und insofern eher konservativ ausgerichtet, als hierbei die Elemente der historischen Kulturlandschaft betont werden. So enthält die von der UVP-Gesellschaft (2010) herausgegebene Handreichung zur Berücksichtigung des kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen in ihren zahlreichen Beispielen kein einziges nach dem Ersten Weltkrieg erstelltes Gebäude. Zweckbauten aus der Industrialisierung im 19. Jahrhundert sind mittlerweile als Denkmäler akzeptiert, technische Zweckbauten der Moderne weniger.

Im engen Zusammenhang mit den Inhalten dessen, was als Kulturlandschaft bezeichnet wird, steht auch die Frage, wo überhaupt Kulturlandschaften räumlich zu verorten sind. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich die Kulturlandschaftsdebatte zwar auch auf urban mitgeprägte Landschaften bezieht (Heiland 2006), dass es aber primär um Bereiche außerhalb der Kerne von Städten geht (Schenk 2006). Besonders deutlich wird das Spannungsverhältnis traditioneller und moderner Elemente in der suburbanen Kulturlandschaft. Der suburbane Raum ist noch immer eher mit negativen Attributen belegt (Priebs 2007: 94). Dass dieser »hybrider Landschaftstyp« (Kühn/Danielzyk 2006: 289) auch Metropollandschaft, peri-

urbane Landschaft, Zwischenstadt (Sieverts 1999), Stadtrandlandschaft (Breuste/Keidel 2008: 280) genannte Raumtyp, der durch ein Patchwork aus urbanen, suburbanen und ländlichen Strukturen (BMVI/BBSR 2016: 66) geprägt ist, in den Kontext des Begriffs Kulturlandschaft geriet, ist nicht zuletzt auf die raumordnerischen Auseinandersetzungen mit der Thematik zurückzuführen.

1.3. Kulturlandschaften zwischen Raumordnung und Regionalentwicklung

Das Spannungsverhältnis traditioneller und dynamischer Elemente bei der Entwicklung von Kulturlandschaft spiegelt sich im instrumentellen Umgang mit dem Thema wider: wie verhalten sich die eher ordnungspolitischen Instrumente der Raumordnung zu den regionalentwicklungspolitischen Instrumenten und den dazugehörigen Akteuren und Institutionen?

Kulturlandschaft ist ein unbestimmter Rechtsbegriff (Huck 2012: 85ff), der der Interpretation und Abwägung bedarf. Grundsätzlich bietet sich die Raumordnung als Akteur für das Thema der Kulturlandschaften an, weil sie noch andere Abwägungsaspekte einbringen kann als die – zumindest aus Sicht der Raumordnung – »nur« sektorale Landschaftsplanung (Kühn/Danielzyk 2006). Raumordnung spielt also bereits insofern eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Kulturlandschaft, als sie die Ausnahmen vom generellen Bauverbot des §35 im Außenbereich durch rechtlich abgesicherte Privilegien ermöglichen kann (Priebs 2007: 94).

Innerhalb des Katalogs der formellen Planungsinstrumente wäre eine Kategorie »Raumordnerisches Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet (historischer) Kulturlandschaftsschutz« die am weitestgehende Regelung. In diese würden dann fachplanerische Aussagen vor allem aus der Landschaftsplanung (Kulturlandschaftsschutzgebiete) eingehen. Vor dem Hintergrund der Maxime verschlankter Regionalpläne wird allerdings eher die Anreicherung der Begründungstatbestände für die traditionellen Kategorien des Freiraumschutzes und der Freiraumentwicklung als praktikable Lösung diskutiert (Danielzyk/Eickhoff 2006: 34; BMVI/BBSR 2016: 65). Raumordnung kann z.B. in ihren Plänen zumindest in Form von (unverbindlichen) Grundsätzen für Vorbehaltsgebiete wie die Landwirtschaft z. B. Empfehlungen zu anzubauende Sorten geben bzw. Empfehlungen übernehmen, die das Kulturlandschaftsbild maßgeblich prägen. Derlei Regelungen müssen allerdings gegenüber dem Paradigma des schlanken Regionalplans abgewogen werden; und sie machen nur Sinn, wenn sie zumindest zusätzliche Steuerungswirkungen entfalten.

Die raumordnerischen Instrumente stehen dabei im engen Zusammenhang mit der Strategischen Umweltprüfung. Diese legt Sachgüter, kulturelles Erbe und Landschaft explizit als Schutzgüter fest (BMVI/BBSR 2016: 16), sie ist dabei allerdings nicht konsistent: SUP-Richtlinie Artikel 3 bezieht sich nur auf »kulturelles Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und archäologischen Schätze«, das UVPG §2 spricht dagegen breiter von »Kulturgütern«. Bei der Umsetzung der SUP und der Gewinnung regionalplanerischer Aussagen auch auf Basis von Kulturlandschaftskatastern (Broermann 2012; Büttner et al. 2011) gibt es zudem beträchtliche methodische Defizite Landschaft als Belang angemessen darzustellen. Dabei muss auch die dritte Dimension einbezogen werden. Sichtbarkeitsanalysen geben erste Hinweise, reichen jedoch für die Festsetzung von Pufferzonen nicht aus (BMVI/BBSR 2016: 31f).

1.4. Zum aktuellen Stand der Landesentwicklungspläne zum Thema Kulturlandschaften

Der Blick in die aktuellen Landesentwicklungspläne (Stand: 15.6. 2017) der 13 deutschen Flächenländer zeigt, dass das Thema Kulturlandschaften in den einzelnen Ländern unterschiedlich intensiv aufgenommen wurde.

Die erste Gruppe von Landesentwicklungsplänen enthält eher wenige und nur allgemeine Aussagen zum Thema Kulturlandschaft, in der Regel auch nur im Kontext anderer Aussagen vor allem zu Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz. Einzelne Kulturlandschaften sind herausgehoben, ohne dass jedoch konkrete Ziele formuliert werden. Mit ansteigender Intensität der Aussagen sind in dieser Gruppe zu nennen: LROP Niedersachsen 2010; LEP Hessen 2017; LEPRO Bayern 2013 (Alpenraum); LEP Baden-Württemberg 2002 (Oberrhein); LEP Sachsen-Anhalt 2010; LEP Schleswig-Holstein 2010 (Wattenmeer); LEP Berlin-Brandenburg 2009 (Karte mit groben Vorschlägen für Kulturlandschaftsräume); LEP Mecklenburg-Vorpommern (Jasmund, Serrahn); LEP Saarland, Teilpläne Freiraum 2004 und Siedlung 2006 (Bliesgau Petite-Rosselle /Carreau Wendel).

Die zweite Gruppe von Landesentwicklungsplänen enthält ambitioniertere Aussagen: Insbesondere werden nicht nur Grundsatz-, sondern auch Zielaussagen formuliert, es wird ein ausführlicheres eigenes Kapitel Kulturlandschaften aufgenommen, es werden flächendeckend Kulturlandschaftsräume definiert und es werden – z. T. als Zielaussage – Arbeitsaufträge für die Regionalplanung zur weiteren Konkretisierung formuliert. Hier sind zu nennen:

- LEP NRW 2016: Definition von 32 Kulturlandschaften als Ziel, 29 landesbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche und Arbeitsauftrag an die Regionalplanung als Grundsatz.
- LEP Rheinland-Pfalz 2008: Eigenes Leitbild zur Kulturlandschaft. Zwei Ziele mit einem Handlungsauftrag an die Regionalplanung. Zudem werden das UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal und der rheinland-pfälzische Teil des Obergermanisch-Rätischen Limes explizit benannt.
- LEP Thüringen 2025: eigenes Kapitel zur Kulturlandschaft: Ziel zu 35 hervorgehobenen (allerdings sehr kleinteiligen) Standorten der Kulturerbelandschaft, Vorgaben für die Regionalplanung.
- LEP Sachsen 2013: Karte der Kulturlandschaften und drei Zielaussagen; Zielaussage Arbeitsauftrag an Regionalplanung.

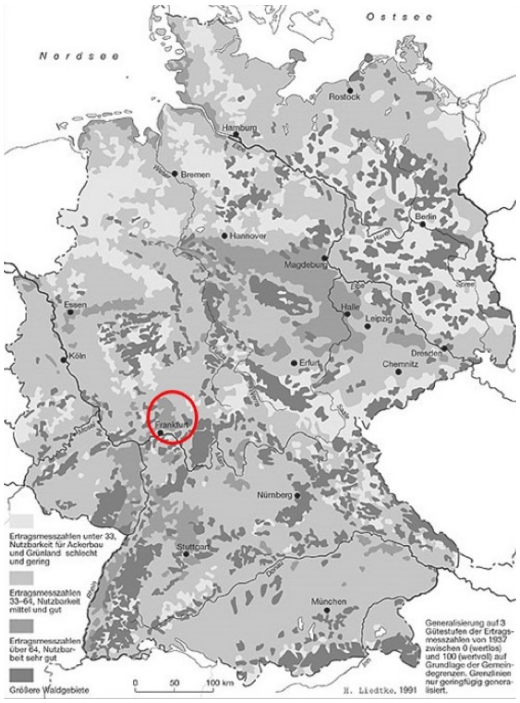
Die Raumordnung kann vor allem den Rahmen schaffen, um Kulturlandschaften zu entwickeln, indem Nutzungen ausgeschlossen werden, die die Kulturlandschaft negativ beeinflussen. In diesem Rahmen muss Kulturlandschaft jedoch in Wert gesetzt und weiterentwickelt werden, womit zahlreiche Handlungsfelder der Regionalentwicklung angesprochen sind. In Ballungsräumen können vor allem Regionalparks als Instrument zur Entwicklung von Kulturlandschaftsräumen genutzt werden (Apolinarski et al. 2006: 91f). Die nachfolgend dargestellte Wetterau ist ein Beispiel für eine Kulturlandschaft am Rande eines Ballungsraumes.

2 Fallstudie Wetterau

2.1 Die Kulturlandschaft Wetterau: Strukturdaten im bundesweiten Vergleich

Die Wetterau liegt am nordöstlichen Rand des wachstumsstarken Rhein-Main-Raumes. Eingerahmt von den Mittelgebirgen Taunus im Westen und Vogelsberg im Osten ist sie eine der ältesten von Landwirtschaft geprägten europäischen Kulturlandschaften mit archäologischen Funden aus der Zeit der Kelten, Römer und dem Mittelalter. Administrativ ist diese Landschaft weitgehend mit dem 1972 gebildeten 1100 km² großen Landkreis Wetterau identisch, in dem 2015 301.931 Einwohner lebten, was einer Bevölkerungsdichte von 274 EW/km² entspricht, die etwas über dem Bundesdurchschnitt (230 EW/km²) liegt.

In den im Rahmen der Vorstudie des BMVI/BBSR (2016) »Regionale Landschafts-



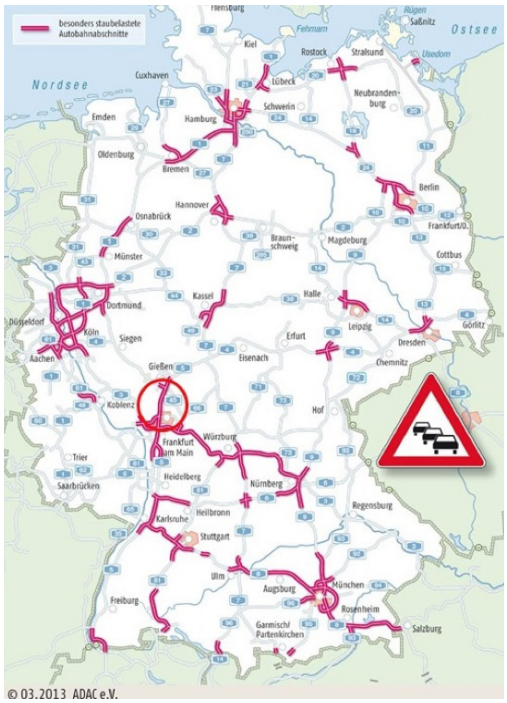


Abb. 2: Kontrastierende Besonderheiten der Wetterau im bundesweiten Vergleich: Hohe landwirtschaftliche Bodenqualität und hohe Staubelastung
Quellen: http://www2.klett.de/sixcms/list.php?page=infothek_artikel&extra=TERRA-Online%20/%20Gymnasium&artikel_id=136588&inhalt=klett71prod_1.c.139995.de; http://www.spiegel.de/auto/aktuell/auf-diesen-autobahnen-in-deutschland-gibt-es-an-ostern-staus-a-891074.html; Aufruf am 12.2.2017

gestaltung« vorgeschlagenen landschaftsräumlichen Typisierungen wird die Wetterau in zweierlei Hinsicht klassifiziert: Zum einen wird sie den Regionen mit starken Wachstumsprozessen zugeordnet, die im Kern durch ackerdominierte Bodenlandschaften, am westlichen Rand durch Wald und am östlichen Rand durch sonstige strukturreiche Halboffenlandschaften geprägt sind (Abb. 1 links). Zum anderen gehört sie zu den nur 6,5% der Fläche Deutschlands, die als infrastrukturdominierte Landschaft bezeichnet werden (Abb. 1 rechts).

Wie in wohl keiner anderen Kulturlandschaft Deutschlands überlagern sich in der Wetterau eine der ältesten durch Landwirtschaft dominierten Kulturlandschaft mit Spitzenwerten des Bodenertrags (vgl. Abb. 2 links, Bodenwerte über 64) und eine der expansivsten Siedlungs- und Infrastrukturlandschaften. Die Wetterau markiert den nordöstlichen Rand der Rhein-Main-Region, einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen Europas. Ihre Prägung durch die technische Infrastruktur verdankt sie vor allem zwei Autobahnen: insbesondere der sechsspurig ausgebauten A5, einer der am dichtesten befahrenen Autobahnen Deutschlands (hohe Staubelastung, vgl. Abb. 2 rechts).

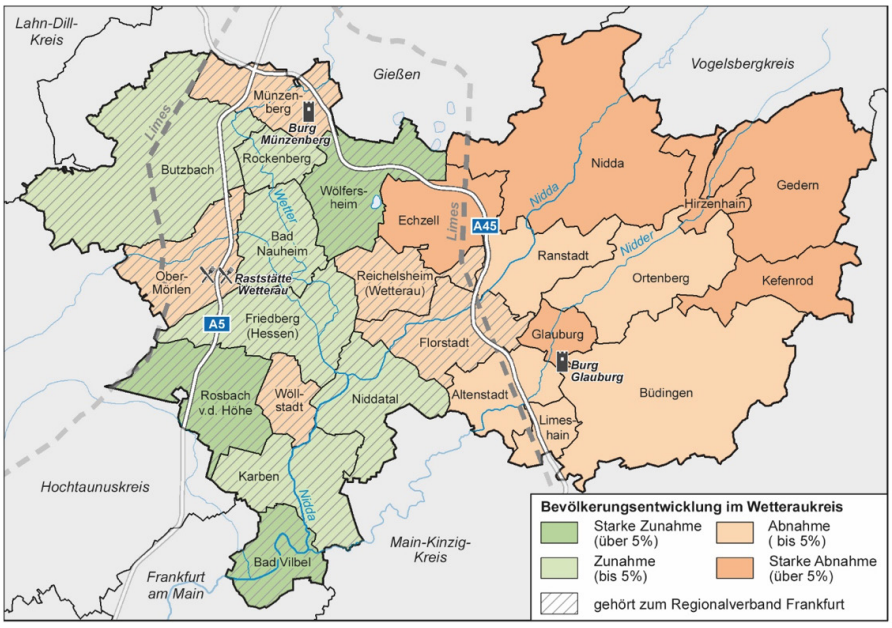
Bezogen auf Umweltqualitäten fällt die Region im bundesweiten Vergleich zum einen durch ihre hohe Grundwasserqualität auf. Zum andern zählt sie aber vor allem in ihrem südwestlichen Teil aufgrund ihrer Ballungsraumnähe zu den bioklimatisch besonders belasteten Regionen (BMVI/BBSR 2016: 14, 15). Die für die Region prognostizierte weitere Erhöhung der Temperaturen und der Niederschläge (vgl. Abb. 3, unten rechts, violette Färbung) dürfte die Ertragssituation der Landwirtschaft sogar noch weiter verbessern.

Damit lässt sich die Besonderheit der Region im bundesweiten Vergleich auf den Punkt bringen: Wie in kaum einer anderen Kulturlandschaft in Deutschland wird sich der Landnutzungskonflikt zwischen den Anforderungen der Landwirtschaft auf der einen und der Siedlungsentwicklung und den Anforderungen der damit verbundenen Verkehrsinfrastruktur auf der anderen Seite verstärken.

Dies betrifft vor allem den westlichen Teil der Region. Abbildung 3 macht die unterschiedliche Entwicklungsdynamik der Teilräume deutlich:

Es besteht ein Südwest-Nordost-Gefälle: auf der einen Seite der frankfurtnahe Teil der Region mit einem seit Jahrzehnten anhaltenden und in den letzten Jahren forcierten Bevölkerungsdruck vor allem entlang des Korridors der A5. Auf der anderen Seite das nordöstliche Kreisgebiet, an das sich die Mittelgebirgsregion Vogelsberg anschließt. Hier war die Bevölkerungsentwicklung rückläufig, auch die A45 konnte in diesen Raum nur geringe Entwicklungsimpulse bringen.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung in den Städten und Gemeinden des Wetteraukreises 1992 - 2015, ausgewählte Kulturdenkmäler und Landmarks
Quelle: eigene Darstellung



2.2 Kulturlandschaftliche Handlungsfelder

Auch für die Wetterau stellt sich die Frage, welche Elemente als Teil der Kulturlandschaft bezeichnet werden können und wie modern dabei der Kulturlandschaftsbegriff definiert wird. Dies wird nachfolgend in den Themenfeldern Siedlungsentwicklung, Verkehrsinfrastruktur und Windenergieanlagen beispielhaft thematisiert.

■ Siedlungsentwicklung in der zwischenstädtischen Kulturlandschaft

Vor allem im südwestlichen Teil der Region trifft eine ertragsstarke Landwirtschaft mit relativ günstigen Grundwasserverhältnissen, die die Kulturlandschaft maßgeblich geprägt hat, auf ein expansives Siedlungsflächenwachstum, was die Bodenpreise weiter in die Höhe treibt. Im Zuge dieser Entwicklung entstanden in den letzten Jahren größere Projekte des verdichteteren suburbanen Wohnungsbaus wie etwa in Bad Vilbel-Dortelweil (Abb. 4 links). Bei der Thematisierung der Kulturlandschaft in der Zwischenstadt kommt dem Thema des Ortsrandes als Schnittstelle zwischen Stadt- und Landschaft besondere Bedeutung zu. Es sind vor allem die Orts-

randbereiche, die den Übergang von der Siedlung zum Freiraum markieren, von Interesse. Diese »Ortskanten« sind gerade auch in den ländlicheren Bereichen in dieser suburbanen Region häufig eine vernachlässigte Raumfigur. Unter dem Aspekt der Innenentwicklung liegen hier erhebliche Potenziale: es handelt sich häufig um gut erschlossene Flächen, die aber noch nicht bebaut sind und gemeinsam mit den Eigentümern für eine kompaktere Siedlungsentwicklung aktiviert werden könnten.

■ Traditionelle und moderne Elemente der Kulturlandschaft

Auf der einen Seite weist die Wetterau punktförmige historische Kulturdenkmäler auf, die auch als Ausflugsziele dienen wie Münzenburg, Ronneburg, Saalburg oder wie Mühlenstandorte an den Gewässern der Oberen Wetterau (Schwab et al. 2015). Das bekannteste Kulturdenkmal ist ein Liniendenkmal: der Limes, der die Region im Westen und in der Mitte von Nord nach Süd durchquert (vgl. Abb. 3). Er hat zwar höchste kulturhistorische Bedeutung, ist aber kaum unmittelbar sichtbar und muss daher erst inszeniert werden.

Zur Kulturlandschaft der Wetterau gehören aber auch Zeugnisse der Industrialisierungsperiode des 19. Jahrhunderts. Zwar ist deren Dichte nicht vergleichbar mit Großindustrielandschaften wie dem Ruhrgebiet, der Lausitz oder dem Saarland. Gleichwohl ist die Landschaft durch Zeugnisse dieser Epoche geprägt, Beispiele sind: die zahlreichen Gebäude des Kulturindustriebetriebs Bad Nauheim, das Umspannwerk/Energiemuseum Wölfersheim, die Ziegelei Bad Vilbel/Massenheim, die Butzbach-Licher-Eisenbahn, aber auch die Restlöcher des in der Region einstmals betriebenen Braunkohletagebaus (Wetterauer Seenplatte) und die stillgelegten Gleise des Kohlebergbaus.

Im Alltag für einen Großteil der Wetterauer sichtbarer als die Zeugnisse aus der Zeit der Kelten und Römer sind zwei Linienelemente der modernen Kulturlandschaft: die beiden Autobahnen der Region. Zu Unrecht werden diese kaum als Elemente der Kulturlandschaft thematisiert, demonstrieren doch Beispiele wie die Spessartautobahn die Möglichkeit einer gelungenen Einbindung der technischen Großinfrastruktur in die Landschaft (Küster 2010: 360) und sind zumindest markante moderne Autobahnbrücken als Ingenieurleistungen in ihrer Prägung der Landschaft anerkannt (Gather 2010: 171; Quaas 2010: 187; Meier/Rudolph 2010: 231).

Die Wetterau ist durch zwei Autobahnen geprägt, die in Nord-Süd-Richtung verlaufende A5 (Hamburg-Basel) und die in nordwest-südöstliche Richtung verlaufende A45 (Dortmund-München). Die Autobahn A5 ist das wichtigste kulturlandschaftliche Element der Moderne, über das die Wetterau verfügt: ihr verdankt die Region auch die Einordnung in die kulturlandschaftliche Typisierung (Abb. 1). Die A5, die sich am Gambacher Kreuz mit der von Südost nach Nordwest verlaufenden A45 kreuzt, ist in ihrer Trassierung eine der ältesten Autobahnen der Welt, sie ist Teil der in den 1930er Jahren gebauten HaFraBa, der zentralen Nord-Süd-Verbindungen für den Personen- und Güterstraßenverkehr Europas. Auf dem Teilabschnitt durch die Wetterau zwischen Frankfurt und Gießen ist sie sechs- bis achtspurig ausgebaut und zeichnet sich durch eine besonders interessante, vielfältige Landschaftseindrücke ermöglichende Topographie aus. Die Autobahn gewährt Ausblicke in die Kulturlandschaft und ist damit gleichzeitig ihr Bestandteil, auch an ihr zeigen sich die Spuren des Landschaftswandels (vgl. Abb. 5):

An diesem linearen Element finden sich markante Punkte: Autobahnraststätten. Hierfür zwei Beispiele: eines das mittlerweile zur Historie der Landschaft gehört und ein anderes aktuelles:

Der (Rück-)reisende aus dem Süden, sei es der erholte Urlauber oder der übermüdete LKW-Fahrer, hat diesen – klimatisch gesehen – erst am östlichen Ende des Taunusausläufers verlassen, denn dieser stellt die letzte Barriere der mediterranen Luftströme dar, hier beginnt endgültig das kontinentale Klima. Als die A5 noch eine vierspurige Autobahn war, hätte der Rückreisende im Hotel Waldschlösschen auf dem Gemeindegebiet von Rosbach pausieren können, das direkt an der östlichen Fahrbahn der A5 in Richtung Norden lag und über eine direkte Abfahrt verfügte. In den späten 1950er und 1960er Jahren war es eine gut frequentierte Autobahnraststätte mit angeschlossenem Hotel, auf dessen Terrasse der Reisende einen herrlichen Blick in die Wetterau genießen konnte. Durch den Ausbau der A5 in den 1970er Jahren verschwand dann das Hotel hinter dem Lärmschutzwall und ist nunmehr von der Autobahn aus nicht mehr sichtbar. Das Hotelrestaurant verlor zudem den direkten Autobahnzugang und erlebte einen rapiden Niedergang. Heute wird es als Unterkunft für Monteure genutzt, der Aus-

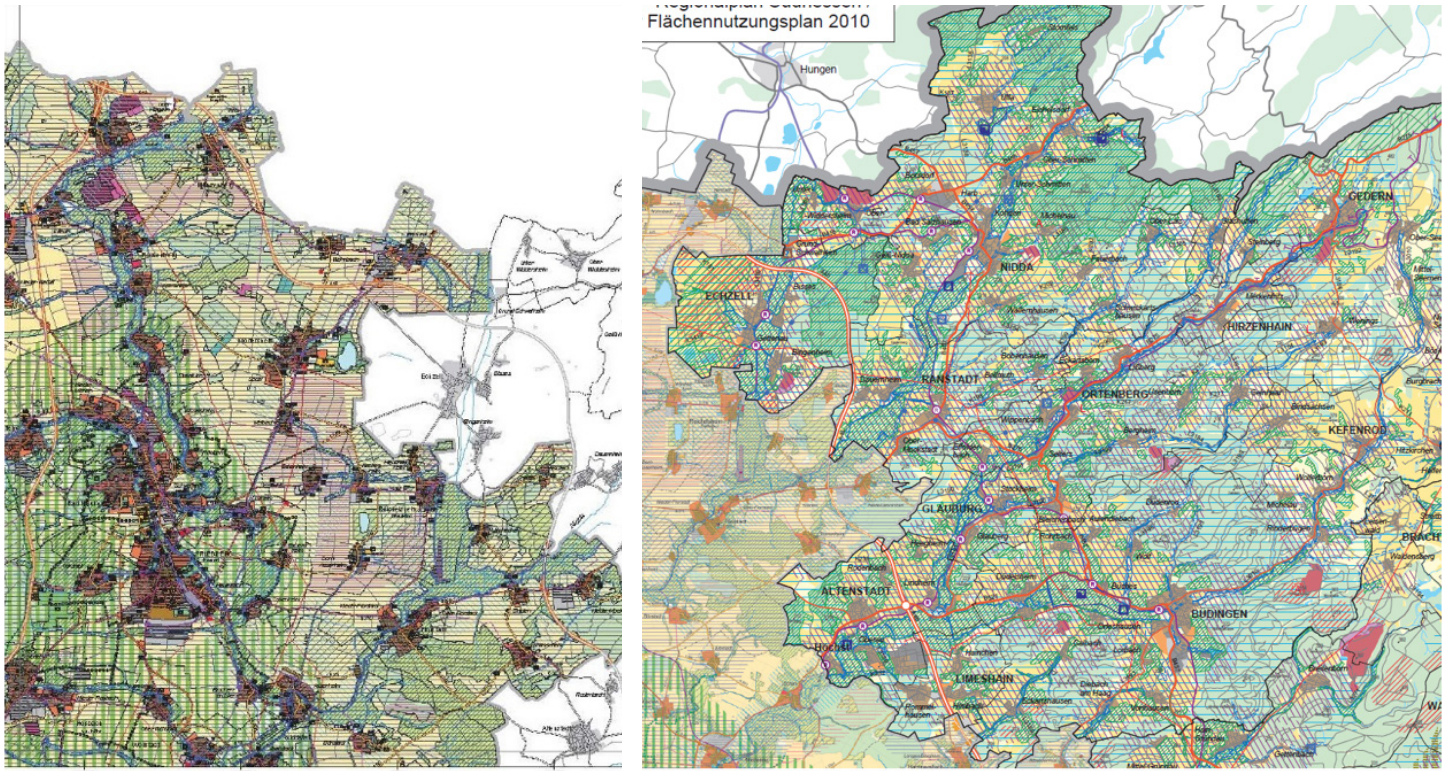


Abb. 8: Regionaler Flächennutzungsplan Rhein-Main (Ausschnitt Nordost) und Regionalplan Südhessen (Ausschnitt Nordost) Quelle: Regionaler Flächennutzungsplan Frankfurt/Rhein-Main links; Regionalplan Südhessen

blick in die Wetterau ist mittlerweile vom gewachsenen Baumbestand versperrt.

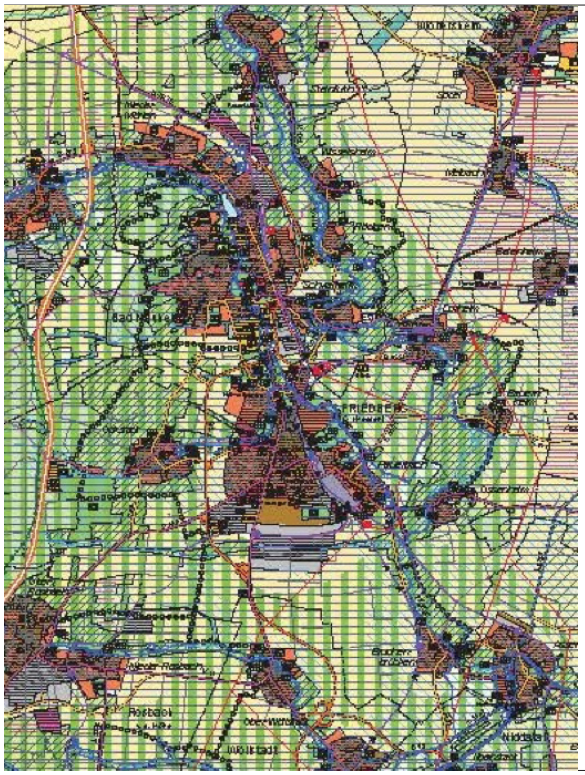
Sechs Kilometer weiter nördlich, auf der Gemarkung der Gemeinde Ober-Mörlen, wurde in den 1970er Jahren die Autobahnraststätte Wetterau-Ost erbaut und in den 2000er Jahren modernisiert. Mit Sicherheit hat diese Raststätte zwar keine gestalterischen oder sonstigen Qualitäten, um sie als kulturhistorisches Erbe zu qualifizieren. Durch ihre Lage stellt sie jedoch potenziell ein zentrales Element bei der Erlebbarmachung der Kulturlandschaft dar. Sie befindet sich auf der Kuppe der letzten Erhebung südwestlich der Wetterau und eröffnet den Eingangsblick in die Landschaft, damit stellt sie eine herausragende Landmarke der Wetterau dar. Die Tankstelle wie die Raststätte sind rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr geöffnet. Vermutlich sind diese beiden Plätze der von Auswärtigen am meisten frequentierte Punkt der Wetterau. Der fehlende Parkraum für LKW war 2010 der Grund für Planungen zur Verlegung der Raststätte Wetterau Ost einen Kilometer weiter nördlich in Richtung des Ortes Obermörlen. Die Raststätte würde durch die Verlegung in die Senke ihren exponierten Charakter verlieren, argumentieren die Gegner der Verlagerung. Spielte ein Aspekt wie der Fernblick in die Kulturlandschaft eine Rolle bei der planerischen Standortabwägung? Eher nicht.

Die im Zuge der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene Erweiterung der A5 von sechs auf acht Spuren soll zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen. Es könnten sich dabei kulturlandschaftliche Bewertungsaspekte stellen. Die derzeitige Planung sieht vor, dass 24 Bauwerke/Überführungen neu gebaut, vier verbreitert und drei ohne Ersatz abgerissen werden müssten. Im Vorgriff soll bis 2018 die Anschlussstelle Friedberg umgebaut (neue Direktrampe Richtung Norden, und zusätzliche Verteilerfahrbahn Richtung Süden) und dabei bereits für den zukünftigen achtstreifigen Ausbau ausgelegt werden (FNP 2016).

■ Windenergiekulturlandschaft

Die expansive Nutzung, an der sich ein Großteil der jüngeren raumordnerischen Debatte um Kulturlandschaften festmachte, spielt auch in der Wetterau eine Rolle. Anders als im benachbarten Mittelgebirge Vogelsberg ist hier jedoch der Ausbau der Windenergie noch nicht weit vorangeschritten und wird insgesamt alleine aufgrund der Windverhältnisse eher moderat erfolgen. Mit einem weiteren Ausbau und den dazugehörigen lokalen Widerständen ist jedoch zu rechnen.

Eine unter Umständen sogar positive Bedeutung für die Kulturlandschaft könnte auch das Thema der »Südlink-Trasse« (Projekt Nr. 3 des Bundesbedarfsplangesetzes zum Ausbau großräumiger Stromversorgungsnetze) ha-



Z4.4-3: Im »Vorranggebiet für Regionalparkkorridor« hat die Schaffung und Erhaltung von Grünverbindungen für die Gliederung, Gestaltung und ökologische Verbesserung der Landschaft einschließlich des Fuß- und Radwegenetzes zur Erschließung des Erholungs- und Erlebnisraums Vorrangvor entgegenstehenden Nutzungsansprüchen. Nutzungen, die diese Funktionen beeinträchtigen können, sind nicht zulässig.

Abb. 9: Vorranggebiete für den Regionalparkkorridor im Regionalen Flächennutzungsplan Frankfurt Rhein-Main, Südwestbereich der Wetterau. Quelle: Regionaler Flächennutzungsplan Frankfurt/Rhein-Main

ben (vgl. TENNET 2017). Der genaue Trassenverlauf und ob er die Wetterau tangieren wird, ist zwar noch ungeklärt. Da sie unterirdisch verlegt werden wird, sind keine dauerhaften Beeinträchtigungen der Kulturlandschaft zu erwarten. Eventuell ergeben sich jedoch im Zuge der Ausbaumaßnahmen sogar Optionen für Maßnahmen zur weiteren Inwertsetzung von Natur- und Kulturlandschaft im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen.

2.3 Regionalplanerische Rahmenaussagen und Akteursnetzwerke zur kulturlandschaftlichen Regionalentwicklung

Als Grundlage für regionalplanerische Aussagen zur Kulturlandschaftsentwicklung in der Wetterau sind in Konkretisierung der übergeordneten gesetzlichen Rahmen (UNESCO-Welterbekonvention, EUREL, Europäische Landschaftskonvention, ROG, BauGB, BNatschG, BWasStrG, FlurBG, BImschG, UVPG, BBodSchG) vor allem folgende landesgesetzliche Grundlagen maßgebend:

- §1 (2), Nr. 1 Hessisches Naturschutzgesetz (HeNatG, 2006): »Die Kulturlandschaften des Landes sind in ihrer Vielgestaltigkeit zu erhalten und ihren naturräumlichen Eigenarten entsprechend zu entwickeln und gestalten; dazu gehören eine ordnungsgemäße Land-, Forst-, und Fischereiwirtschaft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Lebensräume, Vielfalt, Schönheit und Erholungswert von Natur- und Landschaft auch aus der Vielfalt der menschlichen Nutzung herrühren.«
- §2 Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG, 2016): (1) »Schutzwürdige Kulturdenkmäler im Sinne dieses Gesetzes (...) Sachen, Sachgesamtheiten oder Sachteile, an deren Erhaltung aus künstlerischen, wissenschaftlichen, technischen, geschichtlichen oder städtebaulichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht.«

Für weiter konzeptionelle Arbeiten für die historischen Elemente der Kulturlandschaft kann auf anderen informellen Konzepte aufgebaut werden, wie dem Obergermanisch-Raetischen Limes (ORL) Management-Plan 2010 - 2015 (Deutsche Limeskommission 2010).

Konkret sind für die Wetterau zwei Regionalpläne relevant (vgl. Abb. 8).

Zum einen der Regionalplan Südhessen (RegFNP 2010), der unter der Federführung des RP Darmstadt erstellt wird, zum andern liegen von den 26 Städten und Gemeinden des Landkreises knapp die Hälfte im Gebiet des Regionalen Planungsverbandes und des Regionalen Flächennutzungsplans (ebd.), der unter der Federführung des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main erarbeitet wurde. Zwar enthalten die beiden Regionalpläne für die Wetterau keine expliziten Aussagen zur Kulturlandschaft, wie sie für den Vortaunus

und Main-Taunus-Vorland getroffen werden. Dennoch bieten sich für flächenbezogene Aussagen zur Kulturlandschaft neben den üblichen Freiraumkategorien (Vorranggebiete Landwirtschaft, Vorrang- und Vorbehalt Landschaft) auch die für Ballungsräume typischen regionalplanerischen Kategorien der Vorranggebiete Regionaler Grünzug und u. U. auch die für hessische Raumordnungspläne typischen Vorbehaltsgebiete für besondere Klimafunktionen an.

Die konkretesten Aussagen zum Thema Kulturlandschaft finden sich in den Planaussagen zum Regionalpark (2017), der die Wetterau im Südwesten tangiert:

- »G4.4-1: Zur Stärkung der Freiraumsicherung und als Beitrag zur Qualifizierung der Kulturlandschaft im Verdichtungsraum soll innerhalb der Regionalen Grünzüge der Regionalpark weiterentwickelt und auf weitere Teilräume ausgeweitet werden. Er soll mit Grün- und Wegesystemen in den Kernen des Verdichtungsraums sowie den angrenzenden Landschaften verknüpft werden.« (RegFNP 2010: 63).
- »G4.4-2: Durch Schaffung eines zusammenhängenden Systems von parkartig gestalteten Fuß- und Radwegen, von wegebegleitenden Grünverbindungen, von Anlagen insbesondere auch mit Bezug zur Kulturhistorie und zur örtlichen Landwirtschaft sollen die Freiräume erlebbar, die Identität der Kulturlandschaft gefördert und die Erholungseignung verbessert werden« (RegFNP 2010: 63).

Das für den südwestlichen Bereich der Wetterau zentrale Element in der Hauptkarte des Regionalen Flächennutzungsplans sind die in Abbildung 9 (grün gepunktete Linie) dargestellten Vorranggebiete für den Regionalparkkorridor.

Die Beikarten des Regionalplans enhalten noch weitere Kategorien, die z.T. bereits kulturlandschaftliche Elemente bilden, wie etwa flächenhafte Denkmäler.

Neben diesen regionalplanerischen Rahmenaussagen ist das Thema Kulturlandschaft mittlerweile auch zum Gegenstand von Regionalentwicklungsaktivitäten geworden. Insbesondere zu nennen ist hier das Akteursnetzwerk der Leader-Region Wetterau-Oberhessen unter der Federführung des bei der Wirtschaftsförderung angesiedelten Regionalmanagements, innerhalb dessen im Rahmen der Förderperiode seit 2015 auf Basis des Regionalen Entwicklungskonzepts Projekte umgesetzt werden. Relevante regionale Akteure sind Institutionen wie die Kreisarchäologie und Vereine wie die »Gemeinnützige Wetterauer Archäologische Gesellschaft Glauberg GmbH« und der »Naturschutzfonds Wetterau e. V.«.

Im Regionalen Entwicklungskonzept (REK 2014) war das Handlungsfeld »Kulturlandschaft, Land- und Forstwirtschaft und regionale Produkte« als eines von vier Handlungsfeldern definiert worden. Zwei Leitziele wurden formuliert: 1. Erhalt und Ausbau der biologischen Vielfalt in der spezifischen Kulturlandschaft und des Waldes der Wetterau und des Vogelsberges. 2. Förderung von Synergieeffekten zwischen landwirtschaftlichen Aktivitäten, Naturschutzmaßnahmen und Naherholungsangeboten in attraktiven und ökologisch wertvollen Teilräumen. Diese kulturlandschaftlichen Ziele wurden in engen Zusammenhang mit Zielen für die Landwirtschaft, insbesondere der Direktvermarktung lokaler Produkte, gestellt, wofür es vor allem das regionale Bewusstsein zu stärken gelte (Gehrlein/Fick 2008).

Im Aktionsplan wurde ein Projektbündel »Erlebnis Kulturerbe« formuliert. Hier sollen Relikte aus den Zeiten der Kelten, der Römer, des Mittelalters aber auch aus jüngerer Zeit touristisch für Gäste aber auch für Einheimische aufbereitet und erlebbar gemacht werden. Bei den konkreten Maßnahmen endet die jüngere Zeit allerdings im 18. Jahrhundert. Sie konzentrieren sich auf die Zeit der Kelten, Römer, des Mittelalters: Keltenmobil, Limeshain-Aktivpfad, Kastell Staden, Aufbau einer Villa Rustica, Entwicklung eines römischen Reiterlagers, Mittelalterstadt Burg Münzenberg, Burg Lißberg. Die jüngste Maßnahme ist hier die neue Siedlung von der Religionsgemeinschaft Herrnhuter Brüdergemeine 1738. Damit bleibt sowohl die industrielle Periode der Region aus dem 19. Jahrhundert als auch die Moderne insbesondere mit ihren großen Infrastrukturbauten im Kulturlandschaftsbild der Region bislang nicht abgebildet.

3. Fazit und Perspektiven

Die in den 2000er Jahren intensiver geführte raumordnerische Debatte um den Begriff Kulturlandschaften hat zwar Eingang in Landes- und Regionalplanungen der meisten Bundesländer gefunden; nur in wenigen wurde allerdings die Möglichkeiten raumordnerischer Aussagen zu dem Thema konsequent genutzt. In Teilen zumindest hat die Debatte

zu einer moderneren Lesart des Begriffs Kulturlandschaft geführt. Den zentralen Anstoß gab dabei in den meisten Fällen das Thema Windenergie: wie können Windenergieanlagen so geplant werden, dass sie akzeptierter moderner Teil der Kulturlandschaft sein können? Dieses erweiterte Verständnis einer modernen Kulturlandschaft von Teilen der Fachakteure unterscheidet sich allerdings von dem weiter verbreiteten Verständnis von Kulturlandschaft, das auf deren traditionelle und vor allem mit der Landwirtschaft verbundene Elemente fokussiert ist.

Dies zeigt das Beispiel der hessischen Wetterau: Grundsätzlich weist diese dynamische Region am Rande des Ballungsraumes Rhein-Main ein hochinteressantes Nebeneinander von Elementen traditioneller Kulturlandschaft, wie der ertragreichen Landwirtschaft und kulturhistorischen Zeugnissen einerseits und potenziellen Elementen einer modernen zeitgenössischen Kulturlandschaft andererseits auf. Die regionalplanerischen Aussagen und regionalen Entwicklungsstrategien sind bislang jedoch weitgehend auf die Elemente der traditionellen Kulturlandschaft beschränkt. Ein Verständnis von Kulturlandschaft, das aber die alltäglichen Erlebniswelten stärker akzentuiert, ist für eine dynamische Region wie die Wetterau angemessen. Auch scheinbar banale Elemente der modernen Infrastruktur wie etwa Autobahnraststätten prägen die Landschaft und können eine wichtige Rolle bei deren Erlebbarmachung spielen. Die Potenziale des Begriffs Kulturlandschaft für die räumliche Planung sind in dieser wie den meisten anderen Regionen noch lange nicht ausgeschöpft.

Literatur

Apolinarski, Ingrid; Gailing, Ludger; Röhring, Andreas (2006): Kulturlandschaft als regionales Gemeinschaftsgut. Vom Kulturlandschaftsdilemma zum Kulturlandschaftsmanagement, In: Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Hannover, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 81 - 98. (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 228).

ARL (2006): Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Hannover, Akademie für Raum-forschung und Landesplanung (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 228).

BBSR (2009) Landschaftsnetz Mosel. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Initiativen/2009/LandschaftsnetzMosel/01_Start.html; letzter Aufruf 7.7.2017

BBSR/BBR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Raumordnung und Kulturlandschaft: Informationen zur Raumentwicklung 5, Bonn Bad Godesberg.

BMVI/BBSR (2016): Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Formelle und informelle Instrumente der Regionalplanung, der Landschaftsrahmenplanung und deren Verknüpfung mit der kommunalen Planung sowie der landwirtschaftlichen Fachplanung (Expertengespräch – Vorstudie) AZ 10.05.06-15.8; Vorstudie, Berlin/Bonn.

BBSR (2017): MORO regionale Landschaftsgestaltung – Forschungskonzept. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2016/landschaftsgestaltung/01-Start.html?nn=1554250&notFirst=true&docId=1554258, letzter Aufruf 7.7.2017

Breuste; Thomas; Keidel, Thomas (2008): Urbane und suburbane Räume als Kulturlandschaften. In: Raumordnung und Kulturlandschaft: Informationen zur Raumentwicklung 5, Bonn Bad Godesberg, S. 279 - 288.

Broermann, Johannes M.B. (2012): Kulturlandschaftskataster in der Raumplanung. Informationssysteme zur Erfassung, Bewertung und Pflege urbaner Kulturlandschaft, Stuttgart.

Büttner, Thomas; Burggraaf, Peter; Recker, Udo; Söder, Dagmar (2011): KuLaKomm –Kulturlandschaftsschutz auf der kommunalen Ebene. Management für eine nachhaltige Entwicklung des Rheingau-Taunus-Kreises, Stuttgart.

Dahm, Susanne (2013): Auswirkungen zukünftiger demographischer Veränderungen auf Nutzung und Gestalt von Kulturlandschaften in Baden-Württemberg. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg. Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven, Hannover, S. 44 - 67.

Danielzyk, Rainer; Eickhoff, Eberhard (2006): Die Aufgabe und Rolle der Regionalplanung bei der Umsetzung des »kulturlandschaftlichen Gesetzesauftrags«, In: Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Hannover, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 33 – 42 (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 228).

Deutsche Limeskommission (Hrsg., 2010): Obergermanisch-Raetischer Limes, Management-Plan 2010-2015, Bad Homburg.

FNP (2016): Frankfurter Neue Presse: Schrittweiser Ausbau gegen A5-Staus. http://ndp.fnp.de/lokales/wetterau/Schrittweiser-Ausbau-gegen-die-A5-Staus;art677,1940807; letzter Aufruf 7.7.2017.

Gailing, Ludger (2014): Kulturlandschaftspolitik. Die gesellschaftliche Konstituierung von Kulturlandschaft durch Institutionen und Governance, Dortmund.

Gailing, Ludger; Kühn, Manfred; Vetter, Andreas (2008): Kulturlandschaftsgestaltung und Raumordnung. In: Raumordnung und Kulturlandschaft: Informationen zur Raumentwicklung 5, Bonn Bad Godesberg, S. 261 - 270.

Gather, Matthias (2010): In der Mitte des Lebens oder abgehängt? Erreichbarkeit, Verkehr und Mobilität in Thüringen. In: Welch-Guerra, Max (2010, Hrsg): Kulturlandschaft Thüringen, S. 168 - 179.

Gehrlein, Ulrich; Fick, Johanna (2008): Bedeutung der Regionalvermarktung für Kulturlandschaftserhalt und Naturschutz, Bonn-Bad Godesberg.

Heiland, Stefan (2006): Zwischen Wandel und Bewahrung, zwischen Sein und Sollen: Kulturlandschaft als Thema und Schutzgut in Natur- und Landschaftsplanung, In: Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Hannover, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 43 - 70 (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 228).

HDSchG (2016) Hessisches Denkmalschutzgesetz vom 28. November 2016 Nr. 18 – Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen – 5. Dezember 2016, S. 211 - 217.

HeNatG (2006): Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz - HENatG)[1] 2 [3] vom 4. Dezember 2006 (GVBl. I S. 619) GVBl. II 881-47, zuletzt geändert durch § 33 Nr. 1 AusführungsG zum BundesnaturschutzG vom 20. 12. 2010 (GVBl. I S. 629). https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata%5Cges%5Chesnatg%5Ccont%5Chesnatg.htm; letzter Aufruf 7.7.2017

HMWEVL (2017): Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.): Faktenpapier Windenergie in Hessen: Landschaftsbild und Tourismus, Bürgerforum Energieland Hessen, Wiesbaden. https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0ahUKEwiR_fKP48HUAhVOJFAKHewlDloQFggoMAE&url=https%3A%2F%2Fwww.energieland.hessen.de%2FBFEH%2FBad_Arolsen%2FFaktenpapier_Tourismus_und_Landschaftsbild.pdf&usg=AFQjCNFEMsufAHUAJVbseYPfKf54RLwsw&cad=rja

Huck, Sebastian (2012): Rechtliche Grundlagen und Wirkungen der Festlegung von Kulturlandschaften, Berlin.

Korff, Cornelia; Stadebauer, Jörg (2013): Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg. Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven, Hannover, S. 17 - 44.

Kühn, Manfred; Danielzyk, Rainer (2006): Der Stellenwert der Kulturlandschaft in der Regional-und Raumplanung – Fazit, Ausblick, Handlungsempfehlungen. In: Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: S. 288 - 296 (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 228).

Küster, Hansjörg (2008): Landschaft – Naturlandschaft - Kulturlandschaft. In: Küster, Hansjörg (Hrsg.): Kulturlandschaften, Frankfurt, S. 9 - 20.

Küster, Hansjörg (2010): Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa, von der Eiszeit bis zur Gegenwart, München.

Meier, Hans-Rudolf, Rudolph, Benjamin (2010): Denkmale in der Kulturlandschaft. Denkmalpflege im landschaftlichen Kontext. In: Welch-Guerra, Max (Hrsg.): Kulturlandschaft Thüringen, S. 228 - 243.

MKRO (2016): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland (Beschlossen von der 41. MKRO am 9. März 2016) http://www.bmvi.de/DE/Themen/Raumentwicklung/Leitbilder/leitbilder.html

Overbeck, Gerhard (2013): Auswirkungen des Klimawandels auf die Kulturlandschaft. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg. Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven, Hannover, S. 68 - 80.

Priebs, Axel (2007): Der Beitrag der Raumordnung zur Pflege du Gestaltung der Kulturlandschaft in einem großstädtischen Raum – das Bespiel der Region Hannover. In: Bauerochse, Andreas; Haßmann, Hening; Ickerodt, Ulf (2007): Kulturlandschaft: administrativ-digital-touristisch; Berlin; S. 91 - 112.

Quaas, Ingo (2010): Kulturlandschaften in der Raumordnung. In: Welch-Guerra, Max (2010, Hrsg.): Kulturlandschaft Thüringen, S. 184 - 203.

RegFNP (2010): Regionalplan Südhessen/ Regionaler Flächennutzungsplan 2010.Beschlossen durch die Regionalversammlung Südhessen am 17. Dezember 2010. Regionaler Flächennutzungsplan beschlossen durch die Verbandskammer am 15. Dezember 2010 Beschlossen von der Landesregierung am 17. Juni 2011 Genehmigt mit Bescheid vom 27. Juni 2011. Bekannt gemacht vom Regierungspräsidium Darmstadt am 17. Oktober 2011 (Staatsanzeiger 42/2011), Darmstadt. https://www.region-frankfurt.de/Organisation/Planung/Regionaler-Fl%C3%A4chennutzungsplan.

Regionalpark (2017) Rhein-Main: Herzlich willkommen! http://www.regionalpark-rheinmain.de/upload/pdf/Der_Regionalpark_RheinMain_DE.pdf

REK (2014): Regionales Entwicklungskonzept für die Region Wetterau-Oberhessen. Zukunft Heimat. Lebenswert. Naturnah. Zentral, Friedberg. http://www.wfg-wetterau.de/downloads/user/REK_Wetterau-Oberhessen_Stand_20141111.pdf

Schenk, Winfried (2006): Der Terminus gewachsene Kulturlandschaften im Kontext öffentlicher und raumwissenschaftlicher Diskurse zu »Landschaft« und »Kulturlandschaft«. In: Matthiesen, Ulf; Danielzyk, Rainer; Heiland, Stefan; Tzschaschel, Sabine (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Hannover, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 9 – 21 (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte 228).

Schneider, Matthias (2012): Licht-Landschaften – Einsatzmöglichkeiten von Lichtinstallationen in der Kulturlandschaftsgestaltung, Uelvesbüll.

Schwab, Udo; Wagner, Wolfgang; Kannwischer, Stephan (2015): Alte Mühlenstandorte in der Oberen Wetterau. Band I: Hungen, Schriftenreihe des Vereins »Kulturlandschaft Hungener Land e.V.« Nr. 1.

Sieverts, Thomas (1999): Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig.

Sinz, Manfred (2006): Die neuen Leitbilder der Bundesraumentwicklung – Anmerkungen zu einem politischen Diskurs. In: Informationen zur Raumentwicklung 11/12, S. 605 - 612.

Staats, Uwe-Jens (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – Möglichkeiten zur Umsetzung durch die Bundesraumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung 11/12, S. 693 - 700.

TENNET (2017): Südlink, die Windstromleitung. https://www.tennet.eu/de/unser-netz/onshore-projekte-deutschland/suedlink/.

UVP-Gesellschaft (2010): Kulturgüte in der Planung. Handreichung zur Berücksichtigung des kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen, Köln.

Wille, Volker (2008): Kulturlandschaft aus Sicht der räumlichen Planung. In: Küster, Hansjörg (Hrsg.): Kulturlandschaften, Frankfurt, S. 33 - 66.

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Experimentelle Designs in der Raumplanungsforschung:
Stand der Forschung und ein Beispiel zum Thema Planungsmethoden

Dr. Christian Diller ist Professor für Raumplanung und Stadtgeographie am Institut für Geographie der Justus- Liebig-Universität Gießen.

Sarah Oberding ist Mitarbeiterin im Bereich Bildungsmonitoring beim Lahn-Dill-Kreis, Wetzlar.

Abstract

Bei experimentellen Designs geht es darum, Einstellungen und Verhaltensweisen von Kontrollgruppen zu bestimmten Aspekten von räumlichen Strukturen und Prozessen in mehr (Laborexperiment) oder minder (Feldexperiment) kontrollierten Situationen zu untersuchen. Der Blick auf vorliegende Arbeiten verdeutlicht zunächst, dass in den Politikwissenschaften, aber ansatzweise auch in den Planungswissenschaften experimentelle Designs trotz des Nachteils der geringeren externen Validität grundsätzlich anwendbar erscheinen. Das untersuchte eigene Fallbeispiel beschreibt die Entwicklung eines Fragebogens innerhalb eines laborartigen experimentellen Designs, der dann in einem Feldexperiment zum Einsatz kommen soll. Dabei geht es inhaltlich um die Frage des Stellenwerts rationaler, kommunikativer und kreativer Dimensionen beim Einsatz von Planungsmethoden. Abschließend werden die methodischen Konsequenzen der Untersuchung für weitere geplante Forschungsarbeiten diskutiert.

1. Stand der Forschung

1.1 Vorabklärung: »Experimentelle Forschungsdesigns« vs. »Reallabore«

Um zunächst ein Missverständnis zu vermeiden: Unter »Planungsexperimenten« werden in der Raumplanung oft innovative Planungsverfahren verstanden, die in der Praxis durchgeführt wurden (z. B. Nyseth et al. 2010; Weiss 1964). In der letzten Zeit hat hier in der Fachdebatte vor allem der Begriff des »Reallabors« Aufmerksamkeit erfahren. Prägnant verkürzt formuliert handelt es sich dabei um einen Ansatz, der über die gängigen Partizipationsverfahren hinausgehend versucht, Planungsprozesse und die dazugehörige aktionsorientierte Forschung noch näher in der alltäglichen Lebenswelt der Beteiligten zu verankern. Ob mit dem Begriff der Reallabore nur eine »kreative Irritation« der Forschung ausgelöst wurde oder aber damit auch substanziell eine Neuerung gegenüber den bisherigen experimentellen Ansätzen in der Stadtforschung verbunden ist, ist dabei umstritten. Aus dem klassischem wissen-

ISSN 1868 - 5196

schaftlichen Begriffsverständnis heraus ist durchaus zu kritisieren, ob der mit hoher Irritationskraft ausgestattete (Schneidewind 2014: 5) Begriff des »Labors« für diese Ansätze angemessen ist, da die »Versuche« ja gerade unter nicht kontrollierten Bedingungen stattfinden. Zumindest kann hier nicht von regelrechten klassischen wissenschaftlichen experimentellen Forschungsdesigns gesprochen werden, um die es in diesem Beitrag geht (Mandelbaum 1975). Mit »experimentellen Forschungsdesigns« sind hier dagegen dezidiert Ansätze gemeint, bei denen Einstellungen und Verhaltensweisen unterschiedlicher Probandengruppen bezogen auf einen Aspekt der Raumplanung miteinander verglichen werden. Zumindest bei den laborartigen Designs steht im Unterschied zu den Reallaboren gerade nicht die höchstmögliche Annäherung an die Realität, sondern umgekehrt die höhere Kontrolle der Rahmenbedingungen im Zentrum.

1.2 Experimentelle Forschungsdesigns in den Politikwissenschaften

Welche Rolle können experimentelle Forschungsdesigns in einem Wissenschaftsbereich spielen, der traditionellerweise in der empirischen Untersuchung seiner Theorien auf beobachtende Verfahren konzentriert war? Diese Frage wurde in den letzten Jahren auch in den Politikwissenschaften intensiver diskutiert. Lange Zeit standen hier praktische, aber auch ethische und z. T. wissenschaftsideologische Aspekte dem Einsatz experimenteller Methoden entgegen (Liphart 1971: 683 f.). Die Evaluationsforschung war sicherlich der Teilbereich innerhalb der Politikwissenschaften, in dem experimentelle Versuchsgruppendesigns schon traditionell eine relativ hohe Akzeptanz aufwiesen (Cook/Campbell 1979; Shadish/Cook/Campbell 2002), wie auch der Blick in klassische Lehrbücher Rossi/Lipsey/Freeman (2004), in Deutschland insbes. Bortz/Döring (2008), zeigt. Vor allem durch Psychologie und Ökonomie inspiriert, wurden jedoch in den letzten Jahren auch in den Politikwissenschaften Experimente international »salonfähiger«, was sich international nicht zuletzt in einem eigenen Lehrbuch der experimentellen Politikwissenschaften (Druckmann et al. 2011) und in Deutschland in ausführlicheren Beiträgen zu diesem Thema in Lehrbüchern ausdrückte (Kanitsar/Kittel 2015).

Experimente können sich auf jede Stufe des Policy-Cycles beziehen (Kanitsar/Kittel 2015: 397). Sie können verwendet werden, um in der Grundlagenforschung die Funktionen und Regeln von Institutionen und das Verhalten von politischen Akteuren theoretisch zu analysieren, aber auch um in der Anwendungsforschung Policy-Wirkungen exante zu evaluieren. Experimente geben auch in den Politikwissenschaften die Möglichkeit, Einblick in die Zusammenhänge und Mechanismen sozialer Interaktion zu erhalten und damit den Zusammenhang zwischen der Policy-Implementierung und den Ergebnissen und Wirkungen zu verstehen. Die empirische Erforschung realer Prozesse kann durch Experimente ergänzt oder vorbereitet werden, indem hier die behaupteten Kausalmechanismen dekontextualisiert werden (Kanitsar/Kittel 2015: 380). Experimentelle Methoden können damit dem Problem empirischer Methoden abhelfen, dass diese nur ein – nämlich das realisierte – Ergebnis erfassen, nicht aber das kontrafaktische Ergebnis, welches ohne den politischen Stimulus realisiert worden wäre. Durch die Möglichkeit der Kontrolle der Rahmenbedingungen ist die interne Validität von Experimenten höher als von empirischen Analysen, durch Kenntnis der Rahmenbedingungen kann das Resultat besser vorhergesagt werden.

Im engeren Sinne werden unter experimentellen Forschungsdesigns vor allem Feld- und Laborexperimente voneinander unterschieden:

- Feldexperimente finden im realen Kontext statt und haben dadurch den Vorteil größerer externer Validität, ihre Ergebnisse sind eher auf die Realität übertragbar. Ihre interne Validität zur Überprüfung von Zusammenhangs- und Wirkungshypothesen ist jedoch geringer als bei Laborexperimenten, da die Situation weniger kontrolliert ist und mehr Störvariablen auftreten können.
- Die Isolation des zentralen Zusammenhangs von Drittvariablen kann besser im Rahmen von Laborexperimenten erreicht werden. Die Identifikation des Kausaleffekts erfolgt durch systematische Manipulation des Untersuchungsdesigns in den Versuchsgruppen (Kanitsar/Kittel 2015: 380). Laborexperimente finden also unter kontrollierten Bedingungen statt und haben daher gegenüber Feldexperimenten den Vorteil der größeren internen Validität. Ihre externe Validität ist jedoch geringer als bei Feldexperimenten, da das Setting künstlich ist.

Der Zielkonflikt hoher externer Validität und der Kontrolle der Rahmenbedingungen muss

immer neu angegangen, kann aber nie vollständig aufgelöst werden.

Von Bedeutung ist weiterhin der Unterschied zwischen Experimenten und Quasi-Experimenten, vor allem für Laborexperimente: Bei Experimenten im engeren Sinne werden Gruppen per Zufall (Randominisierung) eingeteilt, bei Quasi-Experimenten arbeitet man mit natürlichen Gruppen. Die interne Validität von Experimenten ist im Vergleich zu Quasi-Experimenten höher, da hier personenbezogene Störmerkmale besser ausgeblendet werden können (Bortz/Döring 2015: 54ff.).

Experimentelle Forschungsdesigns haben den Vorteil, unter kontrollierbaren Bedingungen Unterschieds- und Wirkungshypothesen relativ stringent mit einem relativ günstigen Aufwand-Nutzen-Verhältnis prüfen zu können. Die Hauptkritik an Experimenten gegenüber den üblichen Erhebungsverfahren der empirischen Sozialforschung ist die einer geringeren externen Validität: Vor allem die Laborsituation ist gegenüber der realen Welt künstlich und entsprechend lassen sich auch Erkenntnisse nicht 1:1 übertragen. Alleine die Tatsache, dass es sich bei den Probanden von Experimenten meistens um Studierende (zudem aus bestimmten Fachrichtungen) handelt, weil repräsentative Bevölkerungsgruppen nur mit hohem Aufwand in Experimente einbezogen werden können, zeigt das Defizit im Hinblick auf die geringe externe Validität (Te Brömmelstroet 2015: 183). Die Vorinformiertheit und das Verhalten von Probanden sind in experimentellen Situation oft anders als in der realen Welt. Auch im Hinblick auf die Reliabilität bzw. Reproduzierbarkeit sind experimentelle Designs nicht unproblematisch, alleine schon deshalb, weil Lerneffekte der Forscher, evtl. auch der Probanden aus einzelnen Versuchen resultieren (Te Brömmelstroet 2015: 195). Allerdings lassen sich durch das Versuchsdesign und das Durchführen von Experimenten mit anderen Anordnungen sowie die Verknüpfungen mit Beobachtungen in der Realwelt Rückschlüsse auf die Übertragbarkeit der Laborergebnisse erzielen (Kanitsar/Kittel 2015: 382 f.).

Die Kombination beider Typen von Experimenten – Feld- und Laborexperimente – untereinander und mit Erhebungen in Realsituationen kann daher hilfreich sein, um Hypothesen kontrolliert schrittweise an die Realität anzunähern. In der Praxis ist der Unterschied zwischen Feld- und Laborexperimenten häufig nur ein gradueller; wo genau eine Untersuchung einzuordnen ist bemisst sich daran, wie stark die Situation dem natürlichen Umfeld der Probanden ähnelt und wie stark sie von den Forschern kontrolliert wird.

1.3 Anwendungsbeispiele für Experimente in der Raumplanungsforschung

In der raumbezogenen Forschung haben experimentelle Versuchsanordnungen eine lange Tradition. Am bekanntesten sind sicherlich die Versuchsanordnungen von Kevin Lynch (1960) aus den 1950er Jahren, in denen die in experimentellen Situationen erstellten kognitiven Karten unterschiedlicher Sozialstatusgruppen miteinander verglichen wurden. In dieser Tradition wurden in der Kognitionspsychologie eine Fülle von Untersuchungen zu unterschiedlichen Aspekten der Raumwahrnehmung in experimentellen, oft laborartigen Settings durchgeführt worden (z. B. Vigier 1965). Auch in der Verhaltenspsychologie und Verhaltensökonomie haben Untersuchungen in laborartigen Situationen z. B. zum Verhalten in öffentlichen Räumen Tradition (Jakobson et al. 1970; Ary et al. 2013; Ariely 2009; Thaler/Sunstein 2009; Kahnemann 2011; Uhr 1958). In benachbarten Bereichen der Stadtplanung wie der lokalen Sozialpolitik oder Arbeitsmarktpolitik spielten Experimente vor allem in den USA (Neuberg 1986) aber auch den Niederlanden (De Koning et al. 1991) bereits seit den späten 1960er Jahren eine Rolle zur Beurteilung der Wirkungen von Maßnahmen. In Deutschland haben vor allem die an Planungsbeispielen gewonnenen system- und verhaltenstheoretisch fundierten Erkenntnisse zum Verhalten von Menschen in komplexen Entscheidungssituationen von Dörner (1989) sogar eine gewisse Prominenz erlangt.

Im Kontext des hier vorgestellten Ansatzes sind vor allem jene interessant, in denen bestimmte Instrumente und Methoden des Planungsprozesses und ihre Auswirkungen auf Akteure im Vordergrund stehen.

Als laborartige Designs lassen sich folgende Untersuchungen einordnen:

- Stamps et al. (2005) ermittelten die möglichen Wirkungen städtebaulicher Gestaltungsrichtlinien. Dazu wurden zunächst per Computersimulation die Auswirkungen städtebaulicher Richtlinien für städtebauliche Strukturen (z. B. Stadtsilhouetten) dargestellt und es wurden Personen nach ihrer Einschätzung der baulichen Resultate befragt. Im Ergebnis wurde für jede Richtlinie eine quantitativ fundierte Einschätzung ihrer Sinnhaftigkeit gegeben.

■ Gill et al. (2013) untersuchten im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts zum Umgang mit Hochwasser in der Innenstadt von Sheffield in einem laborartigen Design den Einsatz unterschiedlicher Medien im Planungsprozess. Im Ergebnis gab es deutliche Unterschiede in der Akzeptanz der Medien.

■ Shipley/Michela (2006) ermittelten in laborähnlichen Experimenten die Wirkungen der unterschiedlichen Ausgestaltung stadtplanerischer Visionen/Leitbilder. Dabei wurden studentischen Probandengruppen unterschiedliche Videos mit stadtplanerischen Visionen vorgeführt, die sich nur darin unterschieden, dass in einem der Videos sieben Sekunden mehr darauf verwendet wurden, die der Vision zugrundeliegenden Werte kurz zu erläutern. Das Ergebnis war, dass diese begründete Vision unter den Probanden deutlich mehr Zustimmung fand als jene, die sich nur auf Bilder und Fakten beschränkten.

■ Hemberger (2014) entwickelt auf der Grundlage von Schönwandts (2002) »Planungstheorie der Dritten Generation« und des »Problems First«-Ansatzes ein Trainingsprogramm zur Schulung bei der Lösung komplexer Planungsaufgaben. Zur Evaluation des Trainingsprogramms wurde ein laborartiges Design eingesetzt, bei dem studentischen Gruppen mit und ohne Schulung in dem Trainingsprogramm Planungsprobleme zur Lösung (Erarbeitung eines Strategiepapers) vorgelegt wurden, z. T. zu unterschiedlichen Messzeitpunkte. Im Ergebnis wiesen die geschulten Gruppen höhere Problemlösungskompetenzen auf.

■ Te Brömmelstroet (2015) führte vor dem Hintergrund der methodischen Fragestellung nach den Potenzialen von Experimenten ein solches durch, in dem die Effekte von Planungsunterstützungssystemen (Planning Support Systems, PPS) getestet wurden. Dazu wurden in laborartigen Gruppen Planungsaufgaben vorgelegt, die zum Teil mit und ohne PPS zu lösen waren. Die Hypothese, wonach der Einsatz des PPS Planungsprozess und Planungsergebnis verbessert, wurde dabei zunächst falsifiziert; die Bewertungsergebnisse der Gruppen mit PPS waren schlechter als die ohne. Weitere Versuche zeigten jedoch, dass das PPS sich bei kleinen eingespielten Gruppen als eher störend erwies und bei größeren Gruppen durchaus unterstützend wirkte.

Exemplarisch für Feldforschungsdesigns sind zu nennen:

■ Rodriguez/Rogers (2014) ermittelten im Rahmen eines Feldexperiments den Einfluss von bereitgestellten Informationen auf die Wohnstandort- und Verkehrsmittelwahl von Studierenden, indem verschiedenen Gruppen unterschiedliche Informationen bereitgestellt wurden. Es wurde ein hoher Zusammenhang zwischen dem Informationsgrad und den Standortentscheidungen deutlich, wobei Kontextvariablen der Probanden ebenfalls eine Rolle spielten.

■ Rodriguez/Khattak/Evenson (2006) ermittelten in einem Feldexperiment den Einfluss des Urban Designs von Siedlungen auf das räumliche Verhalten ihrer Bewohner in North Carolina. Dazu wurde eine Siedlung des New Urbanism mit verschiedenen klassischen amerikanischen Suburbs verglichen, sowohl Daten der amtlichen Statistik als auch Bewohnerbefragungen wurden ausgewertet. Im Ergebnis wurde – auch unabhängig von demographischen Kontextvariablen – deutlich, dass sich die Bewohner in der neuen Siedlung räumlich stärker an ihrer unmittelbaren Nachbarschaft orientierten als die Bewohner der Suburbs.

Die Unterschiede zwischen Laborexperimenten, Feldexperimenten und völlig unkontrollierten Erhebungssituationen sind bisweilen fließend, wie dieses Beispiel zeigt:

■ Julian/Reischl (1997) führten Partizipationsverfahren in drei Gruppentypen mit je drei Themen durch. Die Gruppentypen unterschieden sich vor allem in der Intensität der Partizipation, die von längeren Workshops, bei denen die Probanden auch in Kontakt zu den Planern/Politikern kamen (in einer eher laborartig kontrollierten Situation), bis hin zu einfacher Beteiligung per E-Mail (in einer eher unkontrollierten Situation) reichte. In einigen Bewertungsfragen unterschieden sich die Gruppen voneinander, in anderen nicht.

2. Vorbereitung eines Feldexperimentes durch ein Laborexperiment aus der Planungsmethodenforschung mit dem Ziel der Messung der Dimensionen von Planungsmethoden

Die meisten der vorab dargestellten Beispiele lassen sich mehr oder weniger eindeutig entweder als Labor- oder als Feldexperimente bezeichnen. Die Besonderheit des nachfolgend dargestellten Ansatzes besteht darin, dass hier ein vorgesehenes Feldexperiment durch ein Laborexperiment vorbereitet wird. Zentral ist ein Fragebogen, der perspektivisch in

unkontrollierten realen Planungssituationen eingesetzt werden soll.

2.1 Hintergrund, Ausgangshypothesen und Einbettung der Untersuchungen

Den Hintergrund der Untersuchung bildet das 2013 begonnene und 2016 abgeschlossene dreijährige DFG-Forschungsprojekt »Raumplanungsmethoden als kollektive Handlungsressource im Communicative Turn« (2013-2016; GZ: DI 1641/5-1). Da der Schwerpunkt dieses Beitrags auf den Methoden liegt, wird der theoretische Hintergrund der Untersuchung nur kurz beleuchtet. Dieser ist an anderer Stelle ausführlicher dargestellt (Diller/Oberding 2017; Diller/Karic/Oberding 2017).

Die Grundfragestellung des Forschungsprojektes war, ob und inwieweit sich der vielfach seit Jahren diagnostizierte »Communicative Turn« in der Raumplanung, in dem kommunikative Rationalität als Gegenmodell zum analytisch-rationalen Planungsmodell formuliert wird (Healey 1996, 2006; Forester 1999), auch in ihren eingesetzten Methoden zeigt. Ein Arbeitsschritt des Forschungsprojekts war ein Ansatz zur Messung bestimmter Komponenten in Planungsprozessen, die für die unterschiedlichen Rationalitätsverständnisse in der Raumplanung (Siebel 2006) stehen. Unter der Annahme, dass Planungsmethoden der Aktivierung mehrdimensionaler Akteurspotenziale dienen, wurde drei Bewertungsdimensionen unterschieden, die in der Intelligenzforschung verwendet werden (Sternberg 2002, 1998), die aber auch auf die Analyse von Prozessen in der Raumplanung Anwendung finden können:

- Rationalität: Analytische Intelligenz primär zur Problemstrukturierung, Problemlösung und Entscheidungsfindung;
- Kommunikation: Praktische Intelligenz zur Umsetzung von Lösungen, wobei vor allem kommunikative Intelligenz eine entscheidende Rolle spielt;
- Kreativität: Schöpferische Intelligenz zur Findung der »guten« Probleme und Generierung von innovativen Lösungen.

Für die Erforschung der in Planungsprozessen eingesetzten Planungsmethoden stellt sich zunächst die Frage, ob eine eindeutige Einteilung von Planungsmethoden in eher kommunikative, eher kreative und eher rationale Methoden überhaupt möglich ist.

Eine eigenfinanzierte bundesweite Befragung hatte bereits erste repräsentative Erkenntnisse zum Einsatzgrad von Planungsmethoden geliefert (Diller 2010). Im Rahmen der Antragstellung für das Projekt war in einer internen Untersuchung bereits explorativ überprüft worden, ob eine Typisierung von Planungsmethoden hinsichtlich der Adjektive »kommunikativ«, »kreativ« und »rational« möglich ist. Aus dieser Bewertung ergaben sich die in Abbildung 1 dargestellten folgenden Unterschiedshypothesen zur Zuordnung der Methoden zu Dimensionen. Für einzelne Methoden, die vermutlich bestimmte Dimensionen besonders repräsentieren, wurde dies konkretisiert:

»H1: Planungsmethoden lassen sich in ihren Bedeutungsanteilen der rationalen, kommunikativen und kreativen Dimension und damit in ihren Möglichkeiten, die entsprechenden Potenziale der Akteure in Planungsprozessen zu aktivieren, eindeutig unterscheiden.«

»H2: Für ausgewählte Planungsmethoden stellen sich diese so dar:
- Netzplantechnik, Nutzwertanalyse sind »rationale« Methoden;
- Planspiel und World Café sind »kommunikative« Methoden;
- Mind Mapping ist eine »kreative« Methode;
- Die SWOT-Analyse und der Strategic-Choice-Approach sind Methoden sowohl mit hohen rationalen als auch kommunikativen Anteilen.«

Abb. 1: Ausgangshypothesen zum Unterschied zwischen Planungsmethoden

Innerhalb des hier relevanten Arbeitsschrittes 1 wurde im Rahmen eines laborartigen quasi-experimentellen Untersuchungsdesigns ein Fragebogen zur differenzierteren Messung der Dimensionen von einzelnen Planungsmethoden entwickelt. Dieser Fragebogen sollte dann – mit leichten Modifikationen – in Feldexperimenten in praktischen Planungsprozessen zum Einsatz kommen.

Das laborartige Untersuchungsdesign wurde vor allem gewählt, weil sich so eine Trennschärfe zwischen den zu untersuchenden Methoden gewährleisten lässt, die unter realen Bedingungen in Planungsprozessen, wo häufig mit einem Mix von Methoden gearbeitet wird, so nicht vorzufinden ist. Zudem ist der Aufwand eines laborartigen Designs durch die Einbeziehung studentischer Probanden im Rahmen von Lehrveranstaltungen an der Universität geringer als der eines Feldexperiments oder gar einer Erhebung in voll-

ständig unkontrollierten Situationen. Dazu kommen Synergieeffekte mit der Lehre.

2.2 Arbeitsschritte

Abbildung 2 verdeutlicht den detaillierten Ablauf des Arbeitsschritts.

2.2.1 Erarbeitung des Fragebogens

Der Fragebogen wurde in mehreren Stufen erarbeitet. Zunächst (vgl. Abb. 2, AS 1.1.) waren je drei Fragen zur Methodenkenntnis und zur Bewertung der angewendeten Methode enthalten sowie je drei Aussagen über die kommunikative, kreative und die rationale Dimension der Methode. Zudem wurde darin die Einschätzung der Dimension direkt abgefragt. Der Fragebogen wurde von 19 Studierenden nach Bearbeitung eines Planungsproblems mit der SWOT-Analyse und dem Mind Mapping erprobt. In mehreren Stufen wurde dann sowohl der Inhalt des Fragebogens erweitert als auch das Design optimiert. Grundlage für die Erweiterung des Fragenkatalogs waren einerseits Literaturrecherchen zur Beschreibung der Begriffe »kommunikativ«, »kreativ«, »rational« und zur Fragebogenerstellung (z. B. Sternberg 2002; Rost 2010; Jetter/Skrotzki 2005; Winkler et al. 2010) und andererseits ein Brainstorming mit Studierenden zu den drei Dimensionen. In einem Pretest (vgl. Abb. 3, AS 1.2) wurden dann die Aussagen für die Planungsmethoden Mind Mapping, SWOT-Analyse und Nutzwertanalyse bewertet. Möglich war eine Bewertung von 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 4 (trifft voll und ganz zu). Die Ergebnisse des Pretests verdeutlichen, dass eine Abgrenzung der gebildeten Dimensionen zueinander möglich ist, jedoch auch, dass sich die zu bewertenden Methoden hinsichtlich der Dimensionen voneinander unterscheiden.

Der wichtigste Fragenkomplex innerhalb des endgültigen Fragebogens (vgl. Abb. 2, AS 1.3) enthielt zu jeder Dimension zehn zu bewertende Aussagen (vgl. Abb. 3).

Im Fragebogen waren diese Aussagen jedoch bewusst nicht sortiert, damit die Probanden die Zuordnung zu den Dimensionen nicht erkennen konnten.

Der zweite Fragekomplex des Fragebogens beinhaltete Aussagen zu Methodenvorkenntnissen, zur Methodenkompetenz und zur Nützlichkeit der Methoden. Im Einzelnen wurden dabei folgende Aspekte durch die in Abbildung 4 aufgeführten Fragen ermittelt.

2.2.2. Vorbereitung und Durchführung der Quasi-Laborexperimente

Die Quasi-Experimente mit den Studierenden wurde in ihrem »natürlichen« Umfeld der Universität durchgeführt, wie es eigentlich für Feldexperimente charakteristisch ist. Jedoch war die Situation, in der die Planungsaufgaben absolviert wurden, so stark kontrolliert und aus studentischer Sicht untypisch, dass hier von einem Laborexperiment gesprochen werden kann.

Die Wissensgrundlagen für die Probanden zu den eingesetzten Planungsmethoden waren vor allem durch einsemestrige 14-wöchige Lehrveranstaltungen im Rahmen des Bachelor-Studienganges Geographie im Zeit-

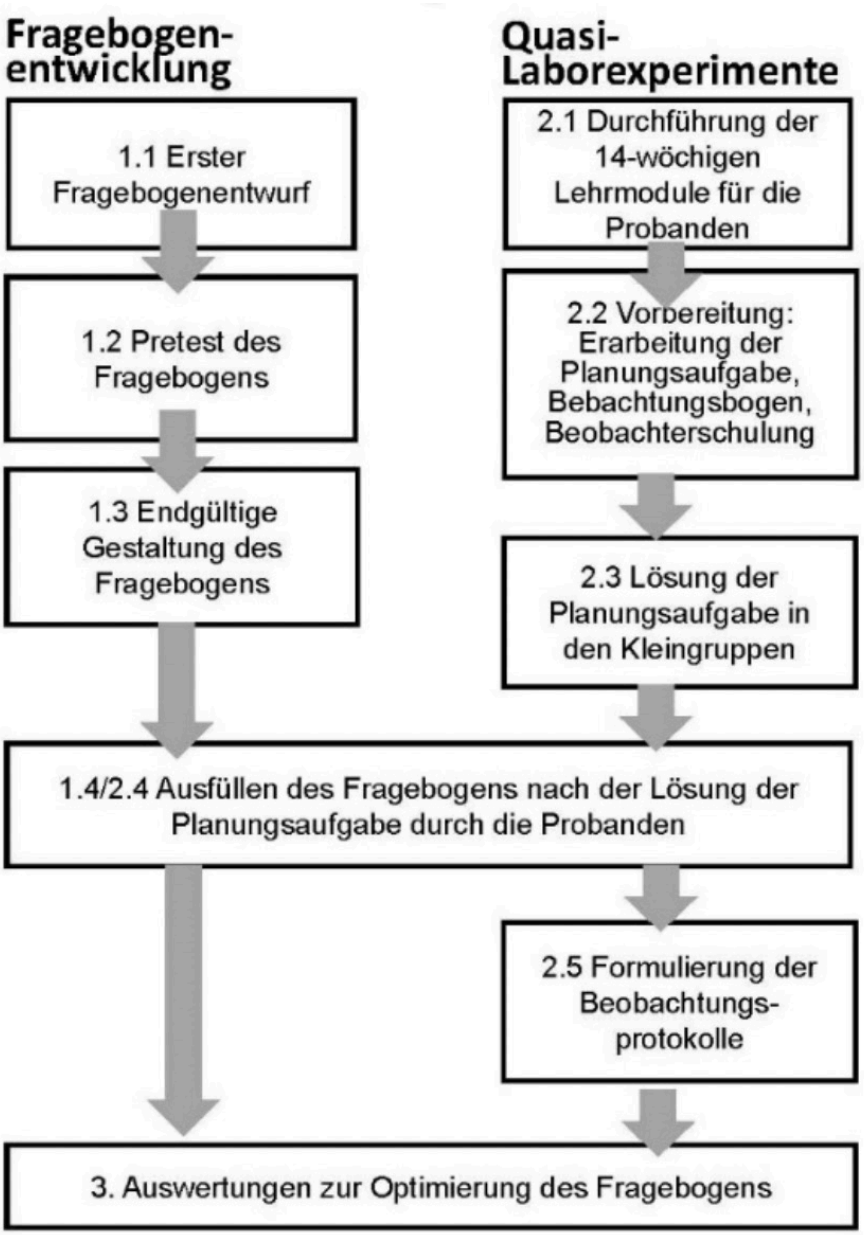


Abb. 2: Vorgehen im Teilarbeitsschritt Entwicklung eines Fragebogens zur Messung der Dimensionen von Planungsmethoden im Rahmen eines quasi-laborexperimentellen Designs im Rahmen des DFG-finanzierten Forschungsprojekts »Planungsmethoden im Communicative Turn« Quelle: eigene Darstellung

Beim Einsatz zur Lösung der Aufgabe...

kommunikativ

- ... hat eine lebhafte Gruppenarbeit stattgefunden.
- ... musste ich die Meinung anderer erfragen.
- ... wurden Informationen ausgetauscht.
- ...mussten sich alle Mitglieder der Gruppe beteiligen.
- ... musste die Gruppe einen Kompromiss finden.
- ... musste in der Gruppe diskutiert werden.
- ... musste ich meine Meinung einbringen.
- ... mussten die Gruppenmitglieder Argumente austauschen.
- ... war die Zusammenarbeit in der Gruppe notwendig.
- ... mussten Absprachen unter den Gruppenmitgliedern getroffen werden.

kreativ

- ... war Ideenreichtum erforderlich.
- ... wurden ungewöhnliche Lösungen entwickelt.
- ... war Phantasie gefragt.
- ... konnte ich meinen Gedanken ungefiltert freien Lauf lassen.
- ...mussten neuartige Ansätze entwickelt werden.
- ...war es möglich schöpferisch zu sein.
- ... waren originelle Ideen zugelassen.
- ... war eine Visualisierung hilfreich.
- ... war Einfallsreichtum gefragt.
- ... wurden neue Ideen produziert.

rational

- ... wurde analytisch vorgegangen.
- ... war logisches Denken notwendig.
- ... wurden zu Beginn einzelne Teilschritte festgelegt, die zur Bearbeitung notwendig waren.
- ... musste strukturiert vorgegan-gen werden.
- ... war mathematisches Verständnis gefragt.
- ... wurde zunächst ein Problem definiert.
- ... wurden alternative Lösungen verglichen.
- ... war ein stringentes Vorgehen notwendig.
- ... mussten Prioritäten gesetzt werden.
- ... musste zwischen Alternativen ausgewählt werden.

Abb. 3: Fragebogenentwicklung: Fragen zur Messung der Dimensionen der Planungsmethoden Quelle: eigene Darstellung

raum Wintersemester 2013/14 bis Wintersemester 2015/16 gelegt worden (vgl. Abb. 3, AS 2.1). In diesen Lehrveranstaltungen wurden folgende Methoden erlernt:

- Netzplantechnik, Planspiel, World-Café, Mind Mapping im Rahmen des Moduls »Projektmanagement«;
- SWOT-Analyse im Rahmen des »Einführungsprojekts Raumplanung« und der Tutorien zur »Einführungsvorlesung Raumplanung«;
- Nutzwertanalyse im Rahmen des Moduls »Bewertungsmethoden«.

Im Rahmen der Module wurden die Methoden grundsätzlich erläutert und es wurden während des gesamten Verlaufs der LV bereits kleine Übungen absolviert. Für diese Methoden konnte also am Semesterende von soli-

Abb. 4: Fragebogenentwicklung: Weitere Fragen zur Bewertung der Planungsmethoden und der Aufgabe

- **Verständlichkeit der Methode** durch die Frage: »Die Methode war einfach zu verstehen«.
- **Methodenvorkenntnisse** durch die beiden Fragen: »Die Methode kannte ich bereits vor der Sitzung« und »Ich habe die Methode bereits vor der Sitzung angewendet«.
- **Methodenkompetenz** durch die drei Fragen: »Ich kann anderen die Methode erklären«, »Ich bin in der Lage ein Planungsproblem mit dieser Methode zu lösen« und »Die Methode war einfach anzuwenden«.
- **Nützlichkeit der Methode und Qualität der Informationsbereitstellung** durch die fünf Fragen: »Die Methode war zur Lösung der Aufgabe hilfreich«, »Mit Hilfe der Methode konnte ein Ergebnis erzielt werden« und »Als Mit-arbeiter/Mitarbeiterin des Planungsamtes würde ich die angewandte Methode nutzen, um ähnliche Probleme zu lö-sen«, »Mit den zur Verfügung gestellten Informationen bin ich zufrieden« und »Die Methode konnte mit Hilfe der gegebenen Informationen gut angewendet werden«.
- **Gesamtzufriedenheit mit der Aufgabenerfüllung** durch die Frage: « Ich habe das Gefühl, die Aufgabe mit meiner Gruppe gut gelöst zu haben«.
- **Lerneffekte durch Methodeneinsatz in der Aufgabe** durch die drei Fragen: «Die Bearbeitung der Aufgabe hat dazu beigetragen, dass ich die Methode besser verstehe«, »Durch die Bearbeitung der Aufgabe konnte ich meine Metho-denkenntnis verbessern« und »Nach der Lösung der Aufgabe beherrschte ich die Methode im Vergleich zur Situa-tion vorher besser«.

den Basiskenntnissen der Studierenden ausgegangen werden. Die Experimente bildeten den Abschluss der einsemestrigen Lehrveranstaltungen. Zusammen mit schriftlichen Ausarbeitungen ergaben sie auch einen Teil der Modulnote. Allerdings war, dies wurde vorher klar kommuniziert, nur die Teilnahme am Experiment verpflichtend, Aktivitäten und Ergebnis bildeten keinen Teil der Gesamtnote.

Die Ausnahme stellte die Methode des Strategic-Choice-Approach (SCA) dar (Diller/Oberding 2017). Hier wurde das Experiment im Rahmen zweier Projektmodule der Master-Klassen der Geographie an der Justus-Liebig-Universität Gießen im Sommersemester 2014 und 2015 durchgeführt. Im Unterschied zu den anderen Methoden erhielten hier die Studierenden nur eine kurze Einführung in die Methode. Sie mussten sich diese während der Anwendung im Experiment weiter erschließen. Im Unterschied zu den anderen Gruppen fanden für diese Gruppe mehrere Sitzungen statt, die nicht beobachtet wurden und von den Studierenden selbst geleitet wurden. Auch wenn es sich um Master-Studierende mit gewissen Grundkenntnissen zu anderen Methoden handelte, kann von deutlich weniger Grundkenntnissen ausgegangen werden, die Studierenden wurden bewusst »ins kalte Wasser geworfen«.

Im Zuge der Vorbereitung der Quasi-Laborexperimente (vgl. Abb. 2, AS 2.2). wurden von der Forschungsgruppe die im Experiment mit Hilfe der Planungsmethoden in Gruppenarbeit zu lösenden Planungsaufgaben erarbeitet und schließlich in einem Hand-Out für die Studierenden fixiert. Die Aufgaben waren so gewählt, dass sie in Kleingruppen innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungsdauer von 45 Minuten absolviert werden konnten. Um dies sicherzustellen, wurden die Aufgaben von der Forschungsgruppe selbst getestet.

Gleichzeitig wurde ein Beobachtungsbogen entworfen und ein Teil der studentischen Forschungsgruppenmitglieder als Beobachter geschult. Mit dem Beobachtungsbogen war angestrebt, die Anzahl der Sprechakte (Äußerung einer Person zum Thema, unabhängig von der Anzahl der Sätze) und damit einhergehend die Häufigkeit der Sprecherwechsel in der Gruppe zu erfassen, um daraus ableiten zu können, wie kommunikativ eine Methode ist. Zudem wurden Beobachtungen zum Vorgehen der Studierenden dokumentiert.

Das Quasi-Laborexperiment selbst wurde im Zeitfenster der jeweiligen Lehrveranstaltungen (Ausnahme: Gruppe zum Strategic-Choice-Approach, s. o.) durchgeführt, in der Regel am Abschlusstag, z. T. aber auch an mehreren Tagen (vgl. Abb. 3, AS 2.3). Anwesenheit war hier für die Studierenden Pflicht. Am Anfang wurde den Studierenden das Handout zur Planungsaufgabe verteilt und die Planungsaufgabe ausführlich erläutert.

Die Zuteilung zu den Kleingruppen konnten die Studierenden selbst vornehmen, z. T. entsprechend ihren Methodenpräferenzen, in jedem Fall entsprechend ihren Präferenzen zur Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, daher handelte es sich um ein Quasi-Experiment. Der daraus möglicherweise resultierende Nachteil der geringeren internen Validität von Quasi-Experimenten (vgl. Bortz-Döring 2015: 55ff.) wurde in Kauf genommen, um eine reibungslosere Zusammenarbeit der Gruppe und ein insgesamt höheres Niveau der Aufgabenerfüllung sicherzustellen und die Motivation der Probanden zu erhöhen.

In den Lehrveranstaltungen zur SWOT-Analyse und zur Nutzwertanalyse hatten die Studierenden keine freie Methodenwahl. In der Lehrveranstaltung Projektmanagement war ihnen eine Methode aus dem Katalog World-Café, Planspiel, Mind Mapping und Netzplantechnik vorgegeben, die sie durch eine weitere ergänzen konnten, zu der dann ein eigener Bewertungsbogen ausgefüllt wurde.

Die Beobachter waren in Hörweite zu den Probanden placiert und standen grundsätzlich während der gesamten Bearbeitung für Rückfragen zur Verfügung. Auf das Einhalten der vorgegebenen Bearbeitungszeit von 45 Minuten wurde geachtet.

Nach der Bearbeitung der Aufgabe erhielten die Probanden den oben beschriebenen Fragebogen, in dem die Methode, die zur Lösung der Aufgabe eingesetzt wurde, bewertet werden sollte. Das Ausfüllen war Pflicht, danach wurde der Bogen eingesammelt (vgl. Abb. 3, AS 1.4./2.4).

2.3. Auswertungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Fragebogens für den Einsatz in den geplanten Feldexperimenten

Insgesamt wurden die Quasi-Laborexperimente an 37 Terminen (je Termin eine Stichprobe) in Kleingruppenarbeit durchgeführt. Die Teilnehmerzahl der Gruppen lag zwischen drei und sieben. Insgesamt wurden nach den Experimenten zu den sieben Planungsmethoden 518 gültige Fragebögen (Fälle) abgegeben: Netzplantechnik (160 Antworten), SWOT-Analyse (139), Planspiel (77), Nutzwertanalyse (42), World-Café (42), Stra-

tegic-Choice-Approach (32), Mind Mapping (26). Die durchschnittliche Stichprobengröße lag bei 14.

Im Hinblick auf den in den geplanten Feldexperimenten einzusetzenden Fragebogen ergab die Auswertung wertvolle Ergebnisse vor allem zur Konstruktion der Fragen und dem Setting (vgl. Abb. 2, AS3), diese sind nachfolgend ausführlicher dargestellt.

2.3.1 Auswertungen zur Weiterentwicklung des Fragebogens

Die erste Frage ist, ob die differenzierten Items zur Bewertung der Planungsmethoden grundsätzlich für den weiteren Fragebogeneinsatz tauglich sind.

Dazu werden zunächst die Ergebnisse der Bewertung der Planungsmethoden aus den differenzierten Fragebogenbatterien betrachtet. Die jeweils zehn einzelnen Items wurden gleichgewichtig zu einem Gesamtfaktor aggregiert: Abbildung 5 zeigt die Dimensionsanteile bezogen auf die einzelnen Methoden. Bei allen Dimensionen sind die Abweichungen zwischen den Methoden zwar hochsignifikant (rationale und kreative Dimension) oder zumindest einfach signifikant, dennoch stellt sich das Ergebnis etwas anders dar als erwartet:

Deutlich wird, dass alle Methoden bei der kommunikativen Dimension die höchsten Einstufungen erhielten, auch jene, die nach den o. g. Hypothesen als eher rational oder kreativ eingestuft wurden. Am kommunikativsten ist danach die Methode SWOT-Analyse. Mind Mapping und World-Café werden von den Studierenden als kommunikativ-kreative Methode eingeschätzt. Netzplantechnik und Strategic-Choice-Approach sind hingegen eher kommunikativ-rational. Die Unterschiede der Gewichtung sind insgesamt deutlich geringer als erwartet und im Falle der in den Hypothesen (Abb. 1) als besonders rational eingestuften Methoden Netzplantechnik und Nutzwertanalyse dominiert sogar eine andere Dimension als erwartet.

Dieses Ergebnis aus den aggregierten Antworten wird nun dem Ergebnis der direkten Abfrage nach der Dimension der Planungsmethoden gegenübergestellt. Die Frage lautete: «Wenn Sie sich entscheiden müssten, wie würden Sie die Methode einstufen?« Dazu wurden sechs Antwortkategorien vorgegeben, Abbildung 6 zeigt das Ergebnis. Es ist eindeutiger als das Ergebnis, welches sich aus der Zuordnung der 30 detaillierten Fragen zu

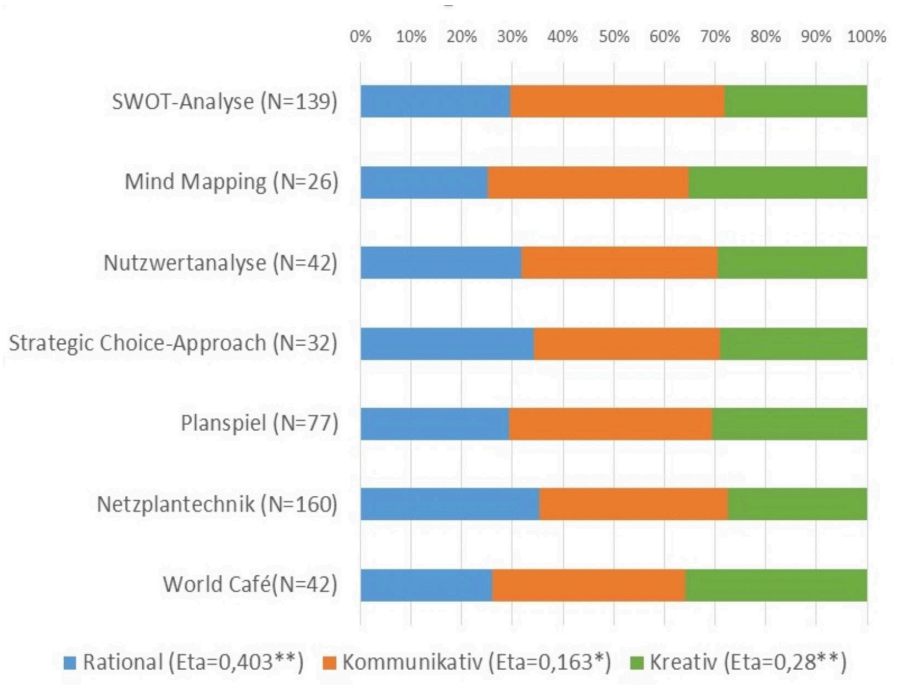


Abb.5: Einschätzung der Dimension von Planungsmethoden – Aggregierte Werte aus 30 Items
Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

den drei Dimensionen (Abb. 6) ergab. Nur zwei Methoden werden von der Mehrzahl der Probanden nicht zusammenfassend als »eher kommunikativ« einstuften: die Netzplantechnik, die noch ein wenig mehr als »eher rational« gilt und das Mind Mapping, welches in fast ebensolchem Maße als »eher kreativ« wie »eher kommunikativ« gilt. Nur wenige Probanden machten von der Möglichkeit der Mischkategorien Gebrauch. Dieses Ergebnis entspricht den formulierten Hypothesen zwar insofern eher als das Ergebnis der Auswertung der aggregierten Fragebatterien, da es deutlichere Unterschiede zwischen den Planungsmethoden gab. Es entspricht den

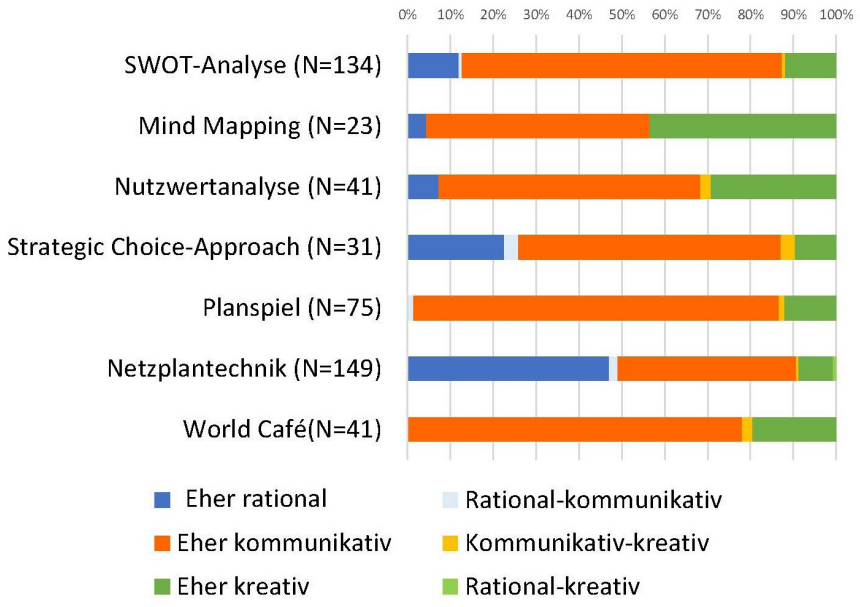


Abb. 6: Einschätzung der Dimension von Planungsmethoden – direkte Abfrage
Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

Hypothesen aber insofern noch weniger, insofern jetzt bei den meisten Dimensionen die kommunikative Dimension dominiert. Lediglich die Netzplantechnik kann zumindest als »auch rational« und das Mind Mapping als »auch kreativ« eingestuft werden. Das Ergebnis für die vermeintlich besonders rationale Methode der Nutzwertanalyse ist völlig überraschend.

Durch die Differenzierung der Begriffe »rational«, »kommunikativ« und »kreativ« in den umfangreichen Fragebogenbatterien überlagern sich zwar die Dimensionen stärker und ist die Abgrenzung der Methoden weniger trennscharf als bei dem kurzen pauschalen Urteil. Durch diese Differenzierung werden aber die Bedeutungsdimensionen der Begriffe »rational«, »kommunikativ« und »kreativ« erweitert, damit ist die Leistungsfähigkeit der einzelnen Methoden bezogen auf diese Begriffe deutlich differenzierter und realitätsnäher eingefangen als in den pauschalen Kurzbewertungen. Somit hat sich die Sinnhaftigkeit der Fragenbatterien innerhalb des Fragebogens grundsätzlich bestätigt.

Eine Faktorenanalyse gibt nun Aufschluss darüber, ob die in Abbildung 4 dargestellten Aussagen auch »rechnerisch« eindeutig den Dimensionen »kommunikativ«, »kreativ« und »rational« zuzuordnen sind und ob evtl. einzelne Items entbehrlich sind.

Festgelegt wurde die Extraktion von drei Faktoren, gemäß den Dimensionen »kommunikativ«, »kreativ«, »rational«. Nach der Rotation (Varimax) haben alle drei Faktoren einen in etwa gleich hohen Erklärungsanteil in Bezug auf die Ausgangsvariablen. Zusammen erklären sie 41,5 % der Gesamtvarianz. Die Korrelation der aus der Faktorenanalyse gewonnenen drei Itemgruppen mit den ursprünglichen Aussagengruppen lag bei R=0,95 (kommunikativ), R=0,92 (kreativ) und R=0,89 (rational), die Signifikanzen liegen bei 0,000.

26 der 30 Items wurden auch im Rahmen der Faktorenanalyse der Dimensionsgruppe zugeordnet, für die sie auch bei der Fragebogenerstellung konzipiert worden waren. Bei vier Items gab es Abweichungen in der Zuordnung, die darauf hindeuten, dass die Befragten sie im Hinblick auf die drei Befragungsdimensionen anders rezipierten als sie bei der Fragebogenkonzeption gemeint waren:

- Das Item »... wurden alternative Lösungen verglichen« war bei der Fragebogenkonzeption als Item für die rationale Dimension konzipiert worden, wurde in der Faktorenanalyse aber der kreativen Dimension zugeordnet. Das ist plausibel: Denn das Wort ‚vergleichen' kann auch als kommunikative Tätigkeit interpretiert werden.
- Gleiches gilt für das Item »...musste ein Problem definiert werden«. Dieses Item lädt auf dem Faktor kommunikativ etwas höher als auf dem Faktor rational.
- Auch das ursprünglich der kreativen Fragedimension zugeordnete Item »... konnte ich meinen Gedanken ungefiltert freien Lauf lassen« wurde in der Faktorenanalyse unter den Faktor »kommunikativ« extrahiert. Auch das ist plausibel: dass befragte Personen sich umfassend zu einem Thema äußern konnten, kann auch als kommunikativer Aspekt angesehen werden.
- Die Aussage »... war eine Visualisierung hilfreich.« war bei der Fragebogenkonzeption als Item der kreativen Dimension entwickelt worden, wurde jetzt jedoch unter den Faktor rational eingeordnet. Visualisierung kann also auch Ausdruck eines strukturierten und insofern rationalen Vorgehens sein.

Je zwei eigentlich zur Messung der kreativen und der rationalen Dimension konzipierte Items wurden von den Befragten also eher der kommunikativen Dimension zugeordnet.

In der Perspektive des weiteren Einsatzes des Fragebogens bedeutet dies, dass diese vier Fragen ob ihrer Uneindeutigkeit eliminiert werden sollen. Um die gleiche Zahl von Items auf allen drei Bewertungsdimensionen sicherzustellen, würden auch zwei Items der kommunikativen Dimension eliminiert werden (vorzugsweise solche mit hoher Redundanz zu anderen Items). Die Fragebogenbatterie wäre mit 24 Items noch immer ausreichend umfangreich.

2.3.2 Kontrollrechnungen zur Konzeption des Settings der zukünftigen Experimente

Aus der Auswertung lassen sich auch Erkenntnisse für das Setting der im Folgeprojekt geplanten Experimente gewinnen. Abbildung 7 zeigt die Bewertung einzelner Methoden im Hinblick auf Kriterien wie Verständlichkeit, Vorkenntnisse und Nützlichkeit (vgl. 2.2.1 letzte Absätze).

Bei allen Bewertungskriterien zeigen sich in der Varianzanalyse signifikante Unterschiede zwischen den Methoden, am größten sind die Unterschiede beim Kriterium der Methoden-

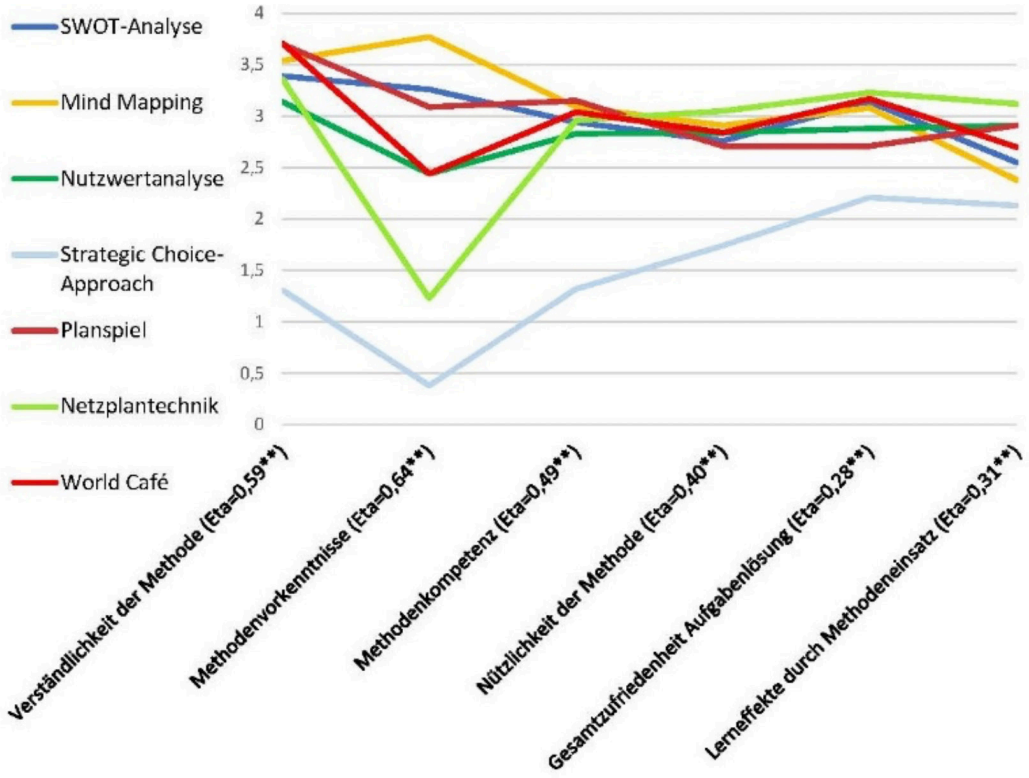


Abb. 7: Bewertung von Aspekten der einzelnen Methoden (Durchschnittswerte, 1=überhaupt nicht; 4=in besonderem Maße) Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

vorkenntnisse. Diese Unterschiede erklären sich zum großen Teil durch die Probandengruppe des Strategic-Choice-Approach, die bei allen Fragen die geringsten Werte verteilte, vor allem was Verständlichkeit, Vorkenntnisse und eigene Methodenkompetenz angeht. Dies ist nachvollziehbar, denn diese Gruppe war die einzige, der nicht im Rahmen einer kompletten Lehrveranstaltung entsprechende Methodenkompetenzen vermittelt worden waren, sie wurden quasi zum Experiment ins »kalte Wasser« geworfen. Dazu kommt, dass der Strategic-Choice-Approach die komplexeste der hier bewerteten Methoden darstellt.

Abbildung 8 verdeutlicht: Die Variablengruppe der durch die Aufgabe ausgelösten subjektiven Lerneffekte korreliert positiv vor allem mit der empfundenen Nützlichkeit der Methode (R=0,427) und mit der empfundenen Methodenkompetenz (R=0,242). Negativ ist nur die Korrelation der subjektiven Lerneffekte mit den Vorkenntnissen (R= -0,209). Die Lerneffekte waren also für die Probanden ohne Vorkenntnisse größer als für jene mit Vorkenntnissen.

Die Methodenvorkenntnisse spielen insofern eine Rolle als sie mit der Bewertung der kommunikativen Aspekte positiv, mit der Bewertung der rationalen Aspekte dagegen negativ korrelieren. Je höher die Methodenvorkenntnisse sind, desto eher ist also eine Höherbewertung der kommunikativen gegenüber den rationalen Aspekten zu erwarten. Auch bei der selbstempfundenen Methodenkompetenz ist eine solche Abweichung zu beob-

Abb. 8: Korrelationen zwischen Bewertungsaspekten und Methodendimensionen Quelle: eigene Erhebung und Darstellung

	Rational	Kommunikativ	Kreativ
Verständlichkeit der Methode	-0,79*	0,052	-0,005
Methodenvorkenntnisse	-0,159**	0,169**	0,059
Methodenkompetenz	0,049	0,205*	0,110**
Nützlichkeit der Methode	0,279**	0,276**	0,162**
Gesamtzufriedenheit mit der Aufgabenerfüllung	0,244**	0,260**	0,169**
Lerneffekte durch Methodeneinsatz in der Aufgabe	0,367**	0,169**	0,191**
Anzahl der Gruppenteilnehmer	-0,014	-0,106	0,033
Bearbeitungsdauer der Aufgabe	0,258	0,103	0,113

achten. Genau umgekehrt verhält es sich bei den empfundenen Lerneffekten: je stärker sie sind, desto eher wird vor allem die rationale Dimension bewertet. Bei der empfundenen Nützlichkeit der Methode und der Gesamtzufriedenheit mit der Aufgabenerfüllung ist die Korrelation mit den Aspekten der kreativen Dimension etwas niedriger als mit den anderen Dimensionen.

Der Einfluss der Anzahl der Gruppenteilnehmer und der Bearbeitungsdauer wurde nur für einen Teil der Experimente (N=160) ermittelt, daher sind keine signifikanten Aussagen möglich. In der Tendenz deuten die Zahlen darauf hin, dass mit zunehmender Gruppengröße die Aufgabenlösung als tendenziell weniger kommunikativ empfunden wird (u. U. da einzelne die Gruppe stärker dominieren) und dass mit steigender Bearbeitungsdauer vor allem die Rationalität der Planungsaufgabe als eher gewährleistet angesehen wird.

Im Hinblick auf die im Folgeforschungsprojekt geplanten Experimente zeigt sich somit: Methodenvorkenntnisse der Teilnehmer, ihre empfundene Methodenkompetenz, das Zusammenpassen von Aufgabe und Methode sowie die Lerneffekte haben also durchaus einen Einfluss darauf, ob eine Methode eher als rational, kommunikativ oder kreativ bezeichnet wird und können zumindest zu leichten Verzerrungen der Ergebnisse führen. Sie sollten daher beim experimentellen Setting ebenso kontrolliert werden wie Teilnehmerzahl und Bearbeitungsdauer.

3. Fazit und Ausblick

Der Blick auf den internationalen Stand der Forschung machte deutlich, dass experimentelle Methoden in benachbarten Disziplinen wie den Politikwissenschaften erheblich an Bedeutung gewonnen haben (Kanitsar/Kittel 2015), aber – trotz aller berechtigten Skepsis (Te Brömmelstroet 2015) – auch in den Planungswissenschaften zahlreiche Einsatzmöglichkeiten bestehen: diese reichen vom Messen der Auswirkungen unterschiedlicher städtebaulicher Designs und Nutzungsstrukturpläne über Informationsbereitstellung, Medien, Schulungen bis hin zu computersimulationsbegleiteten Planspielen zur Lösung komplexer Planungsaufgaben. Manche Studien sind eher an Fragen der Grundlagenforschung zu Wirkungszusammenhängen ausgerichtet, etwas häufiger steht im evaluativen Sinne die Wirkung von raumplanerischen Interventionen im Vordergrund. Die Restriktionen experimenteller Methoden sind nicht zu leugnen: Vor allem aber Laborexperimente weisen immer das Problem der fehlenden externen Validität auf, weil die realen Kontextbedingungen nicht vollständig reproduzierbar sind. Aber auch sie haben zumindest das Potenzial zur Identifikation des »Schwarzen Schwans«, also des Falles, der das Argument zur Widerlegung einer generalisierten Hypothese liefert (Te Brömmelstroet 2015).

Die beschriebenen Laborexperimente im Rahmen eines Forschungsprojekts zum Thema Planungsmethoden sind auch kritisch zu bewerten: Der gewählte Ansatz der Beobachtung der Aktivitäten der Probanden erwies sich als nicht tragfähig. Im Nachhinein muss auch konstatiert werden, dass mehr Mut bei der kontrollierten Variation der Settings und evtl. sogar der Fragebatterien (auf die zugunsten hoher Fallzahlen unter gleichen Bedingungen verzichtet worden war), noch weiterführende Erkenntnisse geliefert hätte, deren Gewinnung nun in zukünftigen Forschungsarbeiten erfolgen muss.

Dennoch haben die Arbeiten wertvolle Erkenntnisse für weitere Arbeiten gebracht, in theoretischer und methodischer Hinsicht und nicht zuletzt im Hinblick auf die Lehre an der Universität.

Theoretische Erkenntnisse

Das zentrale inhaltliche Ergebnis der Experimente und Befragungsauswertung bezogen auf die Ausgangshypothesen zu den Methoden (vgl. Abschnitt 2.1, Abb. 1) ist: Es gibt keine Methode, die eindeutig als »rational«, »kommunikativ« oder »kreativ« eingeordnet werden kann. Die ermittelten Gewichte der rationalen, kommunikativen und kreativen Dimension der Methoden variierten zwar, aber die Unterschiede sind zu gering, um einzelne Methoden eindeutig einer Dimension zuzuordnen, also eindeutig von »kommunikativen Methoden«, »rationalen Methoden« oder »kreativen Methoden« sprechen zu können. Wie kommunikativ eine Methode von Akteuren empfunden wird, hängt also nicht nur von der Methode selbst, sondern vor allem von dem Setting, in dem sie angewandt wird, ab. Auch klassische analytisch-rationale Methoden können mal mehr mal weniger kommunikativ ausgestaltet werden. Dies bedeutet: An die Stelle der Ausgangshypothese »*Planungsmethoden lassen sich in den Bedeutungsanteilen der rationalen, kommunikativen*

und kreativen Dimension eindeutig unterscheiden…« tritt nunmehr die Hypothese:

»*Settings in Planungsprozessen, in denen Planungsmethoden eingesetzt werden, unterscheiden sich graduell im Hinblick auf die Bedeutungsanteile der rationalen, kommunikativen und kreativen Dimension und damit in ihren Möglichkeiten, Potenziale von Akteuren zu aktivieren*«.

Methodische Erkenntnisse und Konsequenzen

Erfahrungen aus anderen Untersuchungen (Straatemeier et al. 2010) wurden bestätigt: Ein Quasi-Labor-Experiment kann sinnvoll für die Vorbereitung eines Feldexperimentes genutzt werden, um Innovationen zu erproben und die Effizienz des gesamten Forschungsprozesses zu erhöhen. Der schrittweise entwickelte Fragebogen zur Messung unterschiedlicher Dimensionen von Planungsmethoden erwies sich grundsätzlich als tauglich, um nun in dem vorgesehenen Folgeprojekt angewendet zu werden, wo es darum geht, die Dimensionsanteile von Planungssituationen mit gemischten Methoden zu ermitteln. Dabei ist zunächst die weitere Durchführung von Laborexperimenten vorgesehen. In diesen soll auch das Setting im Hinblick auf seine kommunikativen Anteile stärker variiert werden, in dem z. B. einzelne Aufgaben nur noch in Zweiergruppen oder gar nur von Einzelnen mit nur punktuellen Austauschmöglichkeiten durchgeführt werden. Dabei werden auch Settings mit randomisierten Gruppen erprobt, um den Einfluss der Methodenpräferenzen der Probanden zu ermitteln. Aufbauend auf diesen Laborexperimenten sind dann Feldexperimente vorgesehen, die an praktischen Planungsbeispielen durchgeführt werden sollen, in denen Methoden eingesetzt werden. Bei der Ausgestaltung der Settings werden auch die Ergebnisse der durchgeführten Quasi-Laborexperimente im Hinblick z. B. auf Methodenvorkenntnisse einfließen. Bei den Feldexperimenten werden zunächst die bereits untersuchten Methoden in Experimenten vor Ort mit realen Akteuren aus Planungsprozessen angewendet. Schrittweise ist dabei die Annäherung an reale unbeeinflusste Planungssituationen vorgesehen. In den realen Planungssituationen werden in der Regel sehr unterschiedliche Planungsmethoden kombiniert und dabei meist auch nicht in Reinform angewendet. Mit dem schrittweise entwickelten Fragebogen steht dann ein Instrument zur Verfügung, um die rationalen, kommunikativen und kreativen Anteile innerhalb von unterschiedlichen Planungssettings und damit die Wirkungen unterschiedlicher Methodenmixe zu messen. Die Fragebatterien können zusammen mit anderen Fragebatterien z. B. bei der Evaluation von Partizipationsprozessen (Goldschmidt 2014) eingesetzt werden und damit auch Praktikern wertvolle Hilfestellungen für die Ausgestaltung von Planungsprozessen geben, denn sie helfen zu beurteilen inwieweit die analytisch-rationalen, kommunikativen und kreativen Potenziale der Akteure ausgeschöpft wurden.

Verknüpfung von Lehre und Forschung

Diese Erkenntnisse wären in Feldexperimenten nur mit größerem Aufwand und in realen unkontrollierten Situationen in dieser Form überhaupt nicht zu gewinnen gewesen. Bereits das rechtfertigt den relativ hohen Aufwand für die Quasi-Laborexperimente. Darüber hinaus haben aber die Experimente auch positive Effekte für die Lehre gehabt. Die Studierenden mussten die Methode in einer Situation bearbeiten, die verglichen mit normalen Gruppenarbeiten einen höheren Stresslevel aufwies. Die Rückmeldungen bestätigen bei den meisten Methoden Lerneffekte durch die Aufgabenstellung und bei dem einen oder

anderen Studierenden mag das Experiment sogar Forschungsinteressen geweckt haben.

Literatur

Ariely, D. (2009): Predicably irrational: The hidden forces that shape our decisions, New York.

Ary, D.; Samsura, A; van Deemen, A.; Van der Krabben, Erwin; Van der Heijden, R. (2013): Bargaining for value capturing: a game-theoretical analysis and experimental approach, in: Environment and Planning B 40, pp. 234 - 253.

Bortz, Jürgen; Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation, Heidelberg.

Cook, T. D.; Campbell, D. T. (1979): Quasi-Experimentation: Design and Analysis Issues for Field Settings, Chicago.

De Koning, J.; Koss, M.; Verkaik, A. (1991): A quasi-experimental evaluation of the Vocational Training Centre for Adults, in: Environment and Planning C 9, pp. 143 - 153.

Diller, Christian; Karic, Sarah: Oberding, Sarah (2017): Planungsmodelle und Planungsmethoden: Anhaltspunkte zur Strukturierung und Gestaltung von Planungsprozessen, in: STANDORT-Zeitschrift für angewandte Geographie, 41, 74-79; DOI 10.1007/s00548-017-0472-2

Diller, Christian; Oberding, Sarah (2017): Der »Strategic Choice Approach«: ein in Deutschland unterschätzter Methodenbaukasten für die Raumplanung, in: disP 209/2 , S. 96 - 110.

Diller, Christian (2013): Konvergenzen zwischen Grundlagen- und Evaluationsforschung in der Raumplanungsforschung, in: Zeitschrift für Evaluation 1, S. 7 - 21.

Diller, Christian (2010): Methoden in der Praxis der deutschen Raumplanung. Überlegungen zur Systematisierung und Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage in deutschen Planungsinstitutionen, in: disP 182/3, S. 36 - 49.

Dörner, Dietrich (1989): Die Logik des Misslingens: strategisches Denken in komplexen Situationen, Reinbek.

Forester, John (1999): The Deliberative Practitioner, Encouraging Participatory Planning, MA.

Gill, Lewis; Lange, Eckhardt; Morgan, Ed; Romano, Daniela (2013): An analysis of usage of different types of visualisation media within a collaborative planning workshop environment, in: Environment and Planning B 40, pp. 742 - 754.

Goldschmidt, Rüdiger (2014): Kriterien zur Evaluation von Dialog- und Beteiligungsverfahren. Konzeptionelle Ausarbeitung eines integrativen Systems aus sechs Metakriterien, Wiesbaden.

Healey, Patsy (2006): Collaborative Planning: shaping places in fragmented societies, 2nd ed., New York.

Hemberger, Christoph (2014): Erwerb kognitiver und methodischer Handlungskompetenzen zur Bearbeitung komplexer Planungsprobleme. Entwicklung und Evaluation eines transdisziplinären Trainingsprogramms am Beispiel raumbezogener Aufgaben, München.

Jakobson, Leo; Ranney, David C.; Logan, Thomas H.; Holland, Richard; Powers, Samuel (1970): The Wisconsin Omnibus Experiment, in: Journal of the American Institute of Planners 4, pp. 253 - 260.

Jetter, F.; Skrotzki, R. (2005): Soziale Kompetenz: Führungskräfte lernen Emotionale Intelligenz, Motivation, Coaching, Regensburg, Berlin.

Johnston, Norman J. (1958): A City Takes the First Step: An Experiment for Renewing a Central Business District, in: Journal of the American Institute of Planners 1, pp. 11 - 15.

Kahnemann, D. (2011): Thinking Fast and Slow, New York.

Kanitsar, Georg; Kittel, Bernhard (2015): Experimentelle Methoden, in: Wenzelburger, Georg; Zohnhöfer, Reimut (Hrsg.): Handbuch-Policy-Forschung, Wiesbaden, S. 379 - 407..

Liphart, Arendt (1971): Comparative Politics and the Comparative Method, in: The American Political Science Review 65/3, pp. 682 - 693.

Lynch, Kevin (1960): Das Bild der Stadt, Frankfurt.

Mandelbaum; Seymour J. (1975): On Not Doing One's Best: The Uses and Problems of Experimentation, in: Planning Journal of the American Institute of Planners 41/3, pp. 184 - 190.

Neuland, Leland G. (1986): What Can Social Policy Analysts and Planners Learn from Social Experiments?, in: Journal of the American Planning Association, 52/1, pp. 60 - 74.

Nyseth, Torill; Pløger, John; Holm, Trine (2010): Planning beyond the horizon: The Tromsø experiment, in: Planning Theory, 9/3, pp. 223 - 247, first published on April 26, 2010.

Rodríguez, Daniel A.; Rogers, Jennifer (2014): Can housing and accessibility information influence residential location choice and travel behavior? An experimental study, in: Environment and Planning B 4, pp. 534 - 550.

Rodríguez, Daniel A.; Asad ,Khattak; , Evenson J. R.; Kelly, R. (2006): Can New Urbanism Encourage Physical Activity? Comparing a New Urbanist Neighborhood with Conventional Suburbs, in: Journal of the American Planning Association, 72/1, pp. 43 - 54.

Rossi, Peter H.; Lipsey, Mark W.; Freeman, Howard W. (2004): Evaluation – a systematic approach (7th ed.), London/New Delhi.

Rost, D. (2010): Soziale Intelligenz, Emotionale Intelligenz, Praktische Intelligenz: Alternativen zum IQ?, in: Rost, D. (Hrsg.): Intelligenz, Hochbegabung, Vorschulerziehung, Bildungsbenachteiligung, Münster, S. 37 - 83.

Roth, Alvin E. (1995): Introduction to Experimental Economics, in: Kagel, John A.; Roth, Alvin E. (ed.) Handbook of Experimental Economics, Princeton, pp. 3 - 110.

Schneidewind, Uwe (2014): Urbane Reallabore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt, in PND-Online III/2014; http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2014/schneidewind.pdf, letzter Aufruf 10.08.2017.

Schönwandt, Walther (2002): Planung in der Krise? Theoretische Orientierungen für Architektur, Stadt- und Raumplanung, Stuttgart.

Shadish, W. R.; Cook, T. D.; Campbell D. T. (2002): Experimental and quasi experimental designs for generalized causal inference, Boston.

Schubert, Axel (2014): Emotionale Rationalität und Planung: Planungsansätze einer 3. Generation oder: Zum depolitisierenden Potenzial von Vertrauensbildung und Selbstversicherung, in: Suburban, Zeitschrift für Kritische Stadtforschung 1, S. 71 - 94.

Shipley, Robert; Michela, John L. (2006): Can vision motivate planning action?, in: Planning Practice and Research 21/2, pp. 223 - 24.

Siebel, Walther (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung, in: Selle, Klaus; Zalas, Lucyna (Hrsg.): Planung neu denken, Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen; Konzepte - Theorien – Impulse, Dortmund, S. 195 - 209.

Stamps, Arthur; Nasar, Jack L; Hanyu, Kazunori (2005): Using Pre-construction Validation to Regulate Urban Skylines, in: Journal of the American Planning Association 71/ 1, pp. 73 - 91.

Sternberg, R. J. (2002): Countdown zum Erfolg. Was man braucht, um seine Ziele wirklich zu erreichen, München.

Straatemeier, Thomas; Bertolini, Luca, Te Brömmelstroet, Marco (2010): An experiential approach to research in planning, in: Environment and Planning B 37, pp. 578 - 591.

Te Brömmelstroet, Marco (2015): A Critical Reflection on the Experimental Method for Planning Research, in: Planning, Practice and Research 2, pp. 179 - 201.

Thaler, R. H.; Sunstein, C. R. (2009): Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth and Happiness, London.

Uhr, Leonhard (1958): Planning for Beauty: Could the Psychologist Help?, in: Journal of the American Institute of Planners 24/1, 1958, pp. 25 - 27.

Vigier, François C. (1965): An Experimental Approach to Urban Design, in: Journal of the American Institute of Planners 31/1 , pp. 21 - 31.

Weiss, Shirley F. (1964): The Downtown Mall Experiment, in: Journal of the American Institute of Planners 30/1, pp. 66 - 73.

Winkler, S.; König, C. J.; Kleinmann, M. (2010): Single-Attribute Utility Analysis may be futile, but this can´t be the end of the Story: Causal Chain Analysis as an Alternative, in: Personnel Psychology 63, pp. 1041 - 1065.

pnd | online
www.planung-neu-denken.de
ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Vertrauensfrage! Veränderungen in der Gesellschaft stellen Prämissen der Beteiligungspraxis in Frage

Prof. Dr. Klaus Selle war von 2001-2018 Inhaber des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen und ist weiterhin mit NetzwerkStadt Gmbh (netzwerk-stadt.eu) aktiv.

Dieser Text ist auch erschienen in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung H. 4/2018 S. 193 ff.

»Noch vor wenigen Jahren«, schreibt Roland Roth,[1] »schien der Weg zu ›mehr Demokratie‹ geebnet und weitere Fortschritte unaufhaltsam. Dialogische und direkte Formen der Beteiligung erfreuten (und erfreuen) sich zunehmender Wertschätzung. Doch die Stimmungslage hat sich inzwischen eingetrübt«. Der Grund dafür: Das Erstarken populistischer Strömungen. Antidemokratische Tendenzen sind überall in der Welt zu beobachten, der Brexit oder Erdogans Verfassungsreferendum haben die Ambivalenz direktdemokratischer Verfahren verdeutlicht und selbst demokratische Wahlen, die einen Präsidenten Trump zum Ergebnis haben, verlieren an Kredit.

Roth fährt fort: »Dieser antidemokratische Angriff lässt auf den ersten Blick viele Initiativen der letzten Jahre für eine starke Demokratie eigentümlich ›alt‹ aussehen. Selbst der ›Kernbestand‹ liberaler Demokratien ist unter Druck geraten«.

Solche Zeitdiagnosen sind in jüngster Zeit häufiger zu lesen. Sogar – für dialogische Politik sehr offene – Oberbürgermeister sprechen von »Naivität«,[2] mit der man früher Beteiligungsforderungen erhoben habe. Angesichts aktueller gesellschaftlicher Veränderungen, so heißt es vielfach, müsse man neu denken.

Das, was da aufbricht, kommt nicht von ungefähr. Schon seit langem wird auf Entwicklungen hingewiesen, die nun zu kulminieren scheinen. Sechs Aspekte unterschiedlichen Gewichts möchte ich erwähnen. Sie alle tragen den »Verlust« im Namen:

Vertrauensverlust

2009 führte die Bertelsmann-Stiftung eine Umfrage in verschiedenen europäischen Ländern durch. Es ging unter anderem um Vertrauen – das in einzelne Berufsgruppen. Da standen europaweit die Feuerwehrleute (in die 93% der Befragten »sehr hohes« oder »ziemlich hohes« Vertrauen hatten) ganz oben. An letzter Stelle einer langen Liste lagen mit 7% Politiker – ebenfalls europaweit.[3]

Auch eine repräsentative Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen im September 2013 förderte erschreckende Zahlen zutage: Danach stimmen nur sieben Prozent der

ISSN 1868 - 5196

Deutschen der Aussage zu, dass die Politikerinnen und Politiker Deutschland »gut auf die Zukunft vorbereiten«. Außerdem seien sie nicht ehrlich und hielten Wahlversprechen nicht ein (90% Zustimmung). Fast ebenso viele bejahten zudem, dass Parteien mehr am Machterhalt, als am Wohl der Bürgerinnen und Bürger interessiert sind.[4]

Vertrauen reduziert Komplexität – Misstrauen allerdings auch

Nur graduell weniger dramatisch sind die Aussagen, die kürzlich aus einer Umfrage auf Gemeindeebene gewonnen wurden: Nicht einmal 50% der Bevölkerung haben »(sehr) großes« Vertrauen zur Gemeindevertretung in ihrer Stadt. Der Anteil derer, die eher wenig bis gar kein Vertrauen hat, ist fast gleich groß. Dabei nimmt das Vertrauen mit zunehmender Stadtgröße ab. In Städten über 500.000 EW beträgt der Anteil der skeptisch eingestellten Menschen bereits fast 60%.[5]

Zur Einordnung solcher Befunde muss man sich in Erinnerung rufen, was Niklas Luhmann schon in den 1970er Jahren über Vertrauen geschrieben hat. Für ihn geht es auch hier um »Reduktion von Komplexität«: Unter Bedingungen von Unsicherheit, die ja in den unübersichtlichen gesellschaftlichen Verhältnissen praktisch immer gegeben sind, hilft Vertrauen in Personen, Institutionen und/oder Verfahren, selbst handlungsfähig zu bleiben. Fehlt es an Vertrauen, kann das zu Gefühlen der Hilflosigkeit und zu Stillstand führen. Oder aber: Man flüchtet sich in Misstrauen. »Auch Mißtrauen leistet [...] Vereinfachung, oft drastische Vereinfachung. Wer mißtraut, [...] verengt zugleich die Informationen, auf die zu stützen er sich getraut. Er wird von weniger Informationen stärker abhängig. Damit gewinnt die Möglichkeit, ihn zu täuschen, wiederum an Berechenbarkeit«.[6]

Vertrauensverlust bleibt nicht ohne Wirkung auf die, denen das Vertrauen entzogen wird.

Mit Blick auf die zuvor genannten empirischen Daten wird man davon ausgehen müssen, dass Misstrauensgefühle – und mit ihnen Vereinfachung, Verengung der Informationsaufnahme und Anfälligkeit für Manipulation – das Denken und Handeln vieler Menschen prägen. Dabei kann und sollte man die Gruppe der Misstrauenden weiter differenzieren. Mit Blick auf die eigenen Erfahrungen in Stadtentwicklungsprozessen ließen sich z.B. folgende »Typen« bilden: Es gibt Menschen, die

- sich als Ausdruck ihres Misstrauens aus politischer Teilhabe gänzlich heraushalten (»bringt ja doch nichts«, »die machen ja doch, was sie wollen«),
- dem vorhandenen politischen Personal, etablierte Institutionen und Verfahren nichts mehr zutrauen und daher nach eigenen Wegen der Interessendurchsetzung suchen (»wir müssen das selbst in die Hand nehmen«) und solche, die
- ihre ablehnende Haltung aggressiv zum Ausdruck bringen (»denen zeigen wir es«). Letztere finden sich vorrangig in der Anonymität des Internets und treiben dort in den Kommentarlisten und Echoräumen ihr Unwesen – aber eben auch in der Beteiligungspraxis vor Ort.
- alle Gelegenheiten – wiederum insbesondere die der so genannten sozialen Medien – nutzen, um Misstrauen durch Verbreitung falscher oder verzerrter Informationen etc. weiter zu schüren.

Es sind aber vor allem die letztgenannten Gruppen, die auch partizipative oder direktdemokratische politische Verfahren gezielt nutzen, um sie gegen die repräsentative Demokratie in Stellung bringen.[7]

Der Vertrauensverlust bleibt nicht ohne Wirkung auf die, denen das Vertrauen entzogen wird. Ein Werbefachmann, der Vertrauen als »harte Währung« auch in seinem Metier ansieht und umfassende Erfahrungen z.B. mit Wissenschaftskommunikation gesammelt hat, fasst das so zusammen: »Umfragen zeigen schon länger, dass das Vertrauen in etablierte Institutionen abnimmt. Neu für mich ist allerdings die Besorgnis, die das in den Köpfen der Elite auslöst. Ich war verblüfft, wie sich die Symptome der Verunsicherung in diesem Jahr ähnelten. Alle haben das Gefühl, es sei etwas ins Rutschen geraten, und etwas Wesentliches habe sich gegenüber früher verändert. Und das hat mit sinkendem Vertrauen zu tun«.[8]

Solche Wirkungen lassen sich in Stadtentwicklungsprozessen vielfach am Verhalten der lokalen Politik ablesen. Sie reagiert nicht selten verunsichert auf Protest, meidet vorbeugend konflikthaft erscheinende Themen, bleibt vielfach in der Defensive und stellt – z.B. mit Ratsbürgerentscheiden – die eigene Handlungsfähigkeit in Frage. Auch Verwaltungen trauen sich unter solchen Bedingungen nicht aus der Deckung, was in manchen Städten bezogen auf bestimmte Themen zu unendlichen Schleifen fachlicher, öffentlicher und politischer Befassung führen kann – und letztlich dann doch ohne Ergebnis endet.

Natürlich können solche Verläufe auch durch Fehler in frühen Phasen der Prozessge-

staltung verursacht werden. Wenn man nicht offen und transparent über das Ob und Wie einer Maßnahme informiert und ggf. diskutiert hat, dann holt einen das später ein.

Aber selbst, wenn alles »richtig« gemacht wurde und die politische Meinungsbildung zu klaren Mehrheiten führte, ist weiterhin Protest möglich. Und in solchen Situationen zeigt sich dann das ganze Maß der Verunsicherung.

Auf die Frage, was die Ursachen für die weitreichende Verunsicherung in den Führungsetagen der Gesellschaft sei, wurde in dem bereits zitierten Interview auf das Internet verwiesen: »Eine Ursache ist der Einfluss der sozialen Medien. Plötzlich werden radikale Meinungen sichtbar, die früher unter dem Radarschirm lagen, und das prägt auch die Wahrnehmung der Eliten. Die beziehen ihr Weltbild nun nicht mehr nur aus der ZEIT und der FAZ, sondern nehmen auch die ungefilterten und aggressiven Meinungen in den sozialen Medien zur Kenntnis, die sie zum Teil tief verstören«.[9]

Wählerverlust und sozial asymmetrische Partizipation

Dass die Wahlbeteiligung seit den 1970er Jahren überwiegend sinkt, ist kein Geheimnis. Oft wird aber nur über diese Tatsache (und wie man sie ändern könnte) diskutiert. Welche Konsequenzen das aber für ein System hat, das sich repräsentativ nennt, bleibt oft ausgeblendet. Da hilft eine Darstellung, die in Thomas Kuders Überlegungen zur »starken lokalen Demokratie« zu finden ist.[10] Sie bildet die Wahlergebnisse zum Berliner Abgeordnetenhaus mit den jeweiligen Anteilen der Nichtwählenden ab. So wird eben nicht nur deutlich, dass an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus weniger als 70% der Wahlberechtigten teilnahmen, sondern es kommt insbesondere zum Ausdruck, dass die derzeit regierende Koalition (SPD, Grüne, Linke) nur knapp 35% der Wahlberechtigten repräsentiert.

Das ist noch ein vergleichsweise positives Bild. In anderen Fällen oder teilräumlich betrachtet kann diese »Repräsentanz« auf unter 20% absinken.[11] Das besagt nichts anderes als dass der – unterschiedlich große, aber stets – überwiegende Teil der Stadtbevölkerung nicht von den jeweiligen Mehrheiten im Gemeindeparlament vertreten wird. Diese Distanz zur Politik ist nicht nur in Zahlen auszudrücken, sondern in der lokalen Praxis alltäglich zu erleben – und auch eine Quelle des großen Misstrauenspotenzials, von dem bereits die Rede war.

Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass sowohl das Wahlverhalten wie die Struktur der Gewählten sozial asymmetrisch sind: Die gesellschaftlich schwachen Gruppen wählen deutlich weniger und sie »entsenden« sehr viel weniger Repräsentanten in die Parlamente als andere Milieus. Das hat wiederum Wirkungen, die Schäfer so beschreibt: »Für die Demokratie besteht die Gefahr einer niedrigen und sozial ungleichen Wahlbeteiligung darin, dass die Politik sich an den sozial Bessergestellten orientieren könnte, die nicht nur weiterhin wählen, sondern auch andere Wege nutzen, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen, während sozial Benachteiligte weder das Eine noch das Andere in gleichem Umfang tun.«[12]

Die Hoffnung, dass dies durch Elemente partizipativer Demokratie ausgeglichen wird, ist trügerisch: Dass Beteiligungsverfahren »selbst-selektiv« sind, also in Abhängigkeit von Inhalten, Anlässen und Verfahrensgestaltung jeweils nur bestimmte Gruppen der Stadtgesellschaft ansprechen bzw. erreichen, ist eigentlich eine alte Erkenntnis, die aber in jüngster Zeit auch mit Blick auf neuere empirische Resultate wieder deutlicher betont wird. So weist Thomas Kuder darauf hin, dass »Beteiligungsverfahren [...] demographische Schräglagen aufweisen, dergestalt, dass sozial besser gestellte Angehörige der Mittelschicht die Bürgerbeteiligung dominieren. Gesellschaftsgruppen, die unter schwierigen, ja prekären Verhältnissen leben, nehmen jedoch immer weniger daran teil. [...] Damit bergen diese Verfahren das Risiko, die lokale Demokratie und den Zusammenhalt in den Städten zu schwächen und die Polarisierung zu stärken«.[13]

»Die Verfahren bergen das Risiko, die lokale Demokratie ...zu schwächen und die Polarisierung zu stärken«. Thomas Kuder

Diese Feststellung gilt übrigens sowohl für die Off- wie die Online-Beteiligung: Eine Studie des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft aus dem Jahr 2014 zeigt etwa, dass das Online-Verhalten stark vom Bildungsabschluss abhängt: 19% der Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss (ohne Lehre) nutzen nach eigenen Angaben das Internet auch zur Online-Beteiligung, hingegen partizipieren auf diesem Wege 40% der Absolventen von weiterbildenden Schulen (ohne Abitur) und 60% derer, die ein Hochschulstudium absolviert haben.[14]

Bei solchen Zahlen wird noch nicht ausreichend deutlich, was in der Praxis der Stadtentwickungspolitik unübersehbar ist: Es gibt auch am oberen Ende der sozialen Skala Gruppen, die die verschiedenen Formen partizipativer Demokratie nicht nutzen – und die dennoch an lokalen Entscheidungsprozessen erheblichen Anteil haben. Ein Praktiker brachte das auf folgende Kurzformel: »Die einen beteiligen sich nicht, weil sie nicht wissen, wie es geht. Die anderen, weil sie sehr genau wissen wie es geht«.[15]

So bleibt ein mehr oder minder breiter Ausschnitt der Stadtgesellschaft übrig, aus dem partizipative Verfahren ihre Mitwirkenden gewinnen. Der ist zudem in sich heterogen und bezogen auf viele Fragen, sofern es nicht bereits eine zuspitzende Polarisierung gab, sehr unterschiedlicher Meinung. Umso erstaunlicher ist, dass von denen, die an solchen Prozessen teilnehmen, fast immer als »die Bürgerinnen und Bürgern« gesprochen wird. Damit wird ein gänzlich unrealistisches Bild von Homogenität und Repräsentativität dieser Teilnehmerschaft erzeugt.

Verlust der Bürgernähe

Ein dritter Aspekt sei nur noch kurz hinzugefügt: Wer sich noch einmal die Ergebnisse der bereits zitierten forsa-Untersuchung anschaut, erkennt unschwer, dass das Vertrauen in die politische Gemeindevertretung in dem Maße sinkt, wie die Städte größer werden. In Halbmillionenstädten haben fast 60% nur noch sehr eingeschränkt Vertrauen, in Kleinstädten unter 5.000 EW sind es lediglich (aber immerhin immer noch) 36%. Das dürfte leicht zu erklären sein: In der überschaubaren Einheit ist die Nähe der politischen Vertreterinnen und Vertreter zur Bevölkerung sehr viel unmittelbarer als in Großstädten. Und mit dem personalen Vertrauen steigt auch das in die Institution und die demokratischen Verfahren. Das unterstreicht eine These, die Harris C. Tiddens seit einigen Jahren vehement vorträgt[16]: In großen Städten sei die Politik zu weit von der Basis entfernt. Es komme darauf an, sie durch Bildung kleinerer Einheiten wieder näher heranzurücken. Dem soll nicht widersprochen werden. Aber eine Stärkung von z.B. Bezirksvertretungen allein dürfte nicht ausreichen, um wieder mehr Alltagskontakt zwischen Wählenden und Gewählten herzustellen.

Denn auch die Parteien, deren Aufgabe es ist, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, haben vielfach den Kontakt selbst zur eigenen Mitgliederbasis verloren. Insofern sprach Joachim Raschke schon 1982 zurecht von einer »schwierigen Beziehung«[17]. Die hat sich seither nicht gebessert, sondern scheint noch problematischer geworden zu sein. Das hat viele Gründe: Verlagerung von Entscheidungsebenen nach oben, unzureichende Präsenz vor Ort, Vertrauensverlust etc.[18]

Dass darüber hinaus die Politik in hohem Maße mit sich selbst beschäftigt ist und auch dies einen Faktor darstellt, der den »Außenweltbezug« mindert, bedürfte ebenfalls einer kritischen Betrachtung.

Verlust der »Tatsachenwahrheit«

»Geheimhaltung [...] und Täuschung – was die Diplomaten Diskretion oder auch die arcana imperii, die Staatsgeheimnisse, nennen –, gezielte Irreführungen und blanke Lügen als legitime Mittel zur Erreichung politischer Zwecke kennen wir seit den Anfängen der überlieferten Geschichte«, stellte Hannah Arendt in ihren Essays zu »Wahrheit und Lüge in der Politik«[19] fest. Diese, um die 1970er Jahre entstandenen Texte lesen sich mit Blick auf unsere heutige Diskussion um »fake news« etc. geradezu hellseherisch. Sie lassen sich in vielen Punkten zudem unmittelbar auf den Erfahrungshorizont der Stadtentwicklung in Deutschland herunterbrechen: Denn Geheimhaltung und Täuschung ist allen, die sich mit Stadtentwicklungen auseinandersetzen, sehr geläufig. Da mag es aus Sicht von Politik und Verwaltung im Einzelfall gute Gründe geben – etwa Vermeidung von finanziellen Spekulationen, Vertrauensschutz Dritter etc. –, in der Mehrheit aller Fälle handelt es sich vor allem bei der Geheimhaltung aber um schlichte Gewohnheit: Man klärt die Dinge erst intern, bevor man damit »an die Öffentlichkeit« geht. Da schwingt auch noch ein wenig die Arroganz der Fachleute gegenüber den Laien mit. Im Wesentlichen aber ist es ein Arbeitsprinzip der Administration: Erst soll eine »einheitliche Verwaltungsmeinung« entstehen, sind viele interne Abstimmungen notwendig, bevor der Schleier gelüftet wird.

Etwas anders verhält es sich bei der gezielten Täuschung: Da geht man ja an die Öffentlichkeit, liefert ihr aber wider besseres Wissen falsche bzw. verzerrte Darstellungen. Für viele Großprojekte ist etwa die Verschleierung tatsächlicher Kosten oder zumindest der vorhandenen Kostenrisiken typisch. Auch »Nebenwirkungen« (etwa für die Umwelt, den

Wohnungsmarkt etc.), auf die bei jedem Arzneimittel hingewiesen werden muss, bleiben vielfach gezielt ausgeblendet. Das Stuttgarter Bahnprojekt ist in diesem Zusammenhang besonders prominent geworden. Aber es lassen sich auf allen Maßstabsstufen weitere Beispiele nennen.[20]

So verhalten sich allerdings nicht nur lokale Politik und Administrationen. Auch alle anderen »Big Player« der Stadtentwicklung praktizieren Geheimhaltung und (nicht selten) strategische Verfälschungen in der Außendarstellung ihrer Absichten. Und alle betrachten das – wie es schon Hannah Arendt für die große Politik ausdrückt – als legitime Mittel zur Erreichung eigener Zwecke.

Insofern wäre auch eine rein moralische Bewertung dieses Verhaltens voreilig. Hannah Arendt geht sogar soweit, dass sie einen Bezug zwischen der Fähigkeit zu Handeln und der Leugnung von Wirklichkeiten herstellt: »Um Raum für neues Handeln zu gewinnen, muß etwas, das vorher da war, beseitigt oder zerstört werden; der vorherige Zustand der Dinge wird verändert. Diese Veränderung wäre unmöglich, wenn wir nicht imstande wären, uns geistig von unserem physischen Standort zu entfernen und uns vorzustellen, daß die Dinge auch anders sein könnten, als sie tatsächlich sind. Anders ausgedrückt: die bewußte Leugnung der Tatsachen – die Fähigkeit zu lügen – und das Vermögen, die Wirklichkeit zu verändern – die Fähigkeit zu handeln – hängen zusammen; sie verdanken ihr Dasein derselben Quelle: der Einbildungskraft. [...] Ohne die geistige Freiheit, das Wirkliche zu akzeptieren oder zu verwerfen [...] wäre Handeln unmöglich. Handeln aber ist das eigentliche Werk der Politik«.

Auch auf diese Gemengelage stößt man ständig in der Stadtentwicklungspolitik. Hier tritt häufig die »Leugnung der Tatsachen« in der etwas weniger krassen Form des »Nicht-zur-Kenntnis-Nehmens« auf. Die Stadtsanierungen der 1960er Jahre wären in der Form nicht möglich gewesen, hätte man die Lebenslagen der Betroffenen tatsächlich zur Kenntnis nehmen wollen. Ebenso wenig wäre der Bau einer weiteren Flughafen-Startbahn als Verbesserung für alle darzustellen, wenn von den Handelnden die Asymmetrie der Nutzen-Lasten-Verteilung als (entscheidungs-)relevant angesehen würden. Da ist der Sprung in die Jetztzeit und die große Politik nicht weit: Wenn ein amerikanischer Präsident die Kohleförderung wieder intensivieren will, ist es für die Begründung seines Handelns hilfreich, die Wirkungen des CO_2-Ausstoßes auf die Atmosphäre zu leugnen. Etc.

In seiner schwächsten und zugleich alltäglichsten Form wird dieser Zusammenhang im Wort »alternativlos« wirksam. Werden damit doch alle Alternativen aktiv ausgeblendet, die bei – häufig bereits geringfügigen – Änderungen von Prämissen (etwa: Zeitdruck, räumlicher Umgriff) eben doch denkbar wären.

Hannah Arendt schrieb ihren Text vor etwa 50 Jahren, lange Zeit also vor dem Siegeszug des Internets und der sogenannten Sozialen Medien. Das macht einige Aktualisierungen notwendig. Vor allem die: Mit den neuen Medien wurde nicht nur die Verbreitung von Nachrichten und Meinungen demokratisiert, sondern auch die von Lügen und Verfälschungen. Während man zunächst noch der Hoffnung sein konnte, dass diese Vielfalt von Quellen und Gesichtspunkten hilfreich sein könnte, um die vielen Gesichter einer Wahrheit erkennbar zu machen, trat das genaue Gegenteil ein. Zwei Gründe sind dafür maßgeblich:

- das bereits oben angesprochene immer weiter um sich greifende Misstrauen gegen »die Politik«, »die Medien«, »die Experten« und
- die Bildung der Echoräume, in denen man unter sich und bei der eigenen »Wahrheit« bleiben kann.

Auch »Big Player« der Stadtentwicklung praktizieren Geheimhaltung und strategische Verfälschung.

Im Ergebnis heißt das: Der Wahrheitsgehalt einer Aussage ist unerheblich, entscheidend ist der Grad der Übereinstimmung mit dem eigenen Lebensgefühl, den eigenen Vor-Urteilen etc...[21] So können viele Wahrnehmungen und Bewertungen der Realität nebeneinander – jeweils gehegt und gepflegt von einzelnen »Communities« – bestehen, ohne miteinander in Berührung zu kommen. Und es scheint letztlich auch unerheblich zu sein, wenn führende Persönlichkeiten eines Landes offenkundige Unwahrheiten verkünden – so lange die der »gefühlten Wahrheit« einer quantitativ relevanten Wählerschaft entsprechen.

...so wurde nicht nur die Verbreitung von Nachrichten und Meinungen demokratisiert, sondern auch die von Lügen und Verfälschungen.

Die alte Gewissheit, dass »die da oben« geheimhalten und täuschen, wurde in einer Art Flächenbrand zum Generalverdacht, dass jeweils alle anderen – außerhalb des eigenen Deutungskreises – Unwahrheiten verbreiten.

An dieser Stelle sind zwei letzte Rückbezüge auf Hannah Arendt notwendig. Zum einen stellt sich ja die Frage, worin und ab wann sie denn Gefahr im Verzug vermutet angesichts

der Tatsache, dass sie zunächst »Irreführungen und blanke Lügen als legitime Mittel [...] seit den Anfängen der überlieferten Geschichte« beschreibt. Ihre Antwort auf eine solche Frage könnte lauten: Wenn »Tatsachenwahrheit und ihre Verlässlichkeit völlig aus dem öffentlichen Leben« verschwinden, dann verschwinde »damit auch der wichtigste stabilisierende Faktor im dauernden Wandeln menschlichen Tuns«.[22]

Diese Gefahr sah sie insbesondere unter den Bedingungen totalitärer Herrschaft gegeben. Heute wird man die Gefährdungslage wohl umfassender einschätzen müssen.

Bliebe als zweite Frage die nach dem, was mit Tatsachenwahrheit eigentlich gemeint sei. Dazu stellt Arendt fest: »Bewußte Unaufrichtigkeit hat es mit kontingenten Tatbeständen zu tun, also mit Dingen, denen an sich Wahrheit nicht inhärent ist, die nicht notwendigerweise so sind, wie sie sind. Tatsachenwahrheiten sind niemals notwendigerweise wahr. [...] Weshalb keine Tatsachen-Aussage jemals über jeden Zweifel erhaben sein kann – so sicher und unangreifbar wie beispielsweise die Aussage, daß zwei und zwei vier ist«.[23]

In diesen Satz fügt sie eine Feststellung ein, die von großer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der heutigen Situation sein dürfte: »Tatsachen bedürfen glaubwürdiger Zeugen, um festgestellt und festgehalten zu werden, um einen sicheren Wohnort im Bereich der menschlichen Angelegenheiten zu finden«. Eben diese Zeugen fehlen. Ihre Glaubwürdigkeit erodiert(e) unter den Bedingungen des inzwischen allgegenwärtigen Misstrauens.

Verlust des »Kommunalen«

»Die Frage ist doch: Wo findet überhaupt noch ›das Kommunale‹ statt, wo wird es wahrgenommen? [...] Wo findet überhaupt noch Stadt im Sinne von tatsächlichen Verhandlungen über gemeinsame Anliegen statt?«. Diese Fragen des Mannheimer Oberbürgermeisters Peter Kurz[24] signalisieren eine große Ratlosigkeit hinsichtlich der Gestaltung von Politikprozessen in den Städten. Die Agora, »der Kommunikationsraum, der uns als Städte definiert«, werde so Kurz, »mehr und mehr dekonstruiert«. Neben der räumlichen Segregation gäbe es jetzt auch eine kommunikative Segregation.

Das hängt zum einen mit der Veränderung der medialen Landschaft selbst zusammen. Kurz erwähnt etwa die Lokalzeitung, die schon deswegen kein »einheitlicher Kommunikationsraum« mehr sein könne, weil sie nur mehr rund 35% der Bevölkerung erreicht. Auch die »›Echokammern‹, wo ich im Netz nur noch der eigenen Meinung begegne« finden Erwähnung. Darüber hinaus bildeten die Ausdifferenzierung der Lebensstile sowie das Gefühl von Teilen der Bevölkerung, dass »ihr Lebensmodell keine politische Repräsentanz mehr erfährt« einen wichtigen Hintergrund.

Bemerkenswert sind zudem zwei scheinbar widersprüchliche Entwicklungen, auf die Kurz hinweist:

Einerseits die »Wir sind das Volk«-Rufe, mit denen eine »Homogenität behauptet« werde, die im eklatanten Widerspruch zur Vielgestaltigkeit der Gesellschaft stehe. Damit würden zugleich Sachkonflikte und unterschiedliche Interessenlagen innerhalb der Stadtgesellschaft in einen »Oben-unten-Konflikt« umgedeutet, dessen Inszenierung die »Einflugschneise der Populisten« seien. Die, so möchte man ergänzen, ein eigenständiges Interesse an Polarisierung und Zuspitzung der Konflikte haben.

Andererseits und in engem Zusammenhang mit dem Entstehen der »Oben-unten-Konflikte« ist ein Abschieben aller Verantwortlichkeiten an Staat und Stadt zu beobachten: »Also nicht der Aushandlungsprozess in der Demokratie oder der Konflikt mit anderen bürgerschaftlichen Gruppen, die andere Auffassungen haben, stehen im Zentrum, sondern vielmehr eine Erwartung, dass Dinge geregelt werden, dass dafür schließlich jemand zuständig sein muss.«[25] Da die Erwartungen oft über das den Kommunen Mögliche hinausschießen oder aus anderen Gründen nicht erfüllt werden (können), sind Enttäuschungen die Folge, die dann wiederum in Verdrossenheit bzw. Misstrauen umschlagen.

Es ist in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung, dass viele Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung die bestehende Fragmentierung ebenso wie das Abschieben der Verantwortlichkeit »nach oben« eher befördern als mindern. Schon das Abfragen von Wünschen und Ideen aus der Bevölkerung verstärkt diese Tendenz zum Beispiel ebenso wie das Fehlen von Angeboten zu inhaltlichen Erörterungen, in denen alle Gesichtspunkte (also z.B. auch die von Projektinitiatoren, Sachverständigen etc.) und Beteiligte zur Sprache kommen.

Verlust der Argumentationsfähigkeit

Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust, Fragmentierung der Kommunikation, Verlust der »Tatsachenwahrheit«, Polarisierung, Verwahrlosung der Verkehrsformen etc. haben eine gemeinsame Resultierende. Man kann sie den »Verlust der Argumentationsfähigkeit« nennen. Was ist damit gemeint?

Demokratie lebt von Interessen- und Meinungsvielfalt. Und von der darauf basierenden argumentativen Auseinandersetzung – etwa über Ausgangspunkte, Ziele und Wege der Stadtentwicklung. Damit aber Argumentation als Kernelement demokratischen Handelns gelingen kann, sind Voraussetzungen notwendig. Hier seien nur fünf genannt. Die erste: Man muss die Pluralität der Interessen als etwas Selbstverständliches anerkennen. Die zweite: Es gilt sicherzustellen, dass alle relevanten Gesichtspunkte in die Argumentation einbezogen werden. Die dritte: Man muss Räume schaffen, in denen – unter Einhaltung von wechselseitigem Respekt – argumentiert wird und werden kann. Die vierte: Man muss Argumente nicht nur austauschen, sondern bessere auch anerkennen bzw. zu Kompromissen bereit sein. Wer nur Forderungen aufstellt oder Interessen und Wünsche lediglich nebeneinander auflistet, argumentiert nicht. Die fünfte: Argumentation benötigt eine gemeinsame Basis, die Verständigung auf eine Faktenlage, die Fundament der Debatte sein kann. Solange die Argumentierenden von verschiedenen »Realitäten« ausgehen, ist Verständigung nicht möglich.

Alle diese Voraussetzungen sind heute gefährdet. Auf unterschiedliche Weise und von unterschiedlichen Seiten werden sie infrage gestellt, nicht be- oder offensiv missachtet.

Wechselwirkungen, Erosion der Partizipations-Prämissen und das Ende der Naivität

Schon die letzten Bemerkungen machen deutlich, dass die hier hintereinander aufgeführten Faktoren in enger Wechselwirkung zueinander stehen und teilweise (negative) Selbstverstärkerspiralen bilden.

Das gilt schon für das Misstrauen an sich: Denn es sind ja nicht nur Teile der Bürgerschaft, die »der Stadt«, »der Politik« oder schlicht »denen da oben« misstrauen und dies zum Ausdruck bringen. Auch die andere Seite misstraut denen, die sich da lautstark zu Wort melden – oder traut ihnen zumindest keine faire und sachliche Auseinandersetzung zu. Das führt zu Veränderungen von Einstellungen und Verhalten, die ihrerseits nicht ohne Wirkung bleiben. Und so findet man in der Praxis nicht selten verhärtete Fronten und wechselseitige Schuldzuweisungen vor – mithin ein Klima, in dem positive Erfahrungen kaum mehr gedeihen können.

Das über Jahrzehnte gewachsene Misstrauen ist ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Probleme. Es ist latent vorhanden, lässt sich in Konfliktfällen, wie es scheint, bei großen Gruppen innerhalb der Gesellschaft aktivieren – und funktionalisieren. Manche Bürgerentscheide der letzten Jahre verdanken eben diesem Misstrauenspotenzial ihre Wirkung.

Dass die Erosion des Vertrauens in Personal und Verfahren der Politik mit deren Verlust an Boden- und Bürgernähe zusammenhängt, liegt ebenso auf der Hand wie der enge Zusammenhang von Echoräumen und dem Verlust der »Tatsachenwahrheiten«. Dass beides wiederum Polarisierungen und die Umdeutung von Sachauseinandersetzungen in Oben-unten-Konflikte befördert, die dann der Misstrauensbereitschaft erneut Nahrung geben, kann ebenfalls unterstellt werden. Und nicht zuletzt ergibt sich aus der Vervielfältigung politischer Meinungsäußerungen auf der einen und dem »Verlust des Kommunalen«, also des Ortes gemeinsamer Erörterung ein, wie Ulrich Schwarz schreibt, »Defizit substanzieller politischer Vernunft«.[26]

Aus diesen Wechselwirkungen resultiert ein Problemgeflecht, das erhebliche Sprengkraft entwickeln kann. »Bisher«, so fügt Schwarz seinen Überlegungen hinzu, »wurschtelt man sich so durch. Aber kann das so bleiben?«

Die Frage steht im Raum. Sie dürfte rhetorisch gemeint sein.

Es ist offensichtlich: Die hier nur skizzierten Veränderungen in Gesellschaft und Politik stellen die Prämissen des bisherigen Partizipationsverständnisses in Frage:

- Vom »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« (Habermas) sind wir vielfach weit entfernt.
- Dass es sachlicher und der Sache dienlicher zugehe, wenn viele sich zu ihr äußern, wird man auch nicht mehr ohne weiteres bestätigen können.
- Die »alte« Annahme, dass Mitwirkung an der Meinungsbildung stets die Akzeptanz nachfolgender Entscheidungen politischer Gremien fördere, wird vielen in der Praxis

Tätigen nur mehr ein resigniertes Lächeln entlocken.

- Die Hoffnungen auf die Demokratisierungspotenziale des Internets sind zurecht getrübt. Und auch die Annahme, dass die soziale Selektivität politischer Teilhabe an den örtlichen Angelegenheiten substanziell und nachhaltig zu mindern sei, hat ihre Überzeugungskraft verloren.
- Womit sich letztlich die Hoffnung darauf, dass »mehr Beteiligung« gleichsam automatisch lokale Demokratie stärke, als wenig tragfähig erwiesen hat. Wie wir insbesondere beim Missbrauch direkt-demokratischer Instrumente sehen, kann die Vervielfältigung von Partizipationsmöglichkeiten etablierte Verfahren schwächen, zumindest aber zu Verunsicherungen über Rollen, Einflussmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten auf allen Seiten führen.

Die Liste solcher Annahmen, von denen das Engagement für Partizipation lange Zeit getragen wurde und die heute bestenfalls noch als eingeschränkt gültig anzusehen sind, ließe sich verlängern.

Man kann die Konsequenz noch kürzer fassen. Um den bereits eingangs zu Wort gekommenen Oberbürgermeister Mannheims – Peter Kurz – vollständig zu zitieren: »Also die Naivität muss jetzt wirklich aufhören, nämlich die Naivität zu sagen: ›Je mehr Beteiligung, desto besser‹«.[27]

Hinweise

Letzter Zugriff für alle Internetquellen: 28.2.2018

1 Roland Roth (2017): Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten des Rechtspopulismus: In eNewsletter des Netzwerks Bürgerbeteiligung [http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/1_2017/nbb_beitrag_roth_170406.pdf]

2 Peter Kurz (2017): »Wir haben einen Lebensstilkonflikt in unserer Gesellschaft« In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung H.5/2017 S. 235 ff.. Das vollständige Zitat findet sich am Ende dieses Textes.

3 Change - das Magazin der Bertelsmann Stiftung, Sonderheft 2009 S. 19

4 zitiert nach Friedrich Ebert Stiftung (Hg.) (2014): Management und Politik (MuP) - Arbeitshilfe. Factsheet: Vertrauen in Politik und Demokratie in Zahlen. [http://www.fes-mup.de/files/mup/pdf/arbeitshilfen/MuP-Arbeitshilfe_Vertrauen_in_Politik_und_Demokratie.pdf]

5 forsa Politik- und Sozialforschung GmbH (2017): Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie. Ergebnisse einer bundesweiten Bevölkerungsbefragung (im Auftrag der Stiftung Lebendige Stadt). Berlin (http://www.lebendige-stadt.de/pdf/forsa-Umfrage-zu-Buergerbeteiligung-und-direkte-Demokratie.pdf)

6 Niklas Luhmann (1973): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 2. erw. Aufl. Stuttgart, S. 79. Vgl. hierzu auch Josef K. Haschke (2016): Politische Vertrauenskrise? Die kommunikative Konstruktion von Politikervertrauen im lebensweltlichen Kontext. Wiesbaden [Springer]

7 Vgl. zu den Plebisziten auch: Klaus Selle (2016): Exit Plebiszit? Die Brexit-Kampagne sollte für den Umgang mit Instrumenten direkter Demokratie auch auf kommunaler Ebene zu denken geben. In: Wohnen und Stadtentwicklung H. 5/2016, S. 226 - 232; Bislang ist möglicherweise auch zu wenig bedacht worden, dass viele andere, gut gemeinte Beteiligungsangebote (wie etwa Bürgerhaushalte) gern von denen genutzt werden, die damit ihr grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Verfahren repräsentativer Demokratie (in diesem Fall: »Die wenigen Politiker, die überhaupt einen Haushalt verstehen, kungeln da immer alles untereinander aus«) zum Ausdruck bringen. Da verwischt allzu oft die Grenze zwischen sinnvoller, konstruktiv gemeinter Kontrolle und fundamentalem Misstrauen.

8 Stefan Wegner (im Gespräch mit Ulrich Schnabel) (2017): Jetzt schmilzt auch noch das Vertrauen. In: Die ZEIT Nr. 48/2017 (vom 23. November 2017) S. 40

9 Wegner a.a.O.

10 Thomas Kuder (2016): Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. vhw werkSTADT Nr. 08, Oktober 2016 S. 2

11 So etwa in der Dortmunder Nordstadt, einem Stadtbezirk mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Niveau formaler Bildungsabschlüsse; vgl. z.B.: Bertelsmann Stiftung (2017): Populäre Wahlen – NRW. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017. Gütersloh

12 Armin Schäfer (2013): Wahlbeteiligung und Nicht-Wähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 48-49/2013) [http://www.bpb.de/apuz/172972/wahlbeteiligung-und-nichtwaehler?p=all]. Vgl. auch Sebastian Bödeker (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft, Frankfurt/M.

13 Kuder a.a.O. S.2 sowie das Schaubild auf S.3

14 Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (2014): Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014. Berlin S.24

15 zitiert nach Sarah Ginski u.a. (2017): Multilaterale Kommunikation. Die Perspektiven der Fachleute. PT_Materialien H. 39. Aachen [Download: http://www.pt.rwth-aachen.de Publikationen. Pt_Materialien]

16 Harris C.M. Tiddens (2014): Wurzeln für die lebende Stadt – Wie wir die Eigenverantwortung von Stadtteilen stärken können und warum diese mehr Wertschätzung verdienen. München (oekom)

17 Joachim Raschke (Hg.) (1982): Bürger und Parteien: Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 189. Bonn

18 Einen besonders augenfälligen Grund nannte kürzlich ein SPD-Mitglied, das die Veränderungen im Ruhrgebiet, eigentlich ein »Stammland« seiner Partei, über mehrere Jahrzehnte beobachtet hat: Früher hätte es die »Straßenkassierer« gegeben, die die Beitragszahlungen bei den Mitgliedern selbst einsammelten – und so regelmäßig Kontakt zur Basis hielten.

19 Hannah Arendt (1972): Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays. München/Berlin [Piper]; hier zitiert nach der e-book Ausgabe von 2017, S.5

20 Vgl. ausführlicher und mit weiteren Nachweisen: Klaus Selle (2005): Vorwärts nach weit ... Festivalisierung und Große Projekte: Erfahrungen und Folgerungen. In: Ders. Planen, Steuern, Entwickeln – Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. edition stadt|entwicklung. Dortmund S. 225 ff. (insbes. S. 250 f.)

21 Auch hier hat Hannah Arendt wieder Wesentliches notiert – wenngleich noch unter Bedingung der einen Öffentlichkeit, während wir es heute ja mit fragmentierten Öffentlichkeiten zu tun haben: » Mit der Vernunft kommt sie [die Täuschung; Anmerkung des Autors] nie in Konflikt, weil die Dinge ja tatsächlich so sein könnten, wie der Lügner behauptet. Lügen erscheinen dem Verstand häufig viel einleuchtender und anziehender als die Wirklichkeit, weil der Lügner den großen Vorteil hat, im Voraus zu wissen, was das Publikum zu hören wünscht. Er hat seine Schilderung für die Aufnahme durch die Öffentlichkeit präpariert und sorgfältig darauf geachtet, sie glaubwürdig zu machen, während die Wirklichkeit die unangenehme Angewohnheit hat, uns mit dem Unerwarteten zu konfrontieren, auf das wir nicht vorbereitet waren« (a.a.O. S.7)

22 Hannah Arendt a.a.O. S.9

23 Die hier im Text ausgelassene Passage lautet: »Der Historiker weiß, wie verletzlich das ganze Gewebe faktischer Realitäten ist, darin wir unser tägliches Leben verbringen. Es ist immer in Gefahr, von einzelnen Lügen durchlöchert oder durch das organisierte Lügen von Gruppen, Nationen oder Klassen in Fetzen gerissen oder verzerrt zu werden, oftmals sorgfältig verdeckt durch Berge von Unwahrheiten, dann wieder einfach der Vergessenheit anheim gegeben« . (a.a.O. S.7)

24 Peter Kurz a.a.O. S. 236

25 Peter Kurz a.a.O.

26 Ulrich Schwarz (2017): Bürger als Demokraten. Bedingt diskursbereit. In: IBA Heidelberg (Hrsg.) Die Wissensstadt von morgen – Reflexionen. IBA_LOGbuch No.1 Zürich [Park Books] S. 67

27 Peter Kurz a.a.O. S. 237

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Intransparent und Inhaltsleer? Was aus partizipativen Mindeststandards in der Praxis werden kann.

Prof. Dr. Klaus Selle war von 2001-2018 Inhaber des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen und ist weiterhin mit NetzwerkStadt Gmbh (netzwerk-stadt.eu) aktiv.
Foto: Susanne Freitag

Die Durchsetzung von Öffentlichkeitsbeteiligung auf breiter Basis ist zweifellos als Erfolg zu werten, hat aber durchaus nicht überall zu einer nebenwirkungsfreien Praxis geführt.[1] Das war schon früher Anlass, über den eingeschlagenen Kurs nachzudenken. Inzwischen mehren sich die Zweifel, ob unsere bisherigen Grundannahmen im unübersichtlicher gewordenen »Beteiligungsgelände« noch ausreichend Orientierung bieten. Das liegt zum einen an erheblich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (vgl. dazu auch den Text zur »Vertrauensfrage« in dieser Ausgabe). Das liegt aber auch daran, dass neuere empirische Untersuchungen[2] auf das Verfehlen zentraler Qualitätsanforderungen[3] in Teilen der Praxis hinweisen. Hier sei dies lediglich an zwei Aspekten, die bislang völlig unstrittig als Basisanforderungen an Öffentlichkeitsbeteiligung galten, verdeutlicht:

- Transparenz! Die Verfahren – Inhalte, Rahmenbedingungen, Akteure, Ziele, Interessen etc. – sollen klar und deutlich dargestellt werden.
- Substanz! Es soll um etwas gehen, das Bedeutung hat – für die Beteiligten, für die zu klärenden Fragen, für die weitere Entscheidungsfindung.

Bevor jedoch auf das Bemühen, diesen einfach klingenden Anforderungen gerecht zu werden, näher eingegangen wird, muss auf eine spezifische Perspektive der folgenden Darstellung hingewiesen werden: Der wissenschaftliche Beteiligungsdiskurs konzentriert sich gemeinhin auf *abgegrenzte Verfahrensschritte* – etwa die Mitwirkung an Meinungsbildungsprozessen im Vorfeld lokalpolitischer Entscheidungen, die deliberative Lösung eines Konflikts, den Einsatz direktdemokratischer Instrumente etc.

Wer jedoch – wie im Folgenden – *ganze Stadtentwicklungsprozesse* von den Vorüberlegungen bis zur Umsetzung in den Blick nimmt, wird unschwer feststellen, dass nach ersten, dialogisch gestalteten Schritten noch viele weitere folgen. Die »partizipative Optimierung« einer vergleichsweise kurzen Sequenz sagt also wenig bis nichts über den gesamten Prozess aus. Wer den Blick allein auf diese Abschnitte richtet, läuft Gefahr, falsche Bilder von den kommunikativen Realitäten der Stadtentwicklung zu erzeugen.[4]

ISSN 1868 - 5196

Wie lang diese Prozesse tatsächlich sind und wie sie verlaufen hängt zudem von den *Inhalten* ab, die zu bearbeiten sind. Denn damit verbunden sind jeweils sehr unterschiedliche Akteurskonstellationen, verschiedene Einflussmöglichkeiten der Kommunen etc.[5]

Wie sich das Bemühen um Kernanforderungen an Bürgerbeteiligung aus dieser Perspektive in der Praxis darstellt, soll hier anhand einiger Beobachtungen illustriert werden:

1 | Intransparent trotz intensiver Beteiligung. Blinde Flecken, lange Zeiträume und administrative Binnenwelten

Transparenz gehört zu den Kernanliegen allen Beteiligens. Schon mit dem Demokratieversprechen der 1960er Jahre ging es vor allem darum, das sichtbar werden zu lassen, was in den Sphären der (lokalen) Politik und Administration geschieht.

Seither gilt die Transparenzforderung nicht nur als Aufgabe partizipativer Prozessgestaltung, sondern sogar als deren Voraussetzung, als Basis jeder weiteren Erörterungsbemühungen. Das könnte die Vermutung nahe legen, dass dieser Mindeststandard in der Praxis durchweg eingelöst wird.

Die Reduzierung des Bildes der Kommunikation auf zwei »Blöcke« ist fatal.

Das ist aber nicht so. Sehr oft werden die Aufgaben, um die es geht und die Rahmenbedingungen, die die Auseinandersetzung mit ihr prägen, bestenfalls stark verkürzt dargestellt (dazu mehr in Kap. 2). Bemerkenswert und bislang wenig beachtet ist aber auch, dass das Akteursspektrum praktisch nie differenziert wird und wesentliche Verfahrensschritte in ihrer Bedeutung für die Prozessergebnisse unerklärt bleiben. Auf diese Aspekte sei hier vor allem eingegangen:

Überwiegend bilateral. Die ausgeblendete Akteursvielfalt

Untersucht man die Darstellungen lokaler Beteiligungsprozesse im öffentlich zugänglichen Material so findet man zumeist nur sehr spärliche Angaben dazu, welche Akteure (außer »der Stadt«) für Planung und Umsetzung von Belang sind. Damit bleiben auch die Gesichtspunkte, die sie einbringen, unbenannt. Dass etwa immobilienwirtschaftliche Aspekte für Wohnungsunternehmen, die im neuen Quartier die Wohnungen errichten sollen, von entscheidender Bedeutung sind, bleibt fast immer unerwähnt. Gleiches gilt z.B. für die Rolle der Eigentümer von Grundstücken an den Rändern von Plätzen, die umgestaltet werden sollen. Auch deren (Investitions-)Absichten sind – um nur Beispiele zu nennen – von erheblichem Belang.

Solche Listen der für die Bewältigung einer Aufgabe unverzichtbaren Akteure lassen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Aufgabe erheblich verlängern. Aber sie und ihre Rolle werden in der Öffentlichkeitsbeteiligung nur selten verdeutlicht.

Das heißt natürlich nicht, dass sie nicht berücksichtigt oder sich kein Gehör verschaffen würden. Das heißt nur: Die Kommunikation mit ihnen wird ausgelagert in eigenständige Sphären der Abstimmung.

Das gilt auch für die kommunale Administration, die die Behördenbeteiligung und das Abwägen konkurrierender Fachsichten innerhalb des eigenen Hauses zu bewältigen hat (s.u.).

So entsteht in der Öffentlichkeitsbeteiligung vielfach das Bild einer sehr ausgeräumten Akteurslandschaft, in der letztlich allein »die Stadt« mit »den Bürgern« kommuniziert.

Dieses Bild ist auch deswegen falsch, weil in einer Bürgerversammlung nicht *die* Öffentlichkeit zu hören ist, sondern einzelne Gruppen: Besonders laut und deutlich führen z.B. die Anrainer aus der Umgebung eines geplanten Gewerbegebietes das Wort, die sich zukünftigen Baulärm und größere Verkehrsbelastung vom Halse halten wollen. Es reden die, die durch die Umgehungsstraße den Wert ihres Hauses gemindert sehen. Autofahrer beklagen den »Parkplatzklau« und selbst die Gelbbauchunke kommt zu Wort, wenngleich ihr Überlebensinteresse in erster Linie denen als Argument dient, die Vorbehalte gegen die zukünftige Bewohnerschaft im neuen Wohngebiet haben.

In den Foren sitzen zudem vielfach die Verbandsvertreter, die man auch anderswo trifft, wirken ein weiteres Mal die für den Vogelschutz Engagierten ebenso wie die organisierten Radfahrer mit, meldet sich die Cityinitiative für die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem privaten PKW zu Wort und sitzen zuhörend Vertreter der Immobilienwirtschaft (sofern das Thema interessante Informationen zu versprechen scheint).

Alles das ist gut so. Alles das ist Realität: handfeste private Belange und allgemeine Anliegen, organisierte und individuelle Interessen, die, die immer dabei sind, und die, die sich aus gegebenem Anlass einmalig empören... Diese Pluralität von Interessen, Betroffenheiten und Absichten ist in jedem

Prozess vorhanden – wird aber nicht sichtbar gemacht.

Das ist fatal. Aus mindestens vier Gründen: Erstens entsteht ein völlig falsches Bild von den Wirklichkeiten der Stadtentwicklung. Zweitens und damit verbunden: Die Handlungsmöglichkeiten »der Stadt« werden überschätzt und mit ihnen die Reichweite der Öffentlichkeitsbeteiligung. Das führt – drittens – geradewegs zur (aktuell immer wieder beklagten) Polarisierung, die zudem dadurch gekennzeichnet ist, dass aus »Sach-Konflikten« »Oben-Unten-Konflikte« werden. Und viertens gerät damit ein elementares Merkmal demokratischer Prozesse – das Vorhandensein (und die Akzeptanz) von Interessenpluralität sowie die Notwendigkeit zum Interessenausgleich zu kommen – aus dem Blick.

Überwiegend intransparent. Die langen Zeiträume der Stadtentwicklung

Was man sich selten klar macht, wenn man über »Planung« spricht ist die Zeitdimension: Die Erarbeitung von Stadtentwicklungskonzepten mag nach zwei Jahren abgehandelt sein. Bis dahin ist aber nur Papier erzeugt worden und danach folgen oft erst weitere Pläne und Konzepte. Bis dann die zuvor möglicherweise heiß umkämpften Themen raumwirksam werden, können Jahre vergehen, wenn es überhaupt zu ihrer Realisierungen kommt.

Nimmt man die Spanne bis zur Umsetzung mit in den Blick, dann kann die Umgestaltung eines Platzes von der ersten Idee bis zur Realisierung unter Idealbedingungen drei Jahre dauern, oft aber auch ein Mehrfaches davon.

Und die Entwicklung eines neuen Quartiers ist – ähnlich betrachtet – keinesfalls unter zehn Jahren zu haben, erreicht nicht selten aber die Zwei-Dezennien-Grenze.

Wie aber steht es um die partizipative Qualität dieser Prozesse in ihrer vollen Länge? Es mag ja sein, dass der erste Rahmenplan bravourös öffentlich erörtert wurde, aber in den vielen Jahre danach erfährt die interessierte Öffentlichkeit wenig bis nichts vom Fortgang des Vorhabens.

Nun mag man einwenden, das sei unter partizipativen Gesichtspunkten insofern irrelevant, als es bei der langen Weile solcher Prozesse doch lediglich um den »Vollzug« zuvor beschlossener Inhalte gehe. Wer so argumentiert kennt Stadtentwicklung – vor allem jene Prozesse, die in raumwirksame Veränderungen münden – nicht. Sie sind derart vielen Einflussfaktoren und Einflussnahmen ausgesetzt, dass im Laufe der Zeit substanzielle Veränderungen eher die Regel als die Ausnahme sind.

Die Phase der Wenig-bis-Nicht-Information beginnt, um wieder beim Beispiel der Quartiersentwicklung zu bleiben, schon auf dem zumeist mehrjährigen Weg zwischen frühzeitiger Bürgerbeteiligung und späterem Satzungsbeschluss. Selbst in Städten, die einen sehr hohen Anspruch an die Verfahrensgestaltung verfolgen, zeigen Evaluationen, dass die Bürgerschaft bereits auf dieser Etappe nicht mehr zu folgen vermag – und mangelnde Transparenz beklagt, insbesondere hinsichtlich der Frage, »welche Anregungen (warum und warum nicht) aus der Bürgerbeteiligung in die Beschlussvorlagen des Gemeinderats eingeflossen sind?«[6]

Aber mit dem Bebauungsplan ist noch keine städtische Realität verändert. Das dauert wiederum Jahre – über Erschließung, Vermarktung bis zu Bau und Nachbarschaftsbildung. Auch hier kann und wird vieles geschehen, das ursprünglich nicht oder anders gesehen wurde – ohne dass eine öffentliche Befassung erfolgt. Und: Ohne dass transparent wäre und bliebe, was warum geschieht.

Es gibt inzwischen mehrere Städte, die im Rahmen ihrer Leitlinien zur Bürgerbeteiligung den Anspruch erheben, über die ganze Länge von Prozessen Transparenz zu gewährleisten. Man darf gespannt sein, ob und wie das gelingt.

Überwiegend intern. Die Intransparenz administrativer Binnenwelten

In § 4a BauGB heißt es: »Die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dienen insbesondere der vollständigen Ermittlung und zutreffenden Bewertung der von der Planung berührten Belange«. Das heißt: Hat man die Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung ermittelt und bewertet beginnt der eigentliche Prozess der Abwägung in den Tiefen der öffentlichen Verwaltung. Der kann angesichts der Komplexität dieser Aufgabe und ihrer rechtlichen Bedeutung viel Zeit in Anspruch nehmen, während der die zuvor involvierte Öffentlichkeit nichts mehr erfährt. Am Ende steht dann ein Ergebnis, in dem die Beteiligten ihre Anregungen vielfach nicht mehr wieder erkennen.

Dieses Verlaufsmuster findet man fast überall. Aber fast überall fehlt im Material zur Öffentlichkeitsbeteiligung auch ein deutlicher Hinweis darauf. Es liest sich natürlich

auch nicht so gut, wenn man mitteilt: »Wir sind an Ihrer Meinung interessiert. Aber sie ist nur eine unter vielen anderen. Es wird sich dann zeigen, wie im Prozess der Abwägung damit umzugehen ist. Über das Ergebnis informieren wir Sie dann in einigen Jahren – mit Stufe zwei der Beteiligung«.

Wie gesagt: Überall, wo Bauleitpläne zu erstellen sind, ist exakt diese Vorgehensweise vom Gesetzgeber vorgesehen. Und in vielen informellen Prozessen (etwa bei Rahmenplänen oder Entwicklungskonzepten) wird ähnlich verfahren. Entsprechende Hinweise fehlen jedoch. Und damit sind die allenthalben zu beobachtenden Frustrationen vorprogrammiert, die allerdings erst dann sichtbar werden, wenn man nicht nur die Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung betrachtet, sondern einige Jahre später nachschaut, was daraus geworden ist.

Dies ist keine Kritik am Gesetz. Das hat seine eigene Logik. Mit ihr wird die Abwägung in den Mittelpunkt gerückt. Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung haben da lediglich »dienende« Funktionen.

Alles scheint möglich, wenn es nur richtig gewünscht wird.

Nun könnte man auf den Gedanken kommen, dann müsse der Prozess der Abwägung selbst transparenter werden – indem man die Vielfalt z.T. konkurrierender Fachsichten und Interessen innerhalb einer Verwaltung (und der umliegenden Behördenlandschaft) explizit sichtbar macht.

Wer das gegenüber Mitgliedern kommunaler Verwaltungen anregt, erntet bestenfalls mildes Lächeln ob solcher Weltfremdheit. Das Prinzip der »einheitlichen Verwaltungsmeinung«, die es erst in oft mühsamen Abstimmungsprozessen herzustellen gilt, steht solchen Überlegungen entgegen. Dabei geht es nicht nur um Routine, institutionelle Eigenlogik, rechtliche Überlegungen und den Erhalt eigener Gestaltungsspielräume. Sondern auch um Effizienz. Eine andauernde und vielstimmige Kommunikation mit der Außenwelt erscheint vielen schlicht nicht zu bewältigen. Schon jetzt ist »Effizienz« das am meisten gehörte Stichwort aus den Verwaltungen, wenn es um die Bewältigung der Informations- und Partizipationsaufgaben geht.

2 | Beliebige Substanz? Wünsch-Dir-was-Partizipation, realitätsbefreites Denken und die Frage nach der Frage

Früher einmal schrieb man der Öffentlichkeitsbeteiligung unter vielen anderen positiven Funktionen auch zu, dass sie Planungen inhaltlich verbessere und Konzepte mit Anregungen aus der Bürgerschaft anzureichern vermöge. Das steht grundsätzlich auch weiterhin nicht in Abrede. Aber in Teilen der Praxis scheint man aus freien Stücken auf diese Funktion der Partizipation zu verzichten – und sich nach viel versprechenden Ankündigungen in unverbindliches Ideensammeln zu flüchten.

Wunschlisten. Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt

»Plane Deine Zukunftsstadt!«, »Mach mit, Denk Deine Stadt«, »Wie würdest Du die Stadt verändern?«, »Wie wollen wir im neuen Quartier miteinander leben?«, »Mein Stadtteil morgen« ... so und so ähnlich heißt es auf Plakatwänden und Einladungsflyern am Anfang vieler Planungsprozesse. Antworten auf diese Fragen werden auf Zettelwänden und im Internet gesammelt. Schnell kommen einige Tausend »StadtIdeen« zusammen. Manches ist abseitig (Nachbarkommune eingemeinden, großes Aquarium bauen, Rodelberg), manches bleibt auf der Ebene abstrakter Ziele (ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Stadt, multikulturelles und buntes Zusammenleben, qualitätvolle Arbeitsplätze), manches ist humorvoll (besseres Wetter) und vieles hört man oft (bezahlbarer Wohnraum, mehr Grün, bessere Radwege, mehr Angebote für alte Menschen, Sauberkeit im Park...).

Diese »Wunschlisten-Beteiligung« könnte man auch – sarkastischer – »Pippi-Langstrumpf-Partizipation« nennen. Denn hier wird nach dem Motto verfahren: »Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt«.

Aber was ist an dieser Form der Meinungsabfrage zu kritisieren? Kommen hier nicht viele »wertvolle Hinweise« zusammen, wie ein Dezernent bei der Entgegennahme entsprechender Listen lobte? Gab es nicht auch in seit Jahrzehnten etablierten Beteiligungsprozessen solche Wunsch- und Kreativphasen?

In der Tat: Nicht das Ermuntern zu fantasievollem Denken ist das Problem, sondern die diffuse Fragestellung an eine unspezifische Öffentlichkeit, die Vorhersehbarkeit und Austauschbarkeit der Ergebnisse, das Fehlen notwendigen Realitätsbezuges und das Erzeugen von Bildern eines allzuständig-omnipotenten Adressaten...:

Relevanz? Wie man in den Wald ruft…

Wer so unspezifisch fragt, wie das häufig der Fall ist, darf sich nicht wundern, wenn das Spektrum der Antworten sehr weit und mit erheblichen »Streuverlusten« verbunden ist. Das meiste hat für den Plan, um den es geht, keinerlei Relevanz: Die zerbrochenen Flaschen im Park sind ebenso wenig Gegenstand eines Stadtentwicklungskonzeptes wie die Frage des sozialen Zusammenlebens im Flächennutzungsplan geregelt werden kann – und nur zwei Beispiele zu nennen.

Gemeinhin wird gegenüber der Öffentlichkeit argumentiert, man könne diese Inhalte zwar nicht im Plan berücksichtigen, werde sie aber an die Zuständigen weiter leiten. Wer mehrere solcher Prozesse verfolgt, weiß, wie oft das im Nirgendwo endet.

Intern heißt es zudem, man erhalte so immerhin einen Eindruck von den Problemen, die »den Menschen wichtig« seien. Das aber ist irrig – und verweist zugleich auf das eigentlich Wesentliche.

Zunächst: Die Ergebnisse solcher Sammlungen – ob off- oder online – sind in keiner Weise repräsentativ. Sie bringen lediglich das Meinungs-Spektrum einer selbst-selektiv entstandenen Gruppe zum Ausdruck. Auch wenn die Zahl der Zettel und Kommentare auf den ersten Blick hoch erscheint: In einer Stadt mit 700.000 Einwohnern stecken hinter 15.000 Äußerungen eben doch nur rund 2% der Bevölkerung. Jeder Blick in die Listen verdeutlicht zudem die Dominanz bestimmter Milieus und ihrer Werte und Ziele.

Und: Natürlich wäre es wichtig, in Erfahrung zu bringen, was alltäglich als Problem wahrgenommen wird und wo der Schuh drückt. Aber das nur einmal oder im Abstand vieler Jahre? Und dann noch auf methodisch fragwürdige Weise?

Neuigkeitswert? Was man schon ahnte…

Es gibt einen wohl bekannten methodischen Einwand gegen das Erfragen von Wünschen (ursprünglich am Beispiel der Wohnwünsche diskutiert): Man erfährt nur, was die Menschen schon kennen. Reproduziert wird, was man vor Augen hat. Neues ist so nicht in Erfahrung zu bringen.

Ähnliches gilt für die »Ideensammlungen«, von denen hier die Rede ist: Sie sind in hohem Maße vorhersehbar. Im Ergebnisbericht zu einem Stadtentwicklungsprozess heißt es etwa: »Zu den Themen, die die Bürgerinnen und Bürger in besonderer Weise bewegen gehören vor allem die Bezahlbarkeit von Wohnraum, die Gestaltung eines lebenswerten Wohnumfelds mit Nahversorgungsmöglichkeiten und attraktiver sozialer Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten, die Förderung eines stadtverträglichen Verkehrs […] sowie der Erhalt und die Pflege von Grün- und Freiflächen«.[8]

In wie vielen Städten sieht die Prioritätenliste grundsätzlich anders aus?

Auf der Quartiersebene das gleiche Bild: »Die Wünsche der Bürger für ein modernes Wohnen in einer Großstadt, die sich die Verwaltung während der Veranstaltungen notierte, sind wenig überraschend: Das Viertel soll Lebensqualität erhalten – über eine kleinteilige Bebauung, über eine Mischung aus teurem und günstigem Wohnraum, armen und reichen Bewohnern, über ein Miteinander von Jung und Alt, Singles und Familien, über Multikulti, eine Lebensmittelnahversorgung, Freizeitangebote und über möglichst viel Natur […]. Auf der Wunschliste für urbanes Leben fehlen weder Gärten für den Anbau von Obst und Gemüse, noch die Erhaltung von Frischluftschneisen und Sichtachsen sowie beste Verkehrsanbindungen und Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Radverkehr«.

Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger sind wenig überraschend.

Und selbst auf der Objektebene verhält es sich ähnlich. Gefragt, was denn die in Bürgerbeteiligungen genannten wichtigsten Anforderungen an neue Plätze in der Stadt seien, antwortete die Mitarbeiterin eines Grünflächenamtes lakonisch: »Drei ›B‹. Also: Bäume, Brunnen, Bänke«.

Und so bleibt einem abschließend nur zustimmendes Nicken, wenn ein erfahrener Planer feststellt: »Bei solchen Ideensammlungen kommen immer austauschbare Kataloge heraus. Man kann über ›Suchen-Ersetzen‹ den Ortsnamen austauschen und schon hat man den Katalog für die nächste Stadt«.

Weihnachtsmann. Was die Kommune alles leisten soll…

An wen eigentlich richten sich die Wünsche und Ideen. Wer soll sie umsetzen? Wer ist der Adressat? Was erwartet man von ihm? Was soll/kann er leisten?

Es gibt partizipative Methoden, mit deren Hilfe Ideen und Ziele, herausgearbeitet werden, die sich an die Gruppe, die das alles zusammenträgt, selbst richten. So werden Zukunftswerkstätten z.B. an Schulen eingesetzt, um nach Möglichkeiten des gemeinsamen Umgangs mit Problemen zu suchen. Oder »future search conferences«[9] bilden den An-

fang von Umstrukturierungen in Unternehmen.

Das kann sehr hilfreich sein, den Horizont weiten und Ausgangspunkt für gemeinsames Handeln sein.

Ganz anders stellt es sich dar, wenn die Wünsche adressatenlos zu sein scheinen. Dann ist es ein wenig so wie beim Weihnachtsmann: Irgendwo wird sich irgendwer ihrer annehmen – glaubt oder hofft man. Womit die Rolle der Kommune – als Initiator der Prozesse, Planersteller etc. – angesprochen ist. Über vielen Ergebnissen offener Abfragen scheint zu stehen: »Die Stadt soll…« Sie ist, zumeist unausgesprochen der »Weihnachtsmann«, der Adressat der Wünsche und Ideen. Alles scheint möglich, wenn es nur richtig gewünscht und gewollt wird. Sie soll es richten – das Verkehrschaos endgültig beseitigen, aber auch viele Parkplätze vorhalten, den ICE-Anschluss herstellen und endlich ein Radwegenetz schaffen, die Natur schützen und neue, stabile Arbeitsplätze schaffen, preiswerte Wohnungen sichern und neue erstellen etc. pp.

Es liegt natürlich auf der Hand: Das alles übersteigt bei Weitem die Handlungsmöglichkeiten einer Kommune. Viele, zumal private Akteure wären gefragt und wohl auch unbegrenzte öffentliche Budgets. Zudem ist der Plan, um den es eigentlich geht, im Regelfall nicht geeignet, um auch nur einen kleinen Teil solcher Ideen aufzugreifen. Vor allem aber wird hier das Bild eines omnipotenten öffentlichen Akteurs gezeichnet, den man für das Erfüllen von Wünschen in die Verantwortung nehmen kann. Das verbindet die Omnipotenzphantasien des Planungsverständnisses der 1970er Jahre mit einer Versorgungsmentalität (»Ich zahle ja schließlich Steuern«), auf die man in jüngerer Zeit verstärkt stößt.

Warum erfragen, was irrelevant, nicht repräsentativ und nicht realisierbar ist?

Realitätsbefreit. In der Welt der Wünsche gibt es keine Widersprüche…

Kennzeichnend für die langen Wunschlisten ist u.a. dass Widersprüche in den Auswertungen nicht benannt werden. Alles steht nebeneinander. Ein ganz typisches Beispiel: Viele und möglichst preiswerte Wohnungen werden heutzutage fast überall mit oberster Priorität genannt. Zugleich aber auch: Mehr Grün, mehr Natur. Und niemand weist darauf hin, dass dies nur um den Preis schmerzhafte Kompromisse miteinander zu vereinbaren sein wird. Selbst wenn es um konkrete, also begrenzte Räume – etwa in der Quartiersentwicklung – geht, wiederholt sich das Nebeneinander von Unvereinbarem. Obwohl doch hier augenscheinlich ist, dass nicht alles zugleich in einem Raum verwirklicht werden kann.

Da fachliche Einwände und Interessengegensätze verschiedener Akteure – ob es nun um die Immobilienwirtschaft oder widerstreitende Mobilitätswünsche innerhalb der Bürgerschaft geht – ebenfalls nicht (siehe oben) thematisiert werden, verbleibt alles Wünschen im luftleeren Raum.

Selbst die in allen Handbüchern geforderte klare Benennung von Rahmenbedingungen unterbleibt in sehr vielen Fällen. Und so wünschen sich dann die Bürger Bäume in der Mitte eines Platzes, die dort wegen der Unterbauung durch eine Tiefgarage keine Chance haben. Die Zerschneidung der Stadt durch eine Bundesstraße kann in absehbarer Zeit nicht durch eine Untertunnelung, von der viele träumen, behoben werden. Die bessere Versorgung im Stadtteil ist durch einen Plan allein nicht zu bewirken. Und die Verlängerung eines Grünzugs wird absehbar an mangelnder Mitwirkungsbereitschaft von Grundeigentümern scheitern.

Im Ergebnis drängt sich die Frage auf: Warum erfragen, was irrelevant, nicht repräsentativ und nicht realisierbar ist?

Menschen zum Fantasieren zu bringen mag gut gemeint sein. In dieser Form aber ist es kontraproduktiv. Denn sehr viele der Beteiligten werden ihre Ideen und Wünsche in späteren Konzepten oder in der gebauten Wirklichkeit nicht wiederfinden (können). Letztlich wird so das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit des Beteiligungsangebotes beschädigt.

Was aber wird dann aus der Kreativität des »wilden Denkens«? Die Antwort liefert die Kreativitätsforschung selbst: Erst »constraints« erzeugen Kreativität.[10] Erst wer trotz schwieriger Rahmenbedingungen Lösungswege findet, ist kreativ. Das lässt sich an den oben genannten Beispielen illustrieren: Sie sind allesamt von »normalen« Restriktionen geprägt. Das soll aber weder vom Denken noch vom Handeln abhalten – es aber in relevante Richtungen lenken: Für die Bäume lassen sich andere Standorte finden (oder andere Arten des Schattenspendens), die Querung der großen Straße bleibt ein Problem, das man aber mit mutigen Rückbaumaßnahmen mindern könnte, die lokale Versorgungslage kann auch in einem ersten Schritt durch bürgerschaftliche Initiative angegangen werden

und für die Grün- und Wegeverbindung gibt es vermutlich auch andere Verläufe.

Klare Benennung von Rahmenbedingungen (zu denen auch der Hinweis auf das gehört, was der in Rede stehenden Plan bewirken kann und was nicht) und thematisch fokussierte Fragen erweisen sich daher als der bessere Weg zu kreativen Lösungen. Bezieht man zudem in solche Überlegungen Akteure ein, deren Mitwirkungsbereitschaft vonnöten ist oder die über eigene Handlungsressourcen verfügen (von der Selbsthilfeinitiative bis zum Wohnungsunternehmen, von Künstlergruppen, die mit Interventionen Mögliches sichtbar machen bis zu Grundstückseigentümern, mit denen man bislang noch nicht einmal gesprochen hatte) rückt selbst zuvor unrealistisch Erscheinendes näher an die Verwirklichung heran.

3 | Zwischenresümee. Naheliegende Folgerungen, grundsätzliche Herausforderungen und ein Perspektivenwechsel

Will man den beiden Grundanforderungen, die hier im Mittelpunkt standen, gerecht werden, liegen einige Folgerungen nahe. Sie umzusetzen ist jedoch weniger leicht als es scheint.

Bezogen auf beide Anforderungen gibt es jedoch auch prinzipielle Probleme, die sich einer vollständigen oder eindeutigen Lösung entziehen.

Und nicht zuletzt ist es mit Blick auf die Rückgewinnung von Vertrauen in Verfahren und Institutionen lokaler Demokratie sinnvoll, beide Anforderungen – Transparenz wie Substanz – einmal aus anderer Perspektive zu betrachten:

Praktische Folgerungen

Wer der Wirklichkeit von Stadtentwicklung gerecht werden und zudem Interessenpluralität als Prämisse allen demokratischen Handelns verdeutlichen will, muss unter anderem:

- *das Spektrum der insgesamt Beteiligten sichtbar machen*, also über eine interne Akteursanalyse hinaus auch nach außen hin vermitteln, wer mit welcher Rolle bei der Bearbeitung der anstehenden Aufgabe mitwirkt. Dabei sollte der gesamte Prozess (bis hin zur Umsetzung) in den Blick genommen werden. Auf diese Weise sollte auch vermittelt werden, wer von den Beteiligten welchen Beitrag zur Problemlösung leisten kann – also auch, was Aufgabe und Möglichkeit der Kommune (nicht) ist.
- *Interessenpluralität verdeutlichen*, heißt vor allem die mit den verschiedenen Rollen verbundenen Gesichtspunkte präsent zu halten – und damit auch den Zwang zur Abwägung und zum Kompromiss. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf die Vielfalt der in den städtischen Öffentlichkeiten vorhandenen, nicht selten widersprüchlichen Interessen.

Alle, die die Praxis kennen, wissen: Das geschieht selten und dann zumeist in homöopathischen Dosen. Die Kommune äußert sich in geglätteten Formulierungen, von Interessen Privater ist zumeist gar nicht die Rede und auch manche protestierende Bürger verstecken ihre Interessen hinter Gelbbauchunke oder Knäkente. Das hat den ehemaligen Oberbürgermeister einer süddeutschen Großstadt einmal zu der Bemerkung veranlasst, bei der Bürgerbeteiligung werde ihm zu viel gelogen.

Womit nicht zuletzt darauf verwiesen wird, dass Transparenz wie viele andere Qualitätsanforderungen an Beteiligungsprozesse keine Einbahnstraße ist. Um sie einzulösen, müssen alle mitwirken.

Das Vermeiden der hier kritisierten Formen inhaltsleerer Beteiligungsangebote hängt insofern eng mit der Transparenzfrage zusammen, als der Kern dessen, was in Rede steht, klar und deutlich gemacht werden müsste. Das ist oft sehr viel weniger, als es in der vollmundigen Beteiligungseinladung angekündigt wird: Ein Stadtentwicklungskonzept ist zunächst nur Papier, das nicht selten genug in Schubladen verschwindet, Absichtserklärung bleibt oder – wenn es hoch kommt – Akzente in der Agenda der Stadtpolitik verschiebt. Mit einem Flächennutzungsplan wird nicht die »Zukunft der Stadt« neu entworfen, sondern für wenige Prozent der Stadtfläche die potentielle Raumnutzung neu sortiert. Auch in ein Quartierskonzept können Antworten auf die Frage »Wie wollen wir in Zukunft leben?« nur sehr bedingt Eingang finden. Das gebaute Resultat wird sehr viel mehr von Bodenpreisen, immobilienwirtschaftlichen und erschließungstechnischen Gegebenheiten, städtebaulichen Rahmenbedingungen etc. als von Wohnwünschen geprägt sein. Und selbst bei der Platzgestaltung engen bauliche und finanzielle Gegebenheiten, technische Anforderungen und Interessen der Randnutzer die Spielräume wesentlich ein.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Selbstverständlich lohnt es, über alles dies intensiv öffentlich zu diskutieren. Denn die verbleibenden Spielräume können durchaus relevant sein und Debatten, so sich klare Aussagen identifizieren lassen, durchaus Wirkungen zeigen. Aber es bleibt dabei: Vollmundige Ankündigungen im Stile von »Gestalten Sie Ihre Stadt«, sind zu meiden. Statt dessen gilt es

- Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten von Anfang an zu verdeutlichen und dabei auch offen zu legen, was die Kommune aus eigener Kraft bewirken kann und was von den vielen anderen Akteuren der Stadtentwicklung abhängt.
- an den Anfang des Beteiligungsprozesses klare Fragen stellen, die die die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kompetenz als »Fachleute des Alltags« ernst nehmen. Besonders sinnvoll sind die Fragen dann, wenn die Planverfasser selbst ein Interesse an ihrer Beantwortung haben.

Bei alledem muss man spielerische Momente und Kreativität freisetzende Methoden nicht meiden: Fokussierung auf konkrete Themen, Eingrenzung durch Rahmenbedingungen und Beschränkung auf Machbares müssen spielerische und die Kreativität der Teilnehmenden fördernde bzw. nutzende Elemente im Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht ausschließen. Sie gewinnen sogar dadurch an Gehalt und Bedeutung, dass sie in Kenntnis der »constraints« durchgeführt werden – und so möglicherweise Lösungsideen (und sei es nur in Details) entwickelt werden, die von den Fachleuten nicht gesehen wurden.

Wenn man keine Antworten von Belang erwartet, soll man auch keine Fragen stellen

Es bleibt aber dabei: Eine seriöse Planung von Beteiligungsverfahren muss Substanz und erwartetem Ertrag deutlich mehr Gewicht beimessen als dies vielfach dort der Fall ist, wo die »Eventisierung« der Partizipation sich vom inhaltlichen Prozess abgelöst zu haben scheint.

Das kann auch heißen: Wenn man keine Antworten von Belang erwartet, soll man auch keine Fragen stellen – also gar nicht erst Partizipation ankündigen, sondern sich auf gute Information konzentrieren.

Weniger »Beteiligung« ist in dem Fall eindeutig mehr.

Grundsätzliche Herausforderungen

Mit der Überlegung, wie man den Gegenstand der Erörterung ankündigt, erläutert und erörtert hängt sehr eng eine grundsätzliche Frage zusammen: Welche Komplexität der Aufgabe kann und soll man den Beteiligten zumuten.

Derzeit ist eine Tendenz zur »Infantilisierung« und zur Reduktion auf Inhalte, die sich für schnelles »Voting« eignen, zu beobachten.

Möglicherweise meint man, so »alle« oder doch »möglichst viele« erreichen und »mitnehmen« zu können. Aber das ist zum einen, wenn es um Repräsentativität gehen sollte, irrelevant (denn die ist auf diesem Wege nicht zu erreichen). Und zum anderen schallt dem, der so in den Wald ruft auch Entsprechendes zurück – also Beiträge, die nichts Substanzielles zu den in Rede stehenden Aufgaben beisteuern.

Auf der anderen Seite gilt natürlich auch: Öffentlichkeitsbeteiligung ist keine Fachkonferenz. Dennoch kann man die anstehenden Fragen auf einem Niveau behandeln, das der Sache gerecht wird. Das setzt Kreativität und Sachkunde auf Seiten der Verfahrensgestalter voraus, vor allem aber die bereits angesprochene Eingrenzung des Gegenstandes auf klare Fragestellungen.

Es gibt dafür durchaus geeignete Formate: Runde Tische oder Stadtforen haben sich etwa in der Vergangenheit bei der Bewältigung selbst schwierigster Fragen als Formen der Erörterung bewährt. Und wäre er nicht 15 Jahre zu spät gekommen, so könnte auch der seinerzeit von Heiner Geißler moderierte Runde Tisch im Nachgang zu den Stuttgarter Konflikten um den Bahnhofsbau als Beispiel herangezogen werden.[11] Auch die guten alten Planungszellen mit ihren Bürgergutachten[12] weisen die inhaltliche Ernsthaftigkeit auf, die man von einer substanziellen Beteiligung erwarten muss.

Dennoch: Es ist und bleibt eine Gratwanderung zwischen Banalisierung und Überforderung. Einfache Lösungen sind hier nicht zu haben.

Noch weniger lösbar scheint das Problem der »Black-Box-Administration«. Damit ist zum einen das Prinzip der »einheitlichen Verwaltungsmeinung« angesprochen, das es grundsätzlich schwer macht, die inneradministrativen Vorgänge transparent werden zu lassen. Zum anderen geht es aber auch um die nach Innen gerichteten Arbeitsphasen öffentlicher Verwaltungen, die selbst bei vermeintlichen Standardaufgaben erhebliche Zeiträume

in Anspruch nehmen. Nicht selten erstirbt dann das zuvor begonnene Gespräch mit der Stadtgesellschaft. Beauftragte Verfahrensgestalter gehen von Bord und kommunikative Bezüge lösen sich auf. Die wieder eintretende Intransparenz wird, nach den vorherigen Erörterungen, als noch undurchdringlicher wahrgenommen als ohnehin schon.

Währenddessen ist man in der Administration mit einer Kernaufgabe der Stadtplanung befasst: der Abwägung. Das ist eine hochkomplexe Angelegenheit, in der es um viele öffentliche und private Belange geht – und sie ist in der Tat nur bedingt zur Öffentlichkeit hin zu öffnen.

Es ist zwar denkbar, in der partizipativen Phase – neben der Pluralität der Interessen in der Bürgerschaft – alle wesentlichen Belange und Gesichtspunkte, die im Abwägungsprozess eine Rolle spielen (könnten), sichtbar zu machen. Aber es bleibt dennoch bei oft langen Phasen, in denen die Öffentlichkeit »ausgesperrt« ist. So kommt es dann zu jener Unzufriedenheit, die man zum Zeitpunkt der politischen Beschlussfassung aus vielen Prozesse kennt: Das Ergebnis von Abwägung und politischen Verständigungsbemühungen weicht nicht unerheblich vom zuvor erreichten Stand ab. Man kann zwar versuchen, das zu erklären (wie es auch in vielen Leitlinien gefordert, aber nur selten in der notwendigen Begründungstiefe eingelöst wird), aber der Vorwurf, dass »die ja doch machen, was sie wollen« wird dennoch erhoben werden.[13]

Noch ausgedünnter ist die Kommunikation dann in den Folgephasen – wenn z.B. in der Quartiersentwicklung die Vermarktung beginnt und private Akteure das Steuer übernehmen. Auch hier verändert sich noch manches, über das dann keine Aufklärung mehr erfolgt.[14] Kurzum: Transparenz perdu.

Perspektivenwechsel

Für die genannten Probleme gibt es keine überzeugende Lösungen. Aber sie verweisen beide auf eine Leerstelle in der Diskussion über Bürgerbeteiligung im Stadtentwicklungskontext: Wie steht es um die Bürgerbeteiligung, wenn es keine Pläne zu erarbeiten oder Projekte in Gang zu setzen gilt?

Versetzt man sich in die Rolle von Stadtbewohnerinnen und -bewohnern (die wir ja auch alle sind), dann ist es schon merkwürdig, dass man nur zur Meinungsäußerung aufgefordert wird, wenn Politik und Verwaltung ein Vorhaben verfolgen. Was ist in der Zwischenzeit, was ist mit meinen, unseren Anliegen? Wer kümmert sich darum? An wen kann man sich wenden?

Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass für die meisten Menschen in der Stadt ein abstrakter Plan oder ein Bauvorhaben im Quartier »Irgendwo« von geringerer Alltagsrelevanz ist als der zugeparkte Marktplatz, der vermüllte Quartierspark oder der Lärm, den Jugendliche nächtens auf ihren Feiermeilen machen. Aber es geht ja nicht nur um Klagen. Auch Ideen, die in der Alltagsnutzung von Stadt entstehen – ob es nun eine unglückliche Radwegeführung betrifft, die man mit wenigen Eingriffen ändern könnte oder das Nachpflanzen einiger Bäume in einer kümmernden Allee oder, oder ... – möchte man mitteilen. Aber wem?

Die oft zu beobachtenden »Themaverfehlungen« in öffentlichen Erörterungen von Plänen, die ganz anderen Zwecken dienen, verweisen genau darauf: Man hat keine Möglichkeiten, die Alltagsanliegen loszuwerden. Also nutzt man die Diskussion über das Stadtentwicklungskonzept für den Hinweis auf den Müll im Park.

Nun könnte man einwenden, lokale Politik müsse so organisiert sein, dass sie diese täglichen Sorgen und Hinweise aufnimmt. Aber das ist offensichtlich – zumindest in größeren Städten – nicht der Fall (bleibt aber dennoch ein Desiderat).

Die Fragestellungen bleiben hinter der tatsächlichen Komplexität der Aufgabe weit zurück

Also gilt es aus dieser Perspektive nach kontinuierlichen Kommunikationsangeboten Ausschau zu halten. Es gibt inzwischen zum Beispiel viele verschiedene (digitale) Meldesysteme, die die Bürgerinnen und Bürger nutzen können, um auf Probleme (z.B.) im öffentlichen Raum hinzuweisen – von der Vermüllung bis zu zugeparkten Gehwegen. Ordnungs- und Grünflächenämter sowie die Stadtreinigung können dann unmittelbar reagieren.[15] Und es gibt Personen, die Anlaufstellen für das ganze, also auch alltägliche Spektrum der Bürgerbeteiligung bilden – etwa Ombudsfrauen und -männer, Beauftragte für Bürgerbeteiligung etc.

Kurz gefasst: Das gelegentliche Öffnen von Zeitfenstern der Kommunikation wird weder der Anforderung nach Transparenz noch nach einer Substanz, die den Menschen vor Ort wichtig ist, gerecht. Gefragt ist »Alltäglichkeit« – im inhaltlichen wie prozessualen Sinne. Nicht die Optimierung einiger weniger Prozess-Sequenzen, sondern die Möglichkeit zur Alltagskommunikation dürfte am ehesten zum Wiedergewinnen von Vertrauen – und

damit wohl auch: zur Stärkung der lokalen Demokratie – beitragen.

Hinweis

Mehr zu den hier (und im Text »Vertrauensfrage«) angesprochenen Inhalten: Klaus Selle (2018) Stadt entwickeln. Arbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe. Lemgo [Verlag Dorothea Rohn]

Anmerkungen

1 Klaus Selle (2013) Über Bürgerbeteiligung hinaus... Detmold, S. 227 - 440;

2 Vgl. insbesondere: Friederike Fugmann, Sarah Ginski, Klaus Selle, Fee Thissen u.a. (2018) Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung. Querauswertung von 50 Praxisbeispielen. PT_Materialien 40.1 (sowie die anderen Ergebnisbericht zum Forschungsprojekt). Download unter: http://www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=135&Itemid=93

3 Vgl. als aktuelle Qualitätskataloge: Allianz vielfältige Demokratie (2017) Qualität von Bürgerbeteiligung. Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen. Gütersloh, Als Vorform und Varianten: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualitätskriterien/nbb_qualitaetskriterien_februar2013.pdf, Weitere: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/qualitaetskriterien-buergerbeteiligung/ sowie: Thomas Kuder (2016) Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung vhw werkSTADT, Nr. 08/016 S. 6ff.

4 Vgl. an einem Beispiel: Klaus Selle (2018) Buten und binnen, wagen und winnen. In: Ders.: Stadt entwickeln. Arbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe. Lemgo S. 283 ff.

5 Den Hintergrund für die folgende Darstellung bilden vor allem Aufgaben der Quartiersentwicklung. Gestreift werden aber auch Erfahrungen mit der Erarbeitung von Stadtenwicklungskonzepten und der Umgestaltung öffentlicher Räume. Dies entspricht im Wesentlichen der empirischen Basis des Projektes »Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung« (sh. FN 2)

6 zitiert aus der Zusammenfassung des Gesamtberichts der Evaluation der Bürgerbeteiligung in Heidelberg 2018 (Anlage 1 zur Ratsdrucksache 0151/2018/IV) S.18

7 Schon früh z.B.: Robert Jungk, Norbert Müllert (1989): Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München

8 Hier wird auf Quellenangaben verzichtet, da es nicht darum geht, einzelne Verfahren zu kritisieren, sondern Muster zu illustrieren.

9 Ein Beispiel aus der Praxis der Organisationsentwicklung: https://organisationsberatung.net/future-search-zukunftskonferenz/

10 Belle Beth Cooper (2014): The Psychology of Limitations: How and Why Constraints Can Make You More Creative [https://blog.bufferapp.com/7-examples-of-how-creative-constraints-can-lead-to-amazing-work] illustriert dies in ihrem Blog an zahlreichen Beispielen. Mit Blick auf die gesamte Diskussion zur Rolle von einengenden Rahmenbedingungen und Kreativität ist aber auch darauf zu verweisen, dass es zugleich gilt, »Scheren im Kopf«, also bisherige Vorstellungen von dem, was alles »nicht geht« zu überwinden. Ein schönes Beispiel ist hier der Kampf um Parkplätze auf öffentlichen Plätzen. Dort ist man vielfach geneigt anzunehmen, dass man die »gegen die Autolobby« ohnehin nicht beseitigen oder reduzieren kann. Und es geht doch – wie man an vielen Beispielen zeigen kann. Aber nicht weil sich das einzelne Gruppen so sehr gewünscht hätten, sondern weil man – mit allen Beteiligten und in Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen – Lösungen findet, die man vorher so nicht gedacht hatte.

11 Das »gut« bezieht sich hier auf die inhaltlich anspruchsvolle Erörterung und ihre öffentliche Vermittlung (TV). Was die Resultate und ihre politische Umsetzung betrifft so kann man auch zu anderen Einschätzungen kommen. Zu weiteren Methoden und Verfahren vgl. auch: https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/

12 https://www.planungszelle.de

13 Es liegt auf der Hand, dass insbesondere jene, deren Interessen und Ziele keine Berücksichtigung fanden, mangelnde Transparenz beklagen. Aber auch dieses »Nachtreten« kann die atmosphärischen Anfangserfolge (Rückgewinnen von Vertrauen) zunichte machen.

14 Es gibt jedoch Kommunen, die auch private Akteure in die Pflicht zu nehmen versuchen. Immerhin gibt es dafür eine gesetzliche Grundlage: § 25 VwVfG Abs. 3 »Die Behörde wirkt darauf hin, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben ...die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet (frühe Öffentlichkeitsbeteiligung)«. Sie wird aber u.W. nur selten genutzt.

15 Beispiele für kommunale »Mängelmelder«: https://www.reutlingen.de/schadensmeldung; https://www.ludwigsburg.de/maengelmelder.Bei dem Ludwigsburger Verfahren kann man nach der Meldung u.a. auf einer Karte nachvollziehen, ob auf die Meldung reagiert wurde. Für Berlin: Dirk Bongart (2016) Berliner können ihren Ärger per App melden. https://www.mittelstandswiki.de/2016/07/ordnungsamt-online-berliner-koennen-der-verwaltung-probleme-per-app-melden/

Ausgabe I|2019

Lesetipps

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

pnd | online
www.planung-neu-denken.de

ein Magazin
mit Texten und Diskussionen zur
Entwicklung von Stadt und Region

Lesetipp I|2019

Die Buchreihe »Ein Länderporträt« – mehr als nur ein Reiseführer

Eine Rezension von
Claus-C. Wiegandt

Die meisten Geographen1 reisen nach meiner Beobachtung gerne viel und leidenschaftlich. Exkursionen, die in den meisten Lehrplänen noch immer ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung sind, sind dafür ein Indikator. Um sich über die vielen Reiseziele zu informieren, konnten sich Geographen früher auf die zahlreichen Länderkunden stützen, die an den Universitäten verfasst wurden. Anfang der 1980er Jahre hatten die meisten Hochschullehrer noch»»ihr« Land, in dem sie sich auskannten und mit dem sie sich häufig eng verbunden fühlten. Meist führte dies dazu, eine Länderkunde über dieses favorisierte Land zu schreiben. In Münster waren es in meiner Studienzeit etwa die Länderkunde zu Portugal von Peter Weber in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft (Weber 1980) oder die Länderkunde zu Großbritannien von Heinz Heineberg in der Reihe Perthes Länderprofile (Heinberg 1983; 1997). Umfassend wurden hier die unterschiedlichen Geofaktoren mit dem Ziel abgearbeitet, Einblicke in wesentliche geographische Sachverhalte der einzelnen Länder zu geben.

Mittlerweile hat sich die Forschungs- und Publikationspraxis in der Geographie grundlegend verändert. Eine Länderkunde zu schreiben, ist für die meisten Kollegen uninteressant und wird von der wissenschaftlichen Community auch nicht mehr goutiert. Themen und Fragestellungen des wissenschaftlichen Arbeitens sind in der Geographie heute andere. Die Veröffentlichungspraxis der Forschungsergebnisse zeigt dies deutlich.

Eine andere und sehr viel gängigere Möglichkeit, sich über andere Länder zu informieren, sind die klassischen Reiseführer, die heute in hohen Auflagen in den zahlreichen Reihen der großen Verlage erscheinen. Schon lange informieren Reiseführer über Land und Leute, beschreiben Sehenswürdigkeiten und geschichtsträchtige Bauwerke und geben zahlreiche praktische Tipps für die Reise. Sie unterscheiden sich formal und inhaltlich stark voneinander und informieren mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten (Helsper 2006, S. 10ff.). Generell kann wohl festgestellt werden: »In Reiseliteratur spiegelt sich das Wissen über Land und Leute, es ist Landesbeschreibung im weitesten Sinne

ISSN 1868 - 5196

des Begriffs« (Miggelbrink 1995, S. 37). Die Vielfalt an klassischen Reiseführern ist inzwischen groß, die Typisierungsversuche sind zahlreich (Helsper 2006, S. 17ff.).

Mit einem besonderen Typ der Reiseliteratur, der zwischen den klassischen Länderkunden der Geographen und den illustrierten Reiseführern liegt, möchte ich mich im Weiteren auseinandersetzen – man könnte diesen Typ als nicht-wissenschaftliche Länderkunde bezeichnen. Auf dem Buchmarkt finden sich heute drei solcher landesbezogenen Buchreihen, die populärwissenschaftlich informieren und von den persönlichen Erfahrungen und Eindrücken der jeweiligen Autoren leben. Dazu gehört u.a. die Reihe »Ein Länderporträt«, die der Ch. Links Verlag in Berlin herausgibt, die ich später etwas ausführlicher vorstellen möchte.

Bei den beiden anderen Reihen handelt es sich um die »Gebrauchsanweisung für ...« des Piper-Verlags und um »Ein Jahr in ...« des Herder-Verlags, die sich in ihren Länderbeschreibungen jeweils auf die persönlichen Erfahrungen und Eindrücke der Autoren stützen. Es fällt auf, dass in diesen beiden Reihen meist sehr beliebte Reiseziele thematisiert werden, was aus Marketingaspekten der Verlage gut nachvollziehbar ist. Diese beiden Reihen behandeln im Gegensatz zu der Reihe »Ein Länderporträt« nicht nur einzelne Staaten, sondern auch ausgewählte Großstädte oder Regionen in Deutschland und aller Welt. Die Reihe »Gebrauchsanweisung für ...« wurde im Jahr 1978 mit dem Band des renommierten österreichisch-amerikanischen Kommunikationswissenschaftlers Paul Watzlawick zu Amerika begründet. Bis Mitte 2017 sind seitdem 120 verschiedene Bände erschienen, die teils von prominenten Autoren verfasst wurden. Die Gesamtauflage aller »Gebrauchsanweisungen« beläuft sich nach Aussage der Verlagswebseite auf inzwischen über 2,2 Millionen verkaufte Bücher. In der zweiten Reihe »Ein Jahr in ...« gibt es Mitte 2017 für 45 verschiedene Reiseziele jeweils einen Band. Sie sind (tatsächlich!) ausschließlich von Autorinnen geschrieben, die mindestens ein Jahr in der Stadt, der Region oder dem Land verbracht haben. Bei der Lektüre begleitet der Leser die Autorinnen stets beim Einleben in die neue Umgebung. Alle Bände beginnen mit der Ankunft in dem jeweiligen Zielort und sind jeweils nach den Monaten des Jahres in zwölf Kapitel gegliedert. So viel zu den Reihen »Gebrauchsanweisung für ...« und »Ein Jahr in ...«.

Im Weiteren konzentriere ich mich auf die Reihe »Ein Länderporträt«. Seit Anfang der 2000er Jahre sind hier mittlerweile 42 Bände erschienen. Anfangs hatte der Verlag nur die neun Nachbarstaaten Deutschlands im Blick, die noch unter dem Reihentitel »Frau Antje und Herr Mustermann« firmierten. Inzwischen gibt es Bände zu den sieben bedeutenden Industrienationen der westlichen Welt: Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die Vereinigten Staaten sowie England als Teil des Vereinigten Königreichs. Ebenso sind alle fünf BRICS-Staaten im Programm: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Aber auch andere Staaten wie die Türkei oder Kuba, die sich derzeit in gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen befinden, werden behandelt. Selbst zu einem so isolierten Land wie Nordkorea gibt es einen eigenen Band. Zudem werden seit kurzem unter dem Begriff »Porträt einer Region« die zentralamerikanischen Staaten, die Beneluxstaaten und die nordeuropäischen Staaten jeweils in einem Band zusammengefasst. Anders als in den beiden anderen erwähnten regionalbezogenen Buchreihen »Ein Jahr in ...« und »Gebrauchsanweisung für ...« gibt es bei »Ein Länderporträt« keine Darstellung von einzelnen Städten oder Regionen im Sinne von Teilräumen einzelner Staaten.

Bei der schnelllebigen Entwicklung und teils hohen Nachfrage war es notwendig, einzelne Bände immer wieder zu aktualisieren bzw. neu aufzulegen. Der erste Band zu den Niederlanden ist inzwischen in sieben Auflagen mit insgesamt 25.000 Exemplaren erschienen. Andere Bände – wie beispielsweise zu den USA, Italien, Indonesien und Norwegen – haben ein derart positives Echo gefunden, dass sie in der zweiten Auflage auch über die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben werden.

Die Autoren der 42 Bände zeichnen sich durch unterschiedliche berufliche Hintergründe aus. Von ihrer Ausbildung her sind sie Historiker oder Germanisten, Politik- oder Kulturwissenschaftler, Philosophen oder Sozialwissenschaftler – teils auch mit Promotion. Vielfach arbeiten sie heute als freie Journalisten und Korrespondenten, was die Lesbarkeit ihrer Bücher fördert. Die meisten von ihnen haben eine längere Zeit in den jeweiligen Ländern verbracht oder leben derzeit dort. Oft sprechen sie die Landessprache, was ihnen tiefe Einblicke in die Gesellschaft eröffnet.

Der Anspruch des Verlags an die Reihe wird auf der eigenen Webseite formuliert. Danach ist es das Anliegen der Länderporträts,

»dem Leser in feuilletonistisch-lockerem Stil Hintergrundwissen zu jeweils einem Land zu vermitteln, Klischees zu hinterfragen und über Gesellschafts- und Alltagsleben zu informieren«. Nach Auskunft der Pressesprecherin sollen dabei in allen Bänden Aspekte der Geschichte und der Politik, der Kultur und des Alltagslebens angesprochen werden, ohne dass den Autoren allerdings strenge Vorgaben zur Dramaturgie des Textes gemacht würden.

Um diese Ansprüche einzulösen, sollten die Autoren nach meiner Meinung eine hohe Sachkenntnis und reichhaltige Erfahrung mitbringen und gleichzeitig über eine gute Beobachtungsgabe für die spezifischen Lebensbedingungen des Landes verfügen. Zudem sollten sie in der Lage sein, einen gehaltvollen, aber allgemein verständlichen Text zu verfassen, den man mit Freude liest und der anregt, die beschriebenen Sachverhalte in den jeweiligen Ländern zu entdecken oder wieder zu erkennen.

Zumindest für die drei Bände zu Japan, Dänemark und Portugal, die ich selbst gelesen habe, werden diese Kriterien nach meiner Einschätzung bestens erfüllt. Die Autoren dieser drei Bände verfügen über eine jeweils hervorragende Landeskenntnis und können sich sehr gut in die landespezifischen Lebensbedingungen einfühlen. Gleichzeitig haben alle drei die Fähigkeit, die Sachverhalte in einer verständlichen Sprache durchaus auch unterhaltsam zu vermitteln. In allen Bänden wird im Text auf jede Form von Illustration bewusst verzichtet. Nur im Anhang gibt es jeweils einige Basisdaten und eine einfache Übersichtskarte, nur auf der Vorder- und Rückseite der Bücher findet sich je ein Foto. Damit kommt dem Text eine hohe Bedeutung zu. Er steht im Zentrum, durch ihn werden die Botschaften vermittelt.

Tagsold, Christian: Japan. Ein Länderporträt – Berlin: Ch. Links Verlag, 2015, 189 Seiten. ISBN 978-3-86153-835-6.

Das Buch zu Japan stammt von Christian Tagsold, der seit 2006 als Professor für Modernes Japan an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf lehrt und forscht. Tagsold gelingt es in seinem Buch hervorragend, das Land in seiner Andersartigkeit zu beschreiben und sich dabei gleichzeitig kritisch mit dem Verhältnis zwischen dem traditionellen und modernen Japan auseinanderzusetzen. Dazu dienen ihm viele persönliche Erlebnisse, die er selbst als Student und später auch als Wissenschaftler an mehreren Orten in Japan machen konnte. Besondere Erfahrungen konnte er zudem in der Betreuung der japanischen Fußballnationalmannschaften bei den Weltmeisterschaften der Männer 2006 und der Frauen 2011 sammeln.

Ohne einen wissenschaftstheoretischen Anspruch vor sich herzutragen, setzt sich Tagsold in seinen Schilderungen mit klassischen Japanbildern auseinander. Er räumt dabei mit Japantheorien der 1960er bis 1980er Jahren auf, bei denen die Japaner immer wieder den Westlern klischeehaft gegenübergestellt werden. Sein Anspruch ist es ausdrücklich, nicht über »den gemeinen Hausjapaner« zu erzählen. Seine vielen Begegnungen mit Japanern wie auch seine Erfahrungen mit deutschen Journalisten, die – etwa im Umgang mit der Katastrophe in Fukushima – oft von »klassischen« Vorstellungen zu Japan ausgehen, helfen ihm, sich von den »einfachen Wahrheiten in Schwarzweiß« zu lösen.

Im Übrigen werden in dem Buch auch klassisch geographische Themen beschrieben. So werden unter der Überschrift »Imaginäre Geografie« traditionelle Unterschiede zwischen Ost- und Westjapan bzw. zwischen dem Zentrum und der Peripherie, aber auch Unterschiede zwischen den vier großen Inseln beschrieben und erklärt. Zudem wird die schwierige jüngere Geschichte Japans dargestellt, wobei seine eigenen anekdotischen Erlebnisse beim Leser nicht den Eindruck aufkommen lassen, von oben herab belehrt zu werden. Beim Kapitel zur Alltagskultur finden sich viele kleine Beobachtungen, die ein Japanreisender auch selbst leicht machen kann – etwa die höflichen Umgangsformen oder auch die Unterschiede bei der Nutzung neuer Medien. Die Erläuterungen bieten hier weit mehr als Darstellungen in klassischen Reiseführern. Der Leser erfährt beispielsweise etwas über den Verlust des Gemeinschaftsgefühls und das Auseinanderbrechen der japanischen Gesellschaft, aber auch über die Zeitschriftenlandschaft und die in Japan sehr beliebten Comicserien (Mangas). Die radikale Alterung der japanischen Bevölkerung wird mit Erfahrungen aus einem eigenen DFG-Projekt beschrieben. Es ist erfreulich, dass die Ergebnisse eines solchen Forschungsprojekts nicht nur in den reviewten Fachzeitschriften erschienen sind, sondern durch dieses Buch auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Schließlich werden die fürchterlichen Ereignisse nach dem 11. März 2011 (»Three Eleven«) als eine dreifache Ka-

tastrophe (Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe) dargestellt.

Kamm, Simon: Portugal. Ein Länderporträt. – Berlin: Ch. Links Verlag, 2014, 220 Seiten. ISBN 978-3-86153-783-0.

Wie schon Christian Tagsold im Band zu Japan, betont auch Christian Kamm in seinem Buch über Portugal eingangs, dass es nicht »den Portugiesen« und »kein einheitliches Portugal« gibt. Auch er versucht sehr bewusst, pauschale Urteile über das Land zu vermeiden, in dem er selbst mit kurzen Unterbrechungen bereits seit 20 Jahren als Schweizer Staatsbürger lebt. Er begegnet Portugal mit großem Respekt und bekennt gleich zu Beginn, dass es ihm zur »lieben Heimat« geworden ist.

Kamm erzählt in seinem Buch von vielem, was man in Portugal immer wieder im Alltag beobachten kann und was dieses Land so einzigartig macht. Er ist auf der Suche nach der »portugiesischen Eigenart«, die zu manchen Widersprüchlichkeiten führt und die es für ihn zu einem gleichzeitig wunderbaren wie sonderbaren Land werden lässt. Dazu stellt er zunächst die ältere Geschichte Portugals in knapper Form vor, um dann schnell auf die jüngere wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes nach der Nelken-Revolution 1974 und dem EU-Beitritt 1986 zu sprechen zu kommen. So verheißungsvoll die ersten Jahre in der Europäischen Union begonnen hatten, so schwierig waren aus seiner Sicht die ökonomischen Verhältnisse in den 2000er Jahren, die schließlich dazu führten, dass sich das Land im Jahr 2011 unter dem Euro-Rettungsschirm wiederfand.

Diesen polit-ökonomischen Fakten stellt Kamm in vielen kleinen Erzählungen Erklärungsversuche für die wirtschaftlichen Probleme des Landes gegenüber, wobei er sich mit der viel beschworenen saudade – einer Art nationaler Melancholie, die immer wieder zitiert wird – kritisch auseinandersetzt. Stattdessen beschreibt er das Improvisationstalent und die Anpassungsfähigkeit der portugiesischen Gesellschaft, das portugiesische Zeitverständnis und die Arbeitskultur, die sich seiner Einschätzung nach deutlich von einem mitteleuropäischen Effizienzdenken unterscheiden und das Land für ihn aber gleichzeitig auch sehr liebenswert macht.

Über das sogenannte »Goldene Zeitalter« als Seefahrernation und die Kolonialmacht Portugals, aber auch die dunklen Seiten der Diktatur bis Mitte der 1970er Jahre wird entgegen vieler landesbezogener Darstellungen erst am Ende des Buches berichtet. Vordringlicher erscheinen dem Autor die vielen Themen, die die Portugiesen alltäglich bewegen – etwa die euphorische Leidenschaft zum Fußball, die beständige Rivalität zwischen Lissabon und Porto oder das reservierte Verhältnis zum Nachbarn Spanien. Dieses und vieles mehr wird in vielen kleinen Geschichten erzählt, die sich sehr gut lesen lassen und einen treffenden Eindruck von diesem Land am äußersten Rande von Europa vermitteln.

Wie auch in den anderen Bänden der Reihe Länderporträts profitieren die Ausführungen davon, dass die Autoren Mitteleuropa gut kennen. Dadurch können sie Bezüge herstellen und auf Eigenheiten hinweisen, die in den beschriebenen Ländern selbst vielleicht gar nicht bemerkt werden. In Portugal gehört dazu vor allem die Sprache, in der alle Vokale verschluckt werden und die sich dadurch in ihrem eigentümlichen Singsang für einen Mitteleuropäer nur schwer erschließt. Aufgrund der kolonialen Vergangenheit Portugals sprechen heute weltweit immerhin etwa 250 Millionen Menschen Portugiesisch.

Simon Kamm ist wie die meisten Autoren der Buchreihe Länderporträts Journalist. Seine beruflichen Erfahrungen, aber auch seine persönlichen Erlebnisse fließen in die vielen Anekdoten in das Buch ein. Seine 20-jährigen eigenen Einsichten in dieses Land helfen, den schnellen Wandel, den das Land seit dem Ende der Diktatur erfahren hat, besser zu verstehen und das Land in seinen Kontrasten und Gegensätzen zu begreifen.

KNAUER, Claudia: Dänemark. Ein Länderporträt. – Berlin: Ch. Links Verlag, 2015, 224 Seiten. ISBN 978-3-86153-824-0.

Als drittes Buch der Reihe »Ein Länderporträt« sei hier der Band zu Dänemark von Claudia Knauer empfohlen. Die Autorin ist Deutsch-Dänin und lebt seit 20 Jahren mit ihrer Familie in Dänemark. Ihre Erfahrungen stammen aus ihrem Alltagsleben in diesem Land, aber auch von ihrer beruflichen Tätigkeit als Journalistin und als Büchereidirektorin im Verband Deutscher Büchereien Nordschleswig.

Auch Claudia Knauer geht es um die Eigenheiten und Besonderheiten »ihres« Landes. Sie will das kleine Land verstehen und bewusst auf die feinen Unterschiede zwischen Deutschland und Dänemark hinweisen. Da-

bei hilft es, dass sie ihr heutiges Alltagsleben in Aabenraa mit ihrem früheren Alltag in Kiel vergleichen kann. So erfährt der Leser etwas über das Verhältnis der Dänen zum Auto und zum Straßenverkehr, über den Stellenwert der Nationalflagge und die Rituale des Weihnachtsfests, über das Prozedere der Einbürgerung und die Einladung der Neubürger zum Staatsbürgertag in Kopenhagen. Gleichzeitig werden aber auch in anregender und unterhaltsamer Weise Grundzüge der Geschichte und der Politik des Landes vorgestellt.

Interessant sind die Ausführungen zu erfolgreichen Unternehmen wie dem Weltkonzern Danfoss für Thermostate oder dem Spielzeughersteller Lego, dem Schuhproduzenten Ecco oder der großen Moeller-Maersk Group, die seit Jahrzehnten in den Branchen Logistik und Einzelhandel, Schiffbau und Luftfahrt aktiv ist. Der Leser erfährt zudem etwas zu den ehrgeizigen Klimazielen des Landes und der fortgeschrittenen Digitalisierung in der Gesellschaft. So sind die Bürger Dänemarks seit Ende 2014 verpflichtet, einen digitalen Briefkasten zu haben. Nur in Ausnahmefällen werden die Rechnungen der öffentlichen Hand in Dänemark noch mit der klassischen Post verschickt.

Spannend sind auch in diesem Buch die Mischung von Alltagsthemen und die Diskussion aktueller gesellschaftlicher Fragen. Erklärt werden etwa das besondere Bildungssystem oder die besondere Finanzierung der Altersvorsorge. Aber auch neuere Entwicklungen der wachsenden Ungleichheit und einer Fremdenfeindlichkeit in Teilen der dänischen Gesellschaft werden nicht ausgespart. So gelingt es Claudia Knauer bestens, dem Leser einen Einblick in die aktuellen Lebensbedingungen der Dänen zu geben.

Fazit

Die Reihe »Ein Länderporträt« ist eindeutig mehr als nur ein Reiseführer für den Urlaub. Sucht man nach ihr etwa im klassischen Buchhandel, wird man nicht nur in den immer umfangreicher werdenden Reisebuchabteilungen fündig. In einer großen Freiburger Buchhandlung wird die Reihe beispielsweise auch in der Kategorie »Politische Länderkunde« geführt, in einer Bonner Buchhandlung in einer eigenen Kategorie »Länderporträts« beim Thema »Zeitgeschichte und Politik« und in Münster unter der Rubrik »Weltgeschichte/Politik«.

In den drei Bänden, die vorgestellt wurden, lassen sich bestimmte Muster erkennen, die zusammenfassend noch einmal kurz in drei Punkten dargestellt werden:

- Die Autoren der drei Bände sind jeweils auf der Suche nach besonderen Einzigartigkeiten der Länder, indem sie die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse abgrenzend und kontrastierend zur Situation in Deutschland darstellen. Dabei spielen ihre Alltagserfahrungen in den beschriebenen Ländern eine zentrale Rolle. Durch diese Erfahrungen sind die Autoren prädestiniert, die Besonderheiten herauszuarbeiten und manifest zu machen. Für den Leser sind gerade diese Differenzen das Spannende an diesen Länderdarstellungen. Äquivalenzen aufzuzeigen, wäre vermutlich langweilig. »Genau wie in Deutschland wird in Japan, Portugal oder Dänemark ...«, mag keiner lesen.
- Den Autoren geht es in ihren Bänden in einem hohen Maße auch um die Beschreibung des gegenwärtigen Alltags in den jeweiligen Ländern. Sie haben diesen Alltag miterlebt und berichten in einzelnen Anekdoten darüber, die der Leser gut nachvollziehen kann und die es ihm ermöglichen, etwas über die Lebensweise, aber auch über die rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern zu erfahren. Diese besondere Form des Beschreibens führt stellenweise dazu, dass der Leser an diesem Alltag fiktiv teilnehmen kann.
- Die drei Bände zu Japan, Portugal und Dänemark sind von ihren Autoren zudem mit einer gewissen Empathie geschrieben. Die Subjektivität der Schreibenden dringt in den Länderporträts jeweils durch, ohne dass der Leser den Eindruck hat, dass Einzelereignisse euphorisch oder überschwänglich hochstilisiert oder überinterpretiert würden. Die Subjektivität wird bewusst herausgestellt und als Stilmittel eingesetzt, um den Leser auf die »Reise« in das Land mitzunehmen. Die Beschreibungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern werden dadurch spannender und nachvollziehbarer – man könnte auch sagen »authentischer«.

Diese drei Punkte unterscheiden die Länderporträts von den Darstellungen in den meisten Reiseführern, denen es hier meist an Tiefgang fehlt, und erst recht von den klassischen Länderkunden, die nach Objektivität streben und sich daher eher »trocken« lesen. Die einzelnen Bände sind also nicht mit einem strengen wissenschaftlichen Anspruch geschrieben. Sie wollen keine einzelne Fachdisziplin

voranbringen, sondern vielmehr mit einer profunden Sachkenntnis informieren – Touristen ebenso wie an einem Land politisch Interessierte. Geprägt sind sie von gesellschaftspolitischen Themen und Alltagserfahrungen. Diese Kombination ist in vielen Fällen lehrreich. So sei abschließend allen Geographen, die in ihren Lehrveranstaltungen noch einen regionalen Bezug pflegen oder mit ihren Studierenden auf Exkursion gehen, die Reihe »Ein Länderporträt« sehr empfohlen. Schade, dass es bei den Geographen weitgehend aus dem Blick geraten ist, raumbezogene Fachkenntnis auf eine solch instruktive Art zu vermitteln.

Literatur

Heineberg, H. 1983: Großbritannien. Stuttgart (= Klett/Länderprofile).

Heineberg, H. 1997: Großbritannien. Raumstrukturen, Entwicklungsprozesse, Raumplanung. Gotha. (= Perthes Länderprofile, 19).

Helsper, A. 2006: Gibt es den idealen Reiseführer? Theorie und Praxis, untersucht am Beispiel eines Reiseführers für die Stadt Norden. Magisterarbeit, Universität Lüneburg, Fachbereich Kulturwissenschaften. URL: http://www.diplom.de/e-book/224995/gibt-es-den-idealen-reisefuehrer.

Kamm, S. 2014: Portugal. Ein Länderporträt. Berlin.

Knauer, C. 2015: Dänemark. Ein Länderporträt. Berlin.

Miggelbrink, J. 1995: Reiseliteratur als Landesbeschreibung: eine Untersuchung zur Bewertung von Reiseliteratur durch die Geographie im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Europa Regional 3.1995, 4, S. 37–46. URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-48471-2 (letzter Zugriff: 22.08.2017).

Reihe »Ein Jahr in ...« – URL: https://www.herder.de/leben-shop/gesellschaft/reisen/c-28/c-166/ (letzter Zugriff: 22.08.2017).

Reihe »Ein Länderporträt« – URL: http://www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=4&kat_id=165 (letzter Zugriff: 22.08.2017).

Reihe »Gebrauchsanweisung für ...« – URL: https://www.piper.de/buecher/abenteuer-reiseberichte/gebrauchsanweisung (letzter Zugriff: 22.08.2017).

Tagsold, C. 2015: Japan. Ein Länderporträt. Berlin.

Weber, P. 1980: Portugal. Räumliche Dimension und Abhängigkeit. Darmstadt (= Wissenschaftliche Länderkunden, 19).

Böttcher, Judith Marie (2017): Wie wirkt Planung? Theorie und Praxis der strategischen Stadtentwicklungsplanung am Beispiel Wohnen in wachsenden Großstädten. Lemgo – Verlag Dorothea Rohn

Eine Rezension von
Gisela Schmitt

Wie wirkt Planung? Diese einfache Frage in der Überschrift erzeugt sicherlich hohe Aufmerksamkeit und Neugier bei all denen, die sich in Theorie und Praxis mit dem Planen beschäftigen. Aber auf einfache Fragen folgen nicht per se auch einfache Antworten – so auch in dem vorliegenden Fachbuch von Judith Marie Böttcher. Die Autorin befasst sich mit der genannten Frage in einer umfassenden und komplexen Abhandlung, die aus einer Dissertation hervorgegangen ist. Sie richtet den inhaltlichen Fokus auf die Theorie und Praxis der strategischen Stadtentwicklung und wählt für ihre empirische Untersuchung das »Wohnen in wachsenden Großstädten« aus.

Bei der theoretischen Einbettung der Forschungsfragen konzentriert sich die Autorin auf die strategische Stadtentwicklungsplanung. Planungswissenschaftliche Dissertationen können in der Regel auf kein konsistentes Theoriegerüst zurückgreifen und so steht auch Judith Marie Böttcher vor der Herausforderung, ihren gewählten Forschungsansatz im Theorienpluralismus der unterschiedlichen disziplinären Zugänge zu verorten. Neben der planungstheoretischen Literatur bezieht die Autorin auch ausgewählte Forschungsansätze der Management- und Organisationsforschung sowie der Politik- und Sozialwissenschaften ein. Strategien in der räumlichen Planung und im Management ordnet sie rückblickend bis zu den 1960er Jahren in die verschiedenen Planungsverständnisse und Steuerungsansätze ein. Daneben greift sie die Governance-Perspektive als geeigneten Analyserahmen für strategische Stadtentwicklungsplanung auf, wie auch die Erkenntnisse aus dem Bereich des unternehmerischen Managements und der kommunalen Entscheidungsprozesse. Abschließend geht sie noch einmal aus der Akteursperspektive auf die besonderen Aspekte des politischen Prozesses ein. Im Großen und Ganzen gelingt es der Autorin in der Auseinandersetzung mit der umfassenden Literatur und den unterschiedlichen Positionen der Autoren, den notwendigen theoretischen Rahmen ihres Forschungsansatzes in systematischer und prägnanter Weise abzustecken.

Den Fallstudien in zwei Großstädten (Frankfurt am Main und Münster) geht ein allgemeines Kapitel zum »Wohnen in wachsenden Großstädten« voraus, welches die aktuellen Herausforderungen, vor denen die lokale Ebene heute in der Praxis steht, aufzeigt, um sehr systematisch den Handlungsspielraum der Städte anhand des Instrumentariums und der handelnden Akteure zu erläutern. An der ansonsten sehr sorgfältigen Ableitung irritiert ein wenig, dass das Verhältnis von Stadtentwicklungsplanung und Wohnungspolitik nicht geklärt wird. Ob sich kommunale Konzepte zum Wohnen, die komplexe ineinander verwobene Handlungssysteme abbilden, als Beispiele für strategische Stadtentwicklungskonzepte eignen, diese Frage wirft die Autorin nicht explizit auf. Ferner verzichtet sie darauf, das Handlungsfeld Wohnen aus einer theoretischen Perspektive und damit auch die Besonderheiten des Wohnungsmarktes näher zu beleuchten – dies wäre für die Konzeption und spätere Auswertung ihrer Fallstudien hilfreich gewesen.

Judith Marie Böttcher interessiert nach ihrer eigenen Aussage an der strategischen Stadtentwicklungsplanung nicht in erster Linie der planungstheoretische Diskurs, sondern die Anwendung, Umsetzung und Wirkung in der Praxis. Daher erscheint es nur folgerichtig, dass sie ihre empirische Untersuchung als Evaluation konzipiert. Sie entwickelt auf der Grundlage der einschlägigen Literatur zur Wirkungsanalyse und der theoretischen Erörterungen zum Forschungsgegenstand ein eigenständiges Evaluationskonzept, dessen Untersuchungsdesign sie in einem Kapitel zur Methodik herleitet und erläutert – und so dem interessierten Leser die Gelegenheit bietet, sich »by the way« auch noch auf den Stand der Debatte zur Wirkungsanalyse in der Stadtentwicklung zu bringen. Dass Evaluationen in der Stadtentwicklung eine besondere – »schwer zu bewältigende« – Herausforderung darstellen, ist spätestens seit den umfassenden Veröffentlichungen von Hellstern/Wollmann in den 1980er Jahren bekannt, die Autorin geht hierauf in ihren Ausführungen auch ein. Aber man hätte sich gewünscht, dass ihre Erkenntnisse zu Möglichkeiten und Grenzen der Wirkungsanalyse, die sie im Schlusskapital reflektiert, schon vorab Eingang in das von ihr entwickelte Evaluierungskonzept gefunden hätten.

Ihre Forschungsthesen überprüft die Autorin auf der strategischen Umsetzungsebene

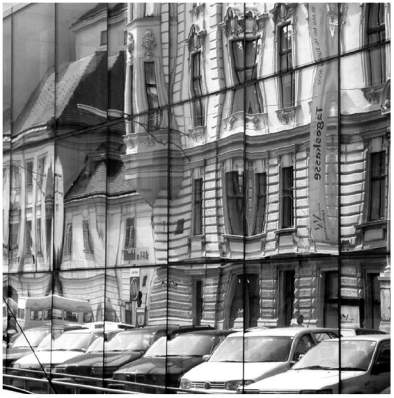
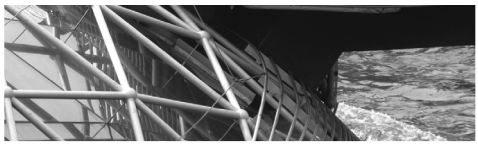
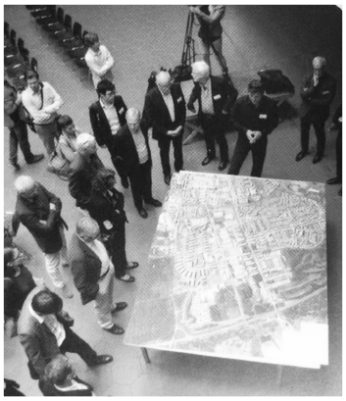
im Handlungsfeld Wohnen anhand zweier Fallstudien in wachsenden Großstädten. Angesichts akuter Problemlagen und zunehmendem Handlungsdruck sind seit Mitte der 2000er Jahre vielerorts in den Städten der Wachstumsregionen übergreifende – oft auch strategisch ausgerichtete – Handlungskonzepte zum Wohnen entstanden, die Anlässe bieten, in der Auseinandersetzung zwischen Theorie und Praxis näher untersucht zu werden. »Wohnen in der Stadt« stellt allerdings kein kohärentes planerisches Handlungsfeld, sondern ein kompliziertes lokales Handlungssystem zwischen Politik und Planung dar, das vielfach abhängig ist von den ordnungs- und förderpolitischen Entscheidungen auf den übergeordneten Ebenen von Bund und Land. Die Tatsache, dass das Wohnen in unserem gesellschaftlichen System gleichermaßen ein Sozialgut wie auch Wirtschaftsgut darstellt, zwingt sowohl Politik als auch Planung auf der lokalen Ebene immer wieder in oft widersprüchliche Handlungsweisen, die eine Spannbreite von der Daseinsvorsorge (sozialverantwortliche Wohnungsversorgung) bis zur Wirtschaftsförderung (strategische Wohnstandortentwicklung) umfassen. Wie die Autorin auch selbst schreibt, stellen insbesondere die Entwicklungen in den Jahren zwischen 2004 und 2014, die sie in das Zentrum ihrer Betrachtung stellt, »das gesamte System der Wohnungsbau- und Wohnungsmarktpolitik auf den Prüfstand«. Vor diesen Hintergrund erscheint es zwar verständlich, den Bedarf nach einer »umfassenden Wirkungsanalyse« zu konstatieren, aber angesichts der Überkomplexität des Gegenstandes auch von vorneherein nicht sehr zielführend, dies flächendeckend für das Handlungsfeld Wohnen in Gänze zu versuchen.

Die beiden Fallstudien in Frankfurt am Main und Münster, die den inhaltlichen Kern dieses Buches bilden, geben einen überaus faktenreichen Überblick über die Strategien und Instrumente im Handlungsfeld Wohnen, der sowohl in die Chronologie der (strategischen) Stadtentwicklung als auch in allgemeine und wirtschaftliche Rahmenbedingungen eingebunden wird. Vor allem die Akteure, ihre Handlungsorientierung und Interaktionen werden durch Auswertung zahlreicher Interviews in die Betrachtung einbezogen. Prozesse, Akteure aber auch Produkte und die Realentwicklung bildet die Autorin sehr systematisch in den Fallstudien ab. In diesem differenziert gezeichneten Bild des Handlungsfeldes Wohnen auf der lokalen Ebene und der Darstellung der parallelen Entwicklungen in zwei Städten liegt dann auch ein großer Verdienst ihrer Arbeit.

Die Synthese zum Schluss gestaltet sich erwartungsgemäß schwierig. Es gelingt der Autorin nur bedingt die Komplexität der realen Stadtentwicklungsprozesse im Handlungsfeld Wohnen mit den theoretischen Beschreibungen der Wirkungsweise strategischer Stadtentwicklung zu verschränken – hier sind eher die Erkenntnisse im Detail spannend. Es bleibt anzuerkennen, dass die Autorin die Erfahrungen und Ergebnisse aus ihrem Forschungsvorhaben in den Schlusskapiteln selbstkritisch und sehr differenziert reflektiert und so auch wertvolle Hinweise für nachfolgende Forschungen und Debatten liefert.

Die Autorin schreckt vor »Komplexität« nicht zurück – sie betreibt einen hohen Aufwand, um die Wissensgrundlagen aus dem disziplinären Theorienpluralismus abzuleiten, wählt einen Forschungsgegenstand, der sich einer eindeutigen Einordnung weitgehend entzieht, und stellt sich den Herausforderungen einer umfassenden Evaluation in zwei Fallstudien. Ihre

Vorgehensweise eröffnet neue vielversprechende Perspektiven, bedarf aber meist umfassender Ausführungen zur Verortung und führt nicht immer zu widerspruchsfreien Ergebnissen. Es erzeugt Bewunderung, mit welcher Systematik und Stringenz Judith Marie Böttcher ihr Forschungskonzept entwickelt, abarbeitet und (auch das partielle »Scheitern«) reflektiert – den geneigten Lesern verlangt all dies Durchhaltevermögen ab.



Ausgabe I|2019